



DIE LINKE

Wir sollten so schnell wie möglich Waffenexporte verbieten

*Rede Gregor Gysis am 1. September 2014 im Bundestag:
Antwort auf die Regierungserklärung der Bundeskanzlerin
zu den von der Bundesregierung beschlossenen Waffen-
lieferungen im Kampf gegen die IS-Terrorarmee*

Aus: <http://www.gregorgysis.de/reden>

Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Präsident, Sie haben zu Beginn an die Bedeutung des heutigen Datums erinnert. Tatsächlich, der 1. September vor 75 Jahren war der Tag, an dem der schlimmste Krieg in der Geschichte der Menschheit durch Deutschland begonnen wurde, der Zweite Weltkrieg. Deshalb ist dieser Tag zum Weltfriedenstag geworden. Ich muss Ihnen ehrlich sagen: Ich finde es mehr als stilllos, gerade an einem solchen Tag über die Lieferung von Waffen für einen Krieg zu debattieren. Aber nun ist es so.

Sie, Frau Bundeskanzlerin, haben über den Zweiten Weltkrieg, der von Hitler-Deutschland ausging, gesprochen. Aber ich finde, Sie haben eine notwendige Konsequenz nicht gezogen: Hätte Deutschland 1945 nicht sagen müssen, dass wir nie wieder an Kriegen verdienen wollen?

Wir sind der drittgrößte Waffenexporteur der Welt. Wenn man der drittgrößte Waffenexporteur der Welt ist, verdient man an jedem Krieg. Genau das steht uns nicht zu. Wir sollten so schnell wie möglich wenigstens jetzt Waffenexporte verbieten.

Eine Sache ärgert mich – so wichtig und richtig ich, abgesehen vom Datum, die Sondersitzung finde –, dass wir nur debattieren, aber nicht entscheiden dürfen. Die Bundesregierung hat nämlich schon verbindlich entschieden, und ich finde, dass das bei einer Sondersitzung nicht geht. Wir sind das höchste Verfassungsorgan, und wir hätten auch entscheiden müssen. Das ist meines Erachtens das Mindeste. Lassen Sie mich noch etwas zum völkerrechtlichen Weg sagen. Um die terroristische Söldnerarmee, den „Islamischen Staat“, den wir alle gemeinsam gleich einschätzen, völkerrechtlich wirksam bekämpfen zu können, brauchen wir den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen.

Es geht nicht an, dass jede Regierung – die US-Regierung, die deutsche Regierung und andere Regierungen – für sich entscheidet, was sie dort treibt. Es gibt eine klare Zu-

ständigkeit. Diese liegt beim Sicherheitsrat, und er hat auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen zu entscheiden. Was wir dann machen, ist eine ganz andere Frage. Aber die Entscheidung muss von der UNO getroffen werden und nicht von der US-Regierung oder von anderen einzelnen Regierungen.

Übrigens war in der Charta der Vereinten Nationen für solche Fälle eine eigene Truppe vorgesehen, aber sie ist nie gebildet worden.

Jetzt hat die Bundesrepublik leider keine weitere Sitzung des Sicherheitsrates beantragt und auch keinen weiteren Resolutionsentwurf erarbeitet, sondern sich entschieden, Waffen zu liefern, was wir für völlig falsch halten. Dazu komme ich noch.

Aber vielleicht rufen Sie den Sicherheitsrat wegen des schlechten Verhältnisses zu Russland nicht an. Darf ich daran erinnern, dass es vielleicht doch und schon deshalb ein Fehler war, Russland zu isolieren und sich gegenseitig mit Sanktionen hochzuschaukeln, weil man Russland im Sicherheitsrat benötigt? Ich sage Ihnen: Gespräche sind viel besser als Sanktionen. Sanktionen bringen uns auch in der Frage der Ukraine niemals voran, ganz im Gegenteil.

Wann stellt die Bundesregierung endlich einmal fest, dass es der mit einer Kriegslüge begonnene Krieg der USA und anderer Staaten 2003 gegen den Irak war, der den Irak zerstört und den „Islamischen Staat“ überhaupt erst ermöglicht hat? Das ist doch die Grundfeststellung, die man treffen muss, bevor man über weitere Maßnahmen nachdenkt.

Es gibt noch etwas, das mich stört, ich sage Ihnen das ganz offen: Mich stört die selektive Wahrnehmung im Zusammenhang mit Opfern. Bei Kriegen oder Bürgerkriegen sind Sie sehr schnell dabei, aber bei anderen gravierenden Menschenrechtsverletzungen nicht. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Jährlich sterben auf der Erde 18 Millionen Menschen, darunter viele Kinder, an Hunger oder an den Folgen von Hunger, obwohl wir weltweit eine Landwirtschaft haben, die die Menschheit zweimal ernähren könnte. Wo sind da eigentlich Ihre Initiativen? Wo ist da der Aufschrei? Wenn es um Waffen geht, sind Sie sehr schnell, aber bei den anderen

In dieser Ausgabe

- LINKE gegen Waffenlieferungen
- Nach der Europawahl
- Neue deutsche Außenpolitik?
- Hexenkessel Nahost
- Wohin Ukraine?



Themen überhaupt nicht. Es wird höchste Zeit, dass man für alle Opfer etwas tut. Nur dann ist man glaubwürdig.

Wenn der Irak von etwas genug hat, dann sind das Waffen. Die Peschmerga – ich sage das jetzt schon, damit Sie sich später nicht wundern – überlassen nicht selten kampflös ihre Waffen auch der Organisation „Islamischer Staat“. Das wird auch mit deutschen Waffen geschehen.

Noch etwas: Waffenexporte in Kriegsgebiete sind nicht so neu, wie Sie gesagt haben. Die hat es schon gegeben, und zwar wurden an Israel auch dann Waffen geliefert, wenn gerade ein Krieg im Gazastreifen stattfand. Waffen wurden auch an Saudi-Arabien geliefert, als Saudi-Arabien in Bahrain einmarschierte, und an die Türkei, als sie gerade 10 000 Soldaten gegen die PKK losschickte.

Neu ist aber, dass sie an Kampfverbände gehen, die nicht der Regierung unterstehen. Das hat es noch nicht gegeben, und das ist ein solches Novum, dass ich meine, schon deshalb hätte der Bundestag darüber entscheiden müssen.

Übrigens hat es bei den Waffenlieferungen an Israel auch die Grünen und die SPD nicht gestört, dass es sich um ein Kriegsgebiet handelte. Ich meine, es ist das Mindeste, dass wir aufhören, Waffen in den Nahen Osten zu liefern. Ob an Saudi-Arabien, Katar, Algerien oder Israel: Die Waffenlieferungen in den Nahen Osten müssen beendet werden, und zwar so schnell wie möglich.

Es gibt aber nicht nur die irakische Peschmerga, sondern auch Einheiten der PKK und der syrischen PYD, die ebenfalls der PKK nahestehen. Die Jesiden fühlen sich – das wird man auch Ihnen gesagt haben, Herr Kauder durch die Peschmerga nicht wirklich geschützt, und zwar aus zwei Gründen nicht: Erstens sagen die Peschmerga, dass die Jesiden zur eigenen Verteidigung von ihnen keine einzige Waffe bekommen. Zweitens sind die Peschmerga aus dem Gebirge abgezogen, wohin die Jesiden geflüchtet waren. Nun kommt es: Wäre nicht die PKK gewesen und hätte sie geschützt, hätte die terroristische Söldnertruppe des „Islamischen Staats“

Inhalt

● DIE LINKE

- Rede von Gregor Gysi gegen Waffenlieferungen 1
- Parteivorstand: 1
- LINKE lehnt Waffenlieferungen ab 4
- Vorsitzende von Partei und Fraktion 5
- zum IS-Terror 5
- Ulla Jelpke: Waffen für die Kurden? 8
- Jan van Aken: Chemiewaffen zerstören! 9
- Klaus Ernst, Alexander Ulrich: TTIP stoppen! 10
- Wolfgang Gehrcke: Deutschlands neue Rolle 11
- Bundestagsfraktion: 11
- 100 Jahre Nein zum Krieg 13

● Aus der internationalen Linken

- Gabi Zimmer zu EP-Wahl und GUE/NGL 13
- Paolo Chiochetti: 15
- EP-Wahl und radikale Linke 20
- Claudia Haydt: EL-Sommeruniversität 2014 21
- Mario Candeias: Linke in Spanien 23
- Paola Giaculli: Aufstieg des Matteo Renzi 26
- Oliver Schröder: Reichstagswahl in Schweden 27
- Gal Kirn: Erfolg der Linken Sloweniens 28
- Julia Wiedemann: Kongress der HDP, Türkei 29
- H.-G. Schleicher: 40 Jahre Anti-Apartheid 32
- Jörg Rückmann: Eine neue Kuba-Politik? 33
- Jörg Rückmann: Der Peso Cubano 36
- Edgardo Lander: 36
- Partizipation in Venezuela

● Internationale Umschau

- Nahost 37**
- Gregor Gysi: Völkerrecht gilt für alle 37
- Julia Wiedemann: 39
- Terrorgruppe IS im Irak
- Issam Haddad: 43
- Bruderkrieg der Konfessionen?
- Uri Weltmann: Der lange Weg nach Gaza 44
- Stefan Liebich: 48
- Ägypten nach arabischem Frühling

Ukraine

- Lutz Brangsch: Sieg der Oligarchen 50
- John J. Mearsheimer: Putin reagiert 52
- VIPS: Ukraine und NATO 56
- Oleg Musyka: Odessa, 2. Mai 2014 58

● Analyse

- Erhard Crome: 61
- BRD – Macht in der Mitte Europas 61
- Bernd Biedermann: 65
- Neue Macht, neue Verantwortung
- Karin Kulow: 69
- Hexenkessel Nah- und Mittelost
- Cem Cey: Wahlmarathon in der Türkei 75
- Diethelm Weidemann: 79
- Präsidentschaftswahl in Afghanistan
- Achim Wahl: 85
- Was bringt die Wahl 2014 in Brasilien?
- Tadzio Müller: An der Grenze des Planeten 93
- Jeremy Rifkin: Das Internet der Dinge 95

● Geschichte:

- Matthias Krauß: 75 Jahre Hitler-Stalin-Pakt 98
- Miloslav Formánek: 99
- Sozialismus in der Tschechoslowakei
- Ingo Nentwig: Beziehungen China-Russland 103

● Nach Redaktionsschluss:

- Erhard Crome: Wandel chinesisch 109



sie vernichten können. Das ist die Wahrheit. Damit müssen wir uns auseinandersetzen.

Nun haben Sie aber festgelegt: Wenn die Peschmerga Waffen bekommen, dürfen sie nicht an die PKK und die PYD weitergegeben werden. Abgesehen davon, dass das überhaupt nicht kontrollierbar ist, ist es auch nicht nachvollziehbar. Denn die durch türkische und syrische Kurden, die der PKK nahestehen, geschaffene Schutzzone hat das Leben von Christinnen und Christen sowie Jesiden, aber auch von Schiiten und Sunniten – darauf haben Sie zu Recht hingewiesen – tatsächlich gerettet. Das müssen wir einfach zur Kenntnis nehmen, auch wenn es Ihnen nicht passt.

Deshalb sage ich: Die Einschätzung der PKK als terroristische Organisation und ihr Verbot in Deutschland müssen überprüft und aufgehoben werden. Stattdessen muss endlich der „Islamische Staat“ verboten werden. Der Hinweis darauf, dass er in Deutschland keine Strukturen habe, ist falsch. Es gibt über 300 Dschihadisten in Syrien, die aus Deutschland kommen. Bei uns gibt es eine Unterstützerszene. Also wird es höchste Zeit, den sogenannten „Islamischen Staat“ in Deutschland zu verbieten.

Nun befürchten Sie, dass die Waffen – auch die deutschen – später für einen Unabhängigkeitskampf der Kurden im Nordirak genutzt werden könnten. Sie sagen aber, es gehe um heute und nicht um später. Dazu muss ich Ihnen Folgendes sagen: Natürlich werden die Waffen dazu genutzt werden. Ich glaube sogar, dass der Antrieb der nordirakischen Regierung, die die Waffen haben will, ist, uns indirekt zu binden und zu beteiligen. Aber Sie haben völlig recht, Herr Steinmeier: Wenn sich der Nordirak ohne Zustimmung der Zentralregierung und des Zentralparlaments vom Irak löst, ist das völkerrechtswidrig. Das war genauso bei der Krim und dem Kosovo, wo Sie es allerdings nicht einsehen wollten.

Es gibt aber ein anderes Problem – das ist nachvollziehbar, und ich will es kurz begründen: Saddam Hussein hat die Kurdinnen und Kurden im Nordirak verfolgt und Völkermord begangen. Die jetzige Regierung ist nicht in der Lage, sie wirksam zu schützen. Wie soll da eine Bindung entstehen? Hinzu kommt folgende Erfahrung: Wenn eine nationale Gruppe keinen eigenen Staat hat, ist sie nicht geschützt. Tausende von Jahren wurden Jüdinnen und Juden diskriminiert und verfolgt. Erst seitdem es den Staat Israel gibt, haben sie internationalen Schutz. Wenn ich das sage, betone ich gleichzeitig: Es wird höchste Zeit, dass der Staat Palästina gegründet wird, damit auch die Palästinenserinnen und Palästinenser endlich entsprechenden Schutz haben.

Vor diesem Hintergrund verstehe ich, dass die Kurdinnen und Kurden sagen, dass sie sich – ob in der Türkei, im Iran oder wo auch immer – erst wirksam schützen können, wenn sie einen eigenen Staat haben. Es gibt eine Gruppe, für die das nicht gilt und die nie einen eigenen Staat gründen kann: Das sind die Sinti und Roma. So werden sie leider auch behandelt.

Wie gesagt, auf die Waffenverwendung haben Sie keinen Einfluss. Aber es geht noch um etwas anderes: Woher kommt eigentlich das Geld für den „Islamischen Staat“? Die Organisation „Islamischer Staat“ verkauft reichlich Erdöl. Frau Bundeskanzlerin, warum verhindern Sie nicht mit internationalem Druck, dass dieses Erdöl gekauft wird? Der IS darf kein Geld bekommen.

Außerdem kommt Geld aus Saudi-Arabien, Katar und der Türkei. Sie konnten doch die Konten bestimmter Russen sperren. Warum können Sie nicht die Konten der betreffenden Familien aus Saudi-Arabien, Katar und der Türkei sperren? Es wird höchste Zeit, dass das geschieht.

Was machen Sie eigentlich mit der Türkei? Die Türkei hat alle potenziellen Terroristen durchgelassen, und zwar ohne jede Beeinträchtigung. Die Türkei hat die Auslieferung deutscher und anderer Hilfsgüter in den Nordirak behindert. Die Türkei hilft außerdem den Flüchtlingen nicht. Dabei ist die Türkei unser NATO-Partner. Wann üben Sie endlich Druck aus und sagen: „So geht es nicht; mit der Türkei muss endlich ernsthaft darüber gesprochen werden“? Dann gibt es noch ein Embargo der Regierung im Nordirak und der Türkei gegenüber Syrien, sodass an die Flüchtlinge in Syrien und die PYD nichts geliefert wird, nicht einmal Medikamente. Auch das ist völlig unmenschlich und muss endlich überwunden werden.

Warum vergessen Sie immer Syrien? Wir reden fast nur über den Irak. Der IS herrscht genauso in Syrien und marschiert auch dort voran. Er wird von den Kurdinnen und Kurden und übrigens auch von den Assad-Truppen bekämpft. Was denn nun? Ich will Assad weiß Gott nicht schöner machen, als er ist, aber gar keine Gesprächskontakte mehr zu haben, war vielleicht doch ein Fehler, weil man eben in bestimmten Situationen wieder miteinander ins Gespräch kommen muss.

Nun sage ich Ihnen noch etwas: Sie müssen sich für Gespräche zwischen allen Bevölkerungsteilen im Irak einsetzen. Wir müssen endlich überall dafür kämpfen, säkulare Staaten zu bekommen. Nicht eine Religion darf das ganze Geschehen dominieren. Das muss endlich überwunden werden.

Wir treten selbstverständlich für eine umfassende humanitäre Hilfe ein, natürlich auch für die Aufnahme einer höheren Zahl von Flüchtlingen in ganz Europa, auch in Deutschland. Aber ich sage Ihnen noch eines: Es gibt ein krasses Missverhältnis. 70 Millionen Euro sind die Waffen wert, die Sie liefern wollen, nur 50 Millionen Euro die Hilfsgüter. Das sagt eine Menge.

Dann will ich noch an Folgendes erinnern: Wer hat eigentlich Solidarität mit den Kurdinnen und Kurden geübt, als sie im Irak benachteiligt waren, aber auch in der Türkei und im Iran? Vornehmlich die Grünen und die Linken, die anderen Parteien so gut wie gar nicht, wenn ich daran einmal erinnern darf. Wissen Sie, wann Sie Ihre Solidarität entdeckt haben? Als die Kurden die Erdölstadt Kirkuk eingenommen haben; mehr sage ich dazu nicht. Wir haben Solidarität unabhängig davon geübt; auch das muss ich Ihnen hier aufrichtig sagen.

Als Letztes lassen Sie mich Folgendes sagen: Die Bundesregierung wirkt in der ganzen Situation hilflos. Den Kalten Krieg hat der Westen gewonnen. Die Ordnung des Kalten Krieges wurde glücklicherweise überwunden, aber eine neue, friedenschaffende Ordnung ist nicht entstanden. Weder die USA noch Russland noch China, geschweige denn die EU, Frankreich und Großbritannien werden ihrer Verantwortung gerecht; aber es ist Ihre Verantwortung, dass endlich wieder eine friedenschaffende Ordnung weltweit entsteht.

Danke schön.

DIE LINKE lehnt Waffenlieferungen ab – in den Irak und grundsätzlich

Aus: <http://www.die-linke.de>

Der Parteivorstand der LINKEN hat in seiner Sitzung am 31. August 2014 im Vorfeld der Bundestagsitzung zu den geplanten Waffenlieferungen in den Irak einmütig den folgenden Beschluss gefasst:

Am Montag, 1. September 2014, will die Bundesregierung über Waffenlieferungen in den Irak im Bundestag debattieren und die tags zuvor getroffene Entscheidung der Bundesregierung durch eine namentliche Abstimmung im Bundestag unterstützen lassen. Die Waffen – wohl Panzerabwehrwaffen vom Typ Milan, G36 Gewehre und – via Italien – Maschinengewehre vom Typ MG42 sowie Nachtsichtgeräte und umfangreich Munition sollen an die so genannten Peschmerga, Kämpfer der Kurdisch Demokratischen Partei (KDP) von Masud Barsani gehen. DIE LINKE lehnt diese Waffenlieferungen im Konkreten wie grundsätzlich ab. Deshalb wird die Fraktion DIE LINKE am 1. September bei der Abstimmung gegen diese Waffenlieferungen stimmen.

Gregor Gysi hat am 12. August die zentralen Argumente benannt: „Ich war und bleibe ein Gegner von deutschen Waffenexporten. Deutschland hätte nach 1945 beschließen müssen, nie wieder an Kriegen verdienen zu wollen. Seit 1990 gab es nur falsche und schlimme Angriffskriege von NATO-Ländern sowie Bürgerkriege. Erstmals erleben wir, dass eine Terroristenarmee islamistischer Söldner von außen – unter Begehung zahlreicher Morde – versucht, den Irak und Syrien zu erobern. Die Ursachen liegen in dem völlig falschen und wahnsinnigen Krieg der USA gegen den Irak von 2003, an der falschen Politik gegenüber Syrien, an der falschen Politik der gegenwärtigen irakischen Regierung und an der Tatsache, dass die türkische Regierung die terroristischen Söldner der ISIS unbehelligt durch die Türkei marschieren ließ. ... Ich finde es ungeheuerlich, dass die Bundesregierung an Länder wie Saudi-Arabien und Katar, aus denen heraus die ISIS-Armee bezahlt wird, unzählige Waffen liefert.“

Die Bundesregierung wird mit der direkten Waffenlieferung an eine von mehreren Konfliktparteien vor Ort zur Kriegspartei. Die Berichte besagen, dass es weniger die Peschmerga als vielmehr die der PKK nahestehenden Kämpfer/-innen der kurdischen Partei der Demokratischen Union (PYD) aus dem benachbarten Syrien waren, die Jesiden vor Ort gerettet haben. Das PKK-Verbot ist völlig kontraproduktiv, DIE LINKE fordert eine Aufhebung des PKK-Verbots.

Waffenlieferungen bedeuten, dass Menschen an diesen Waffen auch ausgebildet werden müssen. Ein so genannter Endverbleib der jetzigen Rüstungslieferungen bei den vorgesehenen Empfängern kann sowieso kaum garantiert werden, bei diesen Waffenlieferungen ist das noch unwahrscheinlicher. Es besteht sogar die Möglichkeit, dass diejenigen, denen angeblich durch diese Waffenlieferungen geholfen werden soll (vor allem Jesiden und andere Minderheiten), später Opfer genau dieser Waffen werden könnten (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 29. August 2014).

Die Bundesregierung verstößt mit dem jetzigen Beschluss zu Rüstungsexporten offen gegen das Kriegswaffenkontroll-

und Außenwirtschaftsgesetz sowie die eigenen „Politischen Grundsätze der Bundesregierung zum Rüstungsexport“.

Schon bisher wurden an kriegführende Staaten Waffen geliefert, Gregor Gysi hat hier z. B. Saudi-Arabien oder Israel benannt. Nun sollen erstmals offiziell deutsche Kriegswaffen an nichtstaatliche kriegführende Empfänger (die Peschmerga) gehen. Das ist ein Präzedenzfall und weiterer Türöffner für spätere Rüstungsexporte.

Angeblich wollte die Bundesregierung – so war zumindest Sigmar Gabriel zu vernehmen – Rüstungsexporte einschränken. Dies ist mit dem geplanten Rüstungsexport völlig hin-fällig. DIE LINKE fordert von der Bundesregierung, auf politischer Ebene massiv auf die befreundeten Staaten Türkei, Saudi-Arabien und Katar Druck auszuüben, damit deren Unterstützung und Finanzierung der IS-Einheiten sofort beendet wird.

DIE LINKE befindet sich mit ihrer Ablehnung von Waffenlieferungen auch – so ergeben Umfragen – bei der Mehrheit der bundesdeutschen Bevölkerung.

Im Übrigen sind – nach Analyse von Militärexperten – die US-Luftangriffe gegen die IS-Einheiten offensichtlich als wirkungslos bis kontraproduktiv einzustufen. Militärische Lösungen – auch durch andere Formen von Militäreinsätzen – gibt es nicht.

Die internationalen Akteure müssen in dieser Krise nach drei gleichberechtigten Prämissen handeln: akute Konflikt-eindämmung, politische Deeskalation und humanitäre Hilfe. Dies darf nicht die Stunde von Interventionen werden. Ein dritter Irakkrieg ist keine Lösung Dies muss die Stunde der Vereinten Nationen werden.

Wirkliche Hilfe für die Menschen vor Ort ist allenfalls durch umfangreiche humanitäre Hilfe möglich, darauf muss der Fokus liegen. Dafür muss alles getan werden. Die Bundesregierung muss großzügig Flüchtlinge aus der Region aufnehmen. Offene Grenzen für Menschen in Not. Die Bundesregierung lenkt mit den Waffenlieferungen von den eigentlichen Notwendigkeiten ab.

Tabubruch für neue deutsche Außenpolitik

Die deutsche Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen benennt offen, um was es bei den Waffenlieferungen an die irakisch-kurdischen Peschmerga auch geht: „Wichtiger als die Frage, ob und welche Waffen wir am Ende liefern, ist die Bereitschaft, Tabus beiseite zu legen und offen zu diskutieren.“ Sie sieht die Debatte um die Waffenlieferungen auch im Kontext der Debatte um eine neue militarisierte Außenpolitik, die Bundespräsident Joachim Gauck angestoßen hat. DIE LINKE wendet sich klar gegen diesen Tabubruch. Im 100. Jahr der Wiederkehr des Beginns des Ersten Weltkriegs und dem 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkriegs ist unser Petition klar: Nie wieder Krieg und nie wieder Krieg von deutschem Boden aus!

Es zeugt nicht gerade von historischer Sensibilität, ausgerechnet am 1. September, dem Tag an dem die deutsche Wehrmacht vor 75 Jahren Polen überfiel und damit den zweiten Weltkrieg auslöste, und der seither – vor allem von Gewerkschaften und Friedensbewegung – als Antikriegstag bzw. Weltfriedenstag begangen wird, eine tabubrechende Abstimmung über deutsche Waffenlieferungen in Kriegsgebiete vom Bundestag billigen lassen zu wollen.

Im Bundestagswahlprogramm der LINKEN heißt es: „Jede



Waffe, die aus Deutschland exportiert wird, dient der Ausrüstung eines anderen Landes, fördert Unterdrückung und macht es möglich, dass anderswo in der Welt Konflikte gewaltsam ausgetragen und Kriege geführt werden. DIE LINKE fordert ein Verbot aller Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte ohne Ausnahmen.“ Dies trifft grundsätzlich und auch konkret für die jetzt geplanten Waffenlieferungen der Bundesregierung an die Peschmerga-Kurden zu.

Internationale Gemeinschaft muss mit einer Stimme reden und handeln

Erklärung der Parteivorsitzenden der LINKEN, Bernd Riexinger und Katja Kipping, sowie des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion DIE LINKE, Gregor Gysi, vom 12. August 2014; aus: <http://www.die-linke.de>

Die Ereignisse im Norden des Iraks und in Syrien sind dramatisch. Die barbarischen Gewalttaten der Terrorbanden des „Islamischen Staates“ kosten täglich Menschenleben und vertreiben Zehntausende aus ihrer Heimat. Die kalkuliert zur Schau gestellten Gräueltaten durch den „Islamischen Staat“, die Bilder vom unermesslichen Leid der Flüchtlinge und das offenkundige Scheitern des Iraks als Staat führen auf der ganzen Welt zu Verunsicherung und zu einem neuen Nachdenken über die richtigen Strategien für eine Beendigung des Konflikts. Zur Wahrheit gehört, dass es den Vormarsch des „Islamischen Staates“ nicht geben würde, wenn es den völkerrechtswidrigen Einmarsch in den Irak nicht gegeben, und der Westen in Syrien nicht ständig Öl ins Bürgerkriegsfeuer gegossen hätte. Die Terrorbanden des „Islamischen Staates“ sind Geschöpfe einer völlig verfehlten Sicherheitspolitik des Westens, die gescheiterte Staaten in Serie produziert hat und weiter produziert.

Auch als Ergebnis dieser Politik droht heute in der Region nicht weniger als ein Genozid, der verhindert werden muss. Jeder Akt der Selbstverteidigung gegen den Vormarsch der Terrorbanden des „Islamischen Staates“ ist legitim. Die internationale Gemeinschaft muss in dieser Krise nach drei gleichberechtigten Prämissen handeln: Akute Konflikteindämmung, politische Deeskalation und humanitäre Hilfe. Dies darf nicht die Stunde von Interventionen werden. Ein dritter Irakkrieg ist keine Lösung. Dies muss die Stunde der Vereinten Nationen sein. Weder der Schutz der Gefährdeten noch eine dauerhafte Friedenslösung werden erreichbar, wenn die internationale Gemeinschaft nicht auf Basis des Völkerrechts eine gemeinsame multilaterale Strategie für die Region entwickelt. In dieser akuten Situation der Bedrohung von Hunderttausenden muss die internationale Gemeinschaft in der Region mit einer Stimme sprechen und handeln.

Die wichtigste Voraussetzung für eine solche multilaterale Wende in der internationalen Bearbeitung der Konflikte im Irak und in Syrien ist die Beendigung der aufziehenden neuen Ost-West-Konfrontation. Die USA und Russland müssen als die entscheidenden globalen Großmächte ihre Konflikte im Interesse der Schaffung einer neuen globalen Sicherheitsordnung beilegen. Nur dann haben die Vereinten Natio-

nen auch die Autorität, die nötigen Schritte für eine Verhinderung eines Genozids und eine Beendigung der militärischen Konflikte einzuleiten. Die Welt steht am Scheideweg zwischen einer neuen Ära der Eskalation in Blockkonstellationen und einer Renaissance internationaler Konfliktlösungsmechanismen im globalen Maßstab.

Sofort müssen alle humanitären Bemühungen verstärkt werden, um das Leid der Menschen in der Region zu lindern. Dazu gehört natürlich die Hilfe für Flüchtlinge von sicherem Geleit aus dem Konfliktgebiet bis zur Versorgung mit Lebensmitteln und Unterkünften. Dazu gehört aber auch, dass die Länder des Westens viel mehr Flüchtlinge als bisher aufnehmen. Es ist nicht hinnehmbar, dass Menschen, die das Grauen des Bürgerkrieges überlebt haben, an den Grenzen der Festung Europa scheitern. Auch Deutschland muss hier sofort handeln.

Waffen für die Kurden?

Von Ulla Jelpke, MdB; aus: [Linksletter](#), 28. August 2014

Anfang August haben die Gotteskrieger des selbsternannten Islamischen Staates (IS) im Irak mit einer Offensive gegen kurdische Siedlungsgebiete begonnen. Hunderttausende Menschen, vor allem Angehörige von Minderheiten wie kurdische Jesiden, christliche Aramäer und schiitische Turkmenen aber auch Sunniten, die sich nicht dem Diktat des IS unterwerfen wollen, sind auf der Flucht. Insbesondere in der Region Sengal (Sindschar) findet ein regelrechter Genozid an Angehörigen der dort beheimateten religiösen Minderheit der Jesiden statt.

Angesichts des Vormarsches der mörderischen Jihadisten wurde der Ruf laut, Waffen an kurdische Milizen zu schicken, damit diese sich gegen den IS verteidigen können. Mehrere westliche Staaten haben sich zu entsprechenden Waffenlieferungen an die Kurdische Autonomieregierung im Nordirak bereit erklärt, der Iran soll sogar schon Waffen zur Verfügung gestellt haben. Die Bundesregierung hat bereits die Lieferung von Ausrüstungsgegenständen wie schuss sicheren Westen zugesagt und prüft die Lieferung von Handfeuerwaffen und Panzerabwehrraketen. In einer Sondersitzung soll der Bundestag am Montag, dem 1. September, darüber beraten. Entscheiden dürfen die Abgeordneten allerdings nicht, da dies allein die Befugnis der Regierung ist. Dass das Parlament hier also nur beratend tätig sein darf, ist umso fataler, als es sich bei der geplanten Waffenlieferung an die Kurden um einen Präzedenzfall handelt. Denn bislang galt die Regel, dass keine Waffen in Kriegsgebiete geliefert werden dürfen. Schon diese Regel wurde von den wechselnden Bundesregierungen immer wieder umgangen. So ist die Türkei einer der größten Abnehmer deutscher Rüstungstechnik, obwohl die türkische Armee, zumindest bis zum vor rund zwei Jahren angelaufenen Friedensprozess, Krieg gegen die kurdische Befreiungsbewegung führt und dazu immer wieder auch irakisches Territorium bombardiert. Doch hier verwies die Bundesregierung auf die NATO-Mitgliedschaft der Türkei. Waffenlieferungen an Israel, das regelmäßig Krieg gegen seine Nachbarn führt, wurden mit einer besonderen deutschen Verantwortung gerechtfertigt. Aber Waffen an halbstaatliche



kurdische Milizen mitten in einem Bürgerkrieg wären doch ein weitergehender Bruch mit der bisherigen Prämisse, keine Waffen in Kriegsgebiete zu liefern.

Auch innerhalb der Linkspartei wurden einige Stimmen laut, wonach man angesichts der Dramatik der Situation den Kurden entsprechende Militärhilfe nicht versagen dürfe. Dem steht das Erfurter Parteiprogramm der Linken ebenso wie das Wahlprogramm zur Bundestagswahl mit der Forderung nach einem Verbot jeglicher Rüstungsexporte entgegen. Doch geht es bei dieser auch innerlinken Debatte nicht um die scheinbare und von einigen Medien aufgebaute Frontstellung von abstraktem und weltfremdem Pazifismus gegen die Notwendigkeit der Kurden, sich bewaffnet zu verteidigen. Niemand in der Linkspartei wird das Recht der Kurden oder anderer vom IS attackierter und massakrierter Bevölkerungsgruppen bestreiten, sich mit allen notwendigen Mitteln zu wehren. Die Fragen lauten vielmehr, wer derzeit wirkungsvoll gegen den IS kämpft, wer hier im Einzelnen nach Waffen ruft, welche Gruppierungen auf kurdischer Seite in den Genuss der Waffenlieferungen kommen sollen, welche Gefahren mit solchen Waffenlieferungen verbunden sind, welche Interessen der Westen an der Militärhilfe für die Kurden hat und welche Alternativen es dazu gibt.

Dass der IS heute große Teile Syriens und des Irak beherrscht und dort ein Kalifat des Schreckens errichtet, ist eine Folge der westlichen Nahost-Politik: des völkerrechtswidrigen Krieges gegen den Irak, der Zerstörung des irakischen Staatsapparates und der Unterstützung für die extrem sunnitenfeindlich agierende Maliki-Regierung einerseits sowie der Aufrüstung syrischer Oppositionsgruppen gegen die dortige Baath-Regierung von Präsident Baschar al Assad andererseits. Bereitet die westliche Politik im Irak wohl ungeplant einen fruchtbaren Boden für das Anwachsen des IS, so konnten die Vorläufer des IS in Syrien im Rahmen der gegen Assad kämpfenden Allianz jahrelang sogar auf direkte Unterstützung des Westens setzen. Insbesondere der NATO-Staat Türkei unterstützte die Gotteskrieger mit Logistik, Waffenlieferungen und als Transitland für die aus aller Welt kommenden Jihadisten auf dem Weg nach Syrien. Und diese türkische Unterstützung dauert an, da die islamisch-konservative AKP-Regierung Gruppen wie den IS fördert, um die Etablierung einer kurdischen Selbstverwaltungsregion in Nordsyrien zu verhindern. Doch bis heute weigert sich die Bundesregierung in ihren Antworten auf unsere Kleinen Anfragen, diese belegten Fakten über IS-Ausbildungscamps in der Türkei, über Waffentransporte durch den türkischen Geheimdienst, über Verwundete des IS in türkischen Krankenhäusern etc. zur Kenntnis zu nehmen.

Wenn diejenigen westlichen Kräfte, die mit ihrer Politik direkt oder indirekt zum Wachstum des IS beigetragen haben und bis heute die zentrale Rolle der Türkei bei der IS-Förderung ignorieren, sich jetzt als Befreier aufspielen, ist das schlicht unglaublich. Dazu kommt, dass die Kurden ja nicht erst seit diesem Sommer gegen den IS und seine Vorläufer kämpfen. Das kurdische Selbstverwaltungsgebiet Rojava im Norden Syriens wird seit zwei Jahren bereits von den Jihadisten des IS, der Al Nusra Front und der Islamischen Front attackiert, es geschahen zahlreiche Massaker an Kurden, Jesiden, Christen und Alawiten. Doch als Bedrohung wurde der IS von den westlichen Regierungen erst wahrgenommen, als dessen Krieger sich den großen Ölfeldern im Irak, insbesondere um die Stadt Kirkuk, näherten.

Dass mit der in Aussicht gestellten Waffenhilfe für die Peshmerga der kurdischen Autonomieregierung von Präsident Masud Barzani andere als lediglich humanitäre Überlegungen verbunden sind, liegt damit auf der Hand. Und auch Barzani scheint mit dem Ruf nach Waffen andere Ziele zu verbinden als nur die Abwehr der jihadistischen Offensive.

Bereits im Juni hat Barzani die Durchführung eines Referendums über die Lostrennung der kurdischen Gebiete vom Irak und die Etablierung eines unabhängigen kurdischen Staates angekündigt. Eine Voraussetzung für einen solchen sowohl von der Bagdader Zentralregierung als auch dem benachbarten Iran abgelehnten kurdischen Nationalstaat wären schwere Waffen zu seiner Verteidigung. Bislang hatten die USA und andere westliche Staaten Barzanis Ruf nach schweren Waffen aus Rücksicht auf die Nachbarstaaten und die Bagdader Zentralregierung zurückgewiesen. Doch jetzt scheint eine Situation eingetreten zu sein, in der den Peshmerga solche Waffen nicht mehr länger verweigert werden können. Es deutet allerdings einiges darauf hin, dass Barzanis Demokratische Partei Kurdistans (KDP) diese Situation absichtlich herbeigeführt hat. Obwohl Angriffe des IS auf die jesidischen Siedlungsgebiete von Sengal und die Grenzstadt Rabia absehbar waren, hatte die kurdische Regierung sich geweigert, weitere Peshmerga in diese Region zu schicken. Stattdessen zogen sich die Peshmerga Anfang August kampfflos aus dieser Region zurück, dabei entwaffneten sie sogar noch jesidische Dorfbewohner, die Waffen zur Selbstverteidigung behalten wollten. Der IS wurde damit direkt zum Einmarsch in diese Gebiete eingeladen, während die Peshmerga die Zivilbevölkerung schutzlos zurückließ. Ob der Rückzug der KDP-Peshmerga auf eine fatale Fehleinschätzung der Situation, auf Unwilligkeit zum Kämpfen oder aber bewusstes Kalkül zurückzuführen ist, bleibt offen. Doch muss die Frage gestellt werden, ob dieses Verhalten nun auch noch mit der Lieferung von schweren Waffen belohnt werden soll.

Dazu kommt, dass es sich bei den je nach Angaben zwischen 140 000 und 200 000 Peshmerga im Nordirak nur formal um eine der kurdischen Regionalregierung unterstehende nationale Streitmacht handelt. In Wirklichkeit bestehen die Peshmerga aus mehreren Parteiarmeen der kurdischen Regierungsparteien, insbesondere von Barzanis Demokratischer Partei Kurdistans (KDP) und der Patriotischen Union Kurdistans (PUK), die sich noch in den 90er Jahren einen blutigen Bruderkrieg um die Kontrolle der kurdischen Landesteile geliefert haben. Damit besteht das Risiko, dass Waffenlieferungen nur einer Partei zugute kommen und zukünftig bei innerkurdischen Auseinandersetzungen etwa gegen das Selbstverwaltungsgebiet Rojava oder im Falle der Lostrennung der kurdischen Gebiete vom Irak gegen kurdische Parteien, die sich einer Unabhängigkeit widersetzen, Verwendung finden.

Insbesondere ist die Gefahr groß, dass Waffen, die heute in die Region geliefert werden, morgen bei ganz anderen Kräften als den offiziellen Empfängern landen. In den vergangenen zehn Jahren wurde bereits die irakische Armee vom Westen vor allem von den USA hochgerüstet. Zu einer besseren Moral in der Truppe hat das nicht beigetragen. Angesichts der nahenden ISIS-Horden ließen die irakischen Soldaten die moderne Technik liegen und flohen. So konnte IS nach seiner kampflosen Einnahme von Mossul an der Spitze einer sunnitischen Aufstandsbewegung im Juni große



Mengen moderner Militärtechnik einschließlich Panzer, Raketen und Hubschrauber unter ihre Kontrolle bringen und teilweise bereits wenige Tage darauf gegen Kurden in Syrien einsetzen. Weitere umfangreiche Waffenarsenale von IS stammen aus der Aufrüstung der syrischen Opposition durch westliche Staaten und die Golfmonarchien. Teilweise liefern Gruppen der sogenannten gemäßigten Opposition gleich im Ganzen zu ISIS über, teilweise wurden die Waffen auch bei Kämpfen dieser Verbände untereinander erbeutet. Wer heute erneut Raketen und andere schwere Waffen in den Irak pumpen will, riskiert, dass diese Technik morgen in der Hand des IS, von Al Qaida und ähnlichen Kräften landet und sich damit genau gegen diejenigen richtet, die heute damit unterstützt werden sollen.

Die Hauptlast im Kampf gegen den IS tragen zudem nicht die Peschmerga sondern Milizen aus dem kurdischen Selbstverwaltungsgebiet Rojava in Syrien. Die Volksverteidigungseinheiten (YPG) und Frauenverteidigungseinheiten (YPJ), in deren Reihen sich neben Kurden auch Araber und Aramäer befinden, konnten bis heute die seit zwei Jahren andauernden Angriffe des IS und seiner Vorläufer, der Al Nusra Front und anderer Jihadisten trotz großer Opfer aus eigener Kraft abwehren. Nach dem Rückzug der KDP-Peschmerga aus Sengal und von der Grenzstadt Rabia waren es dann die YPG, die gemeinsam mit Guerillakämpfern der PKK einen Fluchtkorridor für zehntausende Jesiden von den Sengalbergen nach Rojava freikämpften und ihnen so das Leben retteten. PKK und YPG-Kämpfer spielten auch eine entscheidende Rolle bei der strategisch nur 40 Kilometer von der kurdischen Hauptstadt Erbil entfernt gelegenen Stadt Mahmur. Selbst Präsident Barzani musste dies anerkennen und sich bei der PKK-Guerilla bedanken. PKK-Chef Cemil Bayik erklärte im Interview mit der türkischen Zeitung Vatan: Wenn man Waffen liefern will, dann muss man Waffen denen geben, die kämpfen. Das wäre das Richtige. Kräften, die nicht kämpfen, sondern wegliefen Waffen zu liefern, ist gleichbedeutend mit Waffenlieferungen an den IS. Bayik verwies darauf, dass nicht die Militärtechnik sondern die Motivation der Kämpfenden entscheidend ist. Das Bestimmende ist der Mensch selbst. Und der Mensch existiert durch seinen Glauben, seine Ziele und sein Denken. Wenn das Ziel, der Glaube und das Denken solcher Menschen oder Bewegungen stark sind, können sie auch die stärkste Technik besiegen. Es gibt praktische Beispiele dafür. Die YPG und die HPG kämpfen gegen den IS. Weder die YPG noch die HPG (PKK-Guerilla) haben Waffen wie der IS in den Händen, aber sie können gegen den IS Widerstand leisten. Obwohl PKK und YPG so die einzige Kraft im Nahen Osten darstellen, die derzeit erfolgreich gegen den Vormarsch des IS kämpft, betteln sie nicht nach Waffen aus dem Ausland. Allerdings gibt es Hindernisse für diese Verbände, sich die für die Verteidigung der Bevölkerung notwendigen Mittel auf legale Weise zu beschaffen. So befindet sich die PKK im Unterschied zum IS (!) auf der EU-Terrorliste, damit ist es verboten, ihr Finanzen oder Sachwerte zur Verfügung zu stellen. Und gegen Rojava wird vom NATO-Partner Türkei und der mit der Türkei verbündeten Demokratischen Partei Kurdistans von Präsident Barzani ein Embargo aufrechterhalten, das nicht nur die Zivilbevölkerung und hunderttausende Flüchtlinge ohne ausreichend Nahrung und Medikamente lässt, sondern letztlich auch die Widerstandskraft der YPG schwächt.

Von Seiten der kurdischen Freiheitsbewegung wird nicht nur der Ruf einiger in Deutschland unter der kurdischen Diaspora übrigens marginaler – kurdischer Verbände nach Waffen sondern auch das Eingreifen der USA mit Luftangriffen auf IS-Stellungen sehr kritisch gesehen. Das kurdische Volk ist selber in der Lage, sich zu verteidigen, machte Songül Talay vom Kurdischen Frauenfriedensbüro Geni in Düsseldorf im Interview mit der jungen Welt deutlich. Machen wir uns nichts vor: Militärische Interventionen von außen dienen meist dem Zweck, ethnisch verfolgte Völker abhängig zu machen, um diese anschließend für eigene imperialistische Machtinteressen auszunutzen. Diplomatischer Druck auf die Länder, die die Terrororganisation IS politisch und finanziell unterstützen, wäre aber hilfreich.

Mit den geplanten Waffenlieferungen an die Peschmerga bezweckt die Bundesregierung wohl dreierlei. Zum einen will sich Berlin das Wohlwollen der im Autonomiegebiet im Nordirak regierenden kurdischen Parteien in dieser geopolitisch wichtigen, rohstoffreichen Region erhalten. Zum zweiten hofft die deutsche Rüstungsindustrie auf lukrative Aufträge. Ob daraus etwas wird, muss sich erst zeigen, denn bei der bisher zur Lieferung versprochenen Technik handelt es sich um Uraltmaterial aus Bundeswehrbeständen. Wenn aber mit der Aufrüstung der kurdischen Parteimilizen erst einmal ein Präzedenzfall von Waffenlieferungen an eine unmittelbar im Kampf stehende Truppe in einem Krisengebiet geschaffen ist, dann wird es bald weitere solcher Fälle in anderen Weltregionen geben, in denen die Bundesregierung dann auch Bestellungen von deutschen Neuwaffen absegnen wird. Wenn Berlin den Kurden jetzt ernsthaft unter die Arme greifen wollte, dann sollte sie erst einmal die humanitäre Hilfe für die vielen hunderttausend Flüchtlinge massiv aufstocken. Doch statt Zelten und Decken liefert die Bundesregierung offenbar lieber Raketen. Das ist schon bezeichnend für ihre Prioritäten.

DIE LINKE sollte bei ihrer generellen Ablehnung von Waffenexporten bleiben, gerade auch im konkreten Fall möglicher Militärhilfe für die Peschmerga. Stattdessen sollte sie sich für folgende Forderungen stark machen.

1. Humanitäre Hilfe für die Flüchtlinge in Rojava und dem Nordirak
2. Aufhebung des Hungerembargos gegen Rojava und internationale Anerkennung der Selbstverwaltungsregion
3. Aufhebung des PKK-Verbots in Deutschland und Streichung der PKK von der EU-Terrorliste
4. Druck auf die Türkei ausüben, damit die Grenzen für die Jihadisten geschlossen und die logistische Unterstützung durch den türkischen Geheimdienst beendet wird.
5. Ein generelles Verbot aller Rüstungsexporte.



Chemiewaffen zerstören – Auslandseinsätze beenden

Rede von Jan van Aken, MdB, vor dem Bundestag
am 9. April 2014
aus: <http://www.linksfraktion.de>

Grüß Gott, Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren!

Ich finde, es ist wirklich keine einfache Frage. Es gibt sehr viele sehr gute Argumente für diesen Einsatz, und es gibt sehr viele sehr gute Argumente gegen diesen Einsatz. Wir haben in der Fraktion darüber diskutiert. Es wurde von verschiedenen Personen unterschiedlich bewertet. Einige werden dafür stimmen, einige dagegen, andere werden sich enthalten.

Ich will ganz vorne anfangen. Es geht um die Vernichtung syrischer Chemiewaffen im Mittelmeer und den militärischen Schutz durch eine deutsche Fregatte. Ich glaube, in einem Punkt sind wir uns alle einig: Es ist völlig richtig und wichtig, dass die syrischen Chemiewaffen jetzt komplett vernichtet werden.

Ich muss sagen, dass es für mich ganz persönlich auch eine Herzensangelegenheit ist. Ich habe die letzten 15 Jahre vor allem damit zugebracht, für die Vernichtung aller biologischen und chemischen Waffen auf der Welt zu kämpfen, zwei Jahre lang auch als UN-Biowaffeninspektor. Deswegen bin ich jetzt sehr erleichtert und froh darüber, dass auch das syrische Chemiewaffenprogramm endgültig vernichtet wird. Ich möchte an dieser Stelle den UN-Inspektoren in Syrien danken, die teilweise unter Einsatz ihres Lebens dieses Programm mit aufgeklärt und untersucht haben. Das verdient unser aller Respekt.

Es ist richtig, wie die Vernichtung der Waffen geschieht, nämlich auf einem Schiff im Mittelmeer. Das ist unter Sicherheitsaspekten und aus ökologischer Sicht die beste Methode. Da wird nichts ins Meer gekippt. Das ist ein geschlossenes und solides System. Das finde ich als alter Umweltaktivist völlig in Ordnung. Herr Mützenich, natürlich muss dieser Prozess und muss auch das Schiff bewacht werden. Dazu gibt es keine zwei Meinungen; denn niemand kann ernsthaft riskieren, 20 Tonnen Senfgas mehrere Monate lang ungeschützt über das Mittelmeer schippern zu lassen. So gering die Gefahr auch sein mag: Sie ist nicht gleich null.

Das alles sind sehr gute Argumente für diesen Einsatz. Aber wir können den Einsatz doch nicht isoliert betrachten. Er findet nicht in einem luftleeren Raum statt. Praktisch zeitgleich, innerhalb einer Woche werden hier im Bundestag zwei ganz neue Bundeswehrmandate verabschiedet: eines für Somalia und eines für die Zentralafrikanische Republik. Da wird doch in aller kürzester Zeit genau das zur Realität, was Herr Gauck, Frau von der Leyen und Herr Steinmeier erst vor kurzem verkündet haben, nämlich eine systematische Ausweitung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Diese Militarisierung der deutschen Außenpolitik wird die Linke niemals mittragen.

Sie reden hier immer von Verantwortung. Aber wissen Sie eigentlich, was in diesem Fall echte Verantwortung hieße? Fangen wir doch einmal an:

Erstens. Stoppen Sie endlich alle heiklen Chemiewaffenlieferungen, vor allen Dingen an die Länder, die die Chemiewaffenkonvention noch nicht ratifiziert haben! Das haben wir

beantragt. Dem können Sie gleich zustimmen. Das wäre einmal ein Beispiel dafür, wie man Verantwortung übernimmt.

Zweitens. Binden Sie Russland wieder ein! Es war ein fataler Fehler, Russland rauszukegeln. Wir wissen doch alle, dass Assad sein Chemiewaffenprogramm ohne den Druck aus Moskau nie aufgegeben hätte. Sie aber kegeln Russland jetzt raus.

Drittens. Ziehen Sie sofort die Bundeswehr samt ihrer Patriot-Raketen aus der Türkei zurück! Denn damit unterstützen Sie eine ganz gefährliche Politik der Türkei auf Kosten der Menschen in Syrien. Das wäre für mich Verantwortung. Diese verweigern Sie aber. Das einzige, was Sie in einer solchen Situation tun, ist das, was Sie so oft tun: mal wieder ein deutsches Kriegsschiff schicken. Das ist zu wenig.

Hinzu kommt, dass das konkrete Mandat, zu dem Sie hier einen Bericht vorgelegt haben, wirklich zum Himmel stinkt. Das gibt mir allen Grund zu Misstrauen. Sie legen den gesamten Einsatz als NATO-Mandat an. Warum machen Sie daraus keine UN-geführte Operation? Das machen Sie nicht; Sie legen das als NATO-Mandat an. Dann weiten Sie den Einsatz auf den Nordatlantik und alle angrenzenden Seegebiete aus. Wir haben nachgefragt: Warum? Herr Mützenich, auch von Ihnen habe ich heute keine Antwort bekommen. Ich bekomme auch aus den Ministerien keine Antwort. Der Einsatz wird ohne jeden Grund auf die halbe Welt ausgeweitet. Was soll das?

Jetzt kommt etwas, von dem ich befürchte, dass es draußen in der Welt kein Mensch versteht: Sie wussten vorgestern noch nicht einmal, wie viele Kriegsschiffe eigentlich vor Ort sind. Mir wurde vom Verteidigungsministerium im Auswärtigen Ausschuss gesagt, dort seien zwei Kriegsschiffe, und zwar eines von den USA und eines von Deutschland mehr nicht. Zur gleichen Zeit hieß es im Verteidigungsausschuss, es seien drei Kriegsschiffe, ein U-Boot und vielleicht noch ein bisschen mehr.

Wir haben nachgefragt. 24 Stunden lang haben wir keine Antwort bekommen. Sowohl im Verteidigungsministerium als auch im Auswärtigen Amt wusste niemand, wie viele Schiffe beteiligt sind. Es kann doch nicht Ihr Ernst sein, ein Mandat für einen Bundeswehreinsatz auf einer so dubiosen Basis vorzuschlagen.

Das alles sind aus meiner Sicht sehr gute Argumente gegen diesen Einsatz.

Wir haben diese Fragen, wie gesagt, innerhalb der Fraktion diskutiert. Jeder und jede von uns hat unterschiedliche Gewichtungen vorgenommen. Deswegen werden wir unterschiedlich abstimmen. Da ist auch gut so.

Ich selbst habe hier zwei Herzen in meiner Brust. Schon aufgrund meiner persönlichen Geschichte in Sachen Abrüstung werde ich auf gar keinen Fall gegen diesen Einsatz stimmen. Aber ich kann ihm auch auf gar keinen Fall zustimmen. Ich persönlich werde mich deshalb enthalten.

Ich bin im Übrigen der Meinung, dass Deutschland keine Waffen exportieren und auch keine Chemiewaffenfabriken unterstützen sollte; das will ich ganz zum Schluss noch sagen. Es waren, das wissen Sie, vor allem deutsche Firmen, die in den 80er- und 90er-Jahren das syrische Chemiewaffenprogramm mit aufgebaut haben.

Ich befürchte sogar, dass der tödliche Einsatz von Giftgas am 21. August 2013 ohne deutsche Hilfe nicht möglich gewesen wäre. Ich finde, wir müssen alle endlich Konsequenzen daraus ziehen und dafür sorgen, dass nie wieder irgend-



wo auf der Welt ein Chemiewaffenprogramm aus Deutschland unterstützt wird.

Ich danke Ihnen.

Anm. der Red.: In der auf die Debatte folgenden Abstimmung lehnten 35 Abgeordnete der Linksfraktion den Einsatz ab, 18 enthielten sich und 5 gaben ihre Zustimmung.

Zivilgesellschaftlicher Druck kann TTIP stoppen

Interview mit Klaus Ernst, Stellvertretender Vorsitzender, und Alexander Ulrich, Parlamentarischer Geschäftsführer der Fraktion DIE LINKE und Obmann im Ausschuss des Bundestages für die Angelegenheiten der Europäischen Union, am 22. September 2014; aus: www.linksfraktion.de

● **Am Donnerstag, dem 25. 9. 2014, debattiert der Bundestag auf Initiative Ihrer Fraktion über das TTIP genannte Abkommen zwischen den USA und der Europäischen Union. Worum geht es Ihnen dabei?**

● **Klaus Ernst:** TTIP ist in aller Munde, über 700 000 Unterschriften hat das Bündnis „TTIP unfairhandelbar“ dagegen gesammelt. Selbstverständlich muss diese Debatte auch im Parlament ihren Niederschlag finden. Aufhänger ist eine Große Anfrage mit 125 Fragen, die meine Fraktion zu TTIP erarbeitet hat. Ohne unsere parlamentarische Arbeit würde die Große Koalition das Thema im Bundestag glatt verschweigen. Nun aber ist der Vertragstext für das geplante Freihandels- und Investitionsabkommen zwischen der EU und Kanada, das sich abgekürzt CETA nennt, fertig verhandelt und wurde von der Tageschau öffentlich zugänglich gemacht. Die Befürchtungen haben sich bestätigt: Zum Beispiel enthält der CETA-Text weitgehende Klagerechte für Konzerne gegenüber den Vertragsstaaten. Aus diesem Grund soll am Donnerstag auch ein Antrag zu CETA abgestimmt werden, bei dem vor allem die Sozialdemokraten zeigen müssen, wie sie dazu stehen.

● **Dazu hat sich doch der SPD-Konvent am Wochenende recht entschieden geäußert. Oder zweifeln Sie an der Umsetzung durch die SPD-Spitze und die Minister?**

● **Klaus Ernst:** Ganz klar ist mir nicht, wohin die SPD und ihr Vorsitzender Sigmar Gabriel steuern. Erst gab sich Gabriel bei Investorklagen äußerst kritisch, doch dann hieß es aus dem Bundeswirtschaftsministerium, man müsse schauen, „ob das europäische Gesamtinteresse an einem Freihandelsabkommen so überwiegend ist, dass gegebenenfalls ausgehandelte Investitionsschutzabkommen hingenommen werden können“. Jetzt wieder steht im Beschluss des SPD-Konventes zu TTIP von Samstag: „In jedem Fall sind Investor-Staat-Schiedsverfahren abzulehnen“. Das gelte auch für CETA. Wir werden weiter sehr genau hinschauen und eine klare Linie einfordern.

● **Die Bundesregierung ist über die verschiedenen EU-Institutionen in die Verhandlungsprozesse eingebunden. Welche Positionen vertritt die deutsche Regierung dort?**

● **Alexander Ulrich:** Die Bundesregierung will TTIP unbedingt durchsetzen. Die gelegentlich medienwirksam verbreitete

Kritik ist nichts als heiße Luft. In Deutschland erweckt die Bundesregierung gerne den Eindruck, sie sei gegen neue Investorenklagerechte. Auf EU-Ebene fordert sie aber lediglich ein paar kleine Ausnahmen. Ähnlich ist es bei der Kritik an der Intransparenz der Verhandlungen. In Deutschland fordert insbesondere der Wirtschaftsminister regelmäßig mehr Transparenz. Auf EU-Ebene allerdings verlangt die Bundesregierung weder aktiv eine bessere Informationspolitik, noch geht sie mit gutem Beispiel voran. Wenn ich mir die Qualität ihrer Antworten auf zahlreiche Fragen unserer Fraktion zu TTIP anschau, dann bekomme ich den Eindruck, dass die Bundesregierung selbst versucht, die demokratische Kontrolle so schwer wie möglich zu machen.

● **Das europäisch-kanadische Abkommen CETA, das oft als „Blaupause“ für TTIP bezeichnet wird, ist so gut wie fertig. Am kommenden Freitag findet ein Gipfeltreffen zwischen der EU und Kanada statt. Werden wir dann mehr erfahren?**

● **Alexander Ulrich:** Den Inhalt des CETA-Abkommens kennen wir, da der Vertragsentwurf vollständig geleakt wurde. Es ist schlimmer als befürchtet. Sollte dieser Vertrag zustande kommen, wären zentrale Bestandteile der Daseinsvorsorge, der sozialen Sicherheit und der Demokratie ernsthaft bedroht. Die EU-Kommission will am Freitag den Deckel zumachen. Ihr Motto heißt: die Verhandlungen sind beendet. Einige Mitgliedstaaten wollen hingegen Spielräume für Nachverhandlungen offen lassen. So oder so steht die Ratifizierung aus. Entschieden ist hier noch nichts.

● **Die Kritikpunkte an beiden Abkommen sind vielfältig: Von abgesenkten Verbraucherschutzstandards über beschnittene Beschäftigtenrechte bis hin zu Investorenschutz. Was ist aus Ihrer Sicht das zentrale Problem bei TTIP und CETA?**

● **Klaus Ernst:** Zentrales Problem ist meiner Ansicht nach die antidemokratische Tendenz der Abkommen. Der politische Handlungsspielraum soll eingeschränkt werden, während Konzernrechte in gleichem Maße ausgebaut werden. Dies ist am Ende mit negativen Auswirkungen auf die Beschäftigten, die Verbraucher/-innen und die Steuerzahler verbunden, während eben vor allem die internationalen Konzerne profitieren werden. Eine Kernkritik sind dabei die Klagerechte von Investoren gegen den Staat und gegen dessen demokratisch legitimierte Entscheidungen, wenn diese die Profitinteressen des Unternehmens beeinträchtigen. Ein weiterer Punkt ist die so genannte regulatorische Kooperation, bei der zu befürchten steht, dass Regulierungskompetenz an Technokraten und Unternehmenslobbyisten übertragen wird. Allgemeinwohlinteressen fallen herunter.

● **Die Europäische Bürgerinitiative „TTIP stoppen“ wurde von der Europäischen Kommission aus formalen Gründen abgewiesen. Was steht dahinter? Und: Kommt die Kommission damit durch?**

● **Klaus Ernst:** Die Europäische Bürgerinitiative, EBI, wurde aus rein formalistischen Gründen abgewiesen. Erbärmliche Reaktion! Inwiefern dazu juristischer Spielraum vorhanden ist, kann ich im Detail nicht beurteilen. Die Hauptinitiatoren der EBI werden das jedenfalls vom Europäischen Gerichtshof prüfen lassen. Klar ist: Diese Entscheidung der EU-Kommission ist rein politischer Natur. Die Kommission hat Angst, dass die Anti-TTIP-Bewegung noch mehr Stärke gewinnt. Letztendlich wird der Schuss jedoch nach hinten losgehen: „Jetzt erst recht!“, heißt es in der zivilgesellschaftlichen Be-



wegung. Wenn keine offizielle EBI möglich ist, dann wird eben eine außerhalb dieser Struktur auf die Beine gestellt. „Jetzt erst recht“ heißt es aber offenbar nicht beim Deutschen Gewerkschaftsbund. Der hat vergangene Woche in einem gemeinsamen Papier mit der SPD-Spitze „Ja, aber“ zu TTIP gesagt.

● **Alexander Ulrich:** Das stimmt. Allerdings ist das DGB-Papier doch an entscheidenden Stellen, wie beim Investitionsschutz, deutlich schärfer als das, was der SPD-Parteikonvent nun daraus gemacht hat. Zudem muss man sehen, dass es im DGB eine lebhaftige Debatte gibt und das „Ja, aber“ keineswegs von allen geteilt wird. Auch in den Mitgliedsgewerkschaften gibt es deutlich kritischere Positionen, insbesondere bei ver.di, der GEW und der IG Metall. Festhalten muss man aber trotzdem, dass das neue DGB-Papier erstmal ein Rückschritt gegenüber früheren Positionen ist. Das ist natürlich unerfreulich.

● **Ist zivilgesellschaftlicher Protest gegen europäische Politik denn überhaupt noch möglich und Erfolg versprechend?**

● **Alexander Ulrich:** Unbedingt! Zivilgesellschaftlicher Protest ist unerlässlich, wenn wir TTIP stoppen wollen. Beim TTIP hat die Kommission die Verhandlungen zum Investitionsschutz vorübergehend ausgesetzt. Die Bundesregierung hat einen Beirat einberufen, um Kritiker einzubinden. Das sind kleine Schritte. Aber sie zeigen, dass politischer Druck da ist. Dieser Druck entsteht ja nicht, weil DIE LINKE im Bundestag besonders fiese Fragen stellt oder harte Anträge formuliert. Er kommt aus der Öffentlichkeit. Wenn er weiter wächst, wird es ganz schwierig, TTIP durchzusetzen. Natürlich werden auch wir weiterhin alles tun, um TTIP zu verhindern. Dazu gehört sowohl die Unterstützung zivilgesellschaftlicher Gruppen als auch eine intensive parlamentarische Arbeit.

Über die neue Rolle Deutschlands in der Welt – Anspruch und Widerspruch

Von Wolfgang Gehrcke, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Die Bundesregierung findet keine überzeugende Antwort auf eine Welt, die droht, aus den Fugen zu geraten: Krieg in der Ukraine, also in Europa, grundsätzliche und tiefgehende Verschlechterung der Beziehungen zu Russland, Staatenzerfall in vielen Regionen der Welt, Vormarsch islamistischer Gruppen, deutsche Waffenlieferungen in Kriege und Krisen hinein, Einflussverlust der UNO und ein immer weiteres Umsichgreifen von Hunger, Armut und Krankheit. Vieles erinnert mich an die Kuba-Krise (1962). Damals stand die Welt am Rande eines großen Krieges. Heute steht die Welt erneut am Rande eines Krieges. Nicht irgendwo, sondern hier, mitten in Europa und im Nahen Osten.

In dieser Situation bestimmt die Bundesregierung ihre Rolle in der Weltpolitik neu.

Vor jetzt knapp einem Jahr war es der deutsche Außenminister Steinmeier, der auf der Münchner Sicherheitskonferenz den Anspruch Deutschlands als Großmacht formulierte

und nicht mehr von der Außenlinie zusehen wollte, wie andere Staaten Weltpolitik betreiben. Er sprach von „Verantwortung“ und buchstabierte Verantwortung auch als militärische Kraft.

Das Trio Frau von der Leyen, die der „Stern“ als Kriegsministerin bezeichnet, Bundespräsident Gauck und Außenminister Steinmeier hat Zurückhaltung als Maxime der deutschen Außenpolitik aufgekündigt. Das ist ein elementarer Bruch mit einer der wichtigen Schlussfolgerungen aus der deutschen Geschichte, dass für Deutschland militärische und ökonomische Zurückhaltung gut ist. Für Deutschland waren Großmachtambitionen immer verhängnisvoll. Und für die Welt erst recht! DIE LINKE will eine Politik der Zurückhaltung und eine Entmilitarisierung deutscher Außenpolitik.

An zwei Schnittstellen deutscher Außenpolitik seit der Vereinigung, die jeweils einen Bruch mit den Grundpositionen Deutschlands der Nachkriegszeit bedeutet, war die SPD direkt in unterschiedlichen Regierungskonstellationen und verschiedenen Positionen mitverantwortlich. Rot-Grün verantwortete zusammen mit CDU/CSU und mit der FDP den Krieg gegen Jugoslawien. Dieser Krieg war ein Bruch mit dem Völkerrecht und der Grunddoktrin der Nachkriegszeit: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen. Der Balkan-Krieg war die Blaupause für den Krieg in der Ukraine. Auch in der Ukraine werden Konflikte angeheizt und nicht gemindert. Statt weiterer Sanktionen sollte Berlin Kiew den Ausbau der Waffenruhe, die Rückkehr zur Demokratie, eine föderative Veränderung der Staatsverfassung sowie eine Beendigung des „Anti-Terror-Einsatzes“ der ukrainischen Armee nahelegen.

Noch nie seit der Vereinigung war das deutsche Verhältnis zu Russland, das Verhältnis EU – Russland so schlecht, wie es heute ist. Daran hat die EU und hat die Bundesregierung erheblichen Anteil. Sanktionen und einseitige Unterstützung für Kiew machen eben noch keine europäische Sicherheitspolitik aus. Aber kein Problem in Europa, kein weltweites Problem ist ohne Zusammenarbeit mit Russland zu lösen. Deswegen gilt für die LINKE: Wir wollen Vertrauen zwischen Russland und Deutschland, zwischen Russland und der Europäischen Union neu aufbauen. Gerade weil der jüngste NATO-Gipfel, die Provokation von Militärmanövern im Schwarzen Meer, das Getöse von einer „Bestrafung“ Russlands Vertrauen in die europäische Sicherheit zerstört haben.

Für DIE LINKE gilt: Macht uns die Russen nicht zu Feinden! Linke Außenpolitik will Sicherheit in Europa als Sicherheit mit Russland und nicht gegen Russland. DIE LINKE hat eben nicht vergessen, dass es unsere Geschichte ist, die ein besonderes Verhältnis zu Israel, aber auch zu Russland mit sich bringt. Schon der Blick auf den Mai 2015, den 70. Jahrestag der Befreiung Europas vom Faschismus, an dem die damalige Sowjetunion einen hohen Anteil hat, sollte uns dazu bringen, anders mit Russland zu reden und über eine neue Ostpolitik einschließlich Russlands nachzudenken.

Nicht nur die deutsche und europäische Ostpolitik ist gescheitert, auch die deutsche Nahostpolitik hat unser Land in schwierige Zusammenhänge gebracht. Die Lieferung von Waffen in den Irak ist ein Tabubruch und ein tiefer Einschnitt in der deutschen auswärtigen Politik.

Keine Waffenlieferungen in Spannungsgebiete und an Menschenrechtsverletzer – diese Doktrin war in der deutschen Nachkriegspolitik wichtig. Die Panzerlieferungen an



Saudi Arabien, Waffenlieferungen an Ägypten, Katar und Israel waren immer abzulehnen.

Die Kooperation mit den angeblichen „Freunden Syriens“, an der Deutschland sich beteiligt, hat die deutsche Außenpolitik wegschauen lassen, so dass letztlich gewaltsame islamistische Formationen wie der „Islamische Staat“ und die „Al-Nusra-Front“ davon profitieren.

Die Zerstörung Syriens, die mögliche weitere Zerstörung des Irak bringen nicht mehr Sicherheit und Demokratie im Nahen Osten, sondern werden Ausgangspunkt für neue Konflikte sein.

Nicht weiter gekommen ist Deutschland auch bei der Notwendigkeit, Israel deutlich zu machen, dass die Besatzungs- und Siedlungspolitik beendet werden muss. Auch um der Sicherheit Israels willen ist ein eigener, lebensfähiger Staat Palästina unverzichtbar. Der Gaza-Krieg ist furchtbar – für die Menschen in Gaza, für palästinensische Familien. Er ist aber auch furchtbar für Israel. Die Bürgerinnen und Bürger Israels konnten und mussten erneut in den Abgrund „Krieg“ blicken und verstehen, wie weit der Friede von ihnen entfernt ist.

Für DIE LINKE gilt: Haltet ein! Kriege bringen keinen Frieden. Sie bringen uns noch nicht einmal dem Frieden näher.

Die Politik der Bundesregierung versagt vor der Herausforderung, Israel das deutlich zu machen. Die Bundesregierung hat auch nicht den Mut aufgebracht, öffentlich zuzugeben, dass die gesamte deutsche Beteiligung am Afghanistan-Krieg von Anfang bis heute ein Fehler war. Auch der Krieg in Afghanistan hat die Menschen nicht einem globalen Frieden näher gebracht. Am Afghanistankrieg waren sowohl CDU/CSU, SPD, Grüne wie auch FDP beteiligt.

Nach 13 Jahren Krieg, der immer von den Bundesregierungen verteidigt worden ist, steht für DIE LINKE fest: Nichts ist gut in Afghanistan. Der Afghanistankrieg hat mindestens 70 000 Opfer mit sich gebracht. Und ich darf auch daran erinnern, dass der US-geführte Krieg im Irak wenigstens 150 000 Menschen das Leben geraubt hat. Warum müssen immer ähnliche Fehler wiederholt werden? Am Aufbau der Taliban waren die USA und die westliche Welt beteiligt, um die Sowjetunion in Afghanistan zu schlagen. Am Aufbau von Hamas war der israelische Geheimdienst beteiligt, um die PLO niederzudrücken. Der Aufbau von IS (vorher ISIS) ist von Saudi Arabien, Katar und der Türkei gefördert worden. Und immer hat der Westen weggeschaut. DIE LINKE hat sich von der Doktrin gelöst, dass der Feind meines Feindes mein Freund sei. Wann endlich löst sich die Bundesregierung von einer solchen Denkweise? Wann endlich macht Deutschland Schluss mit dieser Art Großmachtspolitik?

Deutschland sollte nicht weiter anstreben, seine neue Rolle in der Welt als Groß- oder Mittelmacht zu finden. Führung in der Welt gewinnt Deutschland weder im nationalstaatlichen Rahmen, noch über eine dominierende deutsche Rolle in internationalen Organisationen wie der UNO, der Weltbank, dem internationalen Währungsfond und vor allem nicht in der EU, sondern – wenn man schon in diesen Kategorien denkt – auf einem prinzipiell anderen Weg. Die deutsche Außenpolitik sollte sich dem Völkerrecht, der globalen Gerechtigkeit, der Abrüstung (auch einseitiger Abrüstung) und einer weltweiten Umverteilung von Macht und Reichtum verpflichten.

100 Jahre Erster Weltkrieg, 100 Jahre Nein zum Krieg – Gedenktafel für Karl Liebknecht

Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, Christine Buchholz, Dr. Diether Dehm, Annette Groth, Heike Hänsel, Inge Höger, Andrej Hunko, Katrin Kunert, Stefan Liebich, Niema Movassat, Dr. Alexander S. Neu, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest: Die wirtschaftlichen Eliten des deutschen Kaiserreiches und seine politische und militärische Führung trugen die Hauptschuld am Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren. Der Bundestag bekennt sich zur deutschen Verantwortung und wendet sich gegen eine Deutung, die die Schuld am Ausbruch des Krieges vielen Beteiligten zu gleichen Teilen und damit niemandem konkret zuweist. Eine Entlastung von dieser Verantwortung darf es schon allein deshalb nicht geben, weil wirtschaftliche und geopolitische Interessen, die zum Ersten Weltkrieg geführt haben, strukturell fortbestehen und potenziell kriegsgefährlich bleiben. Expansive Interessen einzuhegen und den Frieden in Europa zu sichern bleibt vordringliche Aufgabe der deutschen und europäischen Zivilgesellschaften und ihrer Parlamente.

Die Millionen Toten der beiden Weltkriege mahnen uns: Es darf in Europa nie wieder Krieg sein. Und es darf von Europa nie wieder Krieg ausgehen. Stattdessen muss die internationale Politik unterschiedliche Interessen anerkennen und ausgleichen, auf die Erhaltung des Friedens ausgerichtet sein und darauf verzichten, einseitige Interessen gegen den Willen von Nachbarn durchzusetzen. Das gilt auch angesichts der aktuellen Auseinandersetzungen in der Ukraine und ihres Wiederhalls im Verhältnis Deutschlands und der Europäischen Union zur Russischen Föderation.

Der Bundestag begrüßt alle zivilgesellschaftlichen Initiativen des Gedenkens an den Ausbruch des Ersten Weltkriegs vor 100 Jahren, die auf die Erinnerung an die Toten, auf die Benennung von konkreter Verantwortung und Schuld, auf die Würdigung des Widerstands gegen den Krieg und auf die Sicherung von Frieden als aktuelle Aufgabe ausgerichtet sind. Der Bundestag würdigt den Mut derjenigen, die vor 100 Jahren Nein zum Krieg sagten. Ein besonderer Platz im Gedenken gebührt dem SPD-Abgeordneten Karl Liebknecht, der sich am 2. Dezember 1914 als erster und zunächst einziger deutscher Parlamentarier im Reichstag der Finanzierung des Ersten Weltkriegs widersetzte, damit weitere Abgeordnete, die sich ihm in späteren Abstimmungen anschlossen, und vielen Menschen, die sich außerhalb des Reichstags gegen den Krieg aussprachen, ermutigte und nachfolgenden Generationen ein wichtiges Beispiel parlamentarischer Verantwortung, freien Gewissens und von Zivilcourage gab.

II. Der Deutsche Bundestag würdigt die Ablehnung der Kriegskredite durch den SPD-Abgeordneten Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 mit der Anbringung einer Gedenktafel am Reichstagsgebäude zum 100. Jahrestag.



Damals wie heute: Nein zum Krieg!

Die Abgeordnete Sevim Dağdelen, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für internationale Beziehungen, zur Einbringung des Antrags „100 Jahre Erster Weltkrieg, 100 Jahre Nein zum Krieg – Gedenktafel für Karl Liebknecht“:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 100 Jahre Erster Weltkrieg. Erinnern wir uns! Wie groß war der Druck auch in diesem Haus, hier mitzutun? Am 4. August 1914 hatte Kaiser Wilhelm II. die Vertreter aller im Reichstag vertretenen Parteien um sich versammelt und erklärte – ich zitiere: „Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.“

Auch die oppositionelle SPD gelobte die Unterstützung des deutschen Angriffskrieges. Es war bei weitem nicht nur der rechte Noske-Flügel der SPD, der den Krieg unterstützte; nein, auch Linke in der SPD wollten den Krieg und fielen auf die Argumente – heute würde man das nennen: die Argumente der humanitären Intervention – herein und rechtfertigten diesen Krieg mit einem notwendigen Feldzug gegen den russischen Zarismus.

Umso schwerwiegender war die Entscheidung Karl Liebknechts. Als es keine Fraktion mehr hier im Hause gab, die sich dem mörderischen Krieg verweigerte, tat er es als Einzelner. Wir wollen ihn deshalb stellvertretend für viele andere, die gegen den Krieg kämpften, ehren. Ja, Karl Liebknecht ist ein Vorbild für Widerstandsgeist. Und wir wollen die Botschaft aussenden: Von deutschem Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen!

Als am 2. Dezember 1914 erneut die Kriegskredite durch Aufstehen im Reichstag befürwortet werden sollten, blieb Karl Liebknecht als einziger Abgeordneter sitzen. Sein Abstimmungsverhalten begründete er in einer schriftlichen Erklärung wie folgt – ich zitiere:

„Dieser Krieg, den keines der beteiligten Völker selbst gewollt hat, ist nicht für die Wohlfahrt des deutschen oder eines anderen Volkes entbrannt. Es handelt sich um einen imperialistischen Krieg, einen Krieg um die kapitalistische Beherrschung des Weltmarktes, um die politische Beherrschung wichtiger Siedlungsgebiete für das Industrie- und Bankkapital.“

Fast 100 Jahre sind seitdem vergangen. Liebknechts Vermächtnis ist damals wie heute sein klares Nein zum Krieg. Dieses Vermächtnis sollten wir endlich auch in diesem Hause ehren, meine Damen und Herren.

Ernst Bloch hat einmal gesagt – ich zitiere: Auf tausend Kriege kommen keine zehn Revolutionen; so schwer ist der aufrechte Gang.

Liebknecht war einer, der aufrecht ging. Seit seiner Ermordung durch rechtsradikale Freikorpsoldaten unter Billigung des sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav Noske erinnert nichts an ihn hier im Reichstag. Wir, die Linke, wollen das ändern. Karl Liebknecht ist ein Vorbild für Zivilcourage.

Ich bitte Sie deshalb im Namen meiner Fraktion um Unterstützung unseres Antrags zur Anbringung einer Gedenktafel für Karl Liebknecht, um zu erinnern: Damals wie heute: Nein zum Krieg!

Entscheidende Frage: Ja oder nein zum Krieg

Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Wolfgang Gehrcke, zur Einbringung des Antrags „100 Jahre Erster Weltkrieg, 100 Jahre Nein zum Krieg – Gedenktafel für Karl Liebknecht“:

Schönen Dank, Herr Präsident. Wir wollten hier eine Debatte über die geschichtlichen Hintergründe und über Widersprüche – Karl Liebknecht kann man nur differenziert betrachten, genauso wie Rosa Luxemburg; das ist doch selbstverständlich – anstoßen, und wir wollten eine Debatte über die Erinnerungskultur hier im Hause anstoßen. Dass es viele andere Plätze gibt, die an Karl Liebknecht erinnern, ist kein Argument, warum nicht auch in diesem Parlament, in dem die Auseinandersetzungen stattfanden, in besonderer Art und Weise an Karl Liebknecht erinnert werden sollte.

Mit einer künstlerisch gestalteten Plakette oder Tafel wie auch immer möchte ich eine Debatte vom Zaune brechen und die Erinnerung an Karl Liebknecht wachhalten, an einen beeindruckenden, mutigen Abgeordneten, der als Einzelner gegen eine große Fraktionsmehrheit in dieser Frage gestimmt hat und konsequent geblieben ist. Diesen Mut muss man in diesem Parlament doch würdigen können. Da ich nicht so viel Zeit habe, will ich Ihnen jetzt nicht vorlesen, was unser Parlamentspräsident, Herr Lammert, dazu geschrieben hat. Er ist darauf eingegangen und hat den Mut von Karl Liebknecht gewürdigt.

Es geht darum, diesen Mut hier im Parlament zu würdigen und nicht nur an anderen Plätzen.

Ich möchte, dass die aus meiner Sicht entscheidende Frage der damaligen Zeit Ja oder Nein zu Kriegskrediten und damit Ja oder Nein zum Krieg hier wieder aufgerufen wird. Damit werden wir uns immer auseinandersetzen müssen. In einer Zeit der Trommeln und Hurrarufe hat Karl Liebknecht eine andere Richtung eingeschlagen. Ich glaube, diese Richtung ist für die Geschichte Deutschlands von außerordentlich großer Bedeutung und darf daher nicht verdrängt werden.

Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg haben ihre mutigen Enthaltungen später mit dem eigenen Leben bezahlt. Hunderttausenden Menschen war ihr Leben bereits auf den Schlachtfeldern des Ersten Weltkrieges geraubt worden. Ich sage Ihnen: Wer über 1945 nachdenkt, über die Befreiung vom Faschismus, darf über 1933, über die Machtübernahme der Nazis, nicht hinweggehen, und die Machtübernahme begann mit der Ermordung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg, mit dem Bündnis der Eliten des Kaiserreichs, den Militärs, dem deutschen Kastenwesen und der Rüstungsindustrie. Dagegen hat Liebknecht Widerstand geleistet. Bei aller Differenziertheit der Untersuchungen zum Ersten Weltkrieg: Dieses furchtbare Bündnis – Kastenwesen, Militärs, Rüstungsindustrie – ist immer noch lebendig bzw. lebendig geblieben. Mit ihm muss man sich immer noch auseinandersetzen.

Hier im Bundestag haben wir in einer Gedenkstunde gemeinsam die Rede des französischen Publizisten Alfred Grosser als geistige Herausforderung wahrgenommen. Vor dem Hintergrund der großen Rede, die Alfred Grosser gehalten hat, schäme ich mich schon ein bisschen dafür, wie diese Debatte verläuft.



Man muss nicht alles teilen; aber man sollte sich erst einmal auf dieses Niveau einlassen. Ich möchte gern, dass man auch über die Haltung von Karl Liebknecht, die damaligen Auseinandersetzungen und die Spaltung der Arbeiterbewegung nachdenkt; das ist für mich ein wichtiges Thema. Die Spaltung der Arbeiterbewegung in diesem Lande hat mit dazu beigetragen, dass die Nazis die Macht erobern konnten. Die Spaltung der Arbeiterbewegung aufzuheben, das bleibt für mich die große Herausforderung, der wir alle gerecht werden müssen.

Aus der internationalen Linken

Gabi Zimmer zur Europawahl

Interview mit der wiedergewählten Vorsitzenden der Fraktion „Vereinigte europäische Linke/Nordische Grüne Linke“ (GUE/NGL) im Europäischen Parlament; aus: <http://transform-network.net>, Interviewer: Maxim Benatouil

Am 24. Juni gab Gabi Zimmer transform! europe und Regards.fr ein Interview. Nach einer allgemeinen Analyse der EU-Wahlergebnisse mit besonderem Blick auf die Resultate der nationalistischen und rechtsextremen Parteien gewährt sie Einblicke in die neue Struktur der GUE/NGL. Die Fraktion kann sich über deutliche Zuwächse freuen und setzt sich in der neuen Legislaturperiode anstatt aus 35 nunmehr aus 52 Abgeordneten zusammen. Die Mitgliedschaft neuer Parteien mit anderen politischen Kulturen wird begrüßt. Die Arbeitsweise der Fraktion sowie ihre politischen Prioritäten werden diese sicherlich beeinflussen.

● **Wie schätzen Sie die Ergebnisse für die politischen Kräfte ein, die seit den Anfängen der europäischen Integration in den europäischen Institutionen an der Macht sind, also Konservative, Sozialdemokrat/-innen und Liberale?**

Die Ergebnisse der Europawahl sind zwiespältig ausgefallen. Einerseits müssen wir es hinnehmen, dass es eine – wenn auch schwache – Mehrheit für die Konservativen gibt. Es ist sehr wahrscheinlich, dass die Abgeordneten der Europäischen Volkspartei eine große Koalition mit den Sozialdemokrat/-innen und Liberalen eingehen werden. Andererseits entspricht das nicht dem Wunsch der Wähler/-innen nach einer anderen Politik. Die Ergebnisse zeigen, dass sie eine andere EU wollen, dass sie sich einen Richtungswechsel in der Politik wünschen. Außerdem ist es kaum möglich, über die EU-Wahlergebnisse zu sprechen, ohne auf die Resultate der extremen Rechten und der nationalistischen Kräfte einzugehen. Die sogenannte „Große Koalition“ zwischen den drei Parteien ist kein geeigneter Weg, um sich dieser Herausforderung zu stellen und zu erreichen, dass wir ein an-

deres Europa brauchen. Wir brauchen eine EU, die anders als jene ist, die wir heute vor uns haben und die nicht den Vorstellungen der rechtsextremen und nationalistischen Parteien entspricht. Wir brauchen Alternativen, die auf Solidarität und gesellschaftlicher Zusammenarbeit beruhen. Wir müssen der Austeritätspolitik und den Verhandlungen der EU mit den USA zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) ein sofortiges Ende setzen. Ich glaube jedoch kaum, dass die drei größeren Parteien das tun, sondern gehe davon aus, dass sie ihren bekannten Kurs beibehalten werden.

● **Wie interpretieren Sie die positiven Ergebnisse der rechtsextremen, rechtsnationalistischen und rechtspopulistischen Parteien? Welche Auswirkungen werden diese Ergebnisse auf die Politik der EU und auf das Europäische Parlament haben?**

Sie sind das Ergebnis des aktuellen Krisenmanagements und der allgemein vorherrschenden Atmosphäre in der EU. Viele Menschen haben ihre Achtung für die EU und ihr Vertrauen in die Institutionen nun vollständig verloren. Eine solidarische Handlungsweise ist der EU nun nicht mehr zuzutrauen. Die Rechtsextremen arbeiten nachdrücklich an ihrem Status als die einzige Alternative. Sie geben vor, dass die Rückkehr zu einem Europa der Nationalstaaten die Voraussetzung für einen Wandel darstellt und haben kein Interesse an einem sozialeren Europa, das allen nutzen würde. Sie stellen jeweils ihre eigene Bevölkerung und den Nationalstaat an die erste Stelle, was dem Wohl der europäischen Gesellschaft schadet. Ihre Politik soll die Mitglieder der Gesellschaft, die ohnehin bereits an den Rand gedrängt sind, noch weiter ausschließen: Migrant/-innen, ethnische Minderheiten, Menschen mit Behinderung und Arbeitslose. In den letzten Jahren griffen sie die Demokratie immer öfter an, und der Mangel an Vertrauen in die Institutionen gab den Rechten verstärkten Rückhalt.

Wir als Linke haben zu wenig vermittelt, dass es sich bei der Krise um eine Krise von europäischer Dimension handelt und dass wir eine solche europäische Krise nicht auf nationalstaatlicher Ebene lösen können. Natürlich haben und hatten Griechenland, Portugal und Spanien mit Problemen in ihren Volkswirtschaften zu kämpfen. Diese Probleme sind jedoch nicht an der Krise schuld. Die EU trägt dafür die Verantwortung, genau wie das Finanzkapital, das auf europäischer und globaler Ebene organisiert ist. Den Ausweg aus der Krise können wir nur auf europäischer Ebene finden, und es gibt ihn. Es ist die Aufgabe der Linken, eine europäische Antwort auf die Krise zu geben; das haben wir nicht klar genug kommuniziert. Wir hatten zu viele Zweifel, ob wir tatsächlich die beste Lösung bieten können, um die EU aus der Krise zu führen, und agierten zu zögerlich. Ich bin davon überzeugt, dass wir ein solidarisches Europa brauchen, die Austeritätspolitik beenden und investieren müssen, um den Mitgliedstaaten eine nachhaltige, soziale und ökologische wirtschaftliche Entwicklung zu ermöglichen. Dies stellt die beste Antwort dar.

Wir brauchen gemeinsame Regeln, um das Finanzkapital auf europäischer Ebene kontrollieren zu können, und dürfen uns nicht auf die einzelnen Vorteile konzentrieren, die manchen Mitgliedstaaten möglicherweise entstehen. In dieser Hinsicht haben wir zu wenig unternommen, aber ich hoffe, wir können etwas daraus lernen. Ich bin der Meinung, dass die Linke nicht versuchen sollte, mit den Antworten der



rechten Nationalist/-innen gleichzuziehen. Die Alternativen für einen Ausweg aus der europäischen Krise können nicht auf nationalstaatlicher Ebene gefunden werden, und das ist ein Problem. Syriza in Griechenland sagte schon immer, dass eine europäische Antwort nötig sei. Die Partei ging nie davon aus, dass das Ausscheiden aus der Eurozone eine tatsächliche Alternative darstellt. Eine Rückkehr zu den nationalstaatlichen Grenzen kann keine Lösung sein, die von der Linken unterstützt wird. Denn dann besteht das Risiko, dass die Menschen beschließen, lieber das „Original“ zu wählen – nämlich diejenigen, die diese Option als erste vorgeschlagen haben: die extreme Rechte.

Die Stärke der Linken liegt in ihrer Fähigkeit, auf transnationaler Ebene als europäische und globale Kraft zusammenzuarbeiten. Sie funktioniert nicht einfach auf internationaler Ebene, sondern legt eine authentische, grenzübergreifende Arbeitsweise mit neuartigen Formen der Zusammenarbeit an den Tag. Diese Stärke wird uns schließlich dabei helfen, die Menschen davon zu überzeugen, dass die Linke gute Antworten geben kann. Derzeit haben sie Angst, die Grundlage für ein gutes Leben und ihre Zukunft zu verlieren. Wir müssen uns auf diese Realität beziehen. Die Linke muss Möglichkeiten zur Herstellung neuer Beziehungen finden, um eine andere Politik umsetzen zu können. Rosa Luxemburg sagte einmal, dass die Linke die Menschen dann unterstützen soll, wenn diese Hilfe brauchen, und nicht darauf warten soll, bis sich die Lage soweit verschlechtert hat, dass es eine Revolution gibt. Denn wer weiß schon, ob es eine linke Revolution sein wird? Es könnte ebenso gut eine rechte Revolution sein!

● **Die Fraktion der GUE/NGL ist nun deutlich größer, jünger, weiblicher und in sich vielfältiger. Wie beschreiben Sie diese Veränderungen? Welche Auswirkungen wird dies auf die Arbeitsweise der GUE/NGL haben?**

Die GUE/NGL erlebt durch die Mitgliedschaft neuer Parteien einen historischen Moment. Die Fraktion ist deutlich gewachsen und hat nun 52 Mitglieder. Die neuen Mitglieder bringen ihre eigene politische Kultur in die Fraktion mit. Podemos ist eine solche neue Partei, die sich von den traditionellen Linksparteien unterscheidet. Sie versucht, die Menschen stärker in die Politikgestaltung einzubinden und eine breite Basis gegen neoliberale Politik aufzubauen. Dieser Zugang zur Politik ist ein grundlegend anderer und könnte sich sehr positiv auf uns auswirken. Natürlich muss sich Podemos wiederum mit der Funktionsweise des Europaparlaments vertraut machen und die richtige Balance zwischen den hier geltenden Regeln und ihrem Wunsch nach einer Politikerneuerung finden. Die älteren Parteien müssen klarerweise von den neueren lernen, wie z. B. von Podemos oder der italienischen Liste für Tsipras. Sie sollten sich von der Beziehung, die die neueren Parteien zu den Bürger/-innen haben, und der Art und Weise, wie sie Bürger/-innen die Arbeit der EP-Abgeordneten erklären, inspirieren lassen. Wir müssen uns auf den individuellen Hintergrund aller unserer Mitglieder einstellen.

Nach der Europawahl hatten wir tief greifende interne Diskussionen über die Arbeitsweise, die die Fraktion in den nächsten fünf Jahren annehmen soll. Solche Diskussionen sind sehr wichtig. Die GUE/NGL ist ein bedeutendes politisches Projekt für die europäische Linke. Ihre Mitglieder arbeiten eng zusammen. Eine unserer Stärken liegt in unserer gelebten Diversität. Wir müssen sichergehen, dass wir sie nutzen, um noch positivere Ergebnisse für die Menschen er-

reichen zu können. Wir haben kürzlich beschlossen, dass eine einzelne Delegation kein Vetorecht haben soll und somit Lösungen, die für eine große Mehrheit von uns gut sind, von einer Minderheit nicht ausgehebelt werden können. Jedoch soll diese Minderheit nicht im Nachhinein zur Einhaltung von Regeln gezwungen werden, denen sie schon von vornherein nicht zugestimmt hat. Wir haben uns auch auf ein Mindestmaß an Regeln geeinigt, um eine transparente und demokratische Arbeitsweise zu garantieren. Unsere Fraktion wird kollektiv geführt; wir haben nun drei stellvertretende Vorsitzende mit konkreten Zuständigkeiten. In den vergangenen Legislaturperioden war es die Aufgabe der stellvertretenden Vorsitzenden, die oder den Präsidentin/en nur in deren oder dessen Abwesenheit zu vertreten. Diese internen Veränderungen werden uns helfen, effizienter zu werden.

● **Sie haben den Wunsch nach erweiterten Kapazitäten der Fraktion und gesteigerter politischer Effizienz ausgedrückt. Sind Sie als wiedergewählte Präsidentin optimistisch, dass diese Wünsche in Erfüllung gehen?**

Die GUE/NGL ist nicht in der Lage, die gesamte EU vom Parlament aus zu verändern. Unsere Arbeit im Parlament ist jedoch Teil des strategischen Kampfes zur Veränderung der EU – obwohl wir uns dort nicht im Zentrum dieses Kampfes befinden. Zuerst sollte unsere Fraktion denjenigen eine Stimme verleihen, die sonst nicht gehört werden, und Anliegen von Vertreter/-innen der Zivilgesellschaft ins Europaparlament einbringen. Dies kann anhand von Diskussionsforen erzielt werden, an denen Menschen teilnehmen können, die nicht in den Institutionen tätig sind. Zweitens muss die GUE/NGL im Europaparlament zu einem Zufluchtsort für soziale Bewegungen, Umwelt-, Menschenrechts- und Friedensbewegungen sowie für transnationale Bewegungen werden – also für all jene, die für den gesellschaftlichen Wandel Kooperationspartner/-innen suchen. Unsere Rolle als parlamentarische Fraktion und als Abgeordnete darf nicht auf das Management von finanziellen Ressourcen reduziert oder als ein Weg verstanden werden, um politisches Prestige für eine anschließende nationale Karriere zu gewinnen. Unsere Priorität muss die Änderung der Machtverhältnisse sein. Drittens müssen wir alle Möglichkeiten der Arbeit im Parlament nutzen, um die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern. Aus diesem Grund müssen wir die Initiativen der parlamentarischen Ausschüsse genau beobachten, um mehr Initiativberichte einbringen zu können, die Druck auf die Kommission ausüben, und so viel Präsenz wie möglich zeigen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: In der letzten Legislaturperiode stellte der Start unserer parlamentarischen Initiative für das Recht aller Frauen und Männer in der EU auf ein Bankkonto einen Höhepunkt dar. Dies zeigt uns, wie wichtig kleine Schritte sein können und welche konkreten Maßnahmen auf europäischer Ebene umgesetzt werden können. Wir müssen all jene Initiativen unterstützen, die den Interessen der Menschen und der Mitgliedstaaten nützen, indem wir in so vielen Ausschüssen wie möglich aktiv sind. Das soll den Zugang zu unserer Arbeit im Parlament charakterisieren – wie auch die Stärkung der progressiven Bewegungen. Wir haben noch viel zu tun.

● **Welche sind die größten Herausforderungen, denen sich die GUE/NGL stellen muss? Welche politischen Kämpfe haben für die Fraktion Priorität?**

Wir werden alles in unserer Macht Stehende tun, um das sofortige Ende der Austeritätspolitik einzuleiten, denn diese



Sparmaßnahmen stellen keinen Ausweg aus der Krise dar. Wir müssen alternative Lösungen für die Schuldenkrise ausarbeiten. Was können wir tun, um Mitgliedstaaten wie Griechenland oder andere stark betroffene Länder bei der Krisenbewältigung zu unterstützen und ihnen dabei zu helfen, ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern? Wir müssen Zukunftsperspektiven schaffen, die den Menschen soziale Sicherheit garantieren. Wir brauchen auch Initiativen, um Freihandelsabkommen zwischen der EU und den anderen Weltregionen zu unterbinden. TTIP kommt hier Priorität zu, jedoch ist dies nicht das einzige internationale Handelsabkommen, das aktuell zur Diskussion steht. Wir müssen die grundlegenden Prinzipien bekämpfen, auf denen solche Verträge basieren. Wir werden Initiativen unterstützen, die sich für Gleichstellung und Fairness in solchen Vereinbarungen (mit hohen sozialen und ökologischen Standards) einsetzen, und gegen das Verfahren zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Investoren und dem Staat eintreten. Wir müssen auch den aktuellen Ereignissen in der Ukraine Beachtung schenken und verstärkt daran arbeiten, neue Brücken zwischen der EU und Russland aufzubauen. Unserer Ansicht nach sollte die EU ihre Beziehungen zu Russland nicht aussetzen. Es muss einen anderen Weg geben, unsere Unterschiede zu überbrücken und ein neues Gleichgewicht in Europa herzustellen. Russland ist Teil Europas und darf daher nicht ausgegrenzt werden. Das gilt auch für Weißrussland und Moldova. Die Situation in Syrien und im Irak ist für uns ebenso besorgniserregend. Die GUE/NGL wird nicht-militärische Lösungen für diesen Konflikt befürworten. Es müssen politische Lösungen gefunden werden, damit eine nachhaltige Entwicklung in der Region sichergestellt werden kann.

Da die rechtsextremen politischen Kräfte im Europaparlament an Boden gewinnen und es einigen von ihnen sogar gelungen ist, sich in zwei Fraktionen zu formieren, denke ich, wir sollten eine breitere Kooperation mit anderen Fraktionen zu konkreten Themen entwickeln, etwa um die Achtung der Menschenrechte zu garantieren, Diskriminierungen von ethnischen Minderheiten und Migrant/-innen vorzubeugen oder Widerstand gegen TTIP aufzubauen.

Die radikale Linke und die EU-Parlamentswahl 2014

Von Paolo Chiochetti, italienischer Politologe mit Forschungsschwerpunkt Europäische politische Parteien und Systeme; aus: <http://transform-network.net>

Die Veröffentlichung der Endergebnisse der Wahl des Europäischen Parlaments (EP) vom 22. bis 25. Mai 2014 erlaubt nun eine erste Beurteilung der Resultate der radikalen Linken.¹

Die Wahl stellt einen großen Erfolg für diese Parteifamilie dar, die 12.981.378 Stimmen (+1.885.574) für sich gewinnen konnte, was 7,96 Prozent der gültigen Stimmen und einem Zuwachs von 1,04 Prozent entspricht. Gleichzeitig stieg die Anzahl der Parlamentsabgeordneten der radikalen Linken von 36 auf 53, und die Parlamentsfraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordischen Grünen Linken (GUE/NGL)

legte von 35 auf 52 stark zu.² Leider gelang es der radikalen Linken nicht, einige strategische Schlüsselziele zu erreichen. Bezüglich der Mandate kam die GUE/NGL nicht an die über großen Erwartungen heran, die einige frühe Meinungsumfragen geweckt hatten³, und konnte nicht zur drittstärksten Kraft im Europaparlament werden. Außerdem wurde der Stimmenzuwachs von den um einiges höheren Gewinnen der rechtsextremen, EU-skeptischen Parteien überschattet.

1. Wahlergebnis: Wichtige, aber ungleichmäßig gestreute Gewinne

Das Gesamtergebnis⁴ für die radikalen Linksparteien bei Europawahlen erreichte 2014 mit 7,96 Prozent seinen Höhepunkt seit dem Niedergang des Realsozialismus. Die vormals besten Ergebnisse fuhren sie 1999 (7,59 Prozent) und 2009 (6,92 Prozent) ein.

Die Zugewinne waren in Europa jedoch nicht gleichmäßig gestreut (siehe Tabelle 1). In 14 Staaten konnte die radikale Linke ihre Zustimmungswerte verbessern, in zwölf anderen jedoch erlitt sie mäßige bis schwere Verluste.⁵ (Siehe Tabelle 1: Ergebnisse der radikalen Linken: 2009 – 2014)

In manchen Staaten an der europäischen Peripherie konnte die radikale Linke spektakuläre Ergebnisse einfahren. In Griechenland wuchs sie auf 33,92 Prozent (+19,81 Prozent) und wurde zur größten nationalen Parteifamilie. Dieses Ergebnis beruht auf den hohen Zugewinnen der SYRIZA (26,57 Prozent), die ihre Resultate der Parlamentswahlen vom Juni 2012 bestätigen konnte und die Konservativen als stimmenstärkste Partei Griechenlands ablöste. In Spanien kam die radikale Linke dank des hervorragenden Einstands der radikal linken Liste PODEMOS auf 20,78 Prozent (+15,51). Auch die und die linke regionale Allianz Los Pueblos Deciden verzeichneten starke Zuwächse. In Irland führte die Spaltung der linksradikalen Trotzlisten zum Verlust des Mandats der Sozialistischen Partei, jedoch konnte die radikale Linke durch die Zuwächse für die links-nationalistische Sinn Féin auf 22,77 Prozent zulegen (+8,77 Prozent). In Slowenien führten die Anti-Austeritäts-Proteste von 2012/13 zur Entstehung einer zuvor nicht existenten radikalen Linken (Združena levica und Solidarnost), die 7,14 Prozent der Stimmen für sich gewann, wenn das auch für einen Einzug ins Parlament nicht reichte.

Diese Zugewinne in mittleren bis kleinen Ländern wurden jedoch von den stagnierenden oder negativen Ergebnissen in den großen zentraleuropäischen Staaten teilweise zunichte gemacht. In drei Staaten waren die Ergebnisse besonders schlecht: In Frankreich (8,20 Prozent, -4,37 Prozent), wo die Linksfront (FKP und Linkspartei) kaum Zuwächse verzeichnen konnte und die linksradikale NPA de facto verschwand; in Italien (4,04 Prozent, -3,02 Prozent), wo die Zusammenführung des gesamten linksradikalen Spektrums mit einigen externen Bündnispartner/-innen in der Koalition L'Altra Europa con Tsipras (AET) zwar das Hauptziel des EP-Einzugs nach einer fünfjährigen Absenz im EP erreichte, jedoch beinahe die Hälfte ihres Stimmkapitals verlor; und Großbritannien (1,26 Prozent, -1,80 Prozent), wo traditionelle linksradikale Gruppierungen nicht einmal einen ernsthaften Wahlkampf betrieben hatten und bloß 0,29 Prozent der gültigen Stimmen auf sich verbuchen konnten (die restlichen 0,97 Prozent kamen von der nordirischen Sinn Féin). Schwere Verluste zeichneten sich auch in Zypern, der Hochburg der



TABELLE 1. Ergebnisse der radikalen Linken: 2009-2014

	Stimmen 2009	Stimmen 2014	Entwicklung	Anteil 2009	Anteil 2014	Entw.
ÖSTERREICH	18 926	60 451	+41 525	0.66 Prozent	2.14 Prozent	+1.48 Prozent
BELGIEN	107 046	235 092	+128 046	1.63 Prozent	3.51 Prozent	+1.88 Prozent
BULGARIEN	0	14 231	+14 231	0.00 Prozent	0.64 Prozent	+0.64 Prozent
KROATIEN	-	34 380	-	-	3.73 Prozent	-
ZYPERN	106 922	70 130	-36 792	34.90 Prozent	27.09 Prozent	-7.82 Prozent
TSSCHECH: R.	334 577	175 027	-159 550	14.18 Prozent	11.55 Prozent	-2.63 Prozent
DÄNEMARK	371 603	248 244	-123 359	16.38 Prozent	10.92 Prozent	-5.46 Prozent
ESTLAND	3 519	226	-3 293	0.89 Prozent	0.07 Prozent	-0.82 Prozent
FINNLAND	109 948	167 006	+57 058	6.60 Prozent	9.66 Prozent	+3.06 Prozent
FRANKREICH	2 165 037	1 554 647	-610 390	12.57 Prozent	8.20 Prozent	-4.37 Prozent
DEUTSCHL.	2 004 500	2 220 724	+216 224	7.61 Prozent	7.57 Prozent	-0.05 Prozent
GRIECHENL.	718 790	1 934 025	+1 215 235	14.02 Prozent	33.82 Prozent	+19.81 Prozent
UNGARN	27 817	0	-27 817	0.96 Prozent	0.00 Prozent	-0.96 Prozent
IRLAND	256 123	377 128	+121 005	14.00 Prozent	22.77 Prozent	+8.77 Prozent
ITALIEN	2 162 215	1 108 457	-1 053 758	7.06 Prozent	4.04 Prozent	-3.02 Prozent
LETTLAND	0	6 817	+6 817	0.00 Prozent	1.55 Prozent	+1.55 Prozent
LITAUEN	13 341	0	-13 341	2.43 Prozent	0.00 Prozent	-2.43 Prozent
LUXEMBURG	9 740	14 773	+5 034	4.91 Prozent	7.25 Prozent	+2.34 Prozent
MALTA	0	0	0	0.00 Prozent	0.00 Prozent	0.00 Prozent
NIEDERL.	330 802	458 079	+127 277	7.26 Prozent	9.64 Prozent	+2.37 Prozent
POLEN	51 872	0	-51 872	0.70 Prozent	0.00 Prozent	-0.70 Prozent
PORTUGAL	810 571	636 833	-173 738	24.32 Prozent	20.96 Prozent	-3.36 Prozent
RUMÄNIEN	0	9 803	+9 803	0.00 Prozent	0.18 Prozent	+0.18 Prozent
SLOWAKEI	13 643	10 287	-3 356	1.65 Prozent	1.83 Prozent	+0.18 Prozent
SLOWENIEN	0	28 700	+28 700	0.00 Prozent	7.14 Prozent	+7.14 Prozent
SPANIEN	823 329	3 174 027	+2 350 698	5.27 Prozent	20.78 Prozent	+15.51 Prozent
SCHWEDEN	182 140	234 358	+52 218	5.75 Prozent	6.31 Prozent	+0.56 Prozent
GROSSBR.	463 344	207 933	-255 411	3.06 Prozent	1.26 Prozent	-1.80 Prozent
Gesamt	11 085 805	12 981 378	+1 895 574	6.92 Prozent	7.96 Prozent	+1.03 Prozent
Gültige Stimmen	160 105 511	163 109 024	+3 003 513	41.42 Prozent	41.17 Prozent	-0.24 Prozent

radikalen Linken (27,09 Prozent, -7,82 Prozent), ab, wo die kommunistische AKEL den Preis für die Finanzkrise von 2012/13 bezahlen musste; ebenso in Dänemark (10,92 Prozent, -5,46 Prozent), wo die grün-sozialistische SF an ihren Erfolg bei der vergangenen Wahl nicht anknüpfen konnte, und Portugal (20,96 Prozent, -3,36 Prozent), wo das von der PKP geführte Bündnis CDU und PCTP/MRPP zwar dazugewann, der Linksblock (BE) jedoch mehr als halbiert wurde. Diese Ungleichmäßigkeiten wurden durch die Interaktion von zwei Haupttrends hervorgerufen:

Einerseits werden Europawahlen nach wie vor als zweit-rangig angesehen⁶ und von nationalen Themen und Zielen dominiert. Die bedeutsamste Neuerung der Wahl von 2014 – die Präsentation einer/s Spitzenkandidat/-in einer jeden größeren Europapartei für die Präsidentschaft der Europäischen Kommission und TV-Debatten mit den Spitzenkandidat/-innen – schienen nur minimale Auswirkungen auf den Wahlausgang zu haben, da die Ergebnisse einer jeden Familie sehr heterogen und die Wahlbeteiligung sehr niedrig blieb.⁷ Das einzige Merkmal einer „Europäisierung“ kann paradoxerweise im Erstarken solcher Parteien gefunden werden, die dem aktuellen Status des europäischen Integrationsprojekts kritisch gegenüberstehen. Diese Unzufriedenheit äußerte sich jedoch in den einzelnen Staaten unterschiedlich und nutzte fallweise den Rechtsextremen (z. B. der französischen FN), Rechtsnationalen (z. B. der britischen

UKIP und dänischen DF), Populist/-innen (dem italienischen M5S) und der radikalen Linken.

Andererseits spiegelte sich die wachsende Polarisierung der europäischen Nationalstaaten nach makroökonomischen Gesichtspunkten (ein reiches und exportstarkes Zentrum gegenüber einer ärmeren und halbinsolventen Peripherie) im Wahlergebnis der radikalen Linken wider. Während die Ergebnisse bei früheren Wahlen eher mittelmäßig ausfielen, konnte die radikale Linke in dieser Wahl in manchen Fällen über 20 Prozent der Stimmen auf sich verbuchen und wuchs in Griechenland, Irland und Spanien stark, während sie in Zypern und Portugal immerhin eine wichtige Basis aufrecht erhalten konnte.

2. Parlamentarische Vertretung: Eine größere, wenn auch heterogenere Fraktion

Der beschriebene Wählerstimmenzuwachs führt dazu, dass die Fraktion nun über wesentlich mehr Mitglieder verfügt. Die Gesamtanzahl linker Mandate stieg von 36 (4,89 Prozent) auf 53 (7,06 Prozent); die Mitglieder der GUE/NGL von 35 (4,76 Prozent) auf 52 (6,92 Prozent). (Siehe Tabelle 2: Parlamentsfraktion der GUE/NGL: 2009 – 2014)

Die Parlamentsfraktion der GUE/NGL wurde durch Nettowachse bei bestehenden Mitgliedern (+3 MdEP), den Beitritt von vormals nicht repräsentierten radikalen Linkspartei-



en (+13 MdEP) und Allianzen mit einigen Parteien, die nicht per se als „links“ gelten (+3 MdEP) beträchtlich größer, obwohl sie zwei Abgeordnete durch die Abspaltung der KP Griechenlands (KKE) verlor.

Trotz dieser Zugewinne wird die Fraktion im Europaparlament eher wenig Einfluss ausüben können. Insgesamt konnte sie nur geringfügig dazugewinnen und sich von der sechsten Position nur auf die fünfte verbessern. Die Fraktionsmitglieder stammen nun aus 14 anstatt 13 europäischen Ländern (durch das Comeback von Italien und Finnland und den Verlust Lettlands) und decken trotzdem nur die Hälfte der europäischen Staaten ab.

Eine zusätzliche Herausforderung wird das beträchtliche Maß an interner Heterogenität darstellen.⁸

Unterschiede bestehen zwischen Parteien, die Teil der Europäischen Linken (EL) sind⁹ (24 MdEP), anderen radikal linken Organisationen (25 MdEP) und assoziierten Parteien (3 MdEP). Die EL wurde 2004 gegründet und bemüht sich seither darum, die Koordination der radikalen Linken in den EU-Institutionen auf „moderne“ (indem sie ihre kommunisti-

schen Wurzeln zurückstift) und „euro-konstruktive“ Art und Weise (indem sie sich gegen die Stoßrichtung der EU-Politik wendet, zugleich aber die europäische Integration grundsätzlich befürwortet) zu befördern. Dies führte oftmals zu Spannungen innerhalb der GUE/NGL, die ihre konföderative Natur beibehält, um ihren Mitgliedsparteien Spielraum für die großen ideologischen und programmatischen Unterschiede zu geben. Der jüngste Schachzug der EL – im Zuge dessen sie Alexis Tsipras (SYRIZA) zum Kandidaten für das Amt des Kommissionspräsidenten machte – stieß innerhalb der EL auf große Zustimmung. Sie riskierte damit jedoch auch die Entfremdung der radikaleren und euroskeptischen Linksparteien, was z. B. im Überlaufen der KKE zur Fraktion der unabhängigen Abgeordneten mündete.

Ein weiteres Schlüsselthema ist die Spaltung der Fraktion beim Thema Euroskepsis, was innerhalb der GUE/NGL und auch innerhalb der meisten einzelnen Parteien schwierige Kompromisse erfordert.¹⁰ Die Verschlimmerung der Krise hat die strategische Arbeit und Debatten zum Thema etwas geschärft, da Unterstützer/-innen eines reformierten „sozia-

TABELLE 2. Parlamentsfraktion der GUE/NGL: 2009-2014

	Mandate 2009	Mandate 2014
ZYPERN	AKEL (2)	AKEL (2)
TSCHECH. R.	KSČM (4)	KSČM (3)
DÄNEMARK	<i>Folkeb. (1)</i>	<i>Folkeb. (1)</i>
FINNLAND	-	VAS (1)
FRANKREICH	Front de Gauche (4), AOM (1)	Front de Gauche (3), AOM (1)
DEUTSCHL.	DIE LINKE (8)	DIE LINKE (7), Tierschutz (1)
GRIECHENL.	KKE (2), SYRIZA (1)	SYRIZA (6)
IRLAND	Sinn Féin (1)	Sinn Féin (3), <i>Luke Flanagan (1)</i>
ITALIEN	-	AET-ind. (2), AET-PRC (1)
LETTLAND	LSP (1)	-
NIEDERLANDE	SP (2)	SP (2), <i>PvdD (1)</i>
PORTUGAL	BE (3), PCP (2)	PCP (3), BE (1)
SPANIEN	IU (1)	IU (5), Podemos (5), EH Bildu (1)
SCHWEDEN	V (1)	V (1)
GROSSBR.	Sinn Féin (1)	Sinn Féin (1)
GUE-NGL	35 / 736 (4.76 Prozent)	52 / 751 (6.92 Prozent)
LÄNDER	13 / 27	14 / 28

Anmerkung: **fett** = Mitglieder der EL; *kursiv* = assoziierte Parteien

TABELLE 3. HISTORISCHE ENTWICKLUNG: 1979-2014

	1979	1984	1989	1994	1999	2004	2009	2014
Gültige Stimmen	60.15 Prozent	56.93 Prozent	56.40 Prozent	54.43 Prozent	47.27 Prozent	43.75 Prozent	41.42 Prozent	41.17 Prozent
Stimmen für die RL (Prozent)	14.80 Prozent	15.00 Prozent	11.48 Prozent	7.08 Prozent	7.59 Prozent	6.86 Prozent	6.92 Prozent	7.96 Prozent
EP-Mandate (Anz.)	410	434	518	567	626	732	736	751
RL-Mandate (Anz.)	46	43	45	29	43	42	36	53
RL-Mandate (Prozent)	11.22 Prozent	9.91 Prozent	8.69 Prozent	5.11 Prozent	6.87 Prozent	5.74 Prozent	4.89 Prozent	7.06 Prozent
GUE-Mandate (Anz.)	44	41	42	28	42	41	35	52
GUE-Mandate (Prozent)	10.73 Prozent	9.45 Prozent	8.11 Prozent	4.94 Prozent	6.71 Prozent	5.60 Prozent	4.76 Prozent	6.92 Prozent
Länder mit GUE-Partei	3/9	4/10	7/12	5/12	10/15	14/25	13/27	14/28



len Europas“ immer öfter an Befürworter/-innen der Schwächung oder Auflösung der EU gemessen werden, was diese als einen notwendigen Schritt zur Befreiung ihrer Staaten von den neoliberalen Zwängen von außen und zur Umsetzung einer progressiven nationalen makroökonomischen Politik sehen. Letztere Position wird von einigen orthodoxen kommunistischen Linken (KKE, PKP, AKEL), radikalen Linken (schwedische Linkspartei – V) und anderen Parteien unterstützt, dazu von Minderheiten innerhalb einzelner Parteien. Diese Kräfte sind jedoch in sich gespalten, wenn es darum geht, explizit einen Austritt aus der Eurozone und der EU statt einer teilweisen Neuverhandlung von bestehenden Vereinbarungen zu fordern.

3. Vergangenheit und Gegenwart

Die langfristige Entwicklung der Wahlergebnisse der radikalen Linken im Europaparlament wird in Tabelle 3 dargestellt. Aus der Krise und den Wahlniederlagen der kommunistisch-dominierten „alten“ radikalen Linken im Jahrzehnt zwischen 1984 und 1994 (der Stimmenanteil von 15,00 Prozent stürzte auf 7,08 Prozent ab) trat eine umgestaltete „neue“ radikale Linke hervor, die seither bei 7 bis 8 Prozent der gültigen Stimmen stagniert. (Siehe Tabelle 3: Historische Entwicklung: 1979 – 2014)

Dieser Trend wurde von zwei Hauptelementen bestimmt – dem Wachstum bzw. Niedergang der Linksparteien in den bestehenden EU-Mitgliedstaaten und den Auswirkungen der sukzessiven EU-Erweiterungen. (Siehe Tabelle 4)

In den neun ursprünglichen Mitgliedstaaten musste die radikale Linke zwischen 1984 (14,93 Prozent der gültigen

Stimmen) und 1994 (4,25 Prozent) extreme Verluste hinnehmen, erholte sich bis zum Jahr 2009 wieder etwas (6,74 Prozent) und verlor im Jahr 2014 (5,14 Prozent) erneut. Den wichtigsten Auslöser hierfür stellte die Krise des französischen und italienischen Kommunismus dar, die durch das Erstarken anderer radikal linker Kräfte nicht ausgeglichen wurde (z. B. der SP in den Niederlanden oder der PDS/Die Linke im Westen Deutschlands).

Durch den EU-Beitrittsschub zwischen 1981 und 1995 kamen jedoch Länder hinzu (inkl. Osten Deutschlands), in denen es radikale Linksparteien gab, die den Zusammenbruch der Sowjetunion besser verkraftet hatten und durchschnittlich viel stärker waren als ihre Pendanten in anderen Ländern. Die Wahlergebnisse dieser zweiten Gruppe von Parteien wurden zwischen 1999 (12,29 Prozent) und 2009 (10,33 Prozent) schwächer, stiegen jedoch 2014 wieder an (19,30 Prozent). Obwohl die Länder dieser Gruppe nur über ein Drittel der Bevölkerung der ersten Gruppe verfügten, steuerten sie mehr als die Hälfte aller Stimmen zur radikalen Linken bei.

Die Beitrittswelle zwischen 2004 und 2013 war hingegen von Parteien charakterisiert, in denen es nur sehr schwache radikale Linksparteien gab; 2014 konnten sie gemeinsam nur 1,52 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigen. Innerhalb des ehemaligen Ostblocks blieben nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus viele ehemalige kommunistische Parteien bestehen, die sich erfolgreich auf den Sozialliberalismus besannen, jedoch – mit Ausnahme der neokommunistischen tschechischen KSČM – keine funktionsfähige Alternative darstellten. Einzig die kommunistische AKEL in Zypern schaffte es, ihr politisches Gewicht zu halten

TABELLE 4. DIE AUSWIRKUNGEN DER DREI BEITRIITTSWELLEN

	1979	1999	2014
EU-Mitgliedstaaten 1979 (Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, BRD, Dänemark, Irland, Großbritannien)			
Wahlberechtigte (Anz.)	184 474 494	207 497 569	222 958 570
Gültige Stimmen (Prozent)	60.15 Prozent	45.07 Prozent	45.64 Prozent
Stimmen für die radikale Linke (Anz.)	16 425 278	5 052 995	5 233 556
Stimmen für die radikale Linke (Prozent)	14.80 Prozent	5.40 Prozent	5.14 Prozent
1981-1995 Erweiterungen (Griechenland, Portugal, Spanien, DDR & Berlin, Österreich, Finnland, Schweden)			
Wahlberechtigte (Anz.)		82 168 563	85 609 547
Gültige Stimmen (Prozent)		52.83 Prozent	44.78 Prozent
Stimmen für die radikale Linke (Anz.)		5 333 517	7 398 221
Stimmen für die radikale Linke (Prozent)		12.29 Prozent	19.30 Prozent
2004-2013 Erweiterungen (Zypern, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakei, Slowenien, Bulgarien, Rumänien, Kroatien)			
Wahlberechtigte (Anz.)			87 605 149
Gültige Stimmen (Prozent)			26.28 Prozent
Stimmen für die radikale Linke (Anz.)			349 601
Stimmen für die radikale Linke (Prozent)			1.52 Prozent



und sogar auszubauen. (Siehe Tabelle 4: Die Auswirkungen der drei Beitrittswellen)

Die Europawahl von 2014 ermöglicht eine klare Einteilung der aktuellen europäischen radikalen Linken in drei relativ homogene geopolitische Makrogebiete.

In den meisten westeuropäischen Staaten stellt die radikale Linke eine mittelgroße Parteifamilie mit einer gewissen parlamentarischen Vertretung dar, die sich in ihrem Wahlergebnis zwischen 4 und 10 Prozent bewegt. Negative Ausnahmen stellen die extrem schwachen radikalen Linksparteien in Großbritannien und Österreich dar;¹¹ auch Belgien liegt etwas unter dem Durchschnitt, gewinnt jedoch rasant dazu. Eine positive Ausnahme ist hingegen Dänemark.¹²

Der Peripherie am Mittelmeer und Atlantik hingegen kommt nun eine Vorreiterrolle innerhalb der radikalen Linken zu – auch Zukunftsperspektiven der radikalen Linken werden von diesen Staaten gestaltet. Das Zusammenspiel der schweren sozioökonomischen Krise, großer Anti-Austeritäts-Mobilisierungen und gut verwurzelter politischer Organisationen unterschiedlicher Art – von orthodoxen Kommunist/-innen über linke Reformer/-innen und linke Nationalist/-innen – ließ die Wahlergebnisse mancherorts auf über 20 Prozent der Stimmen ansteigen: In Zypern war dies von Anfang an der Fall, in Portugal seit 2009, in Griechenland, Spanien und Irland seit 2014.

Die osteuropäischen Regionen ähneln hingegen einer Inselgruppe aus einigen wenigen lokalen Hochburgen – Ostdeutschland (19,74 Prozent) und Tschechien (11,55 Prozent), sowie seit Kurzem Slowenien (7, 14 Prozent) –, umgeben von einem Meer der kompletten Abwesenheit einer radikalen Linken.

4. Ausblick

Die Zukunft birgt sowohl Möglichkeiten als auch Risiken. Auf der Ebene der formellen Dynamik in den EU-Institutionen scheint es unwahrscheinlich, dass die radikale Linke der künftigen EU-Politik ihren Stempel aufdrücken wird. Innerhalb des Europaparlaments besitzen die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) und die Fraktion der Progressiven Allianz der Sozialisten & Demokraten (S&D) trotz ihrer Verluste eine bequeme Mehrheit (413 Mandate von 751); daher würde eine (unwahrscheinliche) Mitte-Links-Koalition aus S&D, Grünen und GUE/NGL (294 Mandate) die Mehrheit bei weitem verfehlen. Innerhalb des Rates wird sich der Einfluss der radikalen Linken wahrscheinlich ebenso in Grenzen halten: Die Tatsache, dass sie einmal eine europäische Regierung stellte (Zypern, 2007–2013) und Regierungspartei in anderen Kabinetten war, hat kaum Spuren hinterlassen. Sogar ein zukünftiger Wahlsieg in Griechenland wird wahrscheinlich durch die im Vertrag von Lissabon vorgesehene Ausweitung der Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit nur wenig bewirken, außerdem handelt es sich bei Griechenland um ein kleines Land.

Die Situation ist jedoch eine andere, wenn wir an mögliche Veränderungen der nationalen politischen Lagen denken. In einigen Staaten der südlichen und keltischen Peripherie überwindet die radikale Linke ihren Status als Randerscheinung. Sie hat jetzt die historische Chance, sich als größte Parteifamilie zu etablieren und zur führenden Koalitionspartei zu werden. Ein Sieg der SYRIZA bei den nächsten griechischen Parlamentswahlen zeichnet sich bereits ab,

und im Fall einer Fortführung der Austeritätspolitik bei fort-dauernder Krise erscheint ein weiterer Zusammenbruch bestehender Regierungsparteien, den die radikale Linke in Staaten wie Zypern, Irland, Spanien und Portugal für sich nutzen kann, nicht mehr unvorstellbar.

Momentan scheinen die radikalen Linksparteien auf einen solchen Fall nicht vorbereitet zu sein. Parteigräben verhindern die Einrichtung wirksamer, vereinigter Fronten sowohl im gegenwärtigen Widerstand als auch für eine zukünftige Regierungsmehrheit. Das heikle Problem der Beziehung zur sozialliberalen Linken scheint weiterhin zu entzweien und kann auch in Zukunft einen Wahlsieg verhindern, da somit die kompromisslosesten Kräfte ein isoliertes Dasein pflegen und den kompromissbereitesten eine untergeordnete Rolle innerhalb der Mitte-Links-Allianzen zugewiesen wird. Letztlich bleibt die Erarbeitung ernsthafter Notfallpläne für den möglichen Zerfall der Eurozone (und möglicherweise der EU) ein Fall für einige wenige Intellektuelle und Aktivist/-innen.¹³ Sollte dieses Szenario eintreten, riskiert die radikale Linke ihre Chance zu verpassen und muss das Feld möglicherweise den Neokonservativen oder Rechtsextremen überlassen.

In den anderen Staaten Westeuropas muss die radikale Linke an ihr Wachstum aus den Jahren vor 2009 anknüpfen und in jedem einzelnen politischen System wirksamen Druck von links ausüben. Die Parteien in den größten und einflussreichsten Staaten (Deutschland, Frankreich und Italien) tragen hier die Hauptverantwortung für die Resultate auf nationaler und europäischer Ebene. Ihre momentane Stagnation oder ihr Rückgang, die durch strukturelle Zwänge ausgelöst wurden, schließen jede Chance auf einen progressiven Wandel der EU-Politik aus.

In Osteuropa stellt die beinahe vollständige Absenz einer funktionsfähigen radikalen Linken eine große Herausforderung dar. Dieser Status Quo birgt die Gefahr, dass der radikalen Linken nunmehr eine permanente Randposition in der EU zugeschrieben wird, besonders wenn die Wahlbeteiligung weiterhin sinkt¹⁴ oder südeuropäische Staaten die EU verlassen würden. Die jüngsten Entwicklungen in Slowenien sind vielversprechend, jedoch war es in den meisten anderen osteuropäischen Staaten bisher die Regel, dass sehr kleine, neue Initiativen eher rasch wieder verschwanden oder keine weitere Kandidatur mehr auf die Beine stellten. Die Entstehung nationaler radikal linker Kräfte, denen es gelingt, die tiefe Unzufriedenheit der Menschen mit den Regierungen der Post-Transitionsphase zu fassen, während sie das Scheitern des Realsozialismus kritisch analysieren, ist daher sehr wichtig. Die stärkeren Parteien der EU sollten diesen Prozess politisch und finanziell unterstützen und zu ihrer obersten internationalen Priorität machen.

Anmerkungen

- 1 Unter „radikaler Linken“ werden hier alle Parteien links von der Sozialdemokratie verstanden. Alle Daten stammen aus relevanten offiziellen nationalstaatlichen Quellen (üblicherweise aus den Innenministerien); die Ergebnisse einiger Staaten gelten weiterhin als vorläufig.
- 2 Die beiden Kategorien decken sich nicht vollständig. Einerseits ent-schieden sich einige rot-grüne (z. B. die dänische SF) oder regionale (z. B. in Spanien) radikale Linksparteien, sowie die meisten grünen Abgeordneten, die mit radikalen Linkskoalitionen gewählt wurden (z. B. die katalanische ICV) für einen Beitritt zur Grünen Fraktion. Andererseits schlossen sich wiederum andere Parteien aus technischen Gründen der GUE/NGL-Fraktion an (im Jahr 2014 die dänische Volksbewegung gegen die EU, die deutschen und niederländischen Tierschützer/-innen und ein irischer Unabhängiger).



- 3 Cunningham, K., Hix, S. (2014) „Socialist marginally ahead, radical left up to third“, 5 March 2014, <http://www.electio2014.eu/it/poll-scenarios/pollsblog>
- 4 Hierbei handelt es sich um die Gesamtanzahl der Stimmen für die radikale Linke dividiert durch die Gesamtanzahl der in den EU-Staaten abgegebenen gültigen Stimmen. Es erscheint sinnvoller, aggregierte (oder gewichtete) Zahlen zu verwenden anstatt der nicht gewichteten Mittelwerte der nationalen Ergebnisse, da letztere dazu tendieren, die Gesamtgröße der Parteifamilien zu verzerren.
- 5 In Malta verzichtete die radikale Linke zweimal auf ihre Kandidatur; 2009 war Kroatien noch kein Mitgliedstaat (die radikale Linke verlor jedoch stark gegenüber den EP-Wahlen 2012).
- 6 Reif, K., Schmitt, H. (1980) „Nine second-order national elections – a conceptual framework of European election results“, *European Journal of Political Research*, 8(1), 3–44.
- 7 Die Gesamtsumme der abgegebenen gültigen Stimmen ist, wenn auch nur geringfügig, von 41,42 Prozent auf 41,17 Prozent weiter zurückgegangen. Noch besorgniserregender ist es, dass die Wahlbeteiligung in den meisten osteuropäischen Staaten (Bulgarien, Kroatien, Tschechien, Ungarn, Lettland, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien) und in manchen westeuropäischen Staaten (Portugal, Großbritannien) bei unter 35 Prozent lag und somit eigentlich die demokratische Legitimation des Europaparlaments in Frage gestellt wird.
- 8 Die Organisation VoteWatch Europe (<http://www.votewatch.eu>) weist darauf hin, dass z. B. der Kohärenzgrad in der Abstimmungsrate der GUE/NGL in der vergangenen Legislaturperiode den niedrigsten unter allen Fraktionen abseits der EFD darstellte (79,37 Prozent). Es ist wahrscheinlich, dass dieser Anteil in der kommenden Legislaturperiode sinkt.
- 9 Siehe Dunphy, R., March, L. (2013) „Seven year itch? The European Left Party: struggling to transform the EU“, *Perspectives on European Politics and Society*, 14:4, 520-534.
- 10 Siehe Dunphy, R. (2004) „Contesting capitalism? Left parties and European integration“, Manchester: Manchester University Press, and Charalambous, G. (2011) „All the shades of red: examining the radical left's Euroscepticism“, *Contemporary Politics*, 17(3), 299–320.
- 11 Die radikale Linke in Luxemburg erreichte wegen der niedrigen Gesamtzahl an Mandaten des Landes (6 MdEPs) kein Mandat, konnte jedoch immerhin 7,25 Prozent der gültigen Stimmen für sich gewinnen.
- 12 Das hier erwähnte Ergebnis ist jenes der SF (radikale Linkspartei, je doch Teil der Grünen Fraktion), die 10,92 Prozent der gültigen Stimmen auf sich vereinigte; darüber hinaus erreichte die EU-skeptische Bewegung FolkeB. (parteiübergreifende Bewegung, die jedoch hauptsächlich von der radikalen Linken unterstützt wird und Teil der GUE/NGL ist) 8,07 Prozent der gültigen Stimmen.
- 13 Siehe Lapavistas, C. et al. (2012) *Crisis in the Eurozone*, London: Verso; Sapir, J. (2012) *Faut-il sortir de l'euro?* Paris: Seuil; Bagnai, A. (2012) *Il tramonto dell'Euro*. Reggio Emilia: Imprimatur; Mateo, J. P., Montero, A. (2012) *Las finanzas y la crisis del euro: colapso de la Eurozona*. Madrid: Editorial Popular; Ferreira do Amaral, J. (2013) *Porque devemos sair do Euro*. Alfragide: Lua de Papel; Durand, C., ed. (2013) *En finir avec l'Europe*. Paris: La Fabrique; Lordon, F. (2014) *La malfaçon*. Monnaie européenne et souveraineté démocratique. Paris: LLL.
- 14 Der Anteil an gültigen Stimmen liegt in den osteuropäischen Staaten deutlich unter dem europäischen Durchschnitt (2014: 28.77 Prozent bzw. 41.17 Prozent).

Erfolgreiche Sommer-Universität 2014 von EL und transform!

Von Claudia Haydt, Mitglied des Vorstands der Europäischen Linken und des Parteivorstands der LINKEN;
aus: <http://transform-network.net>

Unter dem leider brandaktuellen Motto: „Stand Up for Peace – In Solidarity“ trafen sich vom 23.–27. Juli 2014 rund 300 Teilnehmer/-innen und zahlreiche Tagesgäste aus Berlin und Brandenburg zur 9. Sommer-Universität der Europäischen Linken.

Konstruktiv, konzentriert und kommunikativ arbeiteten Menschen unterschiedlichen Alters aus 32 Ländern bei diesem einzigartigen jährlichen Basisevent von Europäischer Linker (EL) und transform! europe zusammen.

Die EL Sommer-Universität ist ein zunehmend wichtiges Vernetzungstreffen – auch angesichts der wachsenden europäischen Bedeutung der EL. Es gibt wenig vergleichbare Gelegenheiten, zu denen sich Funktionsträger aus verschiedenen EL-Mitgliedsparteien untereinander und mit interessierten Mitgliedern, mit nahestehenden Parteien und Organisationen in offener Atmosphäre austauschen können. Fünf Tage lang – inmitten der Ruhe und landschaftlichen Schönheit des Werbellinsees – war Zeit für gemeinsame Analysen, Debatten und Aktionspläne. Besonders intensiv wurden innerhalb und außerhalb der Veranstaltungen das Thema Ukraine und die Herausforderungen an Regierungsbeteiligungen diskutiert. Eine willkommene inhaltliche Ergänzung lieferten zahlreiche Veranstaltungen des feministischen Netzwerks der EL (EL-Fem). Neben dem offiziellen Programm fanden eine Reihe selbstorganisierter Vernetzungstreffen statt. Das Treffen der verschiedenen Jugend-Studierendenorganisationen der Parteien sei hier nur beispielhaft genannt.

Eine gut besuchte Plenardebatte mit Pierre Laurent, dem Vorsitzenden der EL, bildete unbestritten den Höhepunkt der Veranstaltung und lieferte zugleich einen programmatischen Ausgangspunkt für die zukünftige Arbeit der EL und ihrer Mitgliedsparteien. Pierre Laurent verwies auf einige zentrale politische Entwicklungen und Herausforderungen nach den Europawahlen: Er erinnerte daran, dass die EU-Institutionen bei vielen Menschen diskreditiert sind und dass begründeter Zweifel daran besteht, ob mit diesen Institutionen ein Ausweg aus der Krise gefunden werden kann. In der gemeinsamen Wahlauswertung wurde festgestellt, dass diese Verunsicherung ein gefährlicher Nährboden für rechtsextreme und rechtspopulistische Kräfte ist. Deren Erstarren konnte überall dort verhindert oder wenigstens eingedämmt werden, wo starke und glaubwürdige linke Kräfte es geschafft haben, in den gesellschaftlichen Debatten die politische (und kulturelle) Hegemonie zu erringen. Die Kandidatur von Alexis Tsipras als Kommissionspräsident und die gemeinsame Kampagne für ihn haben geholfen, linke europäische Kräfte zu bündeln.

Viele Parteien und Bewegungen klopfen zur Zeit bei der Europäischen Linken an und wollen mit ihr kooperieren. Das spiegelte sich auch in der Teilnahme von Vertreter/-innen linker Parteien (z. B. aus Slowenien und Irland) wieder, die bisher nicht in der EL organisiert sind. Auch als Ergebnis der Europawahl ist die EL eine zunehmend sichtbare und aner-



kannte Akteurin auf europäischer Ebene geworden. Pierre Laurent machte deutlich, dass es Aufgabe der linken Kräfte ist, einerseits die interne Pluralität zu respektieren und zu integrieren und andererseits die Kräfte zu bündeln. Um das zu ermöglichen, schlug er fünf Achsen für eine Bündelung der Aktivitäten verschiedener linker Parteien vor:

1. Europaweiter Kampf gegen Austerität.
2. Kampf gegen das TTIP und andere Freihandelsabkommen.
3. Kampf für die Demokratie und gegen zunehmend undemokratische EU-Strukturen. Dazu gehört auch die Verteidigung von Rechten und Freiheiten der Bevölkerung und von Migrant/-innen sowie die Abwehr rechtsextremer und rechtspopulistischer Kräfte.
4. Verstärkter Kampf für Frieden und gegen Aufrüstung, einschließlich der Mobilisierung gegen den NATO-Gipfel in Wales am 4. und 5. September.
5. Die Durchführung eines „Forums der Alternativen“ im Mai 2015 in Frankreich, um linke Parteien und Bewegungen (auch Gewerkschaften) auch jenseits der EL zusammenzubringen.

Zahlreiche Seminare und Workshops der Sommer-Universität vertieften die inhaltlichen Schwerpunkte, wobei sowohl die Analyse als auch die konkrete Vernetzung der zukünftigen Arbeit eine Rolle spielten. Unter dem Titel „Reclaim the Economy“ fanden Debatten über Krisenfolgen in verschiedenen Ländern, den Kampf gegen prekäre Lebensverhältnisse, Wirtschaftsdemokratie, Kooperation zwischen Partei, Bewegung und Gewerkschaften statt. Für die Mehrheit war es wichtig, linke Parteien als Teil von Bewegungen zu verankern und dies auch immer wieder in der gemeinsamen Kampagnenarbeit mit Leben zu erfüllen. Deswegen war es selbstverständlich, dass die Kampagne gegen das TTIP und die Unterstützung der zugehörigen Europäischen Bürgerinitiative eine zentrale Rolle in den zukünftigen Aktivitäten der EL spielen wird.

Der Austausch über die Situation in der Ukraine war bereits im Vorfeld ins Programm der Sommer-Universität aufgenommen worden, da bei den EL-Vorstandssitzungen ein großer Bedarf dafür formuliert worden war und zudem einige Menschen aus der Ukraine und aus anderen Ländern Osteuropas anwesend waren. Dazu kam aus aktuellem Anlass die starke Präsenz des Themas Gaza/Israel.

Während der Ukraine-Veranstaltung wurde ein Aktionsvorschlag entwickelt und von den Teilnehmenden positiv aufgegriffen: Die EL ruft zu einem gemeinsamen europaweiten Aktionstag am 4. September 2014 gegen den NATO-Gipfel in Wales. Eine entsprechende Erklärung, die sich gegen die Kriege in der Ukraine, Gaza und Israel wendet und die von der NATO geplante neue Aufrüstungswelle ablehnt, wurde bereits aus der Sommer-Universität heraus an die Mitgliedsparteien verschickt. Damit wurde entsprechend des Tagesmottos „Reclaim Peace“ (den Frieden zurückgewinnen) ein erster Schritt für gemeinsame friedenspolitische Aktionen definiert.

Der große Erfolg der Sommer-Universität war neben der unermüdlichen Arbeit in den Büros der EL, des Karl-Liebknecht-Hauses und von transform! europe auch den regionalen Gastgeber/-innen im Kreis Barnim und dem Land Brandenburg zu verdanken. Trotz Landtagswahlkampf waren die Genoss/-innen aus der Region auf der Sommer-Universität kontinuierlich präsent. Ihre Erfahrungen mit linker Regierungsbeteiligung waren, im Austausch mit vergleichbaren

Erfahrungen aus anderen Ländern, ein wichtiger Baustein für die Debatte und die Entwicklung linker Strategien.

Sowohl die gemeinsame Arbeit als auch das gemeinsame Feiern – einschließlich eines Punk-Rock-Konzerts in Eberswalde – machten klar: Europa wächst von unten. Nur wenn die linken Kräfte regional verankert sind, können sie sich auch dauerhaft europaweit zu einer wirkungsvollen Kraft des Protests und der Veränderung entwickeln.

Dynamische Reorganisierung der Linken in Spanien: Wirkliche Demokratie und die Eroberung der Institutionen

*Von Mario Candeias, Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung;
aus: neues deutschland, 9. August 2014*

Es genügt nicht mehr, die Zivilgesellschaft zu erobern, Plätze zu besetzen, auf die Straße zu gehen, symbolische Aktionen durchzuführen, Zwangsräumungen zu verhindern, Bürgerbegehren zu gewinnen. In Spanien nehmen die Bewegungen für „wirkliche Demokratie“ Kurs auf die Eroberung der Institutionen – mit dem Ziel allerdings, diese Institutionen in einem konstitutiven Prozess im Sinne „wirklicher Demokratie“ neu zu begründen.

Wir erleben eine dynamische Reorganisierung des politischen Feldes von links. Schon vor der Wahl zum Europäischen Parlament Ende Mai deutete sich eine Verschiebung an, die der Partei Vereinigte Linke (Izquierda Unida – IU) eine Verdreifachung der Stimmen bringen sollte. Sie hat nun sechs Abgeordnete in Straßburg. Eigentlicher Überraschungssieger aber ist die aus den Krisenprotesten hervorgegangene Plattform Podemos (Wir können es) mit ihrem Spitzenkandidaten Pablo Iglesias. Nur vier Monate nach ihrer Gründung erreichte sie ein Ergebnis, das ihr fünf Abgeordnete des Europäischen Parlaments bescherte.

Podemos ist eine Kaderpartei mit charismatischem Führungspersonal, aber sie ist aus der Bewegung der Platzbesetzungen hervorgegangen. Und damit ist das Bündnis ein Beispiel für eine neue „verteilte Führung“ innerhalb der Bewegungen, die keinen zuvor etablierten Führungs- oder Avantgardestatus voraussetzt. Stattdessen wird es Einzelnen oder Gruppen ermöglicht, temporär eine Führungsfunktion zu übernehmen, um Dinge voranzubringen und Aktivitäten auf einen vorläufigen Fokus zu konzentrieren.

Kommt es nun zu einer weiteren Zersplitterung oder einer Konvergenz der Linken? Nur wenige Stunden nach der Europawahl bot Podemos „allen Kräften, die aufrichtig gegen die Austeritätspolitik sind“, einen Einigungsprozess an. Dieser Aufruf richtet sich an Parteien wie die IU, die grüne Equo, aber auch an die Bewegungen. Alberto Garzón, der selbst einer der Empörten des 15. Mai ist, aber für die IU als mit 28 Jahren jüngster Abgeordneter im spanischen Parlament sitzt, hat keinen Zweifel, dass es zur Konvergenz mit Podemos kommt: „Wir teilen inhaltlich die meisten Positionen.“ Er selbst hat die Leitung des klangvollen Sekretariats „für einen



konstitutiven Prozess und Konvergenz“ bei seiner Partei übernommen, um die Annäherung voranzubringen. Die Vereinigte Linke gehört für viele noch zu den traditionellen Parteien. Sie verfügt über Organisationsstrukturen, Gremien und Hierarchien. Auch wenn sie sicher weitaus demokratischer aufgebaut ist als die konservative Partido Popular (PP) oder die Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE) und zahlreiche Regionalparteien, konnte sie in den letzten 40 Jahren das Zweiparteiensystem nicht ernsthaft herausfordern. In vielen Kommunen und einigen Regionen regierte die IU zwar mit. Aber nicht immer wurde dabei ein Unterschied deutlich. In der Vergangenheit ist es auch zu Korruptionsfällen gekommen. Immerhin sind diese mittlerweile aufgeklärt, und die betreffenden Personen haben die Partei verlassen. Seither ist vieles passiert. Die Organisation hat sich auch durch die Dynamik der 15M-Bewegung verändert. Eine neue Generation übernimmt, reformiert die Partei von innen und nähert sie den in den Bewegungen erprobten Demokratieformen an.

So hat die IU ihre Unterstützung verdreifacht, insbesondere bei jenen, die sich als links verstehen, in der Gewerkschaftsbewegung und entsprechenden Mareas – den Protestwellen im Gesundheits- oder Bildungssektor zum Beispiel – aktiv sind. Auch viele von der PSOE Enttäuschte sind dabei. Hier gibt es ein Potenzial von bis zu 20 Prozent der Bevölkerung.

„Podemos besetzt ein Feld, das die Plurale Linke nicht zu erreichen verstand“, so Garzón. Dazu zählt er vor allem jene, die sich vom politischen System nichts mehr versprechen und von den traditionellen Parteien abgewandt haben. Die Struktur und die Sprache von Podemos haben es möglich gemacht, ihren Stimmen Gehör zu verschaffen, die Frustration in Protest umzuwandeln. Sonst wären sie vielleicht für die Linke verloren gegangen. Sie sind vor allem jung, urban und akademisch ausgebildet. Die IU dagegen hält eine stärkere Verbindung zu den unteren Volksschichten sowohl in den ärmeren urbanen Zonen als auch in den ländlichen Regionen. Gemeinsam könnten IU und Podemos nun das Zweiparteiensystem zu Fall bringen.

Das belegen auch Umfragen. Nach einem jüngst von „El País“ veröffentlichten Stimmungsbild kommt Podemos bereits auf 15,3 Prozent, die IU auf 8,2 Prozent. PP und PSOE verlieren dagegen. Nimmt man eine andere, wohl wegen der unbequemen Ergebnisse gar nicht erst veröffentlichte Umfrage ernst, liegen die beiden Linksparteien zusammengekommen mit 27,4 Prozent sogar schon vor PP (26,5) und PSOE mit 17,5 Prozent.

Und hier beginnen die Probleme: Ähnlich wie bei der griechischen Linkspartei SYRIZA wäre bei einem Wahlsieg die relative Mehrheit nicht ausreichend, um eine Regierung zu stellen, denn die oppositionellen Sozialisten fallen als Koalitionspartner derzeit aus. Gerade hat sich die PSOE bei der Wahl ihres neuen Vorsitzenden explizit gegen einen Kurs entschieden, der den Forderungen und politischen Formen der Bewegungen entsprechen sollte. Stattdessen haben sie den 42 Jahre alten Pedro Sánchez gewählt, bislang ein relativ unbekannter Parteifunktionär, der sich explizit von Podemos und IU abgrenzte. Er orientiert sich an Felipe Gonzales, der gegenüber der drohenden Gefahr von links den Zusammenhalt der etablierten Parteien fordert.

Zudem befördern solche Umfrageergebnisse eine schwer kalkulierbare Dynamik. Der Medienhype um Podemos kon-

zentriert nun viele Kräfte auf die neue Formation. Dies fördert Konkurrenzen und Abgrenzungen gegenüber einer „Partei alten Typs“ wie der IU einerseits, gegen ein „verschwommenes postpolitisches Gebilde“ wie Podemos andererseits. Viele sehen die Notwendigkeit zur Konvergenz, um eben die verschiedenen Kräfte – in einem linken Mosaik – zu bündeln. Doch die Spannungen zwischen Bewegungen, Parteien und Gewerkschaften oder zwischen unterschiedlichen (Partei-) Formationen auszuhalten scheint vielen zu anstrengend. Es soll alles neu sein und so wiederholen sich vielleicht doch nur alte Fehler. Angesichts des Erfolgs betrachten manche Podemos als den herausgehobenen Akteur, der keine Kooperation mit den traditionellen Organisationen nötig hat. Es droht die Gefahr der Selbst-Fragmentierung.

Dabei ist die eigene Zukunft von Podemos ungesichert. Die Partei ringt noch um adäquate Organisationsstrukturen, die den Plattformcharakter und die Offenheit erhalten sollen, ohne eben eine traditionelle Partei zu werden. Zugleich ist die „innerparteiliche“ Demokratie noch nicht wirklich entwickelt – der Prozess wird von dem starken Führungspersonal dominiert. Letztere, vor allem das Gesicht von Podemos, Pablo Iglesias, werden in den Medien herumgereicht. Es bleibt zu hoffen, dass der Medienhype nicht in gleicher Weise endet wie für die Piraten in Deutschland. Die Bedingungen für einen Erfolg sind jedoch weit besser. Schließlich handelt es sich nicht um ein reines Medienphänomen. Podemos wird von den neuen Massenbewegungen getragen. Doch weder das Gelingen des Organisationsaufbaus noch die Konvergenz der Linken ist damit gesichert.

Bis zu Wahlen Ende des kommenden Jahres ist es noch lange hin. Bei lokalen Urnengängen hingegen ist eine Eroberung der Institutionen schon im Mai 2015 denkbar. Am spektakulärsten ist dabei eine Initiative aus den Bewegungen: Nachdem Ada Colau als Sprecherin der Plataforma de Afectados por la Hipoteca (PAH, Bewegung gegen Zwangsräumungen) zu einer Galionsfigur der Krisenproteste in Spanien geworden ist, hat sie ein neues Projekt in Angriff genommen. Sie ist eine der Sprecherinnen von Guanyem Barcelona (Barcelona gewinnen), einer Bürgerplattform, die sich Ende Juni in Barcelona vorgestellt hat und eine radikaloppositionelle Kandidatur für die Bürgermeisterwahlen 2015 vorschlägt.

Die Initiative ist breit angelegt. Sie richtet sich zunächst an die nichtorganisierte gesellschaftliche Mehrheit, an jene, die weder in Bewegungen noch in Parteien aktiv sind. Ihre Basis sind die organisierten Viertel, die Bewegungen. Guanyem gelang es auch, (fast) alle politischen Organisationen der Linken und die Gewerkschaftsverbände von CCOO und (teilweise) UGT hinter sich zu bringen. „Wir schließen niemanden aus – abgesehen von den Parteien des Regimes“, meint Colau.

Die PAH selbst ist für ein solches Mosaik bereits beispielgebend. Dort arbeiten seit Jahren Aktivisten aus allen möglichen Organisationen in einem sozialen Netz wechselseitiger Hilfe zusammen. Die Elementarteile sind lokale Einheiten, in denen Aktivisten nicht einfach nur über Politik diskutieren, sondern darüber hinaus gemeinsam Alltagspraxen teilen. Das heißt: kollektive Kinderbetreuung organisieren, Zwangsräumungen verhindern, politische Initiativen starten, Banken besetzen, Wohnungen wieder aneignen etc. Doch sie beschränken sich nicht darauf, einfach Hilfe anzubieten, sie sind selbst Orte politischer Aktion, Organisation und Schulung.



Aber das genügt nicht. Auch die Umfrageergebnisse von Podemos und IU reichen nicht, Guanyem will mehr. „Wir wollen gewinnen, das ist der große Unterschied. Und um zu gewinnen, musst du Anstrengungen bündeln. Jeder, der allein antritt, übt sich in Überheblichkeit“, so Colau. „Wir streben keinen Sitz im Gemeinderat an, um da für ein bisschen Farbe zu sorgen. Wir wollen gewinnen, um die Dinge zu verändern und zu beweisen, dass Politik grundsätzlich anders sein kann.“

Das Beispiel macht Schule. Nicht nur in Katalonien. Überall im Land formieren sich neue Plattformen oder Allianzen, um bei lokalen und regionalen Wahlen anzutreten, etwa in Madrid oder Malaga, wo Podemos, IU und Equo unterstützt von Bewegungen wie der PAH oder den Mareas (den Protestwellen) und anderen gemeinsame Positionen, Programme und Listen entwickeln. Nicht in Hinterzimmern, sondern in offenen Versammlungen und unzähligen Diskussionen.

Damit sind die soliden Institutionen der Macht, insbesondere die Zentralregierung, noch nicht erreicht. Doch Stadt- oder Regionalregierungen haben ausreichend Kompetenzen, um viel mehr in Wohnungsbau- und Mietfragen, bei der Gestaltung von öffentlichen Räumen oder im Gesundheitssystem zu unternehmen. Sie können dafür sorgen, dass niemand aus dem Gesundheitssystem herausfällt, oder die Wartelisten verkürzen, indem man mehr Mittel zur Verfügung stellt. Sie können Zwangsräumungen verhindern oder wenigstens Ersatzwohnraum zur Verfügung stellen. Sie können Privatisierungen in der Kommune verhindern und rückgängig machen. Sie können kollektive Formen der Organisation sozialer Infrastrukturen fördern und für Bewegungen ein institutionelles Rückgrat schaffen. Und sie können dort handeln, wo es keine Kompetenzen gibt, Regeln brechen, die Macht herausfordern.

Schließlich können solche lokalen Allianzen der (Selbst-) Fragmentierung der Linken entgegen arbeiten und die Basis schaffen für eine Dynamik, die bei den Wahlen zum spanischen Parlament zum Ende des Zweiparteiensystems und zur Eröffnung eines konstitutiven Prozesses für wirkliche Demokratie führt.

Der (un)aufhaltsame Aufstieg des Matteo Renzi

Von Paola Giaculli, Referentin für Europakoordination der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

Es ist nicht einfach zu erklären, wie es dem italienischen Ministerpräsidenten Matteo Renzi, einem ehemaligen Christdemokraten und Pfadfinder, gelang, seinen Traum zu verwirklichen und Regierungschef zu werden. Denn um das zu erreichen, musste er gegen die Regeln der Demokratie verstoßen und sich selbst widersprechen. Doch trotz bisher nicht eingelöstem Versprechen und der daraus resultierenden mehrheitlichen Enttäuschung genießt er bei allen Umfragen nach wie vor hohe Zustimmung (50 bis über 60 Prozent) und konnte mit seiner Demokratischen Partei (PD) die Europawahl mit 40,8 Prozent gewinnen. Einen so hohen Zuspruch erhielten in der Geschichte der italienischen Republik nur die Christdemokraten in den 50er Jahren. Warum?

Renzi regiert den „Ausnahmestandard“ wie seine Vorgänger Monti und Letta, und wie diese ist er nicht gewählt, sondern angesichts der „Notlage“ des Landes von Staatspräsident Napolitano mit der Regierungsbildung beauftragt worden. Wie bereits 2011 bei der „Expertenregierung“ Monti und letztes Jahr bei Letta mit der großen Koalition, einer Regierung gegen den Willen der Wählerschaft und ohne verfassungsmäßige Grundlagen geschehen, wurde auch Renzi im Gefolge eines sanften Putsches gegen seinen Parteikollegen Letta im Februar dieses Jahres Regierungschef. Zuvor hatte man ihn Ende 2013 durch eine offene „Vorwahl“ und die Ratifizierung deren Ergebnisse auf einem Parteitag zum Parteichef gewählt. Obwohl er immer wieder beteuert hatte, er wolle niemals ohne Wahlmandat und nur nach einem Sieg seiner Partei regieren, ist er Chef einer Neuauflage der großen Koalition geworden.

Renzi, den viele Journalisten vertraulich „Matteo“ nennen, verkörpert den italienischen Zeitgeist, der sich in den letzten fünfundzwanzig Jahren so verändert hat, dass Lebensstil und Denkweise der Menschen kaum wiederzuerkennen sind. Angesichts der schwersten sozialen und wirtschaftlichen Krise Italiens (mit einer Arbeitslosigkeit von 13 Prozent; bei den Jugendlichen fast 47 Prozent) wird er als Erlöser und letzte Chance für die Rettung des Landes angesehen. Er trägt die Hoffnung auf einen grundlegenden Wandel durch die versprochene „Verschrottung“ der alten politischen Klasse (auch in seiner eigenen Partei), die sich angeblich an ihre Privilegien klammert. Er übt Kritik an den Eliten, an den Bürokraten, an den „Salons“ von Wirtschafts- und Finanzwelt, lässt sich aber selbst gern von Unternehmern unterstützen, die u.a. seinen Wahlkampf um das Amt des Bürgermeisters von Florenz mitfinanziert haben. Zu seinen Bewunderern gehört FIAT-Boss Sergio Marchionne, ein entschiedener Gegner der Tarifautonomie. Dieser hat ohne jegliche Reaktion der Regierung den Steuer- und Rechtssitz des Autounternehmens nach Großbritannien, bzw. in die Niederlande verlegt. FIAT ist de facto kein italienischer Konzern mehr, ein Prozess, der auf der Produktionsebene mit der Chrysler-Fusion längst im Gange war. Unsicher ist die Zukunft für Tausende Arbeiter/-innen des Standortes. Trotz der mageren Ergebnisse der Regierung Renzi hat sich der Chef des Unternehmerverbandes Giorgio Squinzi nach anfänglicher Kritik kürzlich auf die Seite des Premiers und gegen die „Salons“ gestellt.

Renzi redet, als wäre er in der Opposition. Er wettet gegen die Übel, die Italien lähmen, sogar gegen die Politik, als gehöre er nicht dazu. Er hat eine erfolgreiche Kommunikationsstrategie erfunden, die auf viele Trends der jüngsten politischen Vergangenheit zurückgreift. Dazu gehört die Rhetorik des „Neuen“, die seine Vorgänger von der späten KPI eingeführt haben und die durch Anpassung an den Status quo schließlich zur Auflösung der Partei führte. Dazu gehört die Überwindung jeglicher Ideologien und der Einteilung des politischen Spektrums in links und rechts wie sie bereits der PD-Mitbegründer und Ex-Parteichef Veltroni praktizierte. Dazu gehört schließlich ein sanfter Populismus, der sich vom rabiatischen Populismus eines Beppe Grillo unterscheidet, sich einer einfachen, bildhaften Sprache bedient und mit abstrakter Kritik an den Diktaten der EU (die nicht infrage gestellt werden) sowohl Europaskeptiker als auch EU-Verfechter zufriedenstellt, die bei der Europawahl von Grillo erschreckt wurden. Angesichts der Defizitkriterien für den Haushalt fordert Renzi mehr Zeitflexibilität, bekennt sich



aber zum Fiskalpakt und will nicht an der Kürzungspolitik rütteln „Wir lassen uns von niemanden etwas diktieren!“, tönt er. „Die Reformen werden wir einführen, weil wir es wollen und Italien sie braucht und nicht, weil es die EU von uns verlangt.“

Zugleich tritt er als Initiator eines Bündnisses der europäischen „Linken“ auf. So standen kürzlich Vertreter der Sozialdemokraten aus Spanien, Deutschland, den Niederlanden und Frankreich neben ihm auf der Bühne des wiederentdeckten Pressefests der l'Unità, womit er nach einer früheren Umbenennung der Veranstaltung in „Festa democratica“ bestimmt bei linken PD-Aktivistinnen Sympathien gewonnen hat. Dabei ist die Parteizeitung Pleite, und in gedruckter Form gibt es sie gar nicht mehr. Die Akteure waren demonstrativ auch im Aussehen vereint: alle jung, locker, in weißem Hemd, schwarzer Hose und aufgekrempelten Ärmeln. Bei dieser Gelegenheit konnte sich sogar der französische Premier Manuel Valls als Linker für den Wiederaufschwung von Beschäftigung in Europa inszenieren und dabei vergessen machen, dass er eine eher neoliberale Politik mit strikter Haushaltsdisziplin betreiben will und bei der jüngsten Regierungsumbildung gerade erst seine linken Parteikollegen aus dem Amt gejagt hat. Dadurch soll der Eindruck erweckt werden, dass in Europa durch mehr Flexibilität bei den Investitionen Opposition von links gegen die Austeritätspolitik geübt wird. Aber das ist eine Scheindebatte, denn in Italien wie in Frankreich werden Haushaltsdisziplin und Struktur-reformen – die totale Liberalisierung des Arbeitsmarktes, Privatisierungen und Einschnitte bei Sozialleistungen, bei den Renten, im öffentlichen Dienst und im Gesundheitswesen – für notwendig gehalten und das „Modell Deutschland“ der Agenda 2010 als Vorbild angesehen. Das hat u. a. zu den Einbrüchen der französischen Sozialisten bei den jüngsten Wahlen geführt und Präsidenten Hollande so unbeliebt gemacht. Laut einer Umfrage vom 7. September wollen 85 Prozent der Franzosen, dass er nicht mehr kandidiert, während Valls' Regierung laut einer weiteren Umfrage nur von 22 Prozent der Befragten unterstützt wird.

„Jeden Monat eine Reform!“, war eine von Renzis ersten Losungen. Jugend und Dynamik sind weitere wichtige Instrumente in seinem Kampf gegen die Verknöcherung der „alten“ Politik, gegen die „Reformbremsen“. Dazu kommen Optimismus, Selbstvertrauen gegen die Resignation und die „Unkerei“ der Schwarzmalen. Renzi hat eine neue Erzählung erfunden, die die Italiener gerne hören. Seinen Wahlsieg verdankt er auch einem im Mai verabschiedeten Steuererlass von 80 Euro im Monat für zehn Millionen Lohnabhängige, von dem Niedriglöhner/-innen mit einem Einkommen bis achttausend Euro im Jahr, Rentner/-innen und viele prekär Beschäftigte allerdings ausgeschlossen waren. Zum Wiederaufschwung der Wirtschaft trug das bei den seit Langem stagnierenden Löhnen und der lang anhaltenden Rezession allerdings kaum etwas bei, wie offizielle Statistiken beweisen. Das will Renzi aber gar nicht hören.

Er nutzt die sozialen Netzwerke (Twitter) auch für offizielle Ankündigungen, liebt englische Wörter und macht aus seinen Pressekonferenzen kleine Unterhaltungsshow, um für seine Regierungsprojekte zu werben. Von protokollarischen Formen hält er nichts und will sich durch eine direkte, etwas naive Kommunikation populär machen, wobei ihm Ort und Anlass gleichgültig sind. Was früher Aufsehen erregt oder als unangebracht gegolten hätte, wirkt heute sympathisch, wie

es auf der rechten Seite des politischen Spektrums bereits bei Berlusconi der Fall war. Renzi hält auch offizielle Reden frei und im Kundgebungsstil. Da er ein Faible für große, abstrakte und effektvolle Begriffe hat, dabei aber kaum auf den Punkt kommt, hört man von ihm selten klare programmatische Aussagen.

Jung sind fast alle seine Minister und vor allem seine Ministerinnen (8 von 16), meist enge Gefolgsleute. Da Renzi keine Kritik duldet, umgibt er sich gern mit Freunden und Freundinnen: Auch in der Partei hat er nach seiner Wahl das Sekretariat umgestaltet, so dass die PD in den Medien bereits PdR (Partito di Renzi, seine persönliche Partei) genannt wird, um darauf hinzuweisen, wer dort am Steuer sitzt und wie groß sein Gespür für Demokratie ist.

Als frisch gewählter Parteivorsitzender und noch nicht Regierungschef traf er sich allein und auf eigene Initiative mit dem vorbestraften, aus dem Senat und allen öffentlichen Ämtern verbannten Steuerhinterzieher Berlusconi, um mit ihm einen Pakt über die Verfassungsreform zu schließen: Dagegen wurden keinerlei Einwände von der PD laut, auch nicht von Staatspräsident Napolitano (dem institutionellen Hüter der Verfassung), ohne dessen Zustimmung ein solcher Pakt nicht zustande kommen kann. Durch Renzi ist Berlusconi neu legitimiert worden und hat in der Politik Italiens wieder an Gewicht gewonnen: Wenn diese Reformen durchgeführt werden, was unter dem Druck des Staatspräsidenten durchaus geschehen kann, wird sich Berlusconi sogar als Vater der zukünftigen Republik feiern lassen können, was er bereits angekündigt hat.

Konkret setzt der jüngste Premier Europas (wie er sich selbstgefällig nennt) die Kürzungspolitik früherer Regierungen fort. Statt Korruption, Mafia und Steuerhinterziehung anzuprangern, neben der Arbeitslosigkeit die größten Übel Italiens, statt konkrete Maßnahmen für deren Bekämpfung zu ergreifen und so Mittel für den gebeutelten Etat und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu suchen, bereitet seine Regierung die nächsten Einschnitte vor: Dem Regierungschef scheint es peinlich und schmerzhaft zu sein, sich mit der Realität abzufinden, nachdem er immer wieder versprochen hatte, es seien keine Sparmaßnahmen mehr nötig. Wenn man das Geld nicht dort suchen will, wo es liegt – 10 Prozent der Bevölkerung besitzen fast die Hälfte des Vermögens, die Steuerhinterziehung inklusive die Erträge aus der Schattenwirtschaft werden auf 300 Milliarden Euro geschätzt – dann sind die Üblichen dran. Die Kürzungen im öffentlichen Dienst und das erneute Einfrieren der Löhne begründete Renzi mit „zu viel Fett, das noch am Apparat klebt“: eine Zumutung bei Löhnen von kaum 1200 Euro netto. Die Gewerkschaften wollen dagegen mobilisieren. Selbst bei der Polizei, der sogar das Geld fürs Tanken fehlt, sind Arbeitskämpfe angesagt – unerhört in der Geschichte Italiens.

Renzi weiß genau, wie das Volk tickt, denn auch öffentlich Bedienstete werden oft als privilegierte Kaste angesehen, und den Gewerkschaften, die längst den Eindruck erwecken, den Interessen der Unternehmen zu dienen oder ebenfalls Teil der politischen Kaste zu sein, misstraut man sowieso. Renzi kann selbstbewusst und anmaßend behaupten: „Wenn dies und jenes den Gewerkschaften missfällt, werden wir uns damit abfinden“. Bisher hat die Regierung jedoch keine konkrete Lösung für die vielen Kurzarbeiter/-innen und die Beschäftigten, die aufgrund der Krise, mangelnder Investitionen, willkürlicher Entscheidungen des Managements oder



Betriebsverlagerungen massenhaft entlassen werden oder um ihren Arbeitsplatz bangen müssen. Stattdessen verband Renzi einen Gesetzentwurf zum Arbeitsmarkt (Jobs Act) mit einem Vertrauensvotum im Senat, um sich endgültig von unbefristeten Arbeitsverträgen mit Tariflohn und vom Kündigungsschutz zu verabschieden. Der Arbeitsmarkt mit seinen ungleichen Verhältnissen nehme sich wie Apartheid aus, meinte der Premier. Aber statt neue Rechte für die prekär Beschäftigten einzuführen, will die Regierung die Rechte der unbefristet Beschäftigten streichen. Auf den Vorwurf der Chefin des Gewerkschaftsdachverbandes CGIL Susanna Camusso, Renzi sei wie Thatcher, attackierte er mit einer aggressiven Videobotschaft die Gewerkschaften, als seien diese und nicht die früheren Regierungen schuld an der Prekarisierung der Arbeit, die Renzi eigentlich noch vertiefen will.

In einer Talkshow erklärte Renzi, nicht irgendwelche Richter, sondern die Unternehmer sollen entscheiden, ob ihre Beschäftigten entlassen und eventuell wieder eingestellt werden. Laut Maurizio Landini, Chef der linken Metallgewerkschaft FIOM-CGIL, sei der Kündigungsschutz ein Skalp, der der EZB geopfert werde, und nur ein Vorwand, um das gesamte System der Arbeitsbeziehungen umzukrempeln. Das Regierungsvorhaben geht in der Tat in die Richtung der so genannten von der EU-empfohlenen Strukturreformen. Der Soziologe Marco Revelli bezeichnet Renzi als „verinnerlichte Troika“. Durch das Votum im Senat hat die Regierung eine Blankovollmacht erhalten, um die Arbeitnehmerrechte per Verordnung abzuschaffen und eine Rückkehr ins 19. Jahrhundert einzuleiten. Dagegen mobilisiert die CGIL am 25. Oktober mit einer nationalen Demonstration in Rom, auf der eine Million Menschen erwartet werden.

Renzis Äußerungen zeugen von seinem autoritären Stil und seiner Arroganz innerhalb und außerhalb der Partei. Doch leider mögen das viele, denn es gilt als Zeichen für Entschlossenheit und Effizienz. Er versteht es, Rechte wie Linke und unterschiedliche Gesellschaftsschichten zusammenzuführen. Dank dieser parteiübergreifenden Zustimmung ist die PD nach der Europawahl zu einer Volkspartei geworden.

Renzis Stil und seine Vorhaben werden für das Schicksal der italienischen Demokratie leider schwere Folgen haben: Gegen die Proteste angesehener Juristen und Intellektueller – eine weitere Kategorie, die Renzi und seine „jungen Neuen“, insbesondere die 33-jährige Reformministerin Boschi, nicht mögen – hat der Senat im August den ersten Teil der „Reform“ verabschiedet, die die Demokratie endgültig zerlegen soll. Der Senat hat sogar für seine eigene Auflösung votiert. Falls auch die Abgeordnetenkammer dem zustimmt, wäre damit das Ende der Republik, die nach der Niederlage des Faschismus dank der Widerstandskämpfer/-innen entstanden ist, besiegelt. Als Sparmaßnahme und im Namen einer Vereinfachung werden die zukünftigen Senatoren (100 statt bisher 315) nicht mehr vom Volk, sondern von den Regionalräten und Bürgermeistern gewählt, allerdings weiterhin Immunität besitzen. Sie werden nur sehr begrenzt über Gesetzentwürfe mitentscheiden und in der Regel nur „empfehlen“ dürfen. Der Entwurf für ein Wahlgesetz, den Renzi und Berlusconi sich gemeinsam ausgedacht haben, wird sogar das derzeitige Wahlrecht, welches vom Verfassungsgericht für verfassungswidrig erklärt wurde, an Monstrosität überbieten: Die aktuellen Parlamentarier, die die Verfassung gerade

„reformieren“, sind im Grunde gar nicht dazu legitimiert, weil sie rechtswidrig im Parlament sitzen. Zum Beispiel sind erneut exorbitante „Mehrheitsprämien“ für den Sieger vorgesehen. Wenn es zu einer zweiten Wahlrunde kommt, könnte ein Bündnis bereits mit ca. 22 Prozent der Stimmen die absolute Mehrheit der Sitze erreichen. Außerdem sieht der Entwurf eine Sperrklausel von 8 Prozent für den Einzug einer Partei ins Parlament vor.

Die „Verfassungsreform“ wird den Finanzmächten gewiss gut gefallen. So bedauerte die Bank JP Morgan letztes Jahr in einem Bericht mit dem Titel „Die Anpassung der Eurozone“, in Südeuropa wiesen die nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Verfassungen einen starken sozialistischen Einfluss auf und seien deswegen für die Integrationen der Regionen (gemeint sind die Märkte) ungeeignet. Deshalb müssten „politische Reformen“ durchgesetzt werden, um den Widerstand gegen die zutiefst unpopulären Sparmaßnahmen, die auf Geheiß der Banken durchgeführt werden, zu brechen. Auch die Kürzungen im öffentlichen Dienst wurden übrigens in einem Brief der Europäischen Zentralbank an die italienische Regierung vom August 2011 empfohlen. Die Rentenkürzung war dort ein Muss, aber weil Berlusconi das alles für sehr unpopulär hielt und dabei bremste, musste er durch Monti abgelöst werden. Die Bevölkerung braucht alles andere als eine institutionelle Reform, aber Renzi verkauft sie als Voraussetzung, um Italien zu „deblockieren“, das heißt, den legislativen Prozess zu vereinfachen, und alle anderen von ihm als notwendig erachteten Maßnahmen (welche das sind, bleibt schleierhaft) durchführen zu können.

Der Motor des Turboreformers Renzi gerät jetzt ins Stottern, wie das Südtiroler Nachrichtenportal Salto hervorhebt. Renzi musste bereits vor der Sommerpause auf einen langen Atem setzen und versprach ein „Programm für tausend Tage“. Damit wurde klar, dass er beabsichtigt, bis zum Ende der Legislaturperiode im Frühjahr 2018 – fest im Sattel zu bleiben. Doch auch eine Neuwahl nach dem reformierten Wahlrecht sähe er sicher gerne, solange er so großen Zuspruch genießt und im Lande wie im Parlament ungestört alles bestimmen kann. Das dürfte aber nicht einfach werden. Denn ohne weitere Kürzungen die Defizitkriterien einzuhalten wird schwer sein, wie der ihm aufgezwungene Finanzminister Pier Carlo Padoan, ehemaliger Chefvolkswirt der OECD, und Wirtschaftsrevisoren monierten. Dabei erwähnt Renzi nur die Defizitgrenze von drei Prozent und verschweigt den viel gewichtigeren Fiskalpakt, nach dem Italien zwanzig Jahre lang jedes Jahr geschätzte 40 bis 50 Milliarden Euro sparen müsste, damit seine Gesamtschulden nicht die festgelegte Quote von 60 Prozent des BIP überschreiten. Die Europäische Kommission überprüft gerade den Budgetentwurf für 2015. Hier werden Steuergeschenke vor allem für die Unternehmen von 18 Milliarden vorgesehen. Noch unklar ist, wie das finanziert werden soll. Und sollte Italien mehr Zeitflexibilität im Stabilitätspakt brauchen, könnte die Kommission bei den von Merkel und dem IWF angepriesenen Strukturreformen im Arbeitsmarkt vielleicht ein Auge zudrücken. Ex-Parteichef Bersani, andere der alten Garde und einige Jüngere fangen immerhin langsam an, den Mangel an innerparteilicher Demokratie zu bedauern, wahrscheinlich weil man sie in der Partei ausgrenzt. Bis vor kurzem war aber kaum Widerstand zu spüren, und größere Aufstände scheinen eher unwahrscheinlich, denn die meisten in der PD sehen sich mit Renzi endlich auf der Straße der Sieger. Die

Ziele scheinen nicht so wichtig zu sein. Hauptsache Regieren – als Selbstzweck.

Eines steht fest: Renzi hat bisher keines der dringenden Probleme Italiens angepackt. Wenn er das auch kurz- oder mittelfristig nicht tut und zusätzlich gravierende Kürzungsmaßnahmen ergreift, dann wird er entzaubert. Die Schonfrist scheint abgelaufen zu sein. Andererseits haben zahlreiche Italiener auch schon bei Berlusconi vieles erduldet. So erscheint plausibel, dass viele Menschen trotz allem auch Renzi weiter mögen werden. Sobald jedoch die Generation der Senioren, die noch über gute Renten verfügen und damit ihre Kinder und Enkelkinder unterstützen, nicht mehr sein wird, ist ein schwerer sozialer Einbruch zu erwarten. Wovon sollen die Millionen prekär Beschäftigten, die Arbeitslosen ab 40 Jahren und ihre Kinder jetzt und im Alter ohne gesicherte Renten leben?

Zu den Ergebnissen der Reichstagswahlen in Schweden

Von Oliver Schröder, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Fast 84 Prozent der Schwedinnen und Schweden nahmen an den Reichstagswahlen teil, die über die Zukunft des bürgerlichen Kabinetts von Premierminister Reinfeldt entschieden. Das Ergebnis fällt ambivalent aus: Zwar sind Reinfeldts Moderate Konservative die größten Wahlverlierer (-6,7%), und die vier Mitte-Rechts Parteien kommen zusammen auf nur 39% und sind somit nicht in der Lage, die Regierungskoalition fortzuführen, doch die gesamte schwedische Linke ist deswegen nicht automatisch Wahlsieger zu nennen. Die Linkspartei, die Sozialdemokraten und die Grünen erleben entweder marginale Zugewinne oder gar leichte Verluste (+0,1%, +0,4%, -0,4%). Für die Linkspartei sind die erreichten 5,7% schon eine Enttäuschung, da die Umfragen die Partei konstant etwas höher eingeschätzt hatten (7–8%). Positiv für sie ist, dass der geringe Zugewinn aufgrund des schwedischen Wahlsystems real einen Zuwachs von zwei Mandaten bedeutet: Die Linkspartei ist nunmehr mit 21 Abgeordneten im 349 köpfigen Reichstag vertreten.

Die Regierungsbildung ist zur Stunde eine offene Frage. Zwar hat der Spitzenkandidat der Sozialdemokraten Stefan Löfven eine Regierungsbildung aus dem rot-rot-grünen Block als natürlich bezeichnet, festgelegt hat er sich allerdings nicht. Lediglich eine Zusammenarbeit mit den Schwedendemokraten schloss er kategorisch aus. Zusammen kommt Rot-Rot-Grün auf nur 43,6 Prozent, würde somit eine der schwächsten Regierungen in der schwedischen Geschichte stellen und regelmäßig auf Zusammenarbeit mit Parteien außerhalb der Koalition angewiesen sein. Allerdings haben Minderheitsregierungen in Skandinavien, anders als in Deutschland, eine Tradition. Die Genossinnen und Genossen der Linkspartei schätzen ein, dass die Grünen, sie und die beiden liberalen Parteien zu Sondierungsgesprächen eingeladen werden, wobei die Grünen als Koalitionspartner so gut wie feststünden. Die Genoss/-innen stellen aber auch fest, dass sie die Sondierungsgespräche in einer relativ starken Position angehen können: Die schwedische Politik wird

seit Jahrzehnten von einem linken und einem rechten „Block“ geprägt – Kooperationen über die Blockgrenzen hinweg stellen ein Experiment dar.¹ Zudem seien politische Kernforderungen wie der Stopp von Privatisierungen, bzw. deren Rücknahme gemeinsame Ziele von Sozialdemokraten und Linken, welche sich schlecht mit liberalen Parteien verwirklichen ließen. Andererseits sind die Bereiche Steuer- und Sicherheitspolitik zwei Politikfelder, wo sich größere Unterschiede zwischen der Linkspartei und den Sozialdemokraten auftun.

Der große Gewinner der Wahlen – und das ist das eigentliche Ausrufezeichen des Wahltages – sind die Schwedendemokraten, die mehr als sieben Prozent zulegten und mit 12,9 Prozent drittstärkste Kraft werden. Die Partei ist offen ausländischerfeindlich, hat rechtsextremistische Wurzeln und führte ihren Wahlkampf vor allem mit Angriffen auf die schwedische Asylgesetzgebung, mit Xenophobie und der Forderung nach Stärkung „schwedischer Werte“ in der Gesellschaft. Der Erfolg ist umso erstaunlicher, als ihr Wahlkampf nicht ohne Fehler vonstatten ging: Ein Angestellter der Partei trug während einer Demonstration Kleidung mit Nazi-Symbolen, ihr Vorsitzender Aakesson musste zugeben, ein Problem mit Online-Poker zu haben – um zwei Beispiele zu nennen. Außerdem sahen sich Kundgebungen der Schwedendemokraten stets mit Gegendemonstrationen konfrontiert.

Anders als in den skandinavischen Nachbarstaaten Norwegen und Dänemark gab es bisher sehr wenig Berührungspunkte zwischen den bürgerlichen Parteien und der populistischen Rechten, was auch mit den teilweise extremistischen Positionen der Schwedendemokraten zusammenhängt. Doch sicher ist, dass es innerhalb des bürgerlichen Lagers zumindest eine Diskussion über den Umgang mit den erstarkten Schwedendemokraten geben wird.

Die beiden Regierungen Reinfeldt haben in den vergangenen Jahren mustergültige neoliberale Politik betrieben. So wurden Einkommens- und Unternehmenssteuern reduziert, die Vermögenssteuer abgeschafft und Sozialausgaben reduziert. Dazu kamen massive Privatisierungen von staatlichen Betrieben, bzw. Dienstleistungen. Gesundheit, Schulausbildung und Altenpflege wurden sämtlich für verschiedene Formen von Öffentlich-privaten-Partnerschaften geöffnet. Die Linkspartei stellte den Kampf gegen Privatisierungen und die Rückgewinnung des Öffentlichen in den Vordergrund ihrer Kampagne. Mit öffentlichen Dienstleistungen dürften keine Gewinne erzielt werden. Die Wiedereinführung der Reichensteuer und eine höhere Unternehmenssteuer sollen für den Bau öffentlicher, bezahlbarer und ökologischer Wohnungen, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und besonders der sehr hohen Jugendarbeitslosigkeit von 20 Prozent verwandt werden. Weiterhin setzte die Linkspartei im Wahlkampf auf die Stärkung des Arbeitsrechts und sprach sich für das Verbot prekärer Beschäftigungsverhältnisse aus. Die beiden anderen Kampagnenschwerpunkte waren die Stärkung der Frauenrechte, insbesondere die Forderung nach gleicher Bezahlung, sowie eine verbesserte Umweltpolitik (Investitionen ÖPNV und Energieerzeugung).

Die Linkspartei und ihr Vorsitzender Jonas Sjöstedt haben sich zu keiner Zeit zu einem Wahlkampf gegen die bei den Europawahlen so erfolgreiche Feministische Initiative (FI) verleiten lassen.² Öffentlich wurde immer begrüßt, dass nun ein Mehr an Feminismus Teil des politischen Systems sei. Intern wurde aber kein Hehl daraus gemacht, dass eine star-



ke Konkurrenz zwischen den Parteien herrsche. Letztendlich verfehlte die FI die Vierprozenthürde deutlich.

Anmerkungen

- 1 Der linke „Block“ ist zu den Parlamentswahlen 2010 mit einer gemeinsamen Wahlplattform angetreten. Dieser Schritt war auch innerhalb der Linkspartei nicht umstritten, ihr heutiger Vorsitzender Jonas Sjöstedt bezeichnete die Entscheidung als Fehler.
- 2 Eine ihrer Gründungsmütter, Gudrun Schyman, war von 1993 bis 2003 Vorsitzende der Linkspartei.

Parlamentswahl in Slowenien

Bahnbrechender Erfolg für die Vereinigte Linke: 6 Prozent der Stimmen, 6 Prozent Sitze

Von Gal Kirn; aus: <http://www.transform-network.net>, 14. Juli 2014. *Der Teufelskreis des Antikommunismus im post-jugoslawischen Kontext ist durchbrochen. Im Folgenden die wichtigsten Eckpunkte zum Wahlkampf, um das historische Resultat in einen Zusammenhang zu setzen.*

Sämtliche Kommentator/-innen waren sich einig: Die große Überraschung des Wahlabends der slowenischen Parlamentswahlen stellte das Ergebnis der Allianz der Vereinigten Linken (Združena levica, ZL) dar. Der Weg zu diesem historischen Wahlerfolg war jedoch steinig, da dem Linksbündnis von Anfang an eine Außenseiterrolle zugeschrieben wurde. Hier nun ein Überblick über die Eckpunkte des Wahlkampfes.

Vorgezogene Wahlen und mediale Diskriminierung als Hindernisse

Bei vorgezogenen Wahlen handelt es sich naturgemäß um ein außerplanmäßiges Ereignis. Die Verschärfung der seit Jahren andauernden kapitalistischen Krise, gekennzeichnet von extremen Sparmaßnahmen und einer ausgeprägten Privatisierungspolitik (in den vergangenen Monaten wurden einige große und angesehene Unternehmen wie Helios und Mercator billig verkauft, zahllose weitere Privatisierungen sind in Planung), sowie die Unruhen des letzten Jahres und die ständigen Unstimmigkeiten innerhalb der Regierungskoalition führten zu diesen vorzeitigen Wahlen. Die Entscheidung, sie mitten im Sommer abzuhalten, setzte neue politische Kräfte wie die ZL, die Piratenpartei und andere stark unter Druck: Wie sollte man einen nur einmonatigen Wahlkampf mit äußerst bescheidenen Mitteln (finanziert über eine Crowdsourcing-Kampagne) führen – mit einer schwachen Parteiinfrastruktur auf Lokalebene und einer extrem voreingenommenen Medienlandschaft, die kleinen Parteien kaum eine Chance lässt?

Die Medien luden die ZL üblicherweise nur zu Diskussionsrunden mit anderen außerparlamentarischen Parteien ein. Das Hauptproblem stellte jedoch der Zeitpunkt der Wahl im Sommer dar, da im Juli viele Wähler/-innen gerade ihren Urlaub in Anspruch nahmen oder sich auf die Fußball-WM konzentrierten. Umfragen prognostizierten der ZL konstant ein Ergebnis von 2 bis 2,5 Prozent, wonach sie hinter allen großen Parlamentsparteien auf dem 8. Rang zurückliegen und auch das Ziel, die 4-Prozent-Schwelle zu überwinden und ins Parlament einzuziehen, verfehlen würde.

Landesweiter Basiswahlkampf der ZL

Die ZL hatte sich jedoch entschlossen, ihren Wahlkampf nicht einfach über die Medien und gestützt auf Gruppeninterviews zu führen, sondern konzentrierte sich dabei ganz auf ihre Basis. Landesweit wurden unzählige lokale Veranstaltungen organisiert, bei denen im direkten Gespräch mit den Menschen und über Vorträge Aktivist/-innen und Sympathisant/-innen für die Vereinigte Linke gewonnen werden konnten. Dadurch gelang es, eine Basis auf Lokalebene zu schaffen, auf die die ZL auch in Zukunft aufbauen können. Dieser Prozess der Arbeit an der Basis war für die Vereinigte Linke von größter Wichtigkeit – so gelang es ihr, sich auch außerhalb von Ljubljana, Maribor und den anderen urbanen Zentren zu etablieren, in denen sie bereits bei den Europawahlen Ende Mai Unterstützung hatte gewinnen können (5,5% – hier eine Analyse).

ZL in Opposition zu Privatisierungen

Als einzige politische Kraft mit konkreten Vorschlägen zur Überwindung der Krise und für den Übergang zu neuen Organisationsformen (Kooperativen, Arbeitsselbstverwaltung, Schuldenabschreibungen, demokratische Bankenkontrolle, Staatsunternehmen) machte sich die ZL im Wahlkampf besonders für ein Thema stark: das Ende der Privatisierungen. Als die bekannte Einzelhandelskette Mercator gegen Schluss des Wahlkampfes vom kroatischen Konzern Agrokor übernommen wurde, zeigte sich zweierlei: Zum Einen wurde klar, dass sich einzig die Vereinigte Linke um kritisches Bewusstsein zu diesem Thema bemühte, und zum Anderen, dass sich die Bekämpfung von Privatisierungen ohne Druckmöglichkeit in politischen Institutionen extrem schwierig gestaltet.

Die Partei Miro Cerars – wertorientiert, kulturell konservativ

Einen weiteren Neuzugang im slowenischen Parteienspektrum – mit liberalem Anstrich und der politischen Mitte zuzuordnen – stellte Miro Cerars Partei dar. Sie stützt sich hauptsächlich auf die Verteidigung moralischer „Werte“ und Rechtsstaatlichkeit (Korruptionsbekämpfung). Miro Cerar ist Rechtsanwalt und arbeitete u.a. schon an der slowenischen Verfassung mit. Umfragen prognostizierten seiner Partei erstaunliche 35 Prozent der Stimmen. Die Medien stellten sie als die große, neue Überraschungspartei und designierte Wahlsiegerin dar und orteten in ihrem Erfolg die Unzufriedenheit der Wähler/-innen mit den existierenden Parteien und der herrschenden Korruption. In seiner an Moral und Rechtsstaatlichkeit orientierten Grundhaltung wurde der Parteichef in der letzten Wahlkampfwoche quasi „entlarvt“, als er sich negativ über die gleichgeschlechtliche Ehe, das Recht auf Abtreibung und anderes äußerte. Darin offenbarte sich seine reichlich konservative Sicht auf hohe „moralische Werte“.

Die neue Partei der Mitte stellte die Linksallianz vor eine weitere Herausforderung: Wie sich nicht nur als Gegenpol zu den existierenden Parteien positionieren, sondern auch als Stimme gegen die bestehende Wirtschaftsordnung und als radikalere Alternative jenseits einer Befürwortung von „Privatisierungen mit moralischem und transparentem Gesicht“?



Wachsende Zustimmung zum Wahlkampfende

Abseits kontinuierlicher Basisarbeit und neben Berichten, Interviews etc. auf lokaler Ebene erhielt die Vereinigte Linke in der letzten Wahlkampfwoche eine einzigartige Chance: Ein bekannter Vertreter der Partei, der Koordinator Luka Mesec, wurde gemeinsam mit Vertreter/-innen aller großen Parteien zu einer abschließenden TV-Debatte eingeladen, die auf dem beliebten Sender POP TV gezeigt wurde. Seine Argumentationsstrategie, sein neuartiges politisches Bewusstsein und die kritische Stimme der ZL erstaunten die Vertreter/-innen der etablierten Parteien und führten zum überraschenden Anstieg der Prognosen auf über 4 Prozent der Stimmen. In den letzten Tagen vor der Wahl sprachen viele Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens – von Intellektuellen und Aktivist/-innen bis zu Vertreter/-innen sozialer Bewegungen und Musiker/-innen – ihre Unterstützung für die Vereinigte Linke aus.

Wahlergebnisse

Die Auszählung (exklusive Briefwahl und Stimmen aus dem Ausland) ergab folgende vorläufigen Ergebnisse: Als Wahlsiegerin ging Miro Cerars Partei (34,6%) hervor, die Slowenische Demokratische Partei erreichte Rang 2 (20,7%), die Pensionistenpartei Desus Rang 3 (10,2%). Auf den vierten Platz schaffte es mit einem Überraschungserfolg die Vereinigte Linke (6%). Die Sozialdemokraten liegen mit 5,9 Prozent an fünfter Stelle, auf dem sechsten Rang rangiert die katholische Partei Neues Slowenien (5,5%), und die letzte Partei, die die 4-Prozent-Hürde nahm, ist die Partei der ehemaligen Premierministerin, das Bündnis Alenka Bratušek.

Die Wähler/-innen der Vereinigten Linken

Die Vereinigte Linke konnte viele Erstwähler/-innen für sich gewinnen, und ebenso Wähler/-innen, die sich am Prinzip des „geringeren Übels“ orientiert hatten. Daher konnte sich die ZL in einem Wahlkampf, der von einer Spaltung in Pro- und Anti-Janša-Anhänger/-innen dominiert war, abseits positionieren (Janša ist ehemaliger Premier Sloweniens, Präsident der Slowenischen Demokratischen Partei und derzeit wegen Korruptionsvorwürfen in Haft). Das Wahlergebnis drückt den generellen Widerstand gegen eine neoliberale Lösung für die Krise aus.

Das Resultat stellt jedoch erst einen Anfang dar. Damit wurde der Weg für eine Zukunft geebnet, die erst aufgebaut werden und sich vom Neoliberalismus abwenden muss. Ein ökologischer und demokratischer Sozialismus wird nötig sein, damit sich die neue Linke in Slowenien, Europa und der ganzen Welt weiter vernetzen und Erfolge feiern kann.

Das Morgen ist schon heute

Bericht vom Kongress der Demokratischen Partei der Völker (HDP, Ankara, 22. August 2014)

Von Julia Wiedemann, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

DIE LINKE erhielt von der Demokratischen Partei der Völker (Halkların Demokratik Partisi, HDP) in der Türkei eine Einladung zu deren Kongress am 22. Juni in Ankara. Wichtigster Tagesordnungspunkt waren Reden zur Neuausrichtung der Partei und die Neuwahl des Vorstands der HDP. Die beiden früheren Co-Vorsitzenden Ertuğrul Kürkçü und Sebahat Tuncel traten von ihren Funktionen zurück, um den Weg frei zu machen für neue Gesichter. Ertuğrul Kürkçü wurde auf dem Kongress für seine Verdienste beim Aufbau der HDP zum Ehrenvorsitzenden ernannt. Sebahat Tuncel bleibt weiter Mitglied des erweiterten Parteivorstandes. Als neue Vorsitzende wurden Figen Yüksesdağ (bisher Vorsitzende der ESP) und Selahattin Demirtaş (bisher Kovorsitzender der kurdischen BDP) gewählt.

Selahattin Demirtaş, geboren 1973, studierte Rechtswissenschaften und war danach als Anwalt tätig. Er arbeitete für den Menschenrechtsverein İnsan Hakları Derneği (IHD) und war in der Partei der Demokratischen Gesellschaft (Demokratik Toplum Partisi, DTP) politisch aktiv. Im Jahre 2007 trat er bei den Parlamentswahlen als unabhängiger Einzelkandidat an und wurde als Abgeordneter der kurdischen Provinz Diyarbakir direkt gewählt. Nach dem Verbot der DTP 2009 trat er der neugegründeten Partei für Frieden und Demokratie (Barış ve Demokrasi Partisi, BDP) bei und wurde 2010 deren Vorsitzender. 2011 legte er sein Amt nieder und trat formal aus der BDP aus, um wieder als unabhängiger Kandidat zu den Parlamentswahlen antreten zu können. Nach seinem Einzug ins Parlament wurde er 2011 erneut zum Parteivorsitzenden gewählt. Wenige Tage vor dem Kongress hatte Demirtaş die BDP offiziell verlassen und war in die HDP eingetreten.

Figen Yüksesdağ, geboren 1971, war seit dem Studium an der Universität politisch in verschiedenen Bewegungen engagiert. Sie ist seit vielen Jahren Frauenaktivistin, trat 2003 als unabhängige Kandidatin bei den Parlamentswahlen in Adana an. 2009 war sie Chefherausgeberin des sozialistischen Frauenmagazins. Wegen ihrer politischen Tätigkeit saß sie bereits mehrfach in Haft. Sie war Vorsitzende der Sozialistischen Partei der Unterdrückten (Ezilenlerin Sosyalist Partisi, ESP).

Neue Ausrichtung und Perspektive der HDP

Die HDP ist 2012 als Partei aus dem Kongress der Völker (Halkların Demokrasi Kongresi, HDK) hervorgegangen, war maßgeblich von kurdischen Politikerinnen und Politikern aus der BDP mitgeprägt worden und hatte zum Ziel, kurdische Bewegung und (west)türkische linke Bewegungen zusammenzubringen. Bei den Kommunalwahlen im März 2014 war die BDP in ihren Hochburgen im Osten angetreten, die HDP im Westen der Türkei. Doch während die BDP ihre bisherigen guten Kommunalwahlergebnisse halten und sogar ausbauen konnte (über 1400 gewählte Gemeinde- und Kreisvertreter und 97 Bürgermeister), erhielt die HDP nur wenige Stimmen und deutlich schlechtere Ergebnisse als man sich erhofft



hatte (9 gewählte Gemeindevertreter). In der Neuausrichtung der Strategie beider Parteien, die auf dem Kongress vorgestellt wurde, soll die BDP sich zukünftig stärker auf ihre kommunalen Strukturen und den Ausbau der demokratischen Selbstverwaltung auf lokaler Ebene konzentrieren, während die HDP sich stärker der nationalen Ebene widmen soll. Der Eintritt der BDP-Parlamentarier in die HDP war ein erster Schritt dazu.¹ Zu den Präsidentschaftswahlen im August wird die HDP auch einen eigenen Kandidaten aufstellen, der in den kommenden Tagen bekannt gegeben werden soll, und dessen Kandidatur dann von der BDP unterstützt werden wird.

Eindrücke zu Atmosphäre und Ablauf des Kongresses

Der Kongress fand in einer Turnhalle statt. Die Delegierten und die Parlamentarier der HDP hatten im Saal Platz genommen, auf den Rängen saßen zahlreiche Besucher. Als Gäste waren Vertreter verschiedener anderer türkischer Parteien zugegen, dazu internationale Gäste aus Rojava (dem kurdischen Gebiet Syriens), aus dem kurdischen Teil des Irak, eine Vertreterin der Roten Partei aus Norwegen, ein Vertreter der schwedischen Sozialdemokraten sowie Vertreter ausländischer Botschaften. Vor der Halle hatten sich verschiedene Händler eingefunden, die Döner, Köfte, Wasser etc. anboten. Im Saal war die Stimmung lebhaft, die Parteimitglieder schwenkten Fahnen. Die kurdischen Farben (rot, gelb, grün) waren sehr präsent auf Fahnen, Schals und Kleidung und auch Fahnen mit dem Porträt von Öcalan waren zu sehen. Während des Kongresses kam es immer wieder zu Sprechhören (oft in kurdischer Sprache) und Jubelrufen. Die abdankenden und die neuen Vorsitzenden wurden wie auch die Gastredner aus Rojava, mit tosendem Applaus und lauten Jubelrufen begrüßt.

Der Ablauf des Kongresses erweckte jedoch (verglichen mit den in der LINKEN üblichen Verfahren und Abläufen) den Eindruck einer Verkündigungsmesse. Ertuğrul Kürkçü und Sebahat Tuncel sprachen in ihren Reden über die aktuelle politische Lage, die bisherigen Erfolge und Errungenschaften der HDP und stellten die zukünftige Ausrichtung der HDP vor. Eine Diskussion darüber mit den Delegierten fand auf dem Kongress nicht statt. Selahattin Demirtaş und Figen Yüksekdağ gingen auf verschiedene Aspekte der zukünftigen Ausrichtung ein. Ein Brief von Abdullah Öcalan an die Kongressteilnehmer wurde verlesen. Anschließend folgten zahlreiche Grußworte und Berichte anderer internationaler Gastparteien. Die Situation der Kurden in Syrien und im Irak bildete dabei einen besonderen Schwerpunkt. Übersetzung der Sprachen auf dem Kongress via Kopfhörer gab es nur für die internationalen Gäste. Es gab auf der Bühne eine Gebärdendolmetscherin und auch Beiträge in Englisch wurden auf der Bühne für alle Teilnehmenden übersetzt, Beiträge in kurdischer Sprache allerdings nicht. Dies mag einfach nur schlechte Planung gewesen sein, könnte jedoch auf nicht-kurdisch-sprechende türkische Teilnehmer einen negativen Eindruck gemacht haben, gerade vor dem Hintergrund, dass das Anliegen der HDP in ihrer Gründung doch gerade die Zusammenführung der kurdischen Bewegung mit Teilen der türkischen Linken ist. Auch die Vorstandswahl erfolgte in einer Weise, die wir aus unserer Perspektive nicht als demokratisch bezeichnen würden. Es wurde eine fertige Liste vorgelegt und verlesen. Die Delegierten konnten bei der Wahl

nur der Liste zustimmen oder sie ablehnen. Das Verfahren mag in dieser Art in vielen türkischen Parteien üblich sein, doch gibt es im linken Spektrum der Türkei Parteien, die bereits seit einiger Zeit demokratischere Wahlverfahren nutzen, auf die man hätte zurückgreifen können. Die HDP-Mitglieder, mit denen ich am Rande darüber sprach, waren sich einig, dass hier erheblicher Nachholebedarf besteht.

Besonders hervorgehoben werden sollte die Frage der Geschlechtergerechtigkeit, da der HDP hier eine Vorreiterrolle für die türkische Parteienlandschaft zukommt. Schon bei ihrer Gründung besetzte man den Parteivorsitz mit einer Doppelspitze. Auf dem Kongress passte sie ihr Statut an, so dass diese nun auch für die einzelnen Gliederungen der Partei gilt. Da eine Mindestquotierung für Frauen von 50 Prozent beschlossen wurde, ist auch eine Frauen-Doppelspitze möglich. Bei den Reden durch Vertreterinnen und Vertreter der HDP waren Frauen sehr stark vertreten, bei den Delegierten gab es eine sichtbar umgesetzte Frauenquote und auch im Publikum waren auffallend viele junge Frauen.

Fazit

Mit dem Anliegen, türkische und kurdische linke Kräfte in einem Projekt zu vereinen, hat die HDP sich eine große Aufgabe vorgenommen. Immer wieder wird ihr vorgeworfen, dass sie nur das Sprachrohr der BDP sei. Die Präsenz aller kurdisch-relevanten Themen auf diesem Kongress war überdeutlich, die anderen Teile, aus denen die HDP sich zusammensetzt (LGBT, Öko-Bewegung, Demokratie-Bewegung, etc.) fanden sich teilweise nur noch auf den Spruchbändern in der Halle wieder. Der Weg der Arbeitsteilung zwischen BDP und HDP, der auf dem Kongress vorgestellt wurde, kann meines Erachtens nur gelingen, wenn die Themenvielfalt wieder aufgegriffen und gelebt wird. Die Gefahr, dass weitere Parteien und Akteure aus dem Bündnis wegbrechen ist groß. Es bleibt also weiterhin offen, ob die HDP nur die Wahlpartei für das Klientel der BDP wird, oder ihr die Zusammenführung kurdischer und anderer linker Kräfte gelingt.

Anmerkungen

- 1 Im April war ein großer Teil der Mitglieder der BDP, die im türkischen Parlament vertreten ist, geschlossen in die HDP eingetreten. Insgesamt hat die HDP in der Großen Nationalversammlung nun 27 Abgeordnete.
- 2 Die EMEK Partisi hatte sich wenige Tage vor dem Kongress aus der HDP zurückgezogen, wird aber im größeren Verbund HDK, der noch immer parallel zur HDP existiert, weiter als Mitglied verbleiben.

Südafrika – Vom Paria zum global geachteten Akteur

Vortrag von Hans-Georg Schleicher auf dem Treffen zum 40. Jahrestag der Anti-Apartheidbewegung (AAB) der Bundesrepublik am 30. August 2014 im Haus der Kulturen der Welt, Berlin; aus: <http://www.vip-ev.de/text879.htm>

Einleiten möchte ich diesen Beitrag mit einem Wort in eigener Sache. Ich selbst habe mich als Diplomat in Vertretungen meines damaligen Staates DDR im südlichen Afrika und an der UNO für die Überwindung der Apartheid in Südafrika eingesetzt. Dabei habe ich mich nicht einfach nur als Funktionsträger staatlicher Außen- und Solidaritätspolitik ver-



standen sondern persönlich auch als Teil der internationalen Solidaritätsbewegung. Bereits in den frühen 1960er Jahren war ich als Student an der Universität in Halle in der Solidaritätsarbeit aktiv gewesen. Dieses ganz persönliche solidarische Engagement setzte ich später auch in meiner diplomatischen Tätigkeit fort. Das betraf gerade auch das Verhältnis zu Partnern aus dem ANC und anderen Befreiungsbewegungen. Damals sind persönliche Freundschaften entstanden, die bis heute halten. Zusammenarbeit auf Augenhöhe war für uns – auch aus Respekt vor dem persönlichen, oft gefährlichen Engagement unserer Partner im Befreiungskampf – eine Selbstverständlichkeit. „Gemeinsamer Kampf gegen Imperialismus, Rassismus, Kolonialismus und Neokolonialismus“ war für uns mehr als eine Losung mit vielen „ismen“, wir versuchten, den solidarischen Anspruch, mit Leben zu erfüllen. Mir kam entgegen, dass sich meine persönliche Haltung zur Solidarität weitgehend mit der Politik in Übereinstimmung befand, die ich als Diplomat zu vertreten hatte.

Auch nach dem Ende der DDR ging für mich Solidarität weiter – in einer basisgestützten ostdeutschen Solidaritätsbewegung. Bei seiner Gründung wurde ich Mitglied von SODI, ging u. a. zum Entwicklungspolitischen Runden Tisch und nutzte neue Möglichkeiten des Austausches zu außen- und entwicklungspolitischen Fragen. Es war damals ungeheuer wichtig, dass wir in den westlichen Bundesländern Partner fanden, die ohne Vorbehalte auch persönlich auf uns zuzugingen. Wir fanden „comrades“ (ich benutze bewusst diesen Ausdruck) und oft auch Freunde. Ich freue mich, heute und hier manchen zu sehen, den ich dazu zählen kann. Kürzlich traf ich hier in Deutschland Father Michael Lapsley wieder, einen Aktivist der internationalen Solidarität, der als Opfer eines Bombenanschlags des Apartheid-Regimes Spuren seines Engagements lebenslang sichtbar am Körper trägt. Für ihn ist die Geschichte Südafrikas eine Parabel – für eine Welt, die sich nach Hoffnung sehnt.

Ich knüpfe an diese Einschätzung an und stelle hier die Frage: Wo steht dieses Südafrika nach zwei Jahrzehnten Demokratie?

Vor 21 Jahren habe ich auf einer Tagung der AAB in Hohenunkel meinen Versuch einer Bestandsaufnahme zum damaligen Verhandlungsprozess in Südafrika mit einer Frage beendet, die ich gerade von einer Konferenz in Harare mitgebracht hatte – nämlich, ob es in Südafrika um „Democratization instead of liberation“ geht? Heute, mehr als zwei Jahrzehnte später, sind die Fragen zu Südafrika nicht einfacher geworden.

Ist eine Entgegensetzung von „Demokratisierung“ und „Befreiung“ überhaupt möglich? Und was bedeutet „Befreiung“? Schloss diese im Selbstverständnis des ANC neben der Abschaffung der Apartheid und dem Übergang zur Demokratie nicht auch die Herstellung ökonomischer und sozialer Gerechtigkeit ein?

Befreiungsbewegungen haben als Interessenvertreter ihrer unterdrückten Völker eine historische Rolle im Kampf gegen Kolonialismus, Rassismus und Apartheid, für Freiheit, für Gleichheit gespielt. Sie gaben ihrem Kampf demokratische und soziale, teilweise sozialistische Zielvorstellungen. So haben wir sie wahrgenommen und damit auch eine entsprechende Erwartungshaltung verbunden. Hinzu kam, dass der Befreiungskampf im Süden Afrikas in besonderem Maße internationale politische und ideologische Auseinandersetzungen tangierte, in die wir selbst involviert waren.

Der Befreiungskampf in Südafrika endete nicht mit dem Sieg auf dem Schlachtfeld, sondern durch Verhandlungslösungen. Im Land am Kap kam es vor 20 Jahren zum oft beschworenen südafrikanischen Wunder mit einer relativ friedlichen Überwindung der Apartheid und dem Übergang zur Demokratie. Das neue Südafrika hat eine Verfassung mit einem umfassenden Menschenrechtskatalog, Pluralismus, Rechtsstaatlichkeit, eine freie Presse, eine aktive Zivilgesellschaft. Das ist viel im Vergleich zur Situation unter der Apartheid. Aber diese demokratische Wende war keine Revolution, sie war nicht mit einer grundlegenden Veränderung sozialer und wirtschaftlicher Verhältnisse verbunden.

Verändert haben sich in Südafrika vor allem politische Bedingungen und Machtverhältnisse. Viele sprechen von einem Elitenkompromiss – vereinfacht etwa so – der nunmehr regierende ANC garantiert Eigentumsrechte und eine liberale Steuer- und Finanzpolitik, die alte Wirtschaftselite verhält sich gegenüber dem neuen Regime neutral bzw. loyal. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse blieben unangetastet. Weitergehende gesellschaftspolitische und sozioökonomische Zielstellungen des Befreiungskampfes, wie sie in der Freiheitscharta niedergelegt sind, blieben unerfüllt – aber sie sind nicht vergessen. Sie werden von politischen Gruppierungen außerhalb und innerhalb der regierenden Dreierallianz von ANC, SACP und COSATU und innerhalb des ANC selbst immer wieder reklamiert und werden sicher weiterhin eine wichtige Rolle im politischen Differenzierungsprozess spielen. Der ANC steht in einem Spannungsverhältnis zwischen proklamierten Zielen einer langfristigen gesellschaftlichen Transformation und seiner aktuellen Politik, insbesondere seiner als neoliberal kritisierten Wirtschaftspolitik.

Vergessen wir bei dieser Betrachtung eines nicht: Südafrika überwand die Apartheid zu einem Zeitpunkt, als sich die internationale Lage mit dem Kollaps des osteuropäischen Sozialismus-Modells und dem Ende des Ost-West-Konflikts grundlegend änderte. Neoliberalismus und neoliberale Globalisierung feierten damals unangefochten ihre Triumphe. Das hatte sehr wohl Auswirkungen auf die Entwicklung in Südafrika. Neben dem eigenen Kapital, das weitgehend unangetastet blieb, war dem Land auch weiterhin die eigensüchtige Aufmerksamkeit des Westens und des internationalen Kapitals sicher – ungeachtet dessen Interessen in den ehemaligen sozialistischen Staaten.

Damit komme ich zu der Frage: Wo steht Südafrika heute international?

Einst Gründungsmitglied der UNO, dann aber unter dem alten Regime 20 Jahre lang von der UN-Generalversammlung suspendiert – damals hatte der ANC weltweit mehr Vertretungen als das Apartheid-Regime – ist das neue Südafrika nicht nur rehabilitiert, sondern in den letzten beiden Jahrzehnten sogar bereits zweimal zum Mitglied des UN-Sicherheitsrates gewählt worden. Aus dem einstigen Paria ist ein angesehener internationaler Akteur geworden, mit einer eigenständigen Politik, über die man immer wieder auch streiten kann. Dabei musste das Land die Erfahrung machen, dass eigene Interessen, nationale und internationale Erwartungen und Konstellationen nicht immer einfach unter einen Hut zu bringen sind.

Obwohl man auch Lehrgeld zahlen musste, ob nun bei UN-Abstimmungen (siehe das Beispiel Libyen) oder einzelnen Friedenseinsätzen in Afrika, scheint Südafrika weiterhin um eigenständige und seiner Rolle in Afrika gerecht werden-



de Positionen bemüht, wie auf dem jüngsten USA-Afrika-Gipfel erkennbar.

Südafrika spielt eine aktive Rolle in der Friedenssicherung und Konfliktmediation, fördert regionale Entwicklungsprojekte, beispielsweise im Infrastruktur- und Energiesektor. Regional und auf dem afrikanischen Kontinent wird seine wirtschaftliche Rolle ambivalent gesehen. Ist es die einer ökonomischen Lokomotive oder doch mehr die einer expansionistischen Dampfwalze? Das profitsüchtige südafrikanische Kapital expandiert massiv ins Ausland – teilweise weit über den afrikanischen Kontinent hinaus. Und in Südafrika fehlt es an Investitionen in die eigene Wirtschaft.

Südafrika ist Mitglied der BRICS-Staaten, die sich mit einer eigenen Entwicklungsbank und einer Art Währungsfonds als Alternative zu Weltbank und internationalem Währungsfond profilieren wollen. Es ist ein Aufbegehren gegen westliche Dominanz. Ohne Illusionen zu den Chancen angesichts der Heterogenität, des politischen und ökonomischen Gewichts von BRICS zu haben, finde ich allein das Bestreben, den etablierten Institutionen des globalen Kapitalismus etwas entgegenzusetzen, begrüßenswert. Das betrifft auch die angestrebte Reform der Vereinten Nationen.

Natürlich ist Südafrika unter den BRICS-Staaten ein Zwerg, aber es ist bei diesem internationalen Projekt Vertreter und Stimme Afrikas, gestärkt durch das moralische Gewicht eines weltweit unterstützten erfolgreichen Befreiungskampfes und einer Persönlichkeit wie Nelson Mandela.

Zurück zu den Problemen im Lande selbst. Einer relativ stabilen wirtschaftlichen Entwicklung und dem hohen internationalen Ansehen standen über all die Jahre ungelöste soziale Probleme und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich gegenüber. Basierend auf der Kompromisslösung bei der Überwindung der Apartheid ist es zu einer von vielen als „Unheilige Allianz“ kritisierten Kooperation von Politik und Privatwirtschaft gekommen. Südafrika befindet sich in einer langwierigen Transformation, die sozioökonomische und wirtschaftliche Strukturveränderungen einschließen soll. Im Vordergrund standen bisher die Stabilisierung und Restrukturierung der Volkswirtschaft sowie Reformen, die auch eine Förderung bisher Nichtprivilegierter einschließen. Instrumente dieses Prozesses waren Privatisierungen, Black Economic Empowerment und Affirmative Action, es gibt einen Elitenwechsel. Mit Bitterkeit wird aber auch von Black Economic Enrichment gesprochen. Die Landreform kommt nur schleppend voran. Die proklamierte Transformation unter den gegenwärtigen Prämissen einer neoliberal orientierten Wirtschaftspolitik zerstört kurzfristig Arbeitsplätze und verbessert nur langsam die Lebensbedingungen. Durchaus respektable Erfolge in der Armutsbekämpfung insbesondere durch eine für Afrika beachtliche Sozialpolitik nehmen sich angesichts der wachsenden Schere zwischen Arm und Reich bescheiden aus. Hinzu kommen Probleme wie mangelnde Kompetenz der Verwaltung besonders auf der Provinz- und Lokalebene sowie Korruption, Bereicherung und Machtkampf auf nahezu allen Ebenen. Erscheinungen wie fremdenfeindliche Ausschreitungen 2008 und das Massaker von Marikana 2012 haben das latente Konflikt- und Gewaltpotential sichtbar gemacht, das nicht nur, aber auch ein Erbe der historischen Entwicklung ist. Die Probleme Südafrikas sind auch 20 Jahre nach dem formellen Ende der Apartheid riesig – ich nenne nur die Stichworte Arbeitslosigkeit, Gesundheit, Kriminalität, Korruption, ländliche Entwicklung und

Bildung, wobei letzterer eine besondere Bedeutung zukommt.

Ermutigend in Südafrika ist der demokratische Diskurs, sind die politischen Auseinandersetzungen, wie beispielsweise beim Widerstand gegen die Secrecy Bill in der Informationspolitik oder bei der permanenten Thematisierung von Korruption. Präsident Zumas Privatresidenz Nkandla ist seit Monaten Diskussionsthema in der Öffentlichkeit. Eine aktive Zivilgesellschaft, die Medien, unabhängige Gerichte, eine engagierte Ombudsfrau, die Rolle der Frauen und der proklamierte Schutz von Minderheiten gehören zu den Positiva südafrikanischer Entwicklung. Die Wahrheits- und Versöhnungskommission erwies sich trotz nicht erfüllter Erwartungen hinsichtlich der Entschädigungen für Opfer als wichtige moralische Instanz.

In den letzten beiden Jahrzehnten hat die junge Demokratie in Südafrika ihre Stärke gezeigt, so bei der erzwungenen Korrektur der Regierungspolitik zu HIV Aids, vor allem auch unter dem massiven Druck zivilgesellschaftlicher Kräfte. Denis Goldberg wird von vielen in diesem Raum geschätzt, weil er nüchtern, kritisch Probleme konkret benennt, aber gleichzeitig – nicht zuletzt aufgrund eigener Erfahrungen – immer wieder Optimismus ausstrahlt. Er hat davon gesprochen, dass der Wechsel von Mbeki zu Zuma zeigte, dass ein Führungswechsel in Südafrika ohne Putsch und völlig demokratisch möglich ist. Das ist keinesfalls selbstverständlich in dieser Welt.

Und ich rede nicht nur von Afrika. Im Zusammenhang mit diesem Führungswechsel kam es aber auch zu Machtkämpfen und Faktionalismus. Tatsächlich hat der ANC nach Polokwane einen beträchtlichen Aderlass an Führungskräften erlitten. Zeichen politischer Erosion wurden deutlich, die mitgliederstärkste Gewerkschaft der Metallarbeiter kündigte ihre Unterstützung für den ANC auf, im Vorfeld der jüngsten Wahlen gab es eine „Vote No“-Kampagne. Die neue oppositionelle Partei Economic Freedom Fighters (EFF) unter dem unberechenbaren Julius Malema rekrutierte erfolgreich frustrierte Jugendliche des ANC.

Dennoch dominierte der ANC 2014 erneut bei den Wahlen – zum Teil immer noch dank seiner historischen Rolle im Befreiungskampf, dem damals unsere Solidarität galt. Der Regierungspartei ANC werden von vielen Südafrikanern jedoch auch die wengleich unzureichenden sozialen Verbesserungen, innere Stabilität und die Zurückdrängung des Rassismus angerechnet. Vielen gilt der ANC immer noch als Interessenvertreter der Armen. Trotz des deutlichen Wahlsieges 2014 ist der anhaltende Vertrauensverlust jedoch unübersehbar.

Dabei kamen die großen politischen Herausforderungen für den ANC, dessen politische Basis sich mit der neuen schwarzen Mittelklasse geändert hat, bisher nicht von den Oppositionsparteien. Sie kommen aus den eigenen Reihen. Hier wächst unübersehbar Unzufriedenheit. Soziale Forderungen werden gestellt, die Ineffizienz des Staatsdienstes, Korruption, politischer Nepotismus und Patronagepolitik kritisiert.

Beobachter stellen ideologische und politische Auseinandersetzungen sowie Machtkämpfe fest, in denen oft nicht politische Differenzen, sondern persönliche Loyalitäten Priorität haben. Es zeigen sich nunmehr die Grenzen der „broad church“, als die sich der ANC für viele öffnete. Ein zunehmender „Krieg der Armen“ weist auf Gefahren hin, die aus



der Geschichte aufgeschobener (sozialer) Versprechungen erwachsen. Viele Beobachter zweifeln, dass der umstrittene Nationale Entwicklungsplan dafür Lösungen bietet.

Der von vielen – ich schließe mich da persönlich ein – bereits früher erwartete Differenzierungsprozess innerhalb der Dreierallianz und des ANC hat mit der Gründung des Congress of the People (COPE) und jüngst des populistischen EFF teils unerwartete und unterschiedlich erfolgreiche erste Ansätze gezeitigt. Diskutiert wird auch die Möglichkeit der Entstehung einer vor allem gewerkschaftsgestützten Partei links vom ANC, die die politische Landschaft deutlich verändern könnte.

Auch nach den Wahlen 2014 liegt die Verantwortung für Südafrika weiterhin zunächst vor allem beim ANC, seiner Politik, aber auch der Entwicklung in der ehemaligen Befreiungsorganisation selbst. Der ANC steht vor neuen Herausforderungen, er wird sich nicht nur auf die Proklamation einer neuen Etappe der Transformation mit radikalen sozio-ökonomischen Reformen beschränken können, sondern an seinen Taten gemessen werden.

Jüngst machte der Tod zweier herausragender Südafrikaner – Nelson Mandela und Nadine Gordimer – noch einmal bewusst, dass Südafrika auf dem afrikanischen Kontinent die größte Zahl von Nobelpreisträgern hervorgebracht hat. Das ist wohl auch seiner dramatischen Geschichte geschuldet. Ich erwähne beide auch deshalb, weil sie in persönlichen Gesprächen betonten, dass internationale und ausdrücklich auch unsere Solidarität für Südafrikas Befreiungskampf unvergessen sei.

Übrigens, Nadine Gordimer bewahrte sich ihre kritische Haltung zur Entwicklung ihres Landes auch nach dem Ende der Apartheid und sprach dabei von ihrem „trotzigen Optimismus“ – einer Haltung, die ich persönlich sehr gut nachempfinden kann.

Eine neue Kuba-Politik?

Von Jörg Rückmann, AG Cuba Sí;
aus: Cuba Sí-Revista, Nr. 2/2014

Ausländische Delegationen geben sich derzeit in Kuba die Klinke in die Hand. Sie bekunden das Interesse ihrer Länder an einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit und an der Verbesserung der Beziehungen zu dem sozialistischen Land. Sogar der Chef der US-Handelskammer, Thomas J. Donohue, stattete Kuba im Mai 2014 einen Besuch ab und forderte von Havanna aus die Beendigung der US-Blockade.

In der EU und in den USA mehren sich die Stimmen für eine neue Kuba-Politik. Ein Grund ist die wirtschaftliche Stabilisierung Kubas. Derzeit wecken hauptsächlich die Sonderwirtschaftszone Mariel sowie das neue Investitionsgesetz großes ökonomisches Interesse. Vor allem aber zwingt die gewachsene politische Rolle Kubas in Lateinamerika die EU und die USA zum Umdenken.

Fällt die US-Blockade?

Barack Obama begann seine erste Amtszeit als US-Präsident (2009) mit überraschenden Aussagen. Er wolle sich für eine neue Kuba-Politik stark machen und die Beziehungen zu Lateinamerika verbessern, hieß es. Im gleichen Jahr prä-

sentierte der Außenausschuss des US-Senats einen Bericht, in dem eine „Veränderung in der Kuba-Politik im nationalen Interesse der Vereinigten Staaten“ gefordert wurde.

Im Mai dieses Jahres war es der ehemalige Gouverneur von Florida, Charlie Crist, der mit seiner Forderung nach einem Ende der US-Blockade die Welt überraschte. Ebenfalls im Mai wandten sich 44 hochrangige Persönlichkeiten der USA in einem offenen Brief an Obama, in dem sie Maßnahmen für eine Lockerung der Blockade forderten, die der Präsident ohne den Kongress entscheiden könne.

Großen Medienrummel verursachte die ehemalige US-Außenministerin Hillary Clinton mit der Veröffentlichung ihrer Autobiografie. Darin spricht auch sie sich für ein Ende der Blockade aus. Das ist deshalb bemerkenswert, da sich Frau Clinton offenbar um das Präsidentenamt bewerben möchte.

Vollzieht sich hier tatsächlich ein Sinneswandel beim Thema Kuba? Fakt ist: Der Druck auf die offizielle US-Politik wächst. Allen voran sind es die Vertreter der Wirtschaft, die ein Umdenken fordern. Mit großer Sorge beobachten sie das immer stärker werdende Engagement vor allem Chinas, Russlands und Brasiliens in Kuba – was die eigenen Handels- und Investitionsmöglichkeiten auf der Insel täglich weiter schmälert.

So wandte sich im Mai 2014 die Vereinigung der Maisproduzenten in Bloomington (Bundesstaat Illinois) an Präsident Obama, er solle die Möglichkeiten für Warenlieferungen nach Kuba ausweiten.

Mittlerweile sprechen sich 56 Prozent der US-Bürger (Florida 63 Prozent, Exilkubaner 52 Prozent) für eine Änderung der Politik ihrer Regierung gegenüber Kuba aus (Atlantic Council, Februar 2014). Hinzu kommt, dass die Anwendung von Blockadegesetzen außerhalb der USA die politischen Verbündeten verärgert.

Immer offener widmen sich auch die US-Medien dem Thema Kuba-Blockade. In einer Kolumne für die „Washington Post“ (10. Juni 2014) schrieb z. B. die Journalistin Katrina vanden Heuvel: „Wenn überhaupt, dann isoliert die Blockade die Vereinigten Staaten, nicht Kuba ... Das Fortsetzen einer Politik, die seit über 50 Jahren und 10 Präsidenten gescheitert ist, eine Blockade, die US-Unternehmen zerstört, Restriktionen, die Rechte von Amerikanern einschränken – das klingt nicht sehr vernünftig.“

Worte und Taten

Trotz dieser neuen Töne – das politische Handeln der US-Regierung vermittelt ein komplett anderes Bild. Im November 2013 verkündete US-Außenminister John Kerry vollmundig das Ende der sogenannten Monroe-Doktrin. Dies gelte aber nicht für Kuba, so Kerry. Nach Auffassung der US-Regierung ist Kuba ein Staat, der den internationalen Terrorismus fördert (Jahresbericht State Department, 30. April 2014). Das US-Finanzministerium konfisziert deshalb jedes Jahr eine dreistellige Millionensumme aus Banküberweisungen für Kuba (2013: 257,8 Mio. US-Dollar, „Terrorist Assets Report“, www.treasury.gov). Gleichzeitig stellt die US-Regierung Millionensummen bereit, um antikubanische Aktionen zu finanzieren und „Dissidenten“ zu unterstützen.

Entgegen internationalen Vereinbarungen beendete die US-amerikanische Bank M&T im vergangenen Jahr die Zusammenarbeit mit der diplomatischen Vertretung Kubas in Washington D.C. sowie mit der Ständigen Mission Kubas bei



der UNO. Kuba musste daraufhin im November 2013 seine konsularischen Dienste in den Vereinigten Staaten vorerst einstellen. Bis heute wurde in dieser Angelegenheit noch keine Lösung gefunden.

Hinzu kommt die schon erwähnte verschärfte Anwendung von Blockadegesetzen in Drittstaaten während der Präsidentschaft Obamas. Die Fälle der französischen Bank BNP Paribas, der deutschen Commerzbank oder der Bank of Ireland sind nur drei aus der jüngeren Vergangenheit.

Gegenwärtig erarbeiten die USA und die EU das Freihandelsabkommen TTIP. Über die Inhalte und Verhandlungsschritte erhalten aber weder die Parlamente noch die Bevölkerung Kenntnis. Warum diese Geheimhaltung? Werden hier hinter verschlossenen Türen möglicherweise Bestimmungen der Blockade oder des „Gemeinsamen Standpunktes“ in dieses Abkommen übernommen?

Alte Ziele, neue Strategien

In den USA stehen einer Neuausrichtung der Kuba-Politik nach wie vor harte Gegner im Weg. So reagierte die antikubanische Szene in Florida mit harscher Kritik auf den Kuba-Besuch von Zucker-Magnat Alfonso Gannul Anfang des Jahres, bei dem dieser seine Investitionsbereitschaft signalisiert hatte.

In Kuba sind es US-finanzierte „Dissidenten“ wie z.B. die „Damen in Weiß“, die Lockerungen der Blockade kategorisch ablehnen, weil dadurch nach ihrer Auffassung nur die „Lebenszeit des Regimes“ verlängert würde (Die Welt, 28. Juni 2014).

Aber auch die Urheber der wohlklingenden Worte von einer neuen Kuba-Politik müssen sich fragen lassen, ob sie tatsächlich zwischenstaatliche Beziehungen anstreben, die von Gleichberechtigung und gegenseitigem Respekt gekennzeichnet sind. Hillary Clinton z. B. wird in mehreren Medien mit den Worten zitiert, die Blockade sei „Castros bester Freund“ und „nicht länger nützlich für die amerikanischen Interessen oder um einen Systemwechsel auf der kommunistischen Insel“ herbeizuführen.

Man mag einigen Unternehmern und auch den Bürgern der USA den Wunsch nach besseren Beziehungen zum kleinen Nachbarland glauben. Die offizielle US-amerikanische Politik aber hält an ihrem Ziel fest, die kubanische Revolution zu beseitigen. Nur hat man offenbar nach mehr als einem halben Jahrhundert eingesehen, dass dies nicht mit der brachialen Methode funktioniert.

Umdenken in Europa?

Am 2. Februar 2014 haben die Außenminister der EU beschlossen, Kuba Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen vorzuschlagen. Ende April fanden dazu in Havanna erste Beratungen statt – und das, obwohl der „Gemeinsame Standpunkt“ der EU von 1996 offiziell weiterbesteht.

Ein solches grundlegendes Abkommen wäre für die Beziehungen zwischen der EU und Kuba ein großer Fortschritt. Aber die Intentionen dafür sind bei den EU-Mitgliedern sehr unterschiedlich. Mittlerweile haben schon 14 EU-Staaten – trotz des „Gemeinsamen Standpunktes“ – bilaterale Verträge mit Kuba abgeschlossen. Leider gehört die Bundesrepublik Deutschland nicht dazu.

Auch in der EU scheinen wirtschaftliche Interessen die bisherige Kuba-Politik Stück für Stück in eine neue Richtung zu lenken. Mehrere Mitgliedstaaten haben wohl begriffen,

wie vorteilhaft ein gutes Verhältnis zu Kuba für das wirtschaftliche Engagement in Lateinamerika sein kann. Trotzdem spukt in vielen Politikerköpfen immer noch der Geist des „Gemeinsamen Standpunktes“ – d. h. die Forderung nach einem Systemwechsel in Kuba als Voraussetzung für normale zwischenstaatliche Beziehungen. So betonte z. B. die Außenbeauftragte der EU, Catherine Ashton, am 10. Februar (http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_Data/docs/pressdata/EN/foraff/140946.pdf), die begonnenen Vertragsverhandlungen stellten keine Veränderung der bisherigen Politik dar.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), die auch die deutsche Bundesregierung berät, schreibt in einem Bericht (Mai 2014): „Es ist eines der wichtigsten Motive des europäischen Engagements, die eigene Stimme in Kuba vernehmbar zu machen ... Ein postcastristisches Regime könnte sich gegebenenfalls vom revolutionären Erbe einfacher befreien ... Die europäische These, wirtschaftliche Öffnung habe eine Verstärkerwirkung für politischen Wandel, hat sich im Falle Kubas ... bislang aber nicht bestätigt; sie bleibt eine mittelfristige Erwartung.“

Die kubanische Regierung kennt solche Standpunkte natürlich und nimmt auch zur Kenntnis, wenn z. B. der deutsche Außenminister Steinmeier kubanische „Dissidenten“ in seinem Ministerium empfängt (27. Juni 2014).

Kuba ist an guten Beziehungen zur EU und zu den USA interessiert – nicht zuletzt, um durch Auslandsinvestitionen und Technologietransfer seine Wirtschaft voranzubringen. Bis zum Abschluss eines Abkommens mit der EU oder bis zur Aufhebung der US-Blockade ist es aber noch ein langer und steiniger Weg. Denn weder USA noch EU haben ihr Ziel aufgegeben, in Kuba ein „regime change“ herbeizuführen.

Peso Cubano heißt die künftige kubanische Währung

Von Jörg Rückmann, Cuba Sí; aus Cuba Sí-Revista 2/2014

Die Pläne zur Überwindung der Doppelwährung sind erarbeitet und werden Schritt für Schritt umgesetzt.

Wann und wie? Diese beiden Fragen bewegen die Kubaner derzeit am meisten: Es geht um die Etablierung des Peso Cubano (Moneda nacional, CUP) als einheitliche Währung für Kuba – und somit um das Ende der Zweitwährung CUC (innerhalb Kubas konvertibler Peso). Beschlossen wurde dieses Vorhaben bereits in den Leitlinien des 6. Parteitages 2011. Zwei Jahre später, im Juli 2013, kündigte Raúl Castro vor der Nationalversammlung den Beginn der Währungsreform an; im Oktober 2013 erarbeitete die kubanische Regierung dann einen Zeitplan und beschloss erste Maßnahmen.

Legalisierung des US-Dollars 1993

Ein kurzer Rückblick: 1993 legalisierte die kubanische Regierung den US-Dollar als Zweitwährung und schuf im darauffolgenden Jahr den CUC. 1995 öffneten landesweit die Cadeas (Wechselstuben).

Diese finanzpolitischen Maßnahmen waren von Anfang an für eine begrenzte Zeit geplant. Notwendig wurden sie durch den Zusammenbruch der sozialistischen Staaten in Europa



1989/1990 und die Auflösung ihrer Wirtschaftsorganisation RGW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe) 1991. Kuba gehörte dem RGW seit 1972 an, rund 85 Prozent seiner Ökonomie waren in die Planung und Arbeitsteilung des RGW eingegliedert.

Die Folge: Importe aus den sozialistischen Ländern blieben aus, Kubas Betriebe standen still. Der Staat musste aber weiterhin Löhne zahlen, was die im Umlauf befindliche Geldmenge – ohne einen produzierten Gegenwert – schnell vergrößerte. Nicht vergessen werden darf, dass in dieser schwierigen Situation für Kuba die USA ihre Blockade gegen das sozialistische Land auf Drittstaaten ausweiteten (1992: Torricelli-Gesetz, 1996: Helms-Burton-Gesetz).

Anfang der 90er Jahre, so schätzen kubanische Ökonomen, existierten in den kubanischen Haushalten rund 500 Millionen US-Dollar Bargeld, mit denen unter der Hand Waren des täglichen Bedarfs, Lebensmittel und Dienstleistungen gekauft wurden. Wie weit das Währungssystem bereits aus den Fugen geraten war, zeigen auch die rasant steigenden Wechselkurse dieser Jahre. Für einen US-Dollar mussten auf dem Schwarzmarkt 1992 über 30 CUP, 1993 bis zu 80 CUP bezahlt werden.

Das war die wirtschaftliche Situation, in der sich die kubanische Regierung entschloss, den Besitz des US-Dollars zu legalisieren. Ziel war einerseits, die im Umlauf befindlichen Devisen für die kubanische Wirtschaft nutzbar zu machen, andererseits musste das Währungssystem stabilisiert werden. Um diese Aufgaben zu bewältigen, wurde 1997 die Zentralbank Kubas (Banco Central de Cuba, vormals Nationalbank, Banco Nacional de Cuba) gegründet.

Drei Währungen

Mit der Legalisierung des US-Dollars wurde gleichzeitig seine Einziehung als Zirkulationsmittel sowie die Einführung des CUC (Wert: ca. 1 US-Dollar) beschlossen. Dies betraf zunächst die Geschäftswelt und die staatlichen Institutionen. Ab 1994 ersetzte der CUC als Zahlungsmittel – für Touristen, aber auch für die Bevölkerung zum Erwerb importierter Waren – schrittweise den Dollar. Die ersten Cent-Münzen des CUC gelangten als Wechselgeld bei der Zahlung mit US-Dollar in Umlauf und wurden von der Bevölkerung „Chavito“ genannt. Die Kubaner jonglierten nun mit drei Währungen. Diese Phase dauerte bis zum Oktober 2004; ab diesem Zeitpunkt war der US-Dollar als Zirkulationsmittel nicht mehr zulässig.

Auswirkungen der „Dolarización“

Die Eröffnung von Devisenläden schuf in der schwierigen Zeit der „Spezialperiode“ erst einmal Erleichterungen für die Bevölkerung. Für die kubanische Ökonomie begann eine Phase der Erholung, das Finanzsystem stabilisierte sich. Der Staat gewann Schritt für Schritt die Kontrolle über die im Land vorhandenen Devisenmengen sowie über den Umtausch von Dollar in CUC zurück. Der Wechselkurs des CUC zum CUP stabilisierte sich ab 1996 um die auch heute noch gültige Marke von 1:25.

Die lange Existenz einer Parallelwährung brachte aber auch große Probleme mit sich. Immer mehr Produkte wurden nur noch für CUC verkauft; gleichzeitig reduzierte die Regierung das Libreta-Angebot (subventionierte Produkte der Grundversorgung). Aus diesem Grund versuchten und versuchen viele Kubaner, eine Arbeit im Tourismus zu ergat-

tern oder Taxi zu fahren, um an die begehrten CUCs zu kommen. Die hier erzielten Einnahmen übersteigen die regulären kubanischen Gehälter in Peso Cubano oft um ein Vielfaches.

Es kursieren sehr unterschiedliche Zahlen, wieviel Prozent der kubanischen Bevölkerung CUC im Portemonnaie haben, man spricht von 60 bis 75 Prozent. Nach offiziellen Angaben kommen jedes Jahr Devisen im Wert von rund 2,6 Milliarden US-Dollar ins Land, dazu noch einmal Sachwerte in Höhe von 2,5 Milliarden (2012). So sind durch den Besitz oder Nichtbesitz von Devisen – nicht durch bessere oder schlechtere Arbeit – größere soziale Unterschiede entstanden, wie sie Kuba bisher nicht kannte.

Raúl Castro bemängelte in einer viel beachteten Rede im Juli 2013, „wie in den mehr als 20 Jahren der Spezialperiode moralische und gesellschaftliche Werte wie Ehrlichkeit, Anstand, Schamgefühl, Würde, Aufrichtigkeit und Feingefühl gegenüber den Problemen anderer in wachsendem Maße verkommen sind“. Er bezeichnete die Doppelwährung als „eines der bedeutendsten Hindernisse für den Fortschritt der Nation“.

Schwierigkeiten brachte die Doppelwährung auch auf der großen Bühne der Ökonomie. Staatliche Betriebe, Banken und der kubanische Staat arbeiteten intern mit einer Umrechnung von 1:1 zwischen CUP und CUC/US-Dollar. Dies war einerseits eine interne Überbewertung des Peso Cubano, weil Betriebe Dollar-Investitionen beim Staat 1:1 in CUP bezahlen konnten. Andererseits mussten sie mit den erwirtschafteten Devisenerlösen (auch in Joint Ventures) die Gehälter 1:1 in CUP bezahlen. Die Folge war eine Abnahme der Leistungsbereitschaft der Betriebe; auch der Anreiz zu exportieren oder Importe durch kubanische Produkte zu ersetzen, war gering.

Die Beschäftigten können bis heute ihre CUP-Gehälter bei den Cadecas nur zu einem Kurs von 1:25 in CUC umtauschen. Das bedeutet: Abwertung des Peso Cubano für die Bevölkerung, geringe Kaufkraft und abnehmende Leistungsbereitschaft der Werktätigen.

Diese insgesamt vertrackte Situation machte es für den Staat, aber auch für die Betriebe schwierig, korrekte Berechnungen von Produktionszahlen und Rentabilität vorzunehmen oder präzise Haushaltspläne zu entwerfen. „Beide Währungen“, schreibt der kubanische Ökonom Ariel Terrero, „spiegeln nicht den Wert wider, den die kubanische Währung historisch hatte.“ (Bohemia Nr. 23/año 105)

Erste Schritte der Währungsreform

Der Plan für die Abschaffung der Doppelwährung steht. Oberstes Ziel: Es soll keine harten Einschnitte für die Kubaner geben, außerdem garantiert der Staat die Spareinlagen seiner Bürger.

Die ersten Schritte der Währungsreform werden im Bereich der Wirtschaft umgesetzt. Die Planungshoheit über diesen Prozess übt die Unternehmensaufsicht OSDE (Organizaciones Superiores de Dirección Empresarial) aus. Die Betriebe werden ausschließlich mit dem Peso Cubano agieren. Durch diese Vereinheitlichung wird es wieder möglich sein, Betriebsvermögen, hergestellte Produkte und Rentabilität korrekt zu bewerten. Es werden einheitliche Buchhaltungsrichtlinien eingeführt und Leitungskader geschult. Die Banken werden mit einem erweiterten Kreditangebot Betriebe in die Lage versetzen zu investieren. Staatsbetriebe können fortan 50 Prozent des Betriebsgewinns behalten und



reinvestieren. Das neue Gesetz über Auslandsinvestitionen und die damit erarbeitete Liste der Investitionsprojekte in Kuba werden helfen, staatliche Betriebe zu modernisieren und sie ohne Subventionen weiterzuführen.

Auch die Bevölkerung erlebt die ersten Schritte der Währungsumstellung. Bereits im März hat die Regierung die Gehälter der Mitarbeiter des Gesundheitswesens massiv angehoben. Weitere Berufsgruppen werden folgen. Ab Mai wurde begonnen, in allen Provinzen des Landes einige Verkaufsstellen so zu organisieren, dass die Kunden sowohl in Peso Cubano als auch in CUC bezahlen können – allerdings noch zum offiziellen Wechselkurs (1:25). Aber die Menschen können nun mit Peso Cubano auch Produkte erwerben, die vorher fast nur für CUC erhältlich waren.

Die Vereinheitlichung der Währung wird über eine Annäherung der Wechselkurse erfolgen. Für die Unternehmen wird der Peso Cubano abgewertet. Sie müssen jetzt eine höhere CUP-Summe für einen CUC bzw. Dollar ausgeben (vormals 1:1). Das bedeutet höhere CUP-Ausgaben z. B. beim Materialeinkauf oder bei Investitionen, aber auch höhere CUP-Einnahmen beim Verkauf ihrer Produkte. Dies erhöht den Anreiz, Produkte für den Export herzustellen oder Importe durch kubanische Produkte abzulösen.

Neue Wechselkurse werden schon jetzt in den unterschiedlichen Unternehmensformen und Branchen, für einzelne Produkte sowie beim Export und Import angewendet und bewegen sich in einer Spanne von 1:4 bis 1:12. Die neuen Transportgenossenschaften z.B. können Benzin und Ersatzteile für ihre Fahrzeuge zu einem Kurs von 1:10 beziehen. Für die Bevölkerung steht mit einem neuen Wechselkurs eine Aufwertung des Peso Cubano bevor. Bis zur Einführung einer einheitlichen Währung werden die Kubaner weniger Peso Cubano für einen CUC ausgeben müssen. Kubanische Ökonomen rechnen damit, dass sich der Wechselkurs für die Bevölkerung bei 1:8 bis 1:12 einpendeln wird.

Ziel des gesamten Prozesses ist: Der Wert des Peso Cubano soll steigen, und langfristig soll die kubanische Währung konvertibel werden.

Der „Tag Null“

Mit dem Startschuss für die Währungsreform begannen – nicht nur in Kuba – die Spekulationen, wann dieser „Tag Null“ („Día zero“) der Währungsumstellung sein wird. Sicher ist, die kubanische Regierung wird auch hier schrittweise vorgehen. Zuerst werden Betriebe und staatliche Institutionen mit der neuen Währung arbeiten, dann wird es eine Phase der Überprüfung geben, bevor auch für die Bevölkerung der neue Peso Cubano alleiniges Zahlungsmittel in Kuba ist. Für diesen „Día zero“ schwirren mehrere Termine durch die Medien, so z. B. der 1. Januar 2016. Andere glauben, dieser Tag käme schneller, als von einigen erwartet.

Um Spekulationen mit den beiden Währungen zu vermeiden, informiert der kubanische Staat über alle Schritte, die bezüglich der Währungsreform geplant und umgesetzt werden. Dennoch tauscht so mancher Kubaner aus einem Gefühl der Unsicherheit heraus seine gesparten Peso Cubano oder seine CUC derzeit in ausländische Währungen um. Sicher auch, um diese Tauschgeschäfte und Spekulationen nicht ausufern zu lassen, hat die kubanische Regierung bis heute noch kein konkretes Datum für das Ende der CUC-Ära genannt.

Risiken des Prozesses

Die Schaffung einer einheitlichen Währung wird nicht alle Probleme der kubanischen Ökonomie mit einem Schlag lösen. Aber die positiven Effekte werden überwiegen. Vor allem wird Kuba in finanzpolitischen Fragen wieder souveräner agieren können. Doch der Prozess wirft natürlich viele Fragen auf und birgt auch einige Risiken.

Zunächst wird dieser bedeutende finanzpolitische Schritt in einer intensiven ökonomischen Umbruchphase des Landes organisiert. Wird die kubanische Wirtschaft stark genug sein, den Gegenwert für die zu erwartende größere Geldmenge zu produzieren? Besteht die Gefahr einer Inflation, die kommende Lohnerhöhungen und die Steigerung der Kaufkraft wieder zunichtemacht?

Kuba ist zudem wie nie zuvor in seiner Geschichte in den internationalen Handel eingebunden und damit auch anfälliger für Krisen. So wirkte sich die Wirtschaftskrise, die 2007 in den Industriestaaten begann, auch auf Kuba aus.

Wird das Land nach dem „Día zero“ in der Lage sein, allen internationalen Zahlungsverpflichtungen nachzukommen und auch Devisenreserven anzulegen? Wird die neue kubanische Währung die Funktionen des Geldes wieder erfüllen können – als Wertmaßstab, als Zahlungs- und Zirkulationsmittel, als Mittel zur Wertbewahrung? Und wird sie eines Tages als Zahlungsmittel im internationalen Handel anerkannt sein?

Tatsache ist: Für eine starke Währung muss die kubanische Ökonomie auf sicheren Füßen stehen. Die Leitlinien des Parteitages haben die Staatsbetriebe als das Hauptmodell der nationalen Wirtschaft bezeichnet. Deshalb ist deren Stärkung eine der wichtigen Aufgaben. Auf der Ministerratsitzung am 28. Juni wurden 124 Unternehmen genannt, die derzeit mit Verlust arbeiten. Hinzu kommt, dass gut zwei Drittel aller Gewinne von lediglich vier Prozent der Unternehmen erarbeitet werden. Meist sind diese Unternehmen Joint Ventures. Und so fragen sich viele Kubaner, wie die unrentabel arbeitenden (Staats-)Betriebe die Zeit nach dem „Día zero“ meistern werden?

Zu Beginn des Jahres 2014 hat Kuba seine ausländischen Investoren wegen der nun eingeleiteten Währungsreform um zwei Jahre Zahlungsaufschub gebeten. Werden die internationalen Geldgeber diesen Weg mit Kuba gemeinsam gehen?

Auch die Menschen „von der Straße“ diskutieren ihre Erwartungen, Sorgen und Befürchtungen. Wie wird zukünftig die soziale Unterstützung organisiert, wenn es z. B. die Libreta, wie schon angekündigt, eines Tages nicht mehr geben wird? Wie werden sich die Lebensmittelpreise entwickeln? Werden Theater, Kino und Konzerte weiter subventioniert? Bedeuten höhere Löhne wirklich auch eine höhere Kaufkraft? Werden die in den vergangenen Jahren entstandenen sozialen Ungleichheiten geringer?

Großen Anklang wird die Abschaffung des CUC vor allem bei jenen Kubanern finden, die bisher kaum Zugang zu Devisen hatten. Denn die politische Botschaft der Regierung lautet: Die neue kubanische Währung wird jene sein, in der auch bisher schon die Löhne und Gehälter der arbeitenden Menschen gezahlt wurden – der Peso Cubano.



Partizipation von oben nach unten

Edgardo Lander über die Logik des Erdölstaates in Venezuela und ihre Folgen, aus: neues deutschland, 29. Juli 2014; aus: <http://www.neues-deutschland.de>

Edgardo Lander hat in Harvard Soziologie studiert und arbeitet als Professor für Soziologie an der Zentralen Universität in Caracas (UCV). Er gilt als einer der profiliertesten linken Intellektuellen in Venezuela und als kritischer Unterstützer des bolivarianischen Prozesses. Seine Themen sind unter anderem Kritik des Eurozentrismus, soziale Bewegungen und Neoextraktivismus in Lateinamerika. Mit Lander sprach für „nd“ Tobias Lambert.

● Die andauernden Straßenproteste in Venezuela sind abgeklungen, aber der politische Dialog zwischen der Regierung und dem moderaten Teil der Opposition liegt vorerst auf Eis. Haben diese Gespräche überhaupt noch Aussichten auf Erfolg?

Das Problem ist, dass beide Verhandlungspartner unter enormem Druck aus den eigenen Reihen stehen. Die radikalen Sektoren der Opposition versuchen, den Dialog zu sabotieren. Die Regierung hingegen hat keinen finanziellen Spielraum mehr, um politische Initiativen zu ergreifen. Präsident Nicolás Maduro, der gerade auch als Parteivorsitzender zum Nachfolger von Hugo Chávez gewählt wurde, mangelt es im Gegensatz zu jenem an Charisma, um die Chavisten insgesamt von diesem Dialog zu überzeugen. Viele sagen, warum verhandeln sie mit der Opposition und nicht mit der Bevölkerung? Am Tisch saßen also zwei Verhandlungspartner, denen auf die eine oder andere Weise die Hände gebunden sind.

● Der Erdölpreis ist momentan recht stabil, wieso ist der finanzielle Spielraum der Regierung so eng geworden?

Der venezolanische Staat ist überdehnt, was seine finanziellen Verpflichtungen angeht. Die sozialpolitischen Maßnahmen und die Verstaatlichungen werden stetig ausgeweitet und führen zu neuen Forderungen. Gleichzeitig braucht der Staat immense Summen, um in den Erdölsektor zu investieren. Neuverschuldung ist nur zu sehr hohen Zinsen möglich. Das heißt nicht, dass Venezuela kein Erdöl mehr fördern kann oder die Wirtschaft zusammenbricht. Aber die wichtigste und schwierigste Herausforderung für Venezuela besteht darin, den Fallstricken des Erdölmodells zu entkommen, das seit hundert Jahren in Venezuela vorherrscht.

● Aber durch die Umverteilung der Erdöleinnahmen hat sich die Situation für die Mehrheit der Bevölkerung seit 1998 doch deutlich verbessert ...

Ja, die Erdöleinnahmen konnten von einer Minderheit zur breiten Masse umgelenkt werden, die Sozialpolitik ausgebaut und die Ungleichheit verringert werden. Doch alle Versuche, in den vergangenen Jahren Konzepte jenseits des Erdölmodells zu stärken, sind gescheitert.

● Was meinen Sie konkret?

Zum Beispiel haben die Verstaatlichungen den Staat nicht gestärkt, sondern geschwächt. Denn ein großer Teil dieser verstaatlichten Unternehmen überlebt nur aufgrund von Subventionen. Hier gibt es also eine Tendenz, Sozialismus mit Etatismus gleichzusetzen. In Venezuela gleitet das

manchmal ins Karikaturenhafte ab, etwa wenn vor einem frisch verstaatlichten Unternehmen am folgenden Tag ein großes Banner mit dem Slogan „Sozialistisches Unternehmen“ prangt. Und wenn zwei Monate später nichts mehr produziert wird, bleibt das Banner einfach hängen.

● Aber der bolivarianische Prozess in Venezuela lässt sich doch nicht auf Verstaatlichungen reduzieren. Wie steht es um den Ausbau politischer und ökonomischer Partizipation?

Es hat in den vergangenen Jahren zahlreiche Versuche gegeben, postkapitalistische Strukturen zu schaffen, sei es durch Kooperativen oder kommunale Räte, wo es um eine soziale Ökonomie, eine Kontrolle von unten geht. Das Problem ist, dass jedes große Ziel, das sich der bolivarianische Transformationsprozess gesetzt hat, durch die Logik des Erdölstaates konterkariert wird. Solange die lokale, basisdemokratische Ebene von den Erdöleinnahmen abhängt, wird Politik von oben nach unten gemacht. Die überbewertete Währung verteuert die heimische Produktion und es ist häufig billiger, Waren zu importieren. Vor ein paar Jahren wurden 280 000 Kooperativen gegründet, von denen heute keine Rede mehr ist. Obwohl der Staat immense Summen in die soziale Ökonomie steckt, kann diese sich nicht entfalten.

● Was müsste die Regierung tun, um der Erdöllogik zu entkommen?

Das Problem ist, dass die Regierung bereits vor Jahren hätte handeln müssen. Und zwar aus einer Position der Stärke heraus. Nun müsste sie unangenehme Entscheidungen in einem Moment treffen, in dem die politische Konfrontation sehr hoch und die wirtschaftliche Lage sehr prekär ist. Das Benzin kostet in Kolumbien zum Beispiel 78 Mal so viel wie in Venezuela. Wenn eine Person fünf Mal pro Woche 100 Meter nach Kolumbien reinfährt und ihre Tankfüllung dort weiterverkauft, verdient sie mehr als die große Mehrheit der Venezolaner. Diese Verzerrungen haben ihre Ursachen in den staatlichen Subventionen für Benzin und dem staatlich festgesetzten Wechselkurs. Eine Beendigung der Subventionen und eine drastische Währungsabwertung hätten aber einen dramatischen Anpassungsprozess zur Folge. Daher sind solche Maßnahmen nur in Momenten möglich, in denen die politische Unterstützung und Geld für Kompensationszahlungen da sind.

● In anderen Ländern der Region laufen Debatten über das Entwicklungsmodell und Extraktivismus. In Venezuela scheint diese Debatte kaum eine Rolle zu spielen ...

Es gibt ein Beispiel, das gut verdeutlicht, dass diese politische Debatte hier tatsächlich nicht stattfindet: Bei den Präsidentschaftswahlen 2012 sind Hugo Chávez und Henrique Capriles mit zwei völlig unterschiedlichen Programmen gegeneinander angetreten. Es gab nur eine einzige Übereinstimmung. In beiden Programmen war das Ziel enthalten, die Erdölproduktion von drei auf sechs Millionen Barrel Erdöl pro Tag zu verdoppeln. Wir haben in Venezuela einen großen nationalen Erdölkonsens. Mit dieser Logik zu brechen ist notwendig, aber äußerst schwierig. Es würde bedeuten, dass wir unseren Lebensstil ändern müssten, der extrem und völlig übertrieben auf Konsum ausgerichtet ist.



Das Völkerrecht gilt für alle

Interview mit Gregor Gysi im „Deutschlandfunk“ am 11. September 2014, Interviewer: Dirk Müller

- **Dirk Müller:** Vielleicht hat er lange gezögert, vielleicht sogar etwas zu lange, wie die Republikaner ihm jedenfalls vorwerfen: Barack Obama bei der Frage, wie entschlossen, wie konsequent vorgehen gegen den Terror der IS-Milizen. Seit Wochen fliegt die amerikanische Luftwaffe Angriffe gegen Stellungen der Dschihadisten im Nordirak. Sie unterstützt damit auch die kurdischen Peschmerga-Kämpfer. Aber reicht das aus? Und was ist mit den syrischen Gebieten der Islamisten? Der Präsident hat jetzt seine Pläne auf den Tisch gelegt, zumindest das, was die Öffentlichkeit davon erfahren darf, erfahren soll. Amerika will also wieder einmal eine Koalition der Willigen. Vielleicht haben wir hier im Deutschlandfunk jetzt einen gefunden: Gregor Gysi, Fraktionschef der Linken im Bundestag. Guten Morgen!
- **Gregor Gysi:** Guten Morgen, Herr Müller.
- **Dirk Müller:** Herr Gysi, sind Sie diesmal willig?
- **Gregor Gysi:** Nein, das bin ich nicht. Wissen Sie, es ist die alte US-Haltung, wonach sie der Weltpolizist sind, und das Völkerrecht wird wieder negiert. Ich verstehe es nicht, muss ich Ihnen ehrlich sagen. Zuständig ist der Sicherheitsrat der Organisation der Vereinten Nationen. Warum wird der nicht angerufen? Warum verabschiedet der keine Resolution? Warum läuft das Ganze nicht auf der Grundlage der Charta der Vereinten Nationen, sondern die USA entscheiden? Die sagen auch, wer gemäßigter Rebell ist, wer nicht gemäßigter Rebell ist, was sie machen, was sie nicht tun, wen sie dafür zu gewinnen suchen und wen nicht. Das ist so eine Anmaßung, die ich überhaupt nicht akzeptieren kann. Ich frage mich die ganze Zeit, warum das Völkerrecht negiert wird. Ich glaube, das liegt an dem schlechten Verhältnis USA-Russland, und da sieht man, dass sich auch dort etwas verändern muss.
- **Dirk Müller:** Wenn Barack Obama das jetzt hört, Herr Gysi, dann wird er sagen, wer nicht für mich ist, ist gegen mich.
- **Gregor Gysi:** Das wird er wahrscheinlich sagen, weil er eben nicht das Völkerrecht beachtet. Schauen Sie mal, wir werfen Putin vor, dass er bei der Krim das Völkerrecht verletzt hat, und selber verletzen wir es auch immer. Es gibt kein Recht einzelner Staaten zu entscheiden, was sie machen. Das Recht liegt beim Sicherheitsrat der UNO und der Sicherheitsrat muss endlich tagen, beraten und entscheiden. Das wäre der völkerrechtliche Weg. Was übrigens nicht bedeutet, dass Staaten das mitmachen müssen, was er beschließt. Es gibt ja über 190 Mitgliedsländer. Die können für sich einzeln entscheiden. Aber dann haben wir eine völkerrechtliche Grundlage. Die fehlt!
- **Dirk Müller:** Wenn wir auf das Recht warten, sind die anderen meist massakriert.
- **Gregor Gysi:** Ich kann Ihnen sagen, dass der Sicherheits-

rat schon in Minuten, in wenigen Stunden entscheiden konnte, auf jeden Fall schneller als Obama, der ja auch Wochen gebraucht hat, bevor er diese Entscheidung getroffen hat. Der Sicherheitsrat hätte längst einberufen werden können. Übrigens hätte das auch die Bundesregierung beantragen können. Aber es hat ja keiner gemacht. Die haben einen einzigen Beschluss gefasst und danach nicht wieder dazu getagt. Die sind permanent da, rund um die Uhr. Es ist nicht wahr, dass das länger dauern muss. Das kann sogar sehr viel schneller gehen.

- **Dirk Müller:** Wenn der Sicherheitsrat sagt, Gewalt ist okay, dann finden Sie das auch gut?
- **Gregor Gysi:** Das habe ich nicht gesagt. Erst mal habe ich gesagt, dass er zuständig ist. Und wenn er dann bestimmte Sachen beschließt, können sich Staaten dazu unterschiedlich verhalten. Deutschland darf niemals Bestandteil des Nahost-Konflikts werden. Das geht schon aus historischen Gründen nicht. Und ich glaube auch, dass es zum Beispiel im Irak und in Syrien nicht zu wenig Waffen gibt, sondern eher zu viele. Aber welche Maßnahmen dann im Einzelnen getroffen werden, ist noch etwas anderes, welche Staaten sich daran beteiligen, ist wieder etwas anderes. Verstehen Sie? So sorgen wir zum Beispiel in Afrika bei Konflikten Schritt für Schritt dafür, dass die Afrikanische Union auf der Grundlage von Beschlüssen der Charta der Vereinten Nationen tätig wird. Ich verstehe nicht, warum sich Deutschland als erstes melden muss, um an Kriegen teilzunehmen. Das finde ich völlig daneben. Aber die Grundlage ist wichtig. Die Grundlage sind Beschlüsse des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, und die gibt es nicht.
- **Dirk Müller:** Wieso meinen Sie denn, dass wir uns so schnell melden? Das ist vielen noch nicht aufgefallen.
- **Gregor Gysi:** Na ja. Wissen Sie, das ist sehr unterschiedlich. Bei Afghanistan ging es sehr schnell. Ich kann mich noch erinnern: die uneingeschränkte Solidarität. Und fragen Sie doch mal heute alle Abgeordneten im Bundestag, wer Recht hatte – wir, die gesagt haben, das wird ein Fiasko, der Krieg gegen Afghanistan, und die Ziele werden nicht erreicht, oder die, die alle meinten, dass wir traumhafte Zustände in Afghanistan erreichen, wovon ja nun weiß Gott keine Rede sein kann.
- **Dirk Müller:** Das ist ja immer ein Dilemma, Herr Gysi.
- **Gregor Gysi:** Das stimmt.
- **Dirk Müller:** Sie haben ja, als es um die Kurden ging, um Waffenlieferungen an die Peschmerga, zu Beginn auch ein bisschen gezögert. Viele hatten verstanden, als würden Sie sagen, in dem Falle sind Waffenlieferungen legitim. Wir haben nachher im Deutschlandfunk mit Ihnen auch darüber gesprochen. Nun haben Sie gesagt, nein, nein, dann lieber doch nicht. So leicht, Schwarz-Weiß, wie Sie es jetzt darstellen, ist es Ihnen ja wohl auch nicht gefallen?
- **Gregor Gysi:** Ich habe gar nicht gesagt, dass die Situation leicht ist. Das ist wirklich eine terroristische Söldnerarmee, die man stoppen muss. Darüber sind wir uns völlig einig. Und das Selbstverteidigungsrecht des Irak und Syriens wird überhaupt nicht bestritten. Nur die Art und Weise, wie das Ganze geschieht. Mich haben zwei Kurden angerufen und mir gesagt, es gibt genug Waffen, das ist gar nicht das Problem. Es geht der Regierung im Nordirak darum, Deutschland zu binden, international mehr anerkannt zu werden, um später den Krieg für die Unabhängigkeit vom Irak leichter führen zu können. Nun sagt Steinmeier, dass er

das auf gar keinen Fall unterstützt, weil es völkerrechtswidrig ist. Das stimmt, aber es war beim Kosovo genauso völkerrechtswidrig. Das lasse ich jetzt mal weg, aber es hat damit zu tun. Unabhängig davon sage ich: Wenn wir nicht zum Völkerrecht zurückkehren, wird es auch nicht gelten. Und wenn der Westen glaubt, er selbst braucht es nicht, aber er kann Russland zur Einhaltung des Völkerrechts zwingen, dann ist das ein schwerwiegender Irrtum. Entweder das Völkerrecht gilt für alle, dann haben wir auch unsere Maßstäbe, oder es gilt gar nicht. Dass ISIS bekämpft werden muss, sage ich noch einmal, ist völlig klar. Nur müssen wir uns auch einmal Gedanken über die Ursachen machen: Wie ist ISIS im Bürgerkrieg in Syrien entstanden, warum können die jetzt über die Grenze des Irak schreiten, als ob es die Grenze gar nicht gäbe. Das können sie, weil der Staat im Irak zerstört ist. Und der ist zerstört worden durch den Krieg der USA 2003 gegen den Irak, der ja auch noch mit einer Kriegslüge begründet wurde.

● **Dirk Müller:** Herr Gysi, Sie sind ja auch Jurist, und das Völkerrecht liegt Ihnen nahe. Es liegt vielen nahe. Ich glaube, das ist unstrittig in der westlichen Welt. Jetzt geht es doch darum, ob man erst dementsprechende Signale beziehungsweise Beschlüsse des Sicherheitsrates in Teilen abwarten muss. Sie haben eben gesagt, wenn man nur will – und das hat es in der Vergangenheit schon gegeben –, dann geht es ganz schnell. Es hat in der Vergangenheit aber auch schon Monate, Jahre gedauert, bis beispielsweise Moskau, bis beispielsweise Peking eingelenkt haben, die offenbar ganz andere Interessen haben. Ist es in diesem Konfliktfall realistisch zu denken, man bekommt dort alle in ein Boot und kann relativ schnell handeln?

● **Gregor Gysi:** Ja ich glaube, das ist realistisch, weil weder Peking, noch Moskau irgendein Interesse an IS haben. Natürlich hat Moskau ein Interesse daran, wieder ein anderes Verhältnis zu den USA, zur Europäischen Union, zur NATO herzustellen. Natürlich würde es versuchen, beides ein bisschen miteinander zu verknüpfen. Aber ich habe ja von Anfang an gesagt, dass es ein großer Fehler ist, wie wir Russland behandeln. Wenn wir Russland isolieren, haben wir auch null Einfluss auf die Entwicklung dort. Das, glaube ich, bekäme man schnell hin, wenn man wollte. Ich denke aber, die USA wollen es nicht, weil sie im Augenblick ein Interesse daran haben, das Verhältnis zu Russland nicht zu verbessern. Es ist ja Obama, der jeden Tag fordert, dass wir die Wirtschaftssanktionen verschärfen sollen. Jetzt will das auch Frau Merkel. Abgesehen davon, dass die Sache mit diesen Sanktionen so ein entsetzliches, mit schlimmen Folgen verbundenes Kinderspiel ist, das ohne Ende hin und her geht, trifft es unsere Wirtschaft und unsere Bevölkerung, übrigens vornehmlich in den neuen Bundesländern. Deshalb wenden wir uns ganz entschieden dagegen. Außerdem will ich doch Einfluss haben auf die Entwicklung von Demokratie und Freiheit in Russland, auch auf den Umgang mit Lesben und Schwulen. Wenn wir Russland isolieren, haben wir null Einfluss. Ich verstehe die ganze Richtung nicht. Wenn die USA sagen, gut, jetzt lassen wir unseren bilateralen Konflikt weg, es geht nur um die IS, dann kriegen die im Sicherheitsrat auch schnell eine Verständigung mit Russland herbeigeführt.

● **Dirk Müller:** Das eine oder andere Signal in Richtung Moskau zu senden, wenn es in der Ostukraine so weitergeht, oder zumindest, wie wir es interpretieren, das ist ja zumindest politisch auch eine Option, die offenbar ...

● **Gregor Gysi:** Aber nun haben wir doch einen Waffenstillstand. Den muss man doch fördern. In der Zeit darf man doch nicht eskalieren, sondern muss deeskalieren und sagen, wenn der hält, dann machen wir das und das und so weiter.

● **Dirk Müller:** Die Sanktionen also anhalten? Das heißt, nicht direkt umsetzen?

● **Gregor Gysi:** Richtig.

● **Dirk Müller:** Aber die Option aufrecht erhalten schon richtig?

● **Gregor Gysi:** Na ja, jetzt sind sie ja beschlossen, da zieht man erst mal nicht zurück. Ich finde, es war falsch, weil ich den ganzen Weg für falsch halte. Aber jetzt einhalten und sagen, lasst uns doch mal testen, ob der Waffenstillstand hält, ob man sich verständigt. Dass die Ostukraine nicht raus darf, ist doch klar. Ich habe gestern im Bundestag gesagt, es gibt wirklich faschistische Kräfte an der Seite der Regierung. Das werde ich immer ganz entschieden verurteilen. Aber es gibt auch Extremisten bei den Separatisten. Das weiß ich auch, und das habe ich klar gesagt. Aber die anderen, die müssen sich jetzt miteinander verständigen, und zwar über ein Zusammenleben in der Ukraine, wie man es sich wünscht und wie es auch entstehen kann. Dazu gehört meines Erachtens ein hoher Grad an Autonomie für die Ostukraine und so weiter. Wenn man diese Wege geht und der Waffenstillstand hält, dann kommt es auch zu einer Entwaffnung, das Militär kann sich zurückziehen. Ich sage Ihnen, und das sagt ja auch die Kanzlerin immer, es gibt nur eine politische Lösung. Aber mit militärischen Ansätzen mache ich doch die politischen Lösungen viel, viel schwerer. Häufig kommen sie dann kaum zustande.

Aber jetzt sind wir weg von der IS. Ich wollte nur sagen, dass natürlich eine Verständigung mit China, mit Russland, logischerweise auch mit Großbritannien und Frankreich, also den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates, erforderlich ist. Aber das bekäme man hin! Das haben sie auch früher hinbekommen.

● **Dirk Müller:** Und die Zehner-Allianz? Die Zehner-Allianz, die da diskutiert wird? Deutschland hat beim NATO-Gipfel gleich gesagt, wir machen da mit. Auch wieder ein grober Fehler?

● **Gregor Gysi:** Natürlich! Das hat doch auch nichts mit dem Völkerrecht zu tun. Also die zehn entscheiden, was in der Welt passiert? Der Rest wird nicht gefragt?

● **Dirk Müller:** Vielleicht suchen sie den Gang dann in Richtung UNO. – Aber Herr Gysi, ich muss noch etwas anderes fragen. Barack Obama, der kommt bei Ihnen nicht mehr gut weg. Wenn ich mich richtig erinnere, 2008 nach dem Wahlsieg, ein, zwei Tage später, haben wir beide hier im Deutschlandfunk über Barack Obama gesprochen. Da habe ich gesagt, Sie sind ja ein Linker, und Amerika ist immer ein bisschen problematisch, aber wie finden Sie das mit Barack Obama. Da haben Sie gesagt, eine ganz tolle Sache, die da passiert ist. Wenn Sie das jetzt sehen, sechs Jahre später, und wir sehen die internationale Politik, wir sehen die Probleme in Irak, im Nahen Osten – Barack Obama, ist das ein Versager?

● **Gregor Gysi:** Nein, so würde ich es nicht sagen. Das, was ich damals gewürdigt habe, das bleibt: Er ist der erste schwarze Präsident, sogar ein wiedergewählter schwarzer Präsident. Das ist ein kultureller Wechsel in den USA. Wir machen uns doch beide nichts vor: Vor 15 Jahren war das



noch völlig undenkbar. Das heißt, das ist real, das dürfen wir nicht unterschätzen. Aber ich sage auch, er hat viele enttäuscht. Er hat versprochen, Guantanamo zu schließen; das gibt es heute noch. Er hat den Apparat unterschätzt. Er weiß gar nicht, wie er sich da durchsetzen kann. Dann gibt es natürlich eine scharfe Gegnerschaft seitens der Republikaner, schärfer als bei früheren Präsidenten, die von der Demokratischen Partei gestellt wurden. Es ist, glaube ich, auch so ein bisschen ein versteckter Rassismus, der dahinter steckt. Aber letztlich sage ich, Obamas größtes Problem ist seine Schwäche. Er ist weder besonders entscheidungsfreudig, noch besonders durchsetzungsfähig, auch bei positiven Sachen. Ich glaube, das Wichtigste, was er gemacht hat, ist die Gesundheitsreform. Ich war in den USA, ich habe mich erkundigt, ich wusste gar nicht, welcher Hass darauf besteht, dass alle Beiträge zahlen und alle behandelt werden. Aber das ist, ehrlich gesagt, ein bisschen wenig für seine Amtsperiode.

● **Dirk Müller:** In der Außenpolitik könnte er noch George Bush werden?

● **Gregor Gysi:** Nein, das hoffe ich nicht. Ich will es nicht übertreiben. George Bush war derjenige, der gleich gefordert hat, die Ukraine in die NATO aufzunehmen, was übrigens bedeutet hätte, dass die Schwarzmeer-Flotte Russlands mitten in NATO-Gebiet gestanden hätte, und jetzt hätte die NATO entscheiden dürfen, was sie macht, und nicht Russland. Das ist doch der Grund, dass Putin jetzt ...

● **Dirk Müller:** Dann hätte Wladimir Putin vielleicht nichts gemacht.

● **Gregor Gysi:** Das weiß ich nicht. Ich glaube, das ist der Grund, dass Putin jetzt entschieden hat, sich völkerrechtswidrig die Krim zu holen. – Nein, ich will das nicht gleichsetzen. Das wäre ungerecht. Ich weiß auch, dass Obama anders ist als George W. Bush. Aber ich sage Ihnen, Obamas größtes Problem ist seine Schwäche, und das ist auch die eigentliche Enttäuschung. Vieles von dem, was er versprochen hat, hat er nicht durchgesetzt. Aber kulturell bleibt es immer noch ein Top-Ereignis: der erste schwarze Präsident in den USA.

● **Dirk Müller:** Danke, Gregor Gysi, für dieses Gespräch.

Die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ im Irak

Von Julia Wiedemann, Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN

Seit Wochen gehen die Gräueltaten der dschihadistischen Gruppe „Islamischer Staat“ (IS) durch die Medien. Von Syrien aus drängen die Kämpfer der IS in den Irak vor, erobern im Juni Mossul und anschließend viele weitere irakische Städte, trieben viele Tausende von Menschen in die Flucht, darunter 200 000 Jesiden, Angehörige einer religiösen Minderheit, die IS-Anhänger als „Teufelsanbeter“ ansehen, und denen ein Völkermord droht. Die Anhänger der IS überfallen, rauben und morden. Dort, wo sie das Sagen haben, führen sie die Scharia entsprechend ihrer fundamentalistischen Vorstellung ein. Sie wüten schlimmer als Al-Qaida. Mit ihrer militärischen Strategie haben sie offenbar sogar Erfolg, kon-

trollieren sie doch bereits ein Gebiet das ungefähr der Größe von Großbritanniens entspricht. Sie gelten als die reichste Terrororganisation der Welt, haben mehrere Ölfelder unter ihrer Kontrolle, die ihnen bis zu 2 Millionen Dollar pro Tag Einnahmen auf dem Schwarzmarkt einbringen, verfügen über moderne Waffen und technische Ausrüstung, ziehen ständig neue Anhänger an. Wenn nicht die Flucht von 50 000 Jesiden in die Sindschar-Berge, wo sie fast zwei Wochen ohne ausreichend Wasser und Nahrung ausharren mussten, auch der westlichen Welt die Dramatik der Lage vor Augen geführt hat, so spätestens die Ermordung der beiden amerikanischen Journalisten James Foley und Stephen Sotloff, deren Hinrichtung von IS als Kriegserklärung an den Westen als Video ins Netz gestellt wurde.

Die Bedrohung, die von IS ausgeht, ist so groß, dass nicht nur die unmittelbar betroffenen Kurden aus Syrien und dem Norden Iraks sowie die irakische Armee gegen sie vorgehen. Die USA sind seit August mit gezielten Luftschlägen gegen IS-Stellungen am Kampf gegen diese Gruppe beteiligt, Deutschland und andere Länder liefern Waffen. Und sogar das Königreich Saudi-Arabien (das lange Zeit als zumindest inoffizieller Unterstützer der Terrorgruppe galt) ist inzwischen im direkten Gespräch mit seinem Erzfeind Iran, um auszuloten, wie man im Kampf gegen den Terror von IS gemeinsam vorgehen kann.

Wie konnte es IS so schnell gelingen, in den Irak einzumarschieren und so große Gebiete zu gewinnen? Welche Rolle spielt dabei die jüngere irakische Vergangenheit? Wie kann IS die religiösen Konfliktlinien im Irak für sich ausnutzen? Und welche Akteure stellen sich im Irak derzeit IS entgegen? (Siehe auch Artikel von Issam Haddad auf Seite 43 in diesem Heft, der Herkunft und Unterstützer der IS näher beleuchtet.)

Zur Geschichte religiöser Spannungen im Irak

Der Irak ist ein multi-ethnischer und multi-religiöser Staat. Etwa 75 Prozent der Bevölkerung sind Araber, 15 bis 20 Prozent sind Kurden, dazu kommen Turkmenen, Assyrer, Armenier und andere Gruppen. Etwa 97 Prozent der 32 Millionen Einwohner des Irak sind muslimisch, davon 60 Prozent schiitisch,¹ zwischen 32 und 37 Prozent sunnitisch. Weitere Religionsgemeinschaften sind Christen und Jesiden. Von den einst mehr als 2 Millionen Christen die im Irak gelebt haben, sind seit 2003 die meisten wegen der massiven Verfolgung ausgewandert, jetzt sollen nur noch ca. 450 000 Christen im Irak leben.

Bei der Frage, wie alt die konfessionellen Spannungen zwischen Sunniten und Schiiten im Irak sind, gibt es Uneinigkeit. So steht die Behauptung, dass schon immer Konflikte zwischen beiden Gruppen existierten, die auch in Gewalt umschlugen, Berichten von jahrhundertelanger friedlicher Koexistenz gegenüber. In vielen Stadtvierteln leben beide islamischen Strömungen seit Jahrhunderten nachbarschaftlich zusammen, Mischehen zwischen beiden Strömungen sind vor allem im urbanen Raum normal, und Umfragen über die persönliche religiöse Einstellung belegen, dass es keine wesentlichen Unterschiede zwischen schiitischen oder sunnitischen Gläubigen im Irak gibt. Die innerirakischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre als einen Religionskrieg zwischen Sunniten und Schiiten zu beschreiben greift daher zu kurz. Denn die religiösen Unterschiede wurden von verschiedenen Seiten benutzt, um Machtinteressen durchzuset-



zen, sich die Loyalität der einen oder der anderen Bevölkerungsgruppe zu sichern oder durch das Aufheizen sektiererischer Spannungen die eigene Position zu festigen. Die sektiererische Gewalt und die Rolle der Religion in der Gesellschaft, die Spaltung der Gesellschaft entlang konfessioneller Linien haben seit der US-Invasion 2003 deutlich zugenommen. Doch die Ursachen liegen weiter zurück.

Die Baath-Partei von Saddam Hussein war eine säkulare Partei, die sich eher sunnitisch-arabisch gab, andere politische Kräfte massiv unterdrückte und andere Parteien verbot. Dadurch wurden zunehmend religiöse Orte und Vereine zu Zentren der politischen Arbeit für alle Nicht-Baathisten. Besonders Schiiten, die die Bevölkerungsmehrheit stellen, wurden unter der Herrschaft der Baath-Partei marginalisiert und unterdrückt.

Die Invasion der USA 2003 und der Sturz Saddams veränderten das Machtgefüge im Irak grundlegend. Große Teile der Verwaltung und die 450 000 Mann starken irakischen Streitkräfte wurden aufgelöst, die Soldaten mit ihren Waffen nach Hause geschickt. Wichtige Posten in der Verwaltung wurden nach konfessionellem und ethnischem Proporz neu verteilt, säkulare Kräfte erhielten kaum eine Chance. Die Schiiten konnten nach der jahrelangen Unterdrückung ihre Macht ausbauen. Die sunnitisch-geprägten Teile der Bevölkerung gerieten nun in eine Minderheiten-Position. Im Widerstand gegen die amerikanische Besatzung gründeten sich 2003 im Irak (zunächst sunnitische) terroristische Gruppierungen aus denen unter anderem später IS entstand.

Neben den sunnitischen Gruppierungen und den säkularen Widerständlern des ehemaligen Regimes bildeten sich ab 2004 auch schiitische Milizen, teilweise unterstützt vom Iran, die gegen US-amerikanische Streitkräfte kämpften. Bald wandte sich die Gewalt sunnitischer oder schiitischer Gruppen immer öfter auch gegeneinander, meist in Form von Terroranschlägen. Im Januar 2005 fanden im Irak die ersten freien Wahlen statt. Schon der Wahlkampf war durch religiöse Spannungen stark aufgeladen. In jenem Jahr kam es im Lande zu 478 Bombenattentaten. 2006 wurde der Schiit Nouri al-Maliki zum Ministerpräsidenten gewählt. Auch ihm ist ein großer Anteil am Anstieg der sektiererischen Gewalt im Irak anzulasten.

2006/2007 nahm die Gewalt derart zu, dass von einem Bürgerkrieg gesprochen werden muss. Eine deutliche Trennung zwischen Sunniten auf der einen und Schiiten auf der anderen Seite kann dennoch nicht ausgemacht werden. Auch untereinander sind sich die Angehörigen der verschiedenen Richtungen nicht einig. Die Rolle traditioneller Stammeszugehörigkeit in Gesellschaft und Politik ist ebenfalls gestiegen. Diese funktioniert oft konfessionsübergreifend als Bindeglied. Nicht religiöse Fragen stehen im Zentrum der Auseinandersetzung, sondern Fragen der Machtverteilung und des Zugangs zu Ressourcen.

Mit großangelegten Militäroperationen versuchten die US-Streitkräfte vor allem die (sunnitischen) terroristischen Gruppierungen zu zerschlagen. So konnte zwischenzeitlich die Zahl der Bombenattentate eingedämmt werden. Doch die Gewalt setzte sich fort, und nahm nach Abzug der US-Armee 2011 wieder zu. Laut UN-Angaben starben durch Anschläge im Irak allein im Jahr 2013 7 818 Zivilisten und 1 050 Angehörige von Sicherheitskräften. Seit 2003 sind 140 000 Zivilisten der Gewalt im Irak zum Opfer gefallen.

Akteure im gegenwärtigen Konflikt im Irak

„**Islamischer Staat**“ – **IS**: Der „Islamische Staat“ (IS), oder bis vor kurzem auch ISIS genannt (Islamischer Staat im Irak und Syrien), ist eine militante dschihadistische Gruppierung (sunnitisch – salafistisch²), die in Syrien und dem Irak aktiv ist. Sie gründete sich aus verschiedenen islamistischen Gruppierungen, wie z. B. Al-Qaida im Irak. 2012 rief die Gruppe zum Kampf gegen Assad in Syrien auf. Dort konnte IS seine Stärke ausbauen. Nach jüngster Schätzung der CIA sollen dieser Organisation bis zu 31 000 Kämpfer angehören, darunter ein unbestimmter Anteil Ausländer. Die Gruppe nennt sich seit der Ausrufung des von ihr angestrebten Kalifats im Januar 2014 nur noch „Islamischer Staat“. Ihr Ziel ist, Irak und die Levante (Syrien, Libanon, Jordanien, Palästina und Israel) unter ihre Kontrolle zu bringen, um einen islamischen Staat nach ihrer Vorstellung vom frühen Islam zu begründen. Die Menschenrechtssituation in den von IS kontrollierten Gebieten ist dramatisch. VICE, das Online-Magazin, hat in einer mehrteiligen Reportage aus Tal-Affar, einer Stadt unter Kontrolle der IS, über das Leben unter der Terrorgruppe berichtet. Hinrichtung, Folter schon für kleine Vergehen, Abhacken von Gliedmaßen etc. sind an der Tagesordnung. Frauen dürfen nur noch in männlicher Begleitung und in Vollverschleierung das Haus verlassen. Alkohol und Zigaretten sind verboten. Zugleich baut IS staatliche Strukturen auf, bzw. führt bisher existierende Strukturen fort.

IS erhielt bisher Unterstützung aus den Golfstaaten, vor allem aus Saudi-Arabien und Katar sowie aus der Türkei für seine Aktionen in Syrien. Offiziell bestreitet Saudi-Arabien jegliche Unterstützung der Terroristen, doch ist es sehr wahrscheinlich, dass die Gelder nicht aus der Staatskasse, aber von saudischen Privatleuten stammen. Inzwischen ist IS auch für Saudi-Arabien gefährlich geworden, da etliche saudi-arabische junge Männer dort mitkämpfen. Sollten sie eines Tages zurück kehren, würde auch in Saudi-Arabien die Terrorgefahr wachsen. Mit der Einnahme der Zentralbank in Mossul soll IS zudem rund 420 Millionen US-Dollar erbeutet haben. Die Türkei hat den Aufbau von IS zu Beginn des syrischen Bürgerkriegs unterstützt, um sie gegen Assad stark zu machen. Sie hat den Kämpfern Unterschlupf auf ihrem Territorium gewährt und sie mit Waffen ausgestattet. Inzwischen dämmert auch in der türkischen Regierung die Erkenntnis, dass diese Art außenpolitischer Einmischung mehr als riskant war. Bei der Erstürmung des Generalkonsulats in Mossul im Juni durch IS-Kämpfer wurden türkische Staatsangehörige als Geiseln genommen. Doch auch wenn aus Ankara deutlich kritischere Stimmen kommen, werden islamistische Kämpfer aus Syrien nach wie vor in türkischen Krankenhäusern behandelt und dürfen IS-Anhänger ungehindert auf offener Straße Unterstützer anwerben.

IS kämpft nach wie vor auch in Syrien, wo es nicht die einzige dschihadistische Gruppierung ist. Die Lage dort stellt sich als sehr unübersichtlich dar. Auseinandersetzungen mit IS gibt es ebenfalls an den Grenzen zu Jordanien und zum Libanon. Zwei libanesische Soldaten wurden Anfang September von IS-Kämpfern geköpft. Die Sorge ist groß, dass Jordanien oder Libanon als nächste in den Fokus der IS geraten. (Siehe auch Artikel von Issam Haddad auf Seite 33 in diesem Heft.)

Die Baathisten: Im Juni nahm IS in einer Blitzoffensive Mossul ein, eine Stadt im Nordwesten des Irak, nahe der



Grenze zu Syrien. Die Einnahme von Mossul und der Marsch in Richtung Bagdad waren keine Überraschung. Dass IS solche Pläne verfolgt, war schon lange klar. Überraschend war für die meisten Beobachter jedoch die Schnelligkeit, mit der es passierte, und die Leichtigkeit mit der IS mit nur ein paar hundert Kämpfern Mossul einnehmen konnte. Dies war nur mit Unterstützung der Baathisten möglich. Dabei handelt es sich vor allem um ehemalige Offiziere der Armee von Saddam Hussein, die im neuen Irak nach der US-Invasion von jeglicher politischen Beteiligung ausgeschlossen wurden und nun hoffen, die Zentralregierung unter Druck setzen zu können. Sie verfügen über detaillierte militärisch-strategische Informationen, jahrelange Erfahrungen bei der Führung militärischer Einheiten und über lokale Netzwerke. Mit ihrer Hilfe kann IS in den von ihnen eroberten Gebieten staatliche Strukturen, Gerichte, Schulen und sogar Verkehrsunternehmen verwalten. Doch das Zusammenwirken mit IS ist nur ein Zweckbündnis, das sehr brüchig sein dürfte, da die gesellschaftlichen Vorstellungen beider Gruppen sich fundamental unterscheiden. Während IS das Ziel eines islamischen Staates verfolgt, orientieren sich die Baathisten an einem säkularen Staatsmodell.

Die irakische Regierung: Am 30. April diesen Jahres hatten in Irak Parlamentswahlen stattgefunden. Der Zeitpunkt der Invasion war geschickt gewählt. Für die Zeit der Wahlen wurde der Irak bis zur Bildung einer neuen Regierung von einem Übergangsrat unter dem Vorsitz von Nouri al-Maliki geleitet. Die Regierungsbildung zog sich jedoch nach der Wahl mehrere Monate lang hin.

Bei den Wahlen hat die schiitische Rechtsstaats-Allianz von Maliki mit 92 Sitzen von 328 die Mehrheit erlangt. Der nächststärkere Block mit 34 Sitzen ging an die Anhänger von Muqtada al-Sadr, einem radikalen schiitischen Geistlichen. Insgesamt sind mehr als 40 verschiedene Gruppen im neuen Parlament vertreten. Die Zivil-Demokratische Allianz, ein säkulares demokratisches Bündnis, dem auch die Irakische Kommunistische Partei angehört, hat drei Sitze gewonnen. Am 1. Juli trat das Parlament zum ersten Mal zusammen. Die Sitzung endete bereits nach zwei Stunden, weil es zu Verbalattacken kam und zu viele Parlamentarier den Saal verlassen hatten, ehe ein Parlamentssprecher gewählt werden konnte. Maliki stand wegen seiner sektiererischen Politik der vergangenen Jahre stark unter Kritik, und sowohl Sunniten als auch Kurden wollten nicht, dass er noch einmal Premierminister wird. Das Ringen um diesen Posten zog sich trotz der unmittelbaren Bedrohung durch IS hin. Erst Mitte August gab Maliki öffentlich seinen Machtanspruch auf und machte damit den Weg frei für seinen Nachfolger Haidar al-Abadi, der aus derselben Partei stammt. Anfang September wurde nun die neue irakische Regierung vereidigt, nur die aktuell bedeutendsten Posten der Verteidigungs- und des Innenministeriums standen zum Redaktionsschluss noch nicht fest. Inwieweit es Abadi gelingt, die Iraker zu einen, um gemeinsam gegen IS vorzugehen, bleibt abzuwarten.

Die irakische Armee: Die irakischen Streitkräfte wurden 2003 von den USA aufgelöst und alle Soldaten entlassen. Nahezu die gesamte Ausrüstung wurde geplündert oder von britischen und US-amerikanischen Truppen zerstört. Die nach 2003 neu installierte irakische Armee ist deutlich kleiner, schlecht ausgebildet und ausgerüstet, da die USA wenig Interesse hatten, eine starke Armee in der Krisenregion Nahost aufzubauen. Seit Beginn der Offensive von IS sollen

zehntausende irakische Soldaten desertiert sein. Um die Armee im Kampf gegen IS zu unterstützen, hatte Maliki im Juni Freiwillige zu den Waffen gerufen. Zahlreiche meist arbeitslose junge Männer meldeten sich und wurden von der Regierung bewaffnet. Verlässliche Zahlen, wie viele Waffen verteilt wurden, gibt es nicht; die irakische Armee spricht von 40 000 Freiwilligen. Doch die Freiwilligen sind untrainiert und ihre Waffen sind oft minderwertig im Vergleich zu denen, die IS zur Verfügung stehen. Sie sind daher besonders leichte Beute, wenn es zu Gefechten kommt. Zudem kämpfen viele Freiwillige nicht für die Einheit des Irak, sondern für eigene Ziele. Niemand kann kontrollieren, welcher der zahlreichen Gruppen im Irak sie sich womöglich samt ihrer Waffen anschließen.

Schiitische Milizen: Im Kampf gegen die US-Armee bildeten sich schiitische paramilitärische Einheiten heraus, die von schiitischen Geistlichen begründet wurden, wie zum Beispiel die Mahdi-Armee von Muqtada Al-Sadr. Sie waren aktiv am irakischen Bürgerkrieg beteiligt, wo sie nicht nur gegen die US-Besatzung sondern auch gegen sunnitische Gruppen und die irakische Armee kämpften. Sie werden vor allem aus dem Iran unterstützt. Im aktuellen Konflikt kämpfen schiitische Milizen aktiv gegen IS. Einige von ihnen sollen von iranischen Eliteeinheiten unterstützt werden, auch wenn Teheran offiziell eine Einmischung dementiert. Brisant ist: Schiitischen Milizen werden Menschenrechtsverletzungen zur Last gelegt. So sollen sie unter anderem am 22. August als Racheakt gegen das Vorgehen von IS in einer sunnitischen Moschee in Diyala bis zu 70 Menschen ermordet haben. Eine der schiitischen Gruppen hat selbst Videos ins Internet gestellt, auf denen sie mit den Köpfen enthaupteter IS-Kämpfer posieren. In den letzten Wochen sind zahlreiche neue Milizen entstanden und es ist kaum zu durchschauen, welche Gruppe wofür steht. Die bewaffneten Auseinandersetzungen der vergangenen Jahre, da Schiiten gegen die USA und gegen die sunnitische Bevölkerung kämpften, können erneut aufflammen, wenn IS die Rolle als Hauptfeind verliert, oder der politischen Führung in Bagdad eine breite politische Einigung aller Seiten nicht gelingt.

Die Kurden: In den kurdischen Gebieten im Norden Iraks kämpfen die Peschmerga (irakisch-kurdische bewaffnete Einheiten) gegen IS. 2007 hatte die US-Armee die Kontrolle der drei kurdischen Provinzen an die Peschmerga abgegeben, die der kurdischen Regionalregierung im Norden Iraks unterstehen. Mit Beginn der IS-Invasion waren sie an der Grenze zum Nordirak zur Verteidigung gegen die Dschihadisten eingesetzt. Als IS die überwiegend von Jesiden bewohnte Region des Sindschar überrollte, sollen die Peschmerga Reißaus genommen und die Jesiden im Stich gelassen haben. Eine Tatsache, die ihnen die jesidischen Flüchtlinge sehr übel nehmen und mit dem sie viel Vertrauen verspielt haben, die aber auch zeigt, wie IS wirkt. Durch die Gräueltaten, die sie ihm Internet verbreiten, haben sie sich ein Image äußerster Brutalität zugelegt, das viele ihrer Gegner schon vor der eigentlichen Kampfhandlung in die Flucht treibt.

Als im August mehr als 50 000 Jesiden im Sindschar-Gebirge ohne ausreichend Nahrung und Wasser eingekesselt waren, retteten sie nicht die Peschmerga, sondern die kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG) aus dem Norden Syriens, und Guerilla-Kämpfer der türkisch-kurdischen Arbeiterpartei PKK, die im Nordirak ihre Camps haben. Unterstützt durch Luftangriffe der USA konnten sie einen Flucht-

korridor schaffen. Die YPG hatten sich 2011 im syrischen Bürgerkrieg gegründet, um die kurdische Region Rojava im Norden Syriens sowohl vor der syrischen Armee als auch vor Rebellen zu schützen. Sie wurde dabei vor allem von der türkischen PKK unterstützt. Seit zwei Jahren befinden sie sich in der bewaffneten Auseinandersetzung mit IS in Syrien, wo sie regelmäßig angegriffen werden. Mit der Regierung der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak lag die YPG längere Zeit im Konflikt, da diese die Autonomiebestrebungen der kurdischen Region in Norden Syriens nicht unterstützte. Auch war für die irakischen Kurden die Türkei als Abnehmer von Erdöl ein wichtiger Partner. Der Türkei wiederum ist eine autonome kurdische Region an ihrer südlichen Grenze ein Dorn im Auge. Auch im irakischen Norden selbst stehen sich mit der Patriotischen Union Kurdistans (PUK) von Ex-Präsident Dschalal Talabani und der Kurdisch-Demokratischen Partei (KDP) von Massud Barsani zwei rivalisierende kurdische Lager gegenüber. Ein durchaus verzwickte Lage. Die jüngsten Ereignisse haben die alten Konflikte nicht vergessen gemacht, auch wenn man vorläufig gemeinsam gegen IS vorgeht. Die Waffenlieferungen aus dem Ausland zur Unterstützung der Kurden sind dabei einer der vielen Streitpunkte. Denn die Waffen werden ausgerechnet an die Peschmerga geliefert, diejenigen wenig kampferprobten Einheiten, die im Sindschar geflohen waren.

Ein besonders großes Problem für die kurdischen Regionen, nicht nur im Norden Iraks sondern auch im Norden Syriens, ist die Versorgung der Flüchtlinge. Rund 700 000 Flüchtlinge sollen derzeit im syrischen Norden, in Rojava, leben. Hunderttausende sind in den Norden Iraks geflohen, wo die meisten in 650 Schulgebäuden untergebracht sind, was zugleich andere Probleme hervorruft, wie die Frage, wo jetzt im neuen Schuljahr der Unterricht stattfinden soll. Hilfslieferungen kommen zwar im Nordirak an, aber kaum nach Rojava, dessen Grenze zur Türkei geschlossen worden ist. Der Winter naht, und wenn nicht bald Lösungen gefunden werden, droht den Flüchtlingen nach der Verfolgung durch die IS eine weitere humanitäre Katastrophe.

Die Position der Irakischen Kommunistischen Partei:³ Die IKP sieht eine große Gefahr im Terrorismus, der von IS ausgeht. In einer Erklärung des Politbüros vom 10. Juni heißt es: „Wir in der Irakischen Kommunistischen Partei verurteilen Terrorismus in all seinen Formen und erneuern unsere Zusage voller Unterstützung und uneingeschränkter Rückhalts für die militärischen und Sicherheitskräfte.“ Eine ausländische Einmischung oder gar eine militärische Unterstützung von außen wird klar abgelehnt. Im Gespräch zwischen Vertretern der IKP und Mitgliedern der LINKEN, das im Juni in Berlin stattfand, betonten die irakischen Genossen, dass es eine irakische Lösung ohne Beeinflussung durch fremde Interessen von außen geben muss. Die Hauptverantwortung für die gegenwärtige Situation sehen sie bei Maliki, der autoritär regiert und einen nationalen Dialog verhindert hat. Die IKP fordert „die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit, die sich für die territoriale Integrität, für die Demokratisierung des Landes und für die Eindämmung des Sektens-Unwesens einsetzt. Diese Regierung der nationalen Einheit muss nach einem demokratisch abgestimmten politischen Plan vorgehen und sich ein Statut für ihr Handeln geben.“ Des Weiteren fordert die IKP eine nationale Konferenz, die alle Kräfte an einen Tisch bringt und als Ziele Frieden, Sicherheit, Stabilität und Stärkung der Demokratie verfolgt.

Eine Teilung des Irak lehnt die IKP ebenso ab wie eine Abspaltung der kurdischen Region. Eine föderale Struktur mit mehr Autonomie für einzelne Regionen kann sie sich hingegen gut vorstellen. Die irakischen Streitkräfte müssen nach Ansicht der IKP reformiert und gestärkt werden.⁴

Die beschriebenen jüngsten Entwicklungen machen deutlich, wie dringend eine nationale irakische Einheit derzeit ist. Unter den Kurden im Nordirak liebäugeln in der gegenwärtigen Situation einige mit einem unabhängigen kurdischen Staat. Das würde zu weiteren Konflikten mit der Zentralregierung führen. Die schiitischen Milizen, von denen viele scheinbar ohne jegliche Kontrolle agieren, sind ebenfalls ein großes Problem, das nur von einer Einheitsregierung gelöst werden kann.

Die Debatte in der LINKEN zur Lage im Irak

Im August schlug ein Interview Gregor Gysi in der „taz“ vom 11. August Wellen, als er darin äußerte, dass im Ausnahmefall Waffenexporte aus Deutschland statthaft sein könnten und in einer Notsituation sogar erforderlich wären, um größeres Unheil zu verhindern. Dieser Vorschlag fand keine Unterstützung innerhalb der LINKEN. Von Sahra Wagenknecht bis Dietmar Bartsch stieß er bei allen Strömungen auf Ablehnung. In der gemeinsamen Erklärung von Gregor Gysi und den beiden Parteivorsitzenden zum Irak am folgenden Tag war von den Waffenlieferungen keine Rede mehr.⁵ In der Erklärung vom 31.8. stellte der Parteivorstand unmissverständlich klar, dass DIE LINKE gegen Waffenexporte ist, auch gegen Waffenexporte in den Irak. In der derzeitigen Situation kann niemand sagen, wo diese Waffen eines Tages landen und gegen wen sie eingesetzt werden. Hinzu kommt, dass die Bundesrepublik schon seit Jahren Waffen in Krisenregionen liefert, unter anderem auch nach Saudi-Arabien. Wer das zu Recht verurteilt, kann keine Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet befürworten. (Der vollständige Beschluss des Parteivorstands ist in diesem Heft auf Seite 4 f. nachzulesen.)

In anderen Fragen in diesem Zusammenhang ist sich die LINKE einig. So auch bei der Forderung, dass Deutschland deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen und mehr humanitäre Hilfe leisten muss. Die Forderung nach der Aufhebung des PKK-Verbots ist nicht neu, hat aber durch die jüngsten Ereignisse und die Rolle der PKK bei der Zurückdrängung von IS eine neue Dimension gewonnen. Die PKK befindet sich seit Monaten mit der türkischen Regierung in Friedensverhandlungen. Sie hat sich schon seit längerem vom bewaffneten Kampf für die Unabhängigkeit losgesagt und den Weg für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage in der Türkei freigegeben. Um die Friedensverhandlungen erfolgreich führen zu können, muss auch die PKK als Verhandlungspartner und politischer Akteur anerkannt werden. Angesichts der jüngsten Ereignisse, in denen es vor allem die PKK war, die den geflüchteten Jesiden zu Hilfe kam, ist die Aufrechterhaltung des PKK-Verbots umso absurder. Auf kurdischen Demonstrationen in Deutschland greift die Polizei ein, um Öcalan-Flaggen einzusammeln, aber das Zeigen von IS-Flaggen war bis vor Kurzem legal.

Strittig bleibt für DIE LINKE die Frage nach UN-Einsätzen. Dass die Vereinten Nationen handeln müssen, steht außer Frage. Nur in gemeinsamer internationaler Koordination kann dem IS, seinen Geldgebern und Hintermännern Einhalt geboten werden. Daher hat die Linksfraktion im Bundestag



einen Entschließungsantrag vorgelegt, der unter anderem die Anrufung des UN-Sicherheitsrates fordert. Nur wie das Eingreifen der Vereinten Nationen aussehen soll, und ob DIE LINKE auch mit einem bewaffneten Einsatz einverstanden sein wird, ist fraglich. Tat sich DIE LINKE doch seit ihrer Gründung mit dieser Debatte schwer.

Anmerkungen:

- 1 Weltweit gehört die Mehrheit der Muslime zu den Sunniten, etwa 15 bis 20 Prozent sind Schiiten. Ursprung der Trennung war nach dem Tod des Propheten Mohammed die Frage, wer die Gläubigen anführen soll. Schiiten leben vor allem im Iran und bilden in Aserbaidschan, Irak und Bahrain die Mehrheit unter den Muslimen. Auch im Jemen, Libanon Kuwait und Pakistan bilden sie eine starke Minderheit.
- 2 Der Salafismus gilt als ultrakonservative Strömung im Islam, die sehr heterogen ist. Hauptmerkmal ist die Orientierung an den „Altvorderen“ (arab.: Salaf), also an der Frühzeit des Islam, die als unverfälscht betrachtet wird.
- 3 Die IKP wurde 1934 gegründet und war lange Zeit die stärkste und einflussreichste Kraft im Irak. Sie zählte trotz Unterdrückung zu den größten kommunistischen Parteien im arabischen Raum. Im Jahr 1973 schlossen die IKP und die Bath-Partei sich zur nationalen Front zusammen. Dadurch konnte die IKP legal im Irak agieren. Nach dem Machtantritt von Saddam Hussein wurde die IKP verboten und in den 80er Jahren massiv verfolgt. Zahlreiche Anhänger wurden hingerichtet. Nach der US-Invasion erhielt die IKP wieder den Status einer legalen Partei und trat gemeinsam mit anderen demokratischen Kräften zu Wahlen an.
- 4 Die Position der IKP kann nachgelesen werden unter <http://iraqletter.blogspot.de>
- 5 Siehe Seite 5 in diesem Heft.

Quellen:

Neben verschiedenen Tageszeitungen standen unter anderem als Quellen zur Verfügung:

- Institute for the Study of War: www.understandingwar.org, Think Tank mit tagesaktueller Übersicht über die Gebiete unter IS-Kontrolle und tiefergehenden Analysen zu deren militärischem Vorgehen (eine Quelle, die für Militäreinsätze eintritt, was entsprechend zu berücksichtigen ist.)
- Al-Monitor: www.al-monitor.com, unabhängige Online-Nachrichtenplattform aus dem Nahen Osten mit professionellen Reportagen und Hintergrundberichten
- Qantara: www.qantara.de, ein Projekt der Deutschen Welle. Deutschsprachiges Nachrichtenportal rund um den Nahen und Mittleren Osten und das Thema Islam
- Niqash: www.niqash.org, englisch-arabisch-kurdisches Nachrichtenportal mit Hintergrundberichten, das durch ein Non-Profit-Media-Projekt gefördert wird.
- Irakische Kommunistische Partei: www.iraqletter.blogspot.de. Dies ist zwar nicht die offizielle Parteiseite, aber ein Blog, auf dem Beschlüsse der IKP für nicht Arabisch sprechende Nutzer zum Nachlesen auf Englisch, manche auch auf Deutsch, eingestellt werden.

„Bruderkrieg“ der Konfessionen statt Klassenkampf? Giftwolken in Südwestasien

Von Issam Haddad, Publizist, Berlin

In einem am 8. Juni 2014 veröffentlichten Interview im „Spiegel“ warnte der ehemalige UN-Beauftragte für Syrien, der algerische Politiker Lakhdar Brahimi, vor den Folgen der Pläne der Dschihadisten der Bewegung ISIS (Islamischer Staat im Irak und Syrien). Diese sei dabei, ein neues System in der Region aufzubauen und sei sowohl in Syrien als auch besonders intensiv im Irak militärisch aktiv. So griff sie in den letzten drei Monaten 100 Mal in Syrien an, gleichzeitig wurden 2 000 Angriffe im Irak beobachtet. In einem Blitz-

angriff unterwarfen die von ISIS angeführten Verbände innerhalb von drei Tagen die Stadt Mossul, Hauptstadt der zweitgrößten Provinz des Irak „Ninive“. Diese Eroberung fiel zusammen mit dem Besuch des Staatspräsidenten der Islamischen Republik Iran, Ayatollah Rouhani, am 9. Juni in der türkischen Hauptstadt Ankara. Das Gesprächsprogramm sah Gespräche über den Konflikt in Syrien und über den stockenden politischen Prozess im Irak vor, der den Zusammenhalt der föderalen Republik gefährden könnte.

Die zwischen dem 6. und 9. Juni von ISIS geschaffenen Tatsachen in dem besonders dicht von irakischen Sunniten besiedelten Gebieten auf beiden Seiten des Euphrats, das heißt sowohl in Syrien als auch im Irak, machten alle mit Spannung erwarteten „Gespräche“ des guten Willens zur Farce und vorläufig überflüssig.

Die Eroberung der drei irakischen Provinzen Salah ad-Din, Ninive und al-Anbar sowie der syrischen Provinzen Ar-Raqqa und Deir ez-Zour wurde als Revolution der Sunniten proklamiert – sowohl von Saudi-Arabien und Qatar als auch von breiten Kreisen des sunnitischen Islams in Jordanien und im Libanon, nicht zuletzt vom Mufti der irakischen Sunniten Rafi al-Rafa'i. Dieser erklärte „Was dort geschehen ist, ist eine Befreiung des irakischen Volkes, insbesondere der Sunniten, von der Armee Malikis“ [des irakischen Ministerpräsidenten – I.H.]. Dasselbe wiederholte wörtlich die libanesische Baathpartei irakischer Prägung in einer Erklärung. Diese turbulente Entwicklung der ersten Juni-Tage verschaffte allen Feinden des sogenannten schiitischen Halbmonds¹ den Vorteil, jeglichen Nachschub auf dem Landweg von Iran oder Irak nach Syrien zu unterbinden. Das ganze Grenzgebiet steht unter direkter Kontrolle und dem Feuer des sunnitischen „islamischen Staates“, angeführt von Kalif Abu Bakr Al-Bagdadi, der am ersten Tag des islamischen Fastenmonats Ramadan am 29. Juni ausgerufen wurde.

Die Regionalisierung des Konflikts

Diese konfessionelle Giftwolke über dem Himmel der syrischen Steppe in Irak wie in Syrien entspringt den ungelösten politischen wie wirtschaftlichen aber auch konfessionellen Widersprüchen, die sich über Jahre angestaut haben. Die fehlende Versöhnungspolitik zwischen Schiiten und Sunniten in Irak nach dem Bürgerkrieg (2006 – 2008) ließ die Situation im Lande immer brisanter werden. ISIS hat das Pulverfass dann mit seinem Vormarsch zur Explosion gebracht und genießt dadurch den Zulauf und die Unterstützung der Marginalisierten wie auch jener, die nach der Macht in Bagdad schielen.

Die entstandene Situation bedeutet eine gefährliche, schicksalhafte Herausforderung für den Einfluss des Irans sowohl in Bagdad als auch in Damaskus. Die Blockierung der Bildung der neuen Regierung in Jemen² unter Teilnahme der Iran-Freunde (Ansar-Allah, Gottespartisanen) wie auch die weitere Blockierung der Wahl des Staatspräsidenten von Libanon werden als erste Reaktionen des Iran auf diese neuen Herausforderungen in Irak und Syrien angesehen.

Die Irakisierung des Kampfes gegen Iran, insbesondere aus den Hochburgen der Sunniten heraus, nutzte nicht nur den Machthabern im benachbarten Irakisch-Kurdistan, um den langersehnten Anschluss von Kirkuk-Stadt und seinen Ölfeldern vorzunehmen, sondern eröffnete auch Saudi-Arabien und den USA große Möglichkeiten, ihrerseits über breite und tiefe Verbindungen zu den arabisch-sunnitischen



Stämmen in den Provinzen Anbar und Salah ed-Din den Druck auf Iran zu erhöhen und zugleich die Zerstückelung des Iraks voranzutreiben. Hier haben die USA ihre Erfahrungen und Bindungen zu den ansässigen Stämmen aus dem Kampf gegen Al-Qaida von Abu Mussab Ez-Zarqawi³ genutzt und weiter ausgebaut. Dass USA und Saudis heute unter dem Banner des „Antiterrorkampfes“ hierher zurückzukehren können, verdanken sie und die gerade gebildete neue „Koalition der Willigen“ der IS [der umbenannten ISIS]. Diese hat die Tür für sie weit aufgestoßen.

Praktisch stehen wir vor einer Ausdehnung des Kampfes um Bagdad und Damaskus auf regionaler wie internationaler Ebene. Und kaum ein Kenner des Reichtums dieses Gebietes an Erdöl und Erdgas glaubt, dass die USA und ihre Allianz mit Schlägen aus der Luft oder von anderswo IS vernichten werden, damit die Freunde des Iran in Bagdad und Damaskus in Ruhe weiterregieren können. Der Regimewechsel in beiden Hauptstädten ist das Endziel der regionalen wie internationalen Interventen. Zwei Milliarden Dollar hat Qatar bis jetzt in „Al-Nusra“ investiert, wie die Financial Times bestätigte, um die Machthaber in Syrien zu Fall zu bringen. Aber auch ISIS bekam genügend Geld von den Golfstaaten, besonders von Saudi-Arabien über ein dichtes Netz von religiös-sozialen Vereinen und Unternehmen, die von den jeweiligen Staaten gefördert werden. Viele Zeitungen in Kuwait, in den Vereinigten Arabischen Emiraten und in Oman haben darüber berichtet. Manche dieser Berichte warnten frühzeitig vor dem Unheil, zu dem die Finanzierung solcher Aktivitäten führen wird.

Die Türkei verweigerte aus Bündnistreue zu Qatar ihre Unterschrift unter dem Abschlussdokument der Konferenz von Dschidda,⁴ weil es nicht den Machtwechsel in Damaskus zum Ziel erklärt hat. Doch die Türkei wie Saudi-Arabien, die beide nicht nur den Regimewechsel in Damaskus sondern auch in Bagdad als erklärtes Ziel verfolgen, bleiben natürlich feste Mitglieder der genannten Allianz.

Nur Ägypten zeigt in diesem neuen Bündnis gegen IS kein Interesse an einem Regimewechsel in Damaskus. Es befürchtet eine Machtübernahme durch die Muslimbruderschaft in Syrien mit Rückendeckung der Türkei, Qatars und der USA. Es ist kein Zufall, dass sich nach Abschluss der Konferenz von Dschidda ein angesehener Professor der politischen Wissenschaften, Dr. Moustafa El-Sibai von der Kairo-Universität, in einem Interview mit der amtlichen Zeitung „Al-Ahram“ aussprach für „eine Lösung der Krise in Syrien im Rahmen einer nationalen Versöhnung, die die territoriale Einheit und nationale Integrität des Landes bewahrt“. Und wenn Iran mit all seiner Macht und seinem Einfluss in der Region die jetzigen Regime in Damaskus und Bagdad am Leben erhalten will und jeglicher Aufteilung dieser Länder entgegenzutreten versucht, so konfrontiert es sich mit den Zielen Israels, das dies in beiden Ländern fördert und unterstützt. Eine Schwächung dieser Staaten liegt in Israels Interesse.

Kampf und Widerstand der Demokraten

Nie war die territoriale Integrität von Irak und Syrien so bedroht wie jetzt. Und gewiss sind die Fehler der sozioökonomische Politik und die konfessionellen Konflikte nicht mit militärischen Mitteln zu lösen.

Al-Qaida von Ez-Zarqawi lieferte die notwendigen Vorwände, um die Stammesgebiete von Irak (Falludscha, Ramadi

u. a.) im Krieg von 2003 bis 2006 fast vollständig in Schutt und Asche zu legen. Dorthin haben sich viele der aufgelösten Militär- und Sicherheitsverbände von Saddam Husseins Regime zurückgezogen und leisteten Widerstand gegen die Invasoren, nachdem diese ihnen die Lebensgrundlage entzogen hatten. Heute kehrt IS, stark gemacht durch die Allianz der Türkei mit Qatar und den Muslimbrüdern, zusammen mit Tarek al-Hachemi, dem zum Tode verurteilten ehemaligen Stellvertreter des irakischen Präsidenten, dorthin zurück. Die jetzt neu zusammengezimmerter Allianz unter der Regie der USA ist dabei, mit dem Kampf gegen IS zugleich auch die vor drei Jahren entstandene Massenbewegung für Demokratie und soziale Gerechtigkeit zu zerschlagen, in konfessionelle religiöse Bruderkriege umzumünzen und damit die Levante und Irak in kleine Emirate und Scheichtümer zu zerlegen. Davon haben die Expansionisten aller Couleur, darunter die extreme Rechte in Israel, immer geträumt.

Alle Iraker und Syrer, die sich der Demokratisierung und der sozialen Gerechtigkeit der Gesellschaft in Irak und Syrien verschrieben haben, sind aufgerufen, ihre Kräfte in „patriotisch-demokratischen Allianzen“ zu bündeln, sich dem Terror von IS entgegenzustellen und den verarmten, gepeinigten Massen den wahren Weg zu Demokratie und sozialem Wandel bei Wahrung der territorialen Integrität zu weisen.

Alle Demokraten der Region wie auf internationaler Ebene haben seit jeher das Selbstbestimmungsrecht des kurdischen Volkes in allen seinen Siedlungsgebieten unterstützt. In der jetzigen brandgefährlichen Lage in Irak und Syrien müssen die kurdischen Demokraten selbst entscheiden, was für sie Priorität hat, und dafür auch die Verantwortung übernehmen: Demokratie und sozialer Wandel für alle oder Sektion trotz aller Gefahren.

Anmerkungen

- 1 Die überwiegend von Schiiten besiedelte Region von Iran über Irak und Syrien bis zu den Hizbollah-Gebieten im Libanon.
- 2 Seit Wochen belagern schiitische Huthis die Hauptstadt Sanaa, um die sunnitische Regierung Jemens zum Rücktritt zu zwingen.
- 3 Ziehvater von Abou Bakr Al-Bagdadi, der Kalif von IS – Zarqawi wurde 2006 auch am 6. Juni durch US-Luftangriffe getötet. Sollte die Überrennung von Mossul am 6. Juni 2014 daran erinnern?
- 4 Hier erklärten am 11. 9. 2014 zehn arabische Staaten – Saudi-Arabien, Irak, Bahrain, Ägypten, Jordanien, Kuwait, Libanon, Oman, Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate – ihre Unterstützung für die Militärschläge der USA gegen IS, was als Beitritt zur neuen „Koalition der Willigen“ gewertet wird.

Der lange Weg nach Gaza

Von Uri Weltmann, Mitglied der Leitung des Emil Touma Institute for Palestinian and Israeli Studies in Haifa und Mitglied des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Israels; aus: Standpunkte der Rosa-Luxemburg-Stiftung Nr. 15, 2014, www.rosalux.de

Die jüngste Eskalation des israelisch-palästinensischen Konflikts in Gaza hat viele Ursachen, darunter insbesondere die politische Interessenlage der israelischen Eliten.

Nahezu jede Zeitung oder Nachrichtensendung der Welt ist gegenwärtig bemüht, ihre Leser/-innen oder Hörer/-innen zumindest oberflächlich (mitunter auch in allen Details) zu Zeug/-innen der menschlichen Tragödie in Gaza zu machen.



Die israelische Regierung unter der Führung von Benjamin Netanjahu begann in einem der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt einen ungerechten Krieg, der großflächige Zerstörungen und den Tod vieler Menschen zur Folge hat. Auch die Menschen in Israel sind Opfer der Strategie ihrer Regierung geworden. Sie haben nicht nur die Härten des Krieges zu ertragen, sondern werden auch, wenn der Pulverdampf der Schlacht sich gelegt hat, den wirtschaftlichen Preis bezahlen müssen.

Carl von Clausewitz' berühmter Ausspruch, wonach Krieg die Fortführung der Politik mit anderen Mitteln sei, legt nahe, dass wir nur dann zu einem tieferen Verständnis der Ereignisse gelangen können, wenn wir die dem Krieg vorangehenden Entwicklungen genauer beleuchten. Für Historiker/-innen freilich ist die Wahl des Ausgangspunktes stets eine brisante Angelegenheit, bestimmt sie doch den Blick auf die Ereignisse. Ausgangspunkt für den hier eingeschlagenen „langen Weg nach Gaza“ ist das Jahr vor Kriegsbeginn, d. h. der Zeitpunkt, an dem sich Netanjahu – nach mehreren Jahren der politischen Sprachlosigkeit – am Verhandlungstisch wiederfand.

Israelische und internationale öffentliche Meinung erzwingen Gespräche

Die lange Phase der Verhandlungsabstinenz zwischen Israel und der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) wurde am 30. Juli 2013 mit der Wiederaufnahme der Gespräche unter Vermittlung der USA durchbrochen. Allerdings ging der israelische Ministerpräsident mit wenig Begeisterung in die Verhandlungen, war er doch davon überzeugt, dass es besser sei, die Besatzung „zu verwalten“, denn zu beenden. Dem Druck aus Israel und dem Ausland hatte er jedoch wenig entgegenzusetzen.

Innenpolitischer Druck entstand durch die Ergebnisse der Parlamentswahlen im Januar 2013, in denen sich die Mehrheit der Israelis für Parteien aussprach, die in Worten (nicht unbedingt in Taten) die Idee einer Zweistaatenlösung befürworteten. Einer Meinungsumfrage vom Juli 2013 zufolge sprachen sich zu diesem Zeitpunkt 59 Prozent der israelischen Staatsbürger/-innen für eine Wiederaufnahme der Verhandlungen aus; 55 Prozent unterstützten die Schaffung eines palästinensischen Staates an der Seite Israels.¹ Außenpolitischer Druck wurde unter anderem mithilfe der neuen Förderrichtlinien der Europäischen Kommission aufgebaut. Entsprechende finanzielle Unterstützung können demnach nur noch israelische Projekte erhalten, die nicht in den palästinensischen Autonomiegebieten des Westjordanlandes, in Ostjerusalem oder in den besetzten syrischen Golanhöhen angesiedelt sind.

Verhandlungen bei paralleler Zementierung der Besatzung

Netanjahu und seine Regierung sahen sich aufgrund des inneren und äußeren Drucks somit zu Verhandlungen gezwungen, an deren Abschluss sie kein wirkliches Interesse hatten. Von Anfang an suchte Netanjahu Fakten zu schaffen, die die Verhandlungen zum Scheitern bringen konnten. Insbesondere forcierte er den Bau neuer Wohneinheiten in den Siedlungen. Während der neunmonatigen israelisch-palästinensischen Gespräche (von August 2013 bis April 2014) bestätigte die Regierung z. B. Pläne und Ausschreibungen für mindestens 13 581 neue Wohneinheiten in den Siedlungen, d. h.

durchschnittlich mehr als 50 Einheiten pro Verhandlungstag. Auf das Jahr bezogen vervierfachten sich die Ausschreibungen gegenüber den Jahren zuvor.²

Zu den Querschüssen gehörte zudem die Permanenz militärischen Gewalteinsatzes: Einem Bericht der Verhandlungsdelegation der PLO zufolge starben bei Aktionen der israelischen Armee während der neun Verhandlungsmonate 61 Palästinenser/-innen; 1 054 Personen wurden seitens des israelischen Militärs bzw. von israelischen Sicherheitskräften verletzt. Im gleichen Zeitraum ereigneten sich 660 Übergriffe von Siedler/-innen auf palästinensische Zivilist/-innen und palästinensisches Eigentum. Parallel zum Ausbau der Siedlungen zerstörten die israelischen Behörden weiterhin Häuser von Palästinenser/-innen: 508 Gebäude wurden abgerissen und 878 Menschen gewaltsam vertrieben. Zudem führten israelische Sicherheitskräfte 4 500 Razzien durch, bei denen 3 674 Palästinenser/-innen verhaftet wurden.³

Die israelische Behauptung, an einer friedlichen Lösung des Konflikts zu arbeiten, wurde auf diese Weise ad absurdum geführt. Warum schuf die Regierung durch die Erweiterung von Siedlungen z. B. neue Fakten, die einer Zweistaatenlösung zuwiderlaufen, wenn sie ernsthaft eine einvernehmliche Grenzziehung zwischen Israel und Palästina anzustreben sucht? Warum vertrieb sie Palästinenser/-innen aus ihren Häusern im besetzten Ostjerusalem bzw. siedelte sie dort jüdische Israelis an, wenn sie einen Kompromiss in der Jerusalemfrage zu suchen bereit ist? Der Kuchen „über dessen Aufteilung man mit einer anderen Partei noch diskutierte, wurde also bereits gegessen.“

Eine Regierung der Falken, die sich jeder „Zweistaatenlösung“ widersetzt

Die skizzierten Widersprüche werden verständlich, wenn man sich vor Augen führt, dass die rechtsgerichtete israelische Regierung wenig Interesse an einer tatsächlichen Einigung mit den Palästinenser/-innen hat. Das bezeugen nicht nur ihre Taten, sondern auch zeitgleiche Äußerungen führender israelischer Politiker/-innen.

Hinter verschlossenen Türen äußerte etwa Netanjahus Koalitionspartner, der rechtsgerichtete Wirtschaftsminister und Kopf der extremistischen Partei Ha-Bajit Ha-Jehudi (Jüdisches Heim), Naftali Bennett, das Verhandlungsziel bestehe in der „Torpedierung jedweder Vereinbarung und in der Verhinderung jeglicher Schritte, die zu einer Aufweicheung der Grenzen von 1967 führen.“⁴ Der Minister für Bauwesen und Wohnungsbau, die Nummer Zwei in der Partei Jüdisches Heim, Uri Ariel, erklärte apodiktisch: „Zwischen dem Jordan und dem Meer wird es nur einen Staat geben, und dieser Staat wird Israel sein. Jerusalem wird nicht erneut geteilt werden. Es gibt keinen Baustopp und es wird auch keinen geben, das lassen wir nicht zu.“⁵

Anstatt die neun Monate andauernden Verhandlungen zu nutzen, um konstruktiv tragfähige Lösungen zu entwickeln, die sowohl die legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes als auch den Schutz und die Sicherheit der Bürger Israels zu garantieren vermögen, torpedierte die rechtskonservative israelische Regierung die Verhandlungen. Sie spielte auf Zeit und wartete auf den unvermeidlichen Zusammenbruch der Gespräche. Im Oktober 2013 zitierte die in London ansässige Zeitung Al-Hayat zumindest westliche diplomatische Kreise mit den Worten, die israelisch-palästinensischen Gespräche seien aufgrund der „israeli-



schen Weigerung, ernsthaft über Grenzen zu verhandeln“, in eine Sackgasse geraten.⁶

Die US-Regierung – kein neutraler Vermittler

Obwohl die Gespräche zwischen Israelis und Palästinenser/-innen von US-Außenminister John Kerry kontinuierlich begleitet wurden, konnte dieser keinesfalls als neutraler Vermittler gelten. Israel ist nach wie vor größter Empfänger US-amerikanischer Militärhilfe; zwischen 2009 und 2018 soll es insgesamt 30 Milliarden US-Dollar erhalten.⁷ Als strategischer Verbündeter der USA in der Region kommt Israel eine Schlüsselrolle in jedem künftigen Nahostkrieg zu, soweit US-Interessen im Spiel sind, sei es z. B. in Bezug auf Syrien oder den Iran.

Infolge ihrer generellen Interessenlage behält die Regierung Obama in der Nahostregion weitgehend den Kurs der vorherigen US-Regierungen bei. Die Annexion palästinensischer Gebiete und die zwangsweise Vertreibung von Menschen aus ihren Häusern ist ihr ein vergleichsweise kleiner Preis für den Erhalt und Ausbau der strategischen Allianz zwischen der größten Supermacht der Welt und ihrem treuesten Verbündeten im Nahen Osten.

Die Grundhaltung der US-Regierung zu den israelisch-palästinensischen Verhandlungen wurde von linken palästinensischen Parteien kritisiert. Sie verwiesen darauf, dass Kerrys Vorschläge auf die „Liquidierung der Palästinafrage und die Verlängerung der israelischen Besatzung“ abzielten.⁸ Gleichmaßen bestätigte der Lauf der Ereignisse die Befürchtung der Kommunistischen Partei Israels, wonach gerade die Wahl der USA als Vermittler verhinderte, dass Bedingungen zustande kamen, wie sie für einen Erfolg der Gespräche erforderlich gewesen wären.⁹

Gespräche scheiterten an der Frage der palästinensischen Gefangenen

Nachdem der palästinensische Aufschrei über die Fortsetzung des Siedlungsbaus auf taube Ohren gestoßen war, scheiterten die Gespräche letztlich an der Frage der palästinensischen Gefangenen. Zum gegebenen Zeitpunkt saßen in israelischen Gefängnissen 5 053 palästinensische Gefangene ein, darunter viele sogenannte Administrativhäftlinge, die ohne rechtsstaatliche Verfahren für lange Zeit hinter Gitter gebracht worden waren.¹⁰

Zu Beginn der Verhandlungen hatte sich Israel zur Freilassung von 104 Gefangenen in vier Etappen verpflichtet. Dieser Vereinbarung kam die israelische Regierung zunächst auch nach, indem sie trotz heftiger Kritik seitens der in der Regierungskoalition befindlichen Ultrarechten (und erstaunlicherweise auch der eher als „Taube“ bekannten Oppositionspartei Meretz¹¹) die ersten drei Gruppen freiließ.

Als sich der Verhandlungsprozess jedoch seinem Ende näherte, kündigte Israel an, die vierte Gruppe bleibe in Gewahrsam. Daraufhin entschied sich der palästinensische Präsident Abbas, die weitere Entwicklung in die eigene Hand zu nehmen. Er erklärte im Namen der Palästinensischen Autonomiebehörde (PA), sie werde 15 internationale Abkommen unterzeichnen, darunter auch die Genfer Konvention. Der palästinensische Außenminister, Riyad Maliki, erklärte freimütig, der Schritt der PA sei eine Antwort auf Israels Weigerung, die vierte Gruppe von Gefangenen zu entlassen. Israels Entscheidung, der eingegangenen Verpflichtung nicht

nachzukommen, habe die Palästinenser/-innen ihrerseits dazu gebracht, sich ebenfalls nicht mehr an ihr Versprechen gebunden zu fühlen, keine neuen Anerkennungsanträge an internationale Institutionen zu stellen.¹²

Bestätigt wird obige Einschätzung durch Amos Harel, Journalist der Tageszeitung Haaretz und Experte für militärische Fragen. Netanjahu habe versucht, Abbas die Schuld (am Scheitern der Gespräche) in die Schuhe zu schieben, so Harel.¹³

Netanjahu erneut unter Druck

Auf das Scheitern der Gespräche zwischen Israel und der PLO folgten weitere Herausforderungen, die Netanjahus Strategie, die Besatzung fortzusetzen und eine friedliche Lösung hinauszuzögern, infrage stellten – die Bildung der palästinensischen Einheitsregierung und der Hungerstreik Hunderter palästinensischer Gefangener.

Nachdem im April 2014 ein „Versöhnungsabkommen“ zwischen den führenden palästinensischen politischen Parteien Fatah und Hamas erreicht worden war, wurde eine neue palästinensische Regierung gebildet. Israel kündigte sofort an, mit der „Einheitsregierung“ kein Friedensabkommen aushandeln zu wollen, sondern stattdessen weitgehende Strafmaßnahmen gegen die PA einzuleiten. Zeitgleich erkannten große Teile der internationalen Gemeinschaft, darunter auch die USA und die EU, die neue palästinensische Regierung an. Netanjahu beschuldigte Abbas zudem, er habe „Ja zum Terrorismus und Nein zum Frieden“ gesagt. Dies sei „eine direkte Fortsetzung der Strategie, den Frieden abzulehnen“.¹⁴

In der Vergangenheit jedoch hatte Netanjahu wiederholt öffentlich bekundet, Verhandlungen mit Abbas seien zwecklos, da dieser nicht für die von der Hamas regierten 1,8 Millionen Palästinenser/-innen des Gazastreifens, sondern nur für die 2,7 Millionen Menschen im Westjordanland sprechen könne. Nach Bildung der Einheitsregierung galt plötzlich die gegensätzliche Argumentation: Verhandlungen mit Abbas seien zwecklos, da es sich bei der Hamas um eine terroristische Organisation handle, die von Verhandlungen ausgeschlossen bleiben müsse. Die rhetorischen Verrenkungen verdeutlichen einmal mehr die generell ablehnende Haltung der derzeitigen israelischen Regierung gegenüber jedem produktiven Verhandlungsgeschehen.

Die zweite für Netanjahu politisch bedenkliche Entwicklung war der Beginn eines Hungerstreiks palästinensischer Gefangener in israelischen Gefängnissen am 24. April 2014. Der Streik ging zunächst ausschließlich von „Administrativhäftlingen“ aus, das heißt von Personen, die ohne Prozess und im Widerspruch zum internationalen Recht im Gefängnis sitzen. Bald jedoch beteiligten sich weitere Gefangene am Streik und der Protest wurde zunehmend international wahrgenommen. Nicht zuletzt UN-Generalsekretär Ban Ki Moon äußerte Bedenken über den sich verschlechternden Gesundheitszustand der in Administrativhaft einsitzenden palästinensischen Häftlinge.¹⁵

Angesichts beider Entwicklungen wuchs der politische Druck seitens der internationalen Gemeinschaft auf die israelische Exekutive. Immer häufiger wurde Netanjahus fehlende Bereitschaft kritisiert, auf die Forderungen der Gefangenen einzugehen bzw. wurde ihm vorgeworfen, schuld am Scheitern der Friedensgespräche zu sein und Verhandlungen mit der palästinensischen Einheitsregierung strikt abzuleh-



nen. Netanjahu brauchte nunmehr dringend eine Chance, das Blatt zu seinen Gunsten zu wenden.

Die Entführung

Am 12. Juni 2014 wurden drei israelische Teenager, Eyal Ifrach, Gilad Shaar und Naftali Frenkel, aus Siedlungen in der Nähe von Hebron, tief im besetzten Westjordanland, als vermisst gemeldet. Ein abrupt abbrechender Anruf eines der Teenager bei der Polizei legte die Entführung durch Palästinenser/-innen nah. Sofort verwies die israelische Regierung auf die Hamas-Führung als Verantwortliche für die Entführung und setzte eine Suchaktion (Operation Brother's Keeper) in Gang. Starke Militärverbände marschierten ins Westjordanland ein, Hunderte Palästinenser/-innen, darunter auch zahlreiche Kinder, wurden verhaftet und mindestens fünf Palästinenser/-innen getötet. Unter den Verhafteten befanden sich Hamas-Angehörige, unter anderem Mitglieder des Palästinensischen Legislative Council, sowie Mitglieder verschiedener Parteien, die bei einem Gefangenaustausch im Oktober 2011 freigekommen waren.¹⁶

Israel wurde im In- und Ausland beschuldigt, eine Kollektivstrafe über die Palästinenser/-innen zu verhängen. Nicht zur Kenntnis genommen wurde, dass die Hamas-Führung von Anbeginn betont hatte, keine Verbindung zur bzw. Verantwortung für die Entführung zu haben. Auch Abbas wiederholte mehrfach, es fehle jedweder Beweis für eine Beteiligung der Hamas. Gleichzeitig betonte er, die Entführung der jüdischen Jugendlichen sei „weder gerechtfertigt noch akzeptabel“.¹⁷

Vor dem Hintergrund der Entführung und der erneuten schweren Repressionen im Westjordanland wurden alle Probleme, die Netanjahu nur wenige Wochen zuvor den Schlaf geraubt haben mögen, hinfällig. Der in Vergessenheit geratene Hungerstreik der palästinensischen Gefangenen endete am 25. Juni 2014 praktisch ergebnislos. Selbst das missglückte Ende von neun Monaten des Verhandeln und Israels Weigerung, die palästinensische Einheitsregierung anzuerkennen, spielten für die internationalen Mächte kaum noch eine Rolle. Ausländische Regierungen kritisierten vorsichtig die groben Menschenrechtsverletzungen im Westjordanland; drückten vor allem jedoch ihre Sorge um das Leben der drei entführten Jugendlichen aus.

Am 30. Juni wurden die Leichen der israelischen Teenager nahe Hebron gefunden. Kurz darauf veröffentlichte die israelische Regierung den Telefonanruf, den einer der drei Jugendlichen bei seiner Entführung bei der Polizei absetzen konnte. In der Aufnahme waren deutlich Schüsse zu hören. Dies führte zu Fragen. Warum hatte Netanjahu permanent von einer Entführung und nicht von einer möglichen Ermordung der Jugendlichen gesprochen? Warum hatte er der israelischen Öffentlichkeit versichert, er gehe davon aus, sie seien noch am Leben? Die vorsichtig geäußerte Vermutung, Netanjahu habe die öffentliche Sorge um das Leben der drei Teenager ausgenutzt, um Unterstützung für eine massive Militäraktion gegen Hamas zu erlangen, wird zumindest durch eine Aussage des Sprechers der israelischen Polizei, Mickey Rosenfeld, bestärkt. Rosenfeld meinte, freilich zu einem späteren Zeitpunkt, die Entführung habe weder auf Befehl noch mit Wissen der Hamas-Führung stattgefunden; das Verbrechen sei möglicherweise die Aktion einer „isoliert handelnden Zelle“ gewesen.¹⁸

„Hamas trägt die Verantwortung und Hamas wird dafür bezahlen“

Netanjahu jedoch beschuldigte weiterhin unentwegt Hamas, die drei Teenager ermordet zu haben. Sein Wunsch nach militärischer Vergeltung traf sich mit der Stimmungslage in der von Trauer erfüllten israelischen Öffentlichkeit.

Darüber hinaus nutzten ultrarechte israelische Gruppen die durch die Entführung angeheizte nationalistische Stimmung für zahlreiche Gewaltakte gegen arabische Bürger/-innen Israels sowie gegen Palästinenser/-innen in den Autonomiegebieten. Am 2. Juli 2014 etwa wurde der 16-jährige Palästinenser Mohammed Abu Khdeir aus dem besetzten Ostjerusalem von rassistischen Israelis entführt und bei lebendigem Leibe verbrannt. In Ostjerusalem löste die grausame Tat schwere Krawalle aus, die sich später auf weitere Orte ausbreiteten. Die Auseinandersetzungen eskalierten von Tag zu Tag. In dieser Situation begannen Mitglieder der Organisation Islamischer Dschihad aus dem Gazastreifen heraus Raketen auf Israel zu feuern, um gegen die Massenverhaftungen im Westjordanland zu protestieren. Die israelische Regierung, die im Verlauf der letzten beiden Wochen, d. h. nach dem Kidnapping, über 80 Luftangriffe auf Gaza durchgeführt hatte,¹⁹ eskalierte ihrerseits die Situation. Am 8. Juli 2014 kündigte sie die Militäroperation Protective Edge an. Der Gazastreifen wurde das Ziel massiver Luftschläge bzw. des Artilleriebeschusses. Mit Beginn der Bodenoffensive am 17. Juli spitzte sich die Situation weiter zu. Viele Menschen starben (bis Anfang August ca. 1 800, unter ihnen viele Frauen und Kinder), wurden verwundet oder aus ihren Häusern vertrieben. Zahlreiche Häuser und die Infrastruktur des Gazastreifens wurden zerstört. Über 60 israelische Soldaten sowie drei israelische Zivilist/-innen kamen im Gazastreifen bzw. im Süden Israels ums Leben.²⁰

Nicht Krieg, sondern einzig Frieden wird Sicherheit bringen

Während des letzten Jahrzehnts hat Israel Gaza mehrfach angegriffen. Die Operationen hießen Rainbow (Mai 2004), Days of Penitence (September 2004), Summer Rains (Juni 2006), Autumn Clouds (Oktober 2006), Hot Winter (Februar 2008), Cast Lead (Dezember 2008), Pillar of Defense (November 2012) und nunmehr Protective Edge.

Jede „erfolgreiche“ Militäroperation jedoch schuf lediglich Voraussetzungen für einen weiteren Krieg. Einzig ein dauerhafter Frieden scheint den Teufelskreis der Gewalt durchbrechen, bzw. die Rechte und Sicherheit beider Völker garantieren zu können. Ein solcher Frieden muss auf der Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates an der Seite Israels innerhalb der Grenzen der „Grünen Linie“ vom 4. Juli 1967 mit Ostjerusalem als Hauptstadt beruhen. Alle israelischen Siedlungen sowie die Trennmauer müssen demontiert und die in israelischen Gefängnissen inhaftierten Palästinenser/-innen freigelassen werden. Auch für das palästinensische Flüchtlingsproblem muss eine gerechte Lösung auf Grundlage der entsprechenden UN-Resolutionen gefunden werden.

Seit Jahrzehnten kämpft die israelische Friedensbewegung für eine politische Lösung des Konflikts. Sie ging von ihren Grundsätzen auch während der jüngsten Eskalation nicht ab. In den größeren israelischen Städten kam es zu Antikriegsdemonstrationen. Sprechchöre waren zu hören wie „Juden und Araber weigern sich, Feinde zu sein!“ und



„Unsere Kinder wollen leben – im (palästinensischen) Gaza wie im (israelischen) Sderot!“. Auf dem Rabin-Platz im Herzen Tel Avivs versammelten sich am 26. Juli z. B. Tausende Menschen zu einer erstaunlich optimistischen jüdisch-arabischen Friedensdemonstration, die durch Angriffe rechter Schlägertrupps und die Einmischung der Polizei letztlich nicht unwirksam gemacht werden konnte.

Tel Aviv, 4. August 2014

Anmerkungen

Mit vorliegender Kurzanalyse (gekürzte Fassung des auf Englisch vorliegenden Beitrags www.rosalux.co.il/files/uploaded/NWL072014-Weltmann-PDF.pdf) wird keineswegs beabsichtigt, alle Facetten und Verstrickungen der Vorbereitung, des Verlaufs und der – noch nicht vollends absehbaren – Nachwirkungen der jüngsten militärischen Operation der israelischen Armee in Gaza umfassend darzustellen. Auch bleiben andere wichtige Konfliktlinien weitgehend unbelichtet bzw. werden lediglich in Nebensätzen erwähnt – seien es die Positionen internationaler und regionaler Akteure (außer der USA), der Verlauf und die Ergebnisse der Militäraktion, die Unverhältnismäßigkeit im konkreten Gewalteinsatz, die in Israel existenten Raketenphobien und Tunnelsynndrome als zentrale Bezugspunkte psychologischer Kriegführung u. a. m.

Nicht thematisiert werden gleichfalls die realen bzw. vermeintlichen politischen und militärischen Zielsetzungen der Hamas, deren Massenbasis, militärische Stärke und konkrete Kriegführung (u. a. die Gefahren seitens der Hamas-Raketen für das israelische Kernland), die gesellschaftlichen und mentalen Auswirkungen der israelisch-ägyptischen Gazablockade, die humanitären Defizite im Umgang mit der Gaza-Bevölkerung und viele andere bedeutsame Konfliktsachen, die jeweils eine eigenständige umfassende Analyse und Darstellung verdienen.

Angelika Timm, Leiterin des RLS-Büros, Tel Aviv, 14.8.2014

- 1 Siehe Nachrichtenportal Mako, 22.7.2013, <http://tinyurl.com/mako220713> (Hebräisch).
- 2 Peace Now: „9 Months of Talks, 9 Months of Settlement Development“, 29.4.2014, <http://tinyurl.com/peacenow290414> (Englisch).
- 3 NAD-PLO: „Israeli Violations During the Nine Months Negotiation Process“, 29.4.2014, <http://tinyurl.com/plo290414> (Englisch).
- 4 The Jerusalem Post, 20.1.2014, <http://tinyurl.com/jpost200114> (Englisch).
- 5 TheTimes of Israel, 28.5.2014: <http://tinyurl.com/toi280514> (Englisch).
- 6 The Jerusalem Post, 1.10.2013: <http://tinyurl.com/jpost011013> (Englisch).
- 7 Ynet, 18.12.2009: <http://tinyurl.com/ynet181209> (Englisch).
- 8 Ma'an News Agency, 25.1.2014: <http://tinyurl.com/maan250114> (Englisch).
- 9 Zo HaDerekh, 28.8.2013: <http://tinyurl.com/zohaderekh280813> (Hebräisch).
- 10 B'Tselem – The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories: Statistics on Palestinians in the custody of the Israeli security forces, <http://tinyurl.com/btselem070714> (Englisch).
- 11 Nitzan Horowitz, Abgeordneter der Knesset: „I am deeply opposed to release of terrorists at this time“, 29.12.2013: <http://tinyurl.com/meretz291213> (Hebräisch).
- 12 Haaretz, 2.4.2014; <http://tinyurl.com/haaretz020414> (Englisch).
- 13 Haaretz, 4.4.2014: <http://tinyurl.com/haaretz040414> (Englisch).
- 14 The Jewish Press, 3.6.2014: <http://tinyurl.com/n2oc39y> (Englisch).
- 15 UN News Centre: „Ban concerned at reports of worsening health of Palestinian detainees on hunger strike“, <http://tinyurl.com/un060614> (Englisch).
- 16 Al-Ahram, 3.7.2014: <http://tinyurl.com/alahram030714> (Englisch).
- 17 Xinhua, 22.6.2014: <http://tinyurl.com/xinhua220614> (Englisch).
- 18 New York Magazine, 25.7.2014: <http://tinyurl.com/nymag250714> (Englisch).
- 19 Reuters, 29.6.2014: <http://tinyurl.com/reuters290614> (Englisch).
- 20 Siha Mekomit, 3.8.2014: <http://tinyurl.com/mekomit030814> (Hebräisch).

Demokratie versus Stabilität: Ägypten nach dem Arabischen Frühling

Von Stefan Liebich, Obmann der Fraktion DIE LINKE
im Auswärtigen Ausschuss des Bundestages

Der Jubel kannte keine Grenzen, als im Frühjahr 2011 die arabische Welt gegen dort teilweise über Jahrzehnte etablierte Diktaturen aufbegehrte. Gerade der Sturz Husni Mubarak in Ägypten wurde frenetisch gefeiert. „Geschichte wird geschrieben“, jubilierte das ZDF in einer Sondersendung. Endlich hatte Ägypten eine Chance auf Demokratie. Wie wunderbar, die Unterdrückten sind endlich aufgestanden gegen den Pharao Mubarak. Schnell vergessen war, wie gern sich Gerhard Schröder und Angela Merkel mit ihm gezeigt hatten. Mubarak, der Garant des Friedens im Nahen Osten, Herrscher über das bevölkerungsreichste arabische Land.

Aber nun wollten die Ägypterinnen und Ägypter selbst bestimmen, wer ihr Land regiert. Und das taten sie mit einem überraschenden Ergebnis: Bei den ersten freien Parlamentswahlen siegte die Partei der streng religiösen Muslimbruderschaft. Die Bevölkerung hatte sich mehrheitlich für die Islamisten entschieden. Schon bald zeigte sich, dass diese die übergroßen Hoffnungen auf ein besseres Leben für die vielen Millionen armer Ägypter nicht erfüllen konnten. So gingen die Menschen wieder auf die Straße und demonstrierten erneut – diesmal gegen die neuen Machthaber um Präsident Muhammed Mursi oder eben auch für sie. Das Land kam nicht zur Ruhe. Gut ein Jahr nach den Wahlen enthob schließlich das Militär den ersten frei gewählten Präsidenten und seine Regierung ihrer Ämter. Begründet wurde dieser Coup mit der Unzufriedenheit der Bevölkerung.

Demokraten müssten das Vorgehen des Militärs als Putsch verurteilen und darauf verweisen, dass demokratische Entscheidungen eben nicht zwangsläufig in Wunschergebnissen münden und trotzdem zu akzeptieren sind. Sie sollten darauf hinweisen, dass bei den nächsten Wahlen ein Präsident mit einer anderen Agenda gewählt werden kann. Und es muss Demokraten zu denken geben, dass ausgerechnet Saudi-Arabien, nicht gerade ein Hort für Demokratie und Menschenrechte, als eines der ersten Länder Ägypten zum Putsch gratulierte. Doch statt das Vorgehen der Militärs zu kritisieren und Konsequenzen zu prüfen, wurde allenthalben von einer „Notwendigkeit“ gesprochen, um den politischen Stillstand zu überwinden und der Wirtschaft Ägyptens neuen Auftrieb zu geben. Außenminister Frank-Walter Steinmeier sagte, er hoffe, „dass das Militär, das jetzt eingegriffen hat, keine Macht für sich selbst beansprucht.“ Auch sein Vorgänger Guido Westerwelle drückte sich um die Verurteilung des Putsches ebenso wie US-Präsident Barack Obama. Überall wurde nur davon gesprochen, dass die Ordnung nun schnell wiederhergestellt werden müsse.

Geändert hat dies alles aber die Lage Ägyptens in keiner Weise. Wirtschaftlich ist das Land nahezu ruiniert und komplett abhängig vom Wohlwollen und der finanziellen Unterstützung durch die Golfstaaten. Der Tourismus, einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren, ist stark zurückgegangen. Es gibt zu wenig Lebensmittel und vor allem zu wenig Energie. Mehr als zwölf Stunden am Tag wird der Strom in weiten Teilen Ägypten abgestellt. Der Preis für Benzin



stieg binnen weniger Wochen um 78 Prozent – für die 20 Millionen Ägypter, die von weniger als zwei Dollar am Tag leben, ein Desaster.

Hinzu kommt die desaströse Menschenrechtslage. Wiki Thawra, ein Internetportal, das Daten von Menschenrechtsorganisationen sammelt, gibt an, dass in Ägypten seit dem Militärputsch 41 163 Personen aus politischen Gründen inhaftiert worden seien. Proteste wurden mit einem neuen Demonstrationsrecht, das im November 2013 in Kraft getreten ist, massiv erschwert. Versammlungen müssen weit im Voraus beantragt werden. Polizei und Justiz dürfen mit aller Härte gegen Demonstranten vorgehen.

Drängende soziale Probleme

Die Muslimbrüder hatten nach ihrer Wahl, der ersten tatsächlich demokratischen Wahl in der Geschichte Ägyptens, mit immens hohen Erwartungen zu kämpfen. Jahrzehntlang hatten sie sich mit ihrer sozialen Arbeit innerhalb des Landes eine breite Basis erarbeitet. Sie verteilten nicht nur gute Ratschläge, sondern auch Lebensmittel und Medikamente, leisteten Rechtsbeistand. Nun wurde erwartet, dass sie innerhalb kürzester Zeit alle Probleme des Landes lösen. Mit der Wahl versprachen sich die Ägypter wirtschaftlichen Aufschwung, neue Arbeitsplätze, eine bessere Versorgung mit Lebensmitteln, einen besseren Zugang zu Bildung, die uneingeschränkte Bereitstellung von Energie und die Lösung der Wohnraumprobleme. Stattdessen aber gab es wirtschaftlichen und politischen Stillstand.

Die Opposition, die aus unterschiedlichen Lagern besteht und keineswegs gleiche Interessen verfolgt, wirkte ebenfalls nicht stabilisierend. Im Gegenteil, Militäranhänger, Islamisten und all die anderen Oppositionellen verhielten sich extrem kontrovers zueinander. Teilweise kamen Waffen zum Einsatz. Probleme wurden nicht gelöst.

So sind weiterhin bis zu 15 Millionen Ägypter ohne angemessenen Wohnraum. Die zwei Millionen Menschen, die auf Friedhöfen leben, sind da noch nicht einmal eingerechnet. Dabei stehen rund um Kairo in der Wüste Millionen von Wohnungen leer. Es sind Spekulationsobjekte, die von reichen Ägyptern der Oberschicht gebaut wurden und vor allem dazu beigetragen haben, dass die Preise für Stahl und Beton ins Unermessliche gestiegen sind. In Kairos historischer Innenstadt hingegen verfallen die Altbauten der Belle Époque. Hier sind die Mieten, weil gesetzlich gedeckelt, immer noch genauso hoch wie in den 1950er Jahren, Sanierungen lohnen sich für die Besitzer nicht. Und selbst wer Wohnraum besitzt, kann darin nicht immer wohnen, denn Kündigungen wegen Eigenbedarf sind ausgeschlossen. So bleiben dort etliche Wohnungen wohlhabender Ägypter leer – wer weiß schon, wann sie innerhalb der eigenen Familie gebraucht werden.

Eheschließungen werden immer schwerer

Aus dem Mangel an Wohnraum ergibt sich eine Vielzahl weiterer Probleme. Am unmittelbarsten sind junge Menschen betroffen. Die eigene Wohnung ist in Ägypten traditionell eine zwingende Voraussetzung für einen Heiratsantrag und die Eheschließung. Ohne den Nachweis einer familientauglichen Wohnung willigt kein ägyptischer Vater in die Verheiratung seiner Tochter ein. Dabei reicht eine einfache Unterkunft für zwei Personen „für den Anfang“ nicht aus. Das Konzept sukzessiver und flexibler Familienentwicklung wird in Ägypten

gesellschaftlich abgelehnt. Selbst die Wohnung noch kinderloser Jungvermählter muss – je nach sozialer Stellung – groß und repräsentativ sein. Dementsprechend gering ist das Angebot an bezahlbaren Zwei-Zimmer-Wohnungen. Ein heiratswilliger ägyptischer Durchschnittsverdiener muss oft 10 bis 15 Jahre sparen bis er einen erfolgversprechenden Heiratsantrag stellen kann. Ganze Familien arbeiten kollektiv daraufhin, dass zumindest der älteste Sohn heiraten kann. Das Durchschnittsalter für Eheschließungen steigt rapide und liegt schon jetzt bei Mitte 30. Es soll mindestens neun Millionen unverheiratete junge Ägypter mit dringendem Heiratswunsch geben. Eine anhaltende Abhängigkeit von den Eltern, daraus resultierende fehlende gesellschaftliche Anerkennung und sexuelle Frustration sind die Folgen. Gerade Letzteres hat in Ägypten, wo sexuelle Erfahrungen nur innerhalb der Ehe akzeptiert sind, dramatische Folgen. Vorsichtige Schätzungen gehen davon aus, dass mehr als 700 000 junge Menschen inzwischen illegitime sogenannte Urfi-Ehen eingegangen sind. Hier besiegelt lediglich ein formloser Vertrag, unterzeichnet von den Ehepartnern und zwei Zeugen, die islamische Eheschließung. Es muss keine Wohnung gekauft oder eine große Feier bezahlt werden wie bei einer richtigen Hochzeit, aber Sex ist nach der Urfi-Ehe legal. Problematisch wird es, wenn der Mann nach der Trennung den Vertrag behält. Meist können die Frauen dann nicht beweisen, dass sie eine Ehe eingegangen sind. Sie haben keinerlei Rechte. Sind sie auch noch schwanger, werden die Probleme umso größer. Kindern, die außerhalb einer Ehe geboren werden, stehen in Ägypten keine Papiere zu. Sie existieren für den Staat nicht. Nur der Gang vor Gericht kann unter Umständen einen Vaterschaftstest erzwingen. Für viele mittellose Frauen ist dies jedoch keine Alternative.

Lebensbedingungen für Frauen die schlechtesten der arabischen Welt

So überrascht nicht, was die Thomson-Reuters-Stiftung Anfang 2014 als Ergebnis einer großen Studie bekannt gab: In Ägypten sind die Lebensbedingungen für Frauen schlechter als nirgendwo sonst in der arabischen Welt. Selbst im Jemen und in Saudi-Arabien gehe es den Frauen besser, auch wenn im Jemen Mädchen schon mit elf Jahren verheiratet werden und Frauen in Saudi-Arabien noch immer nicht Auto fahren dürfen.

Besonders erschreckend sind die Zahlen zur sexuellen Belästigung in Ägypten. 98,9 Prozent der Ägypterinnen haben schon ein- oder mehrmals sexuelle Belästigung erfahren. Allein im vergangenen Jahr wurden während der vier Eid-Feiertage 700 Vorfälle gemeldet. Amnesty International berichtet, dass Frauen von ganzen Gruppen von Männern festgehalten werden. Ihnen werde die Kleidung vom Leib gerissen, sie würden angefasst, und auch von Vergewaltigung ist die Rede.

Alarmierend ist das Problem der Genitalverstümmelung, das bis heute von keiner Regierung angegangen wurde. Mehr als 91 Prozent aller Ägypterinnen sind laut Unicef beschnitten – das ist die höchste Zahl in einem einzelnen Land weltweit. Meist wird den Mädchen die Klitoris ganz oder teilweise entfernt. In Einzelfällen werden auch die Schamlippen amputiert.

Ein weiteres Problem ist der Analphabetismus. Allein 37 Prozent der ägyptischen Frauen können weder lesen noch schreiben und werden so vom gesellschaftlichen Leben aus-



geschlossen. Die schwierige Arbeitsmarktlage treibt sie vermehrt in die Arme von Banden, die sie als Prostituierte in die Nachbarländer schleusen.

Medienzensur wie zu Mubaraks Zeiten

Wer bereits zu Mubaraks Zeiten Journalist war, hat in Ägypten einige Übung in Selbstzensur. Diese Kompetenz hat nun auch unter der Kuratel von Putschpräsident Abd al-Fatah al-Sisi Konjunktur: Kritische Texte, Satire, jegliches Infragestellen der Regierung sind unerwünscht. Viele Zeitungen und Fernsehsender haben sich sofort auf die Seite der Militärs geschlagen, bekannte Journalisten wie Rim Magid, Moderatorin der kritischen Sendung „Baldna bi al-Masry“ („Unser Land auf Ägyptisch“) wurden entlassen oder haben sich aus Angst um ihre Sicherheit zurückgezogen. „Schweigen ist manchmal die glaubwürdigste Nachricht“ twitterte Magid, die seit dem Militärputsch 2013 nicht mehr auf Sendung war. Aufgegeben hat auch der bekannte Komiker Bassim Yusuf. Im Juni dieses Jahres gab er seinen endgültigen Rückzug bekannt. Der weltweit bekannte arabische Nachrichtensender Al-Jazeera hat sein Büro in Kairo geschlossen, vier der dort tätigen Journalisten sitzen seit Monaten in Haft. Weitere ausländische Journalisten berichteten, dass sie von Spitzeln der Staatssicherheit festgehalten und eingeschüchert wurden. Zudem gab es Anrufe ranghoher Stellen bei ausländischen Medienbüros, kritische Berichterstattung zu unterlassen. Kritik an der Einschränkung der Pressefreiheit unterbleibt bislang. Einzig Amr Hamzawy, ein Politikprofessor, der lange in Deutschland und Holland lebte, äußerte sich in der Zeitung Al-Shuruq zum Schweigen der Medien. Besonders kritisierte er das Schweigen zu den fragwürdigen Prozessen gegen die Muslimbrüder und weitere Oppositionelle, bei denen Hunderte Menschen Anfang dieses Jahres zum Tode verurteilt worden waren.

As-Sisi macht keinen Hehl daraus, wie die Medien in Ägypten unter seiner Herrschaft zu funktionieren haben. Das gab er am 8. Mai dieses Jahres bei einem Treffen zwanzig Chefredakteuren mit auf den Weg: „Ihr lest auf Facebook, dass es Demonstrationen gibt. Dann schreibt ihr: „Keine Stimme ist lauter als die Stimme der Freiheit!“ Was soll das? Wem soll das etwas bringen? Millionen Väter wissen nicht, wie sie ihre Familien ernähren sollen, weil es keine Stabilität gibt.“ Und weiter: „Ich befürchte, solange wir hier Demokratie betreiben, werden wir nicht zu einer Nation zusammenfinden.“

Die Rolle internationaler Außenpolitik

Trotz der strikten Gesetzgebung und der großen Gefahr, inhaftiert zu werden, trotz der Propaganda des Militärs und der schlechten Informationslage protestieren viele Ägypterinnen und Ägypter weiter. Erst Anfang September gab es wieder landesweite Demonstrationen, sowohl von Anhängern Mursis als auch von anderen oppositionellen Gruppierungen. Sie protestierten gegen die Untätigkeit der Regierung in der Energiekrise, gegen Zensur und das restriktive strikte Versammlungsrecht. Am 9. September traten 16 Aktivisten in einen unbefristeten Hungerstreik um gegen das verschärfte Versammlungsgesetz zu demonstrieren, 59 Inhaftierte haben sich bereits angeschlossen.

Das anhaltende Aufbegehren vieler Ägypterinnen und Ägypter bietet einen wichtigen Ansatz für die deutsche Außenpolitik. Wir dürfen einen derartigen Militärputsch nicht

mit Schweigen honorieren. Wir dürfen nicht wegsehen, wenn Menschenrechte massiv eingeschränkt werden. Wir müssen diejenigen unterstützen, die dafür kämpfen, dass Ägypten ein Land mit gleichen Rechten für alle wird.

Wer Außenpolitik als Realpolitik betreiben will, der muss auch akzeptieren, dass es sich bei den Akteuren in anderen Ländern nicht immer um Wunschpartner handelt. Die Akzeptanz von Ergebnissen freier Wahlen ist ein Grundpfeiler der Demokratie, auch wenn das Ergebnis im Einzelnen unangenehm ist.

Eine verantwortungsvolle Außenpolitik Deutschlands gegenüber Ägypten verlangt starke zivile Hilfe. Das Land braucht dringend finanzielle wie wirtschaftliche Unterstützung bei der Bekämpfung der Armut. Dieses Engagement darf nicht allein den Ölscheichs am Golf überlassen werden, die nicht nur Geld und Energie, sondern vor allem fragwürdige Gesellschaftsmodelle und Ideologien exportieren. In Ägypten müssen die diktatorischen Strukturen geschwächt und keinesfalls gestärkt werden. Waffenlieferungen sind konsequent auszuschließen. Starke Unterstützung durch die deutsche Außenpolitik sollte Ägypten auch in seiner zentralen Rolle im Nah-Ost-Friedensprozess erhalten, denn es ist von großer Bedeutung, wenn sich dieses Land für den Frieden zwischen Palästinensern und Israelis einsetzt.

Man braucht kein Prophet sein, um zu konstatieren, dass die innenpolitische Stagnation Ägyptens nicht von Dauer sein wird. Die Ideen des Arabischen Frühlings werden über kurz oder lang auch im Reich am Nil Fuß fassen. Auch dort ist eine demokratisch legitimierte Regierung notwendig, die die Menschenrechte akzeptiert und respektiert. Deutschland wäre gut beraten, die Ägypterinnen und Ägypter auf ihrem friedlichen Weg dorthin engagiert zu begleiten.

Ukraine

Sieg der Oligarchen. Präsident Poroschenko ist Brückenbauer allein für die Eliten

Von Lutz Brangsch, Referent am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, aus: www.rosalux.de, 6. August 2014

Auf bittere Art und Weise bestätigen sich in der Ukraine 100 Jahre nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs zwei Passagen aus dem Kommunistischen Manifest: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“ Und: „Vereinigte internationale Aktion ist eine der ersten Bedingungen der Befreiung des Proletariats.“ Der Bezugspunkt der Analyse sollte also nicht in Kiew oder Moskau liegen, sondern in den Schächten, Stahlwerken, Betrieben, Büros, sozialen Einrichtungen und Landwirtschaftsunternehmen der Ost- wie der Westukraine gleichermaßen. Niemand ist gleich ein „Putin-Versteher“, nur weil er oder sie sich nicht umstandslos gegen den russischen Präsidenten positioniert und simplen Antworten verweigert. Der Verzicht auf



die Bereitschaft zur Analyse, der mit der Beschimpfung zum Ausdruck kommt, ist beängstigend.

Für eine fundierte Bewertung braucht es schlicht Verständnis für die beteiligten Seiten und ihre Interessen. Dies galt schon für die Kriege um Nagorny Karabach oder in Jugoslawien. Schon auf dem Kiewer Majdan ging es nicht um „prorussisch“, „proukrainisch“ oder „prowestlich“. Dieser Kompass taugt zur Orientierung nicht. Die nationale Karte wurde von ukrainischer wie von russischer Seite gespielt, um die Grundlagen des Konfliktes zu verdecken.

Der Konflikt sei Resultat fehlender Reformen unter allen Regierungen der Ukraine, erläuterte bereits vor geraumer Zeit der eher konservative ukrainische Wissenschaftler Oleg Soskin. Wie auch Russland war die Ukraine Anfang der 1990er Jahre einer „Schocktherapie“ unterworfen, mit der auf einen Schlag die allseelig machende Marktwirtschaft durchgesetzt werden sollte. Die Art der Privatisierung ist die Wurzel der Macht der Oligarchen auf der einen Seite und des völlig unterentwickelten Sozialsystems sowie der fehlenden Handlungsfähigkeiten der Lohnabhängigen auf der anderen Seite. Wie auch für Russland entstand eine Verflechtung von Staat und Wirtschaft, die aus der alten Nomenklatura hervorging und durch spätere Reformen nicht aufgelöst werden konnte.

Hinter einer möglichen Assoziierung mit der EU stand sicher die Hoffnung, durch eine engere Anbindung eine Stabilisierung und Verbesserung der sozialen Lage zu erzwingen. Der Internationale Gewerkschaftsbund zählt die Ukraine zu den acht Ländern mit dem geringsten Schutz von Lohnabhängigen. Die vergebene Note „5+“ steht dafür, dass deren Rechte nicht garantiert sind. Mit den Auflagen des IWF ist eine Konservierung der potenziellen sozialen Spannungen programmiert. Die soziale Realität ist aber offiziell kein Thema. Kaum jemand fragt nach den Interessen derer, die in den gegenwärtigen Auseinandersetzungen nichts zu verlieren haben. Die linken Organisationen sind schwach und zersplittert. Es gibt praktisch keine institutionalisierten Beziehungen zu den Handelnden, so dass auch die Informationen aus den Aufstandsgebieten spärlich und unzuverlässig sind. Zudem werden sie in der angeblich neuen Ukraine verfolgt. So musste die Führung von Borotba dem Vernehmen nach das Land verlassen und ist bei Rückkehr von Sanktionen bedroht. Die Kommunistische Partei der Ukraine, die freilich nur bedingt zur Linken gezählt werden kann, steht kurz vor dem Verbot.

So können die Oligarchen (und nur sie) einen Krieg führen, in dem die Grenzen zwischen Nationalstolz, Nationalismus und Faschismus längst verschwimmen und die Brutalisierung von Sprache und Verhalten auf allen Seiten beängstigende Ausmaße angenommen haben. Auch wenn bei den Präsidentschaftswahlen offen faschistische Organisationen weitgehend erfolglos geblieben sind, scheint ihr Gedanken- gut weitläufig in die Gesellschaft eingedrungen zu sein. Es habe zwar keine faschistische Erziehung gegeben, aber der verinnerlichte und alltägliche Nationalismus befördere sehr wohl rechtsextreme Tendenzen, reflektiert eine Journalistin im Internet ihre Kindheit und Jugend in einer kleinbürgerlichen ukrainischen Familie. Oft wird die Existenz faschistischer Strömungen überhaupt bestritten. Sie lassen sich aber nicht leugnen in einem Land, in dem ein Nationalist und Nazi-Kollaborateur wie Stepan Bandera nach 1991 höchste Ehren erfuhr. Ein weiteres Beispiel ist die Symbolik

der neugeschaffenen Nationalgarde, die sich allzu deutlich am Hakenkreuz orientiert. In der Auseinandersetzung werden zudem Stereotype bedient, die aus Zeiten des Kalten Krieges stammen und diese noch übertreffen – etwa die Gleichsetzung von Putin und Hitler. Auf Facebook und in Blogs beschimpfen Intellektuelle die Aufständischen als „Lumpen“, die dem Oberlumpen Putin folgen, und als „Kartoffelkäfer“ wegen der Symbolik der gelb-schwarzen Bänder. Oppositionelle Ansichten werden in die Nähe psychischer Krankheit gestellt, wohingegen von ukrainischen „gesunden Kräften“ die Rede ist und der Ruf „Ruhm der Ukraine“ ertönt.

Diese Sprache und Argumentationsmuster werden auch von Russen verwendet, die den Konflikt benutzen wollen, um die Putinsche Politik in Russland selbst anzugreifen und ihre eigene Schwäche über die Dämonisierung ihres Kontrahenten zu kompensieren. Diese Seite ist nicht besser, wenn sie vom Schutz der Russen in der Ukraine spricht. In Russland selbst sind nationalistische Bewegungen im Aufwind. Mit dem Anschluss der Krim hat Russland einen geostrategischen Schachzug getan, der sich durch die Vorstöße des „Westens“ erklären lässt. Gleichzeitig stellt er einen Bruch der Garantien dar, die der Ukraine im Gegenzug zum Verzicht auf Atomwaffen aus sowjetischen Beständen gegeben wurden. Die Krimfrage wäre bei der Auflösung der UdSSR zu diskutieren gewesen. In dieser Atmosphäre überlagern sich historisch nachvollziehbare Faktoren mit archaischen Elementen, gegenseitige Verletzungen, innere und äußere Interessen und Widersprüche zu einem immer schwerer zu entwirrenden Geflecht.

Die wiederholten Ankündigungen der Kiewer Regierung, sie werde die Kriegshandlungen bis zur Niederwerfung der Aufständischen führen, vertiefen das Problem nur. Zumal der Stellenwert irregulärer Einheiten, der Nationalgarde und der Milizen gegenüber Armee und Polizei gestiegen zu sein scheint. Dazu kommen Einheiten, die Oligarchen wie Achmetow und Kolomoiski aufgestellt haben sollen, sowie offensichtlich auch Söldner privater Sicherheitsfirmen. Darüber hinaus zieht ein Bürgerkrieg auch Abenteuer an, die keine Beziehung zu den sozialen Konflikten haben. Die Berichte über das Einsickern russischer und tschetschenischer Kämpfer auf Seiten der Aufständischen sind völlig plausibel. Allerdings besagen wiederum die meisten Augenzeugenberichte, dass sie keineswegs das Geschehen dominieren. Auch die Liste der Regierungsmitglieder der Donezker Volksrepublik zeigt eher ein buntes Gemisch verschiedener Sozialisierungen statt institutionalisiertem Abenteuerertum. Allerdings finden sich darauf keine ArbeiterInnen. Gleichwohl fokussieren Verfassungsentwürfe für Gebiete der Ostukraine auf die „soziale Frage“. Welche Macht ihre Protagonist/-innen haben ist freilich unklar. Insofern es in der Debatte um die Überwindung einer sozialen Krise geht, wird die Eile verständlich, mit der Kiew sie durch Gewalt zu beenden sucht.

Auf der Internetseite rabkor.ru hat Dimitri Maschinnikow den neuen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko, der zuvor Minister in mehreren Regierungen war, als Brückenbauer zwischen dem Teil der Oligarchie bezeichnet, die mehr der EU und jenem, der mehr Russland zuneigt. Das ist machtpolitisch rational. Gewinner werden in dieser Konstellation rechte Politprofis sein – nach der Abrechnung, die dem Bürgerkrieg mit einiger Sicherheit folgen wird. Die Eskalation wird aufgrund der nationalistischen Komponenten



des Konflikts in einen langanhaltenden Nichtfrieden führen und zugleich alle Seiten demoralisieren. Es gibt aber auch kleine Hoffnungszeichen: Mütter von Soldaten protestierten im Juni vor dem Parlamentsgebäude in Kiew gegen den Krieg, im Donbass soll es eine erste größere Demonstration von Arbeiter/-innen für einen Frieden gegeben haben.

Putin reagiert. Warum der Westen an der Ukraine-Krise schuld ist

*Von John J. Mearsheimer, Politikwissenschaftler an der University of Chicago;
aus: „Foreign Affairs“, dt.: <http://www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/putin-reagiert-560/>*

Im Westen gilt es als gesichertes Erkenntnis, dass an der Ukraine-Krise maßgeblich die aggressive Haltung der Russen schuld ist. Der russische Präsident Wladimir Putin, so die gängige Argumentation, hat die Krim annektiert, weil er schon lange eine Wiederbelebung des Sowjetreichs im Sinn hatte, und wird womöglich auch den Rest der Ukraine und andere Länder Osteuropas ins Visier nehmen. Die Absetzung des ukrainischen Präsidenten Viktor Janukowitsch im Februar 2014 habe Putin lediglich den Vorwand dafür geliefert, russische Streitkräfte auf die Krim zu entsenden.

Doch diese Darstellung ist falsch: Die Hauptschuld an der Krise tragen die USA und ihre europäischen Verbündeten. An der Wurzel des Konflikts liegt die NATO-Osterweiterung, Kernpunkt einer umfassenden Strategie, die Ukraine aus der russischen Einflussphäre zu holen und in den Westen einzubinden. Dazu kamen die EU-Osterweiterung und die Unterstützung der Demokratiebewegung in der Ukraine durch den Westen, beginnend mit der Orangenen Revolution 2004. Seit Mitte der 1990er Jahre lehnen russische Staatschefs eine NATO-Osterweiterung entschieden ab, und in den vergangenen Jahren haben sie unmissverständlich klargemacht, dass sie einer Umwandlung ihres strategisch wichtigen Nachbarn in eine Bastion des Westens nicht untätig zusehen würden. Das Fass zum Überlaufen brachte der unrechtmäßige Sturz des demokratisch gewählten pro-russischen Präsidenten der Ukraine; Putin sprach zu Recht von einem „Staatsstreich“. Als Reaktion darauf annektierte er die Halbinsel Krim, auf der, wie er befürchtete, die Einrichtung einer NATO-Marinebasis geplant war, und betrieb die Destabilisierung der Ukraine, um sie von einer Annäherung an den Westen abzubringen.

Putins Gegenwehr kam eigentlich alles andere als überraschend. Immerhin war der Westen, wie Putin nicht müde wurde zu betonen, in den Hinterhof Russlands vorgedrungen und hatte dessen strategische Kerninteressen bedroht. Die politischen Eliten der USA und Europas trafen die Ereignisse nur deshalb unvorbereitet, weil sie der Logik des Realismus im 21. Jahrhundert kaum noch Bedeutung zumessen und davon ausgehen, dass sich die Einheit und Freiheit Europas mittels liberaler Prinzipien wie Rechtsstaatlichkeit, ökonomischer Interdependenz und Demokratie gewährleisten lassen. Doch dieses Konzept ging in der Ukraine nicht auf. Die dortige

Krise belegt, dass die Realpolitik durchaus noch relevant ist – und Staaten, die dies übersehen, es auf eigene Gefahr tun. Der Versuch US-amerikanischer und europäischer Politiker, die Ukraine in einen Stützpunkt des Westens direkt an der russischen Grenze zu verwandeln, ist gründlich misslungen. Nun, da die Konsequenzen unübersehbar sind, wäre es ein noch größerer Fehler, diese verhunzte Politik fortzusetzen.

Der Affront durch den Westen

Nach dem Ende des Kalten Krieges waren der sowjetischen Staatsführung ein Verbleiben der US-Streitkräfte in Europa und ein Fortbestand der NATO nur recht, weil sie in ihren Augen den Frieden mit einem wiedervereinigten Deutschland sicherten. Doch ein Wachsen der NATO wollten weder die Sowjets noch ihre russischen Nachfolger, und man ging davon aus, dass westliche Diplomaten das nachvollziehen konnten. Die Regierung Clinton sah das offenkundig anders und forcierte ab Mitte der 1990er Jahre die NATO-Osterweiterung.

In der ersten Erweiterungsrunde wurden 1999 die Tschechische Republik, Ungarn und Polen integriert. In der zweiten folgten 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Die Russen protestierten von Anfang an aufs Schärfste, waren damals jedoch zu schwach, um die NATO-Osterweiterung zu verhindern – die ohnehin nicht sonderlich bedrohlich wirkte, da abgesehen von den winzigen baltischen Staaten keines der neuen Mitgliedsländer an Russland grenzte.

Dann wanderte der Blick der NATO weiter nach Osten. Auf dem Gipfel 2008 in Bukarest beriet sie über eine Aufnahme Georgiens und der Ukraine. Die Regierung George W. Bush unterstützte das Vorhaben, Frankreich und Deutschland aber waren dagegen, weil sie fürchteten, Russland gegen sich aufzubringen. Am Ende einigten sich die NATO-Mitgliedsstaaten auf einen Kompromiss: Das Bündnis leitete keine formale Aufnahme-prozedur ein, sondern gab lediglich eine Erklärung ab, in der es die Bestrebungen Georgiens und der Ukraine begrüßte und rundheraus erklärte: „Diese Länder werden der NATO beitreten.“

Für Moskau war dieses Ergebnis alles andere als ein Kompromiss. Putin ließ wissen, die Aufnahme dieser beiden Länder in die NATO stelle für Russland eine „unmittelbare Bedrohung“ dar. Einer russischen Zeitung zufolge ließ Putin in einem Gespräch mit Bush durchblicken, „dass die Ukraine, sollte sie in die NATO aufgenommen werden, aufhören werde zu bestehen“.

Die russische Invasion Georgiens im August 2008 hätte jeden Zweifel an Putins Entschlossenheit, Georgien und die Ukraine am NATO-Beitritt zu hindern, ausräumen müssen. Doch ungeachtet dieser unmissverständlichen Warnung ließ die NATO nie offiziell von ihrem Ziel ab, Georgien und die Ukraine in das Bündnis aufzunehmen. Und im Jahr 2009 schritt die NATO-Osterweiterung mit der Aufnahme Albaniens und Kroatiens fort.

Auch die EU marschiert gen Osten. Im Mai 2008 beschloss sie ihre Initiative „Östliche Partnerschaft“, die in Ländern wie der Ukraine den Wohlstand fördern und sie in den EU-Wirtschaftsraum integrieren sollte. Wenig überraschend sieht die russische Staatsführung in dem Plan eine Bedrohung ihrer nationalen Interessen. Im vergangenen Februar, ehe Janukowitsch aus dem Amt gedrängt wurde, warf



der russische Außenminister Sergej Lawrow der EU vor, sie versuche, eine „Einflusssphäre“ in Osteuropa zu schaffen.

Ein weiteres Instrument des Westens zur Ablösung Kiews von Moskau ist schließlich das Lancieren westlicher Werte und die Förderung der Demokratie in der Ukraine und anderen postsowjetischen Staaten, häufig über die Finanzierung pro-westlicher Personen und Organisationen. Angesichts der Anstrengungen des Westens, gesellschaftliche Strukturen in der Ukraine zu beeinflussen, befürchtet die russische Staatsführung, ihr Land könnte als Nächstes dran sein. Und solche Befürchtungen sind durchaus nicht unbegründet. So schrieb der Präsident der US-Stiftung National Endowment for Democracy Carl Gershman im September 2013 in der Washington Post: „Die Annäherung der Ukraine an Europa wird den Niedergang der von Putin repräsentierten Ideologie des russischen Imperialismus beschleunigen.“ Und er fügte hinzu: „Auch die Russen stehen vor einer Entscheidung, und Putin findet sich womöglich auf der Verliererstraße wieder, nicht nur im nahen Ausland, sondern auch in Russland selbst.“

Die Herbeiführung einer Krise

Der Dreierpack politischer Maßnahmen des Westens – NATO-Osterweiterung, EU-Osterweiterung und Förderung der Demokratie – war die Nahrung für ein Feuer, das nur noch entzündet werden musste. Der Funke kam im November 2013, als Janukowitsch einem wichtigen Wirtschaftsabkommen, das er mit der EU verhandelt hatte, eine Absage erteilte und stattdessen ein Gegenangebot der Russen über 15 Milliarden Dollar annahm. Dieser Entscheidung folgten regierungsfeindliche Demonstrationen, in deren Verlauf bis Mitte Februar etwa hundert Demonstranten zu Tode kamen. Westliche Emissäre eilten nach Kiew, um die Krise zu lösen. Am 21. Februar unterzeichneten Regierung und Opposition eine Vereinbarung, nach der Janukowitsch bis zur Abhaltung von Neuwahlen im Amt bleiben sollte. Doch dieses Abkommen hatte keinen Bestand, und Janukowitsch floh schon tags darauf nach Russland.

Die neue Regierung in Kiew war pro-westlich und anti-russisch bis ins Mark; vier ranghohe Mitglieder können durchaus legitim als Neofaschisten bezeichnet werden. Die Rolle der USA ist zwar noch nicht in ihrer ganzen Tragweite bekannt, doch Washington hat den Staatsstreich offenkundig unterstützt. Victoria Nuland aus dem US-Außenministerium und der republikanische Senator John McCain nahmen an den regierungsfeindlichen Demonstrationen teil, und der US-Botschafter in der Ukraine Geoffrey Pyatt erklärte nach Janukowitschs Sturz, der Tag werde „in die Geschichtsbücher eingehen“. Wie einem öffentlich gemachten Telefonmitschnitt zu entnehmen ist, hatte Nuland einen Regimewechsel befürwortet und sich für den ukrainischen Politiker Arsenij Jazenjuk als Premierminister der neuen Regierung ausgesprochen, der es dann auch wurde. Kein Wunder, dass Russen aller politischen Couleurs glauben, der Westen habe bei Janukowitschs Amtsenthebung seine Finger im Spiel gehabt.

Für Putin war die Zeit gekommen, der Ukraine und dem Westen entgegenzutreten. Kurz nach dem 22. Februar befahl er den russischen Streitkräften, der Ukraine die Krim abzunehmen, die er bald darauf Russland einverleibte.

Als Nächstes setzte Putin die neue Regierung in Kiew massiv unter Druck, sich nicht im Schulterschluss mit dem

Westen gegen Moskau zu stellen, und machte deutlich, dass er eher die Staatsstruktur der Ukraine zerstören würde, als tatenlos dabei zuzusehen, wie sie zu einem Bollwerk des Westens vor Russlands Haustür wurde. Zu diesem Zweck stellt er seither den russischen Separatisten in der Ostukraine Berater, Waffen und diplomatische Unterstützung zur Verfügung, damit sie das Land in einen Bürgerkrieg treiben. Er zog an der ukrainischen Grenze eine große Armee zusammen und drohte mit einer Invasion, sollte die Regierung in Kiew gegen die Rebellen vorgehen. Zusätzlich hob er den Preis für die russischen Erdgaslieferungen an die Ukraine stark an und forderte die Zahlung bereits erfolgter Exporte. Putin kämpft mit harten Bandagen.

Diagnose russischer Politik

Putins Verhalten ist nicht schwer zu verstehen. Die Ukraine ist für Russland ein Pufferstaat mit enormer strategischer Bedeutung. Kein russischer Staatschef würde es hinnehmen, dass eine Militäralianz, die noch bis vor kurzem Moskaus Erzfeind war, in die Ukraine vorstößt. Auch würde kein russischer Staatschef untätig dabei zusehen, wie sich der Westen für die Einsetzung einer Regierung stark macht, die die Einbindung der Ukraine in den Westen betreibt.

Washington mag von der Position Moskaus nicht angetan sein, müsste aber die Logik dahinter begreifen. Das ist Geopolitik für Anfänger: Auf eine mögliche Bedrohung vor ihrer Haustür reagiert jede Großmacht empfindlich. Die Vereinigten Staaten würden es ja auch nicht hinnehmen, wenn ferne Großmächte ihre Streitkräfte in der westlichen Hemisphäre stationierten, geschweige denn an ihrer Grenze. Man stelle sich die Empörung in Washington vor, wenn China ein mächtiges Militärbündnis schmiedete und versuchte, Kanada und Mexiko dafür zu gewinnen.

Vertreter der USA und ihrer europäischen Verbündeten behaupten, sie hätten alles versucht, den Russen ihre Ängste zu nehmen; Moskau müsse doch begreifen, dass die NATO es nicht auf Russland abgesehen habe. Die Allianz hat in ihren neuen Mitgliedsstaaten nie dauerhaft Streitkräfte stationiert. Im Jahr 2002 gründete sie sogar den sogenannten NATO-Russland-Rat, um die Kooperation zu verbessern. In dem Bemühen, Russland weiter zu besänftigen, verkündeten die USA 2009, dass sie zumindest vorerst das neue Raketenabwehrsystem nicht auf tschechischem oder polnischem Gebiet, sondern auf Kriegsschiffen in europäischen Gewässern installieren würden. Doch keine dieser Maßnahmen fruchtete: Die Russen lehnten die NATO-Osterweiterung, insbesondere nach Georgien und in die Ukraine, weiter kategorisch ab. Aber schließlich entscheiden die Russen, nicht die westlichen Staaten, was Russland als Bedrohung wertet.

Um zu verstehen, warum der Westen und insbesondere die USA nicht merkten, dass ihre Ukraine-Politik den Boden für eine größere Kollision mit Russland bereitete, muss man in die Mitte der 1990er Jahre zurückgehen, als sich die Regierung Clinton erstmals für eine NATO-Osterweiterung aussprach. Experten trugen alle möglichen Argumente für und wider eine Erweiterung vor, doch gelangte man zu keinem Konsens. So sprachen sich in den USA beispielsweise die meisten europäischen Emigranten und ihre Familien nachdrücklich für eine Osterweiterung aus, damit die NATO Länder wie Ungarn und Polen beschützen konnte. Auch einige Vertreter des Realismus befürworteten sie, weil sie eine Ein-



dämmungspolitik gegenüber Russland noch für nötig hielten.

Die meisten Realismus-Vertreter lehnten jedoch eine Osterweiterung ab, weil eine im Niedergang begriffene Großmacht mit einer alternden Bevölkerung und einer ein-dimensionalen Wirtschaft ihrer Ansicht nach nicht mehr eingedämmt werden muss. Eine Osterweiterung, so fürchteten sie, könnte Moskau nur dazu verleiten, in Osteuropa Unruhe zu stiften.

Vertreter des Liberalismus, darunter viele hochrangige Mitglieder der Regierung Clinton, waren dagegen überwiegend für eine Erweiterung. Das Ende des Kalten Krieges hatte in ihren Augen die internationale Politik grundlegend verändert, und eine neue postnationale Ordnung hatte die in Europa bis dahin vorherrschende Logik des Realismus abgelöst. Die USA waren nicht nur eine „unentbehrliche Nation“, wie Außenministerin Madeleine Albright es formulierte; sie waren, so hieß es, auch ein gütiger Hegemon, den man in Moskau eher nicht als Bedrohung wahrnahm. Das Ziel war im Wesentlichen eine Angleichung des gesamten Kontinents an Westeuropa.

Daher förderten die USA und ihre Verbündeten nach Kräften die Demokratie in den osteuropäischen Ländern, eine stärkere wirtschaftliche Verflechtung und eine Verankerung dieser Länder in internationalen Institutionen. Nachdem der Liberalismus in der US-Debatte den Sieg davongetragen hatte, konnten die Amerikaner ihre europäischen Verbündeten ohne größere Schwierigkeiten von einer Unterstützung der NATO-Osterweiterung überzeugen. Angesichts der Errungenschaften der EU hingen die Europäer ja noch stärker als die Amerikaner der Vorstellung an, Geopolitik spiele keine Rolle mehr und eine allumfassende liberale Ordnung könne den Frieden in Europa sichern.

Die liberale Weltsicht ist in der US-Politik heute ein anerkanntes Dogma. So sprach Präsident Barack Obama im März in einer Rede über die Ukraine wiederholt von den „Idealen“, die hinter der Politik des Westens stünden und die „schon oft von einem älteren, eher traditionellen Machtverständnis bedroht wurden“. Die Folge ist, dass die USA und ihre Verbündeten unwissentlich eine schwerwiegende Krise um die Ukraine provoziert haben.

Im Grunde agieren die beiden Seiten nach unterschiedlichen Skripten: Putin und seine Landsleute orientieren sich in ihrem Denken und Handeln an den Geboten des politischen Realismus, während ihre westlichen Gegenspieler den Ideen des Liberalismus zur internationalen Politik anhängen.

Schuldzuweisungen an Putin

Die meisten westlichen Politiker weisen Putin die Schuld für die missliche Lage in der Ukraine zu. Der New York Times zufolge sprach Bundeskanzlerin Angela Merkel Putin im März die Vernunft ab, als sie Obama gegenüber erklärte, Putin lebe „in einer anderen Welt“. Putin hat zwar ohne Zweifel autokratische Tendenzen, doch nichts deutet auf eine Geistesstörung hin: Er ist ein erstklassiger Stratege, den jeder, der ihn außenpolitisch herausfordert, fürchten und ernst nehmen sollte.

Plausibler klingt die Erklärung anderer Beobachter, nach der Putin der alten Sowjetunion nachtrauert und ihren Untergang durch eine Ausdehnung der russischen Grenzen rückgängig machen will. Dieser Interpretation zufolge lotet Putin nach der Annexion der Krim derzeit aus, ob die Zeit für eine Okkupierung der Ukraine oder zumindest der Ostukrai-

ne reif ist, und wird er schließlich auch andere Nachbarländer Russlands ins Visier nehmen. In diesem Lager sieht manch einer Putin als modernen Adolf Hitler, und wer Abkommen mit ihm schließt, wiederholt den Fehler von München. Die NATO muss nach dieser Logik Georgien und die Ukraine aufnehmen und Russland eindämmen, ehe es seine Nachbarn beherrscht und Westeuropa bedroht.

Doch auch dieses Argument hält genauerer Betrachtung nicht stand. Wenn Putin auf die Schaffung eines Großrussland aus wäre, hätte es mit Sicherheit vor dem 22. Februar bereits Anzeichen dafür gegeben. Doch so gut wie nichts weist darauf hin, dass er damals schon eine Annektierung der Krim, geschweige denn anderer Gebiete der Ukraine im Auge hatte. Putins Vorgehen auf der Krim scheint eine spontane Reaktion auf den Sturz Janukowitschs gewesen zu sein. Ohnehin könnte Russland, selbst wenn es wollte, die Ostukraine nicht so ohne weiteres einnehmen und annektieren, und schon gar nicht das gesamte Land. Auch wenn Russland über eine mächtige Militärmaschinerie und eine leistungsstarke Wirtschaft verfügte, könnte es die Ukraine vermutlich nicht endgültig besetzen. Man denke nur an die Erfahrungen der Sowjetunion und der USA in Afghanistan, die der USA in Vietnam und im Irak und die der Russen in Tschetschenien, die deutlich machen, dass eine militärische Besetzung meist übel ausgeht. Putin muss bewusst sein, dass der Versuch, die Ukraine zu unterwerfen, in etwa so ist, als versuchte er ein Stachelschwein zu verschlucken. Seine Reaktion auf die dortigen Ereignisse ist bislang defensiv, nicht offensiv.

Ausweg aus dem Dilemma

Da die meisten westlichen Staatschefs nach wie vor leugnen, dass Putins Verhalten von legitimen Sicherheitsbedenken geleitet sein könnte, ist es nur folgerichtig, dass sie Russland durch eine Intensivierung ihrer bestehenden Politik zu beeinflussen und mit Strafen von weiteren Aggressionen abzuschrecken versuchen. John Kerry zufolge liegen zwar „alle Optionen auf dem Tisch“, doch weder die USA noch ihre NATO-Verbündeten sind bereit, die Ukraine unter Militäreinsatz zu verteidigen. Der Westen baut stattdessen auf Wirtschaftssanktionen, die Russland zwingen sollen, die Unterstützung des Aufstands in der Ostukraine einzustellen.

Solche Maßnahmen sind wenig effektiv. Harte Sanktionen sind vermutlich ohnehin vom Tisch. Westeuropäische Länder, insbesondere Deutschland, sehen davon ab, weil sie befürchten, dass sich Russland rächen und in der EU schweren wirtschaftlichen Schaden anrichten könnte. Doch auch wenn die USA ihre Verbündeten dazu brächten, drastische Maßnahmen zu ergreifen, würde Putin wohl nicht umlenken. Die Geschichte zeigt, dass Länder, die ihre strategischen Kerninteressen wahren wollen, auch schwerste Strafmaßnahmen hinnehmen. Warum sollte Russland eine Ausnahme von dieser Regel sein?

Zudem halten die westlichen Staatschefs ja an der provokativen Politik fest, die der Krise vorausging. Im April erklärte US-Vizepräsident Joseph Biden bei einem Treffen mit ukrainischen Abgeordneten: „Dies ist die zweite Gelegenheit, das von der Orangen Revolution gegebene Versprechen einzulösen.“ CIA-Direktor John Brennan machte die Sache nicht eben besser, als er im selben Monat Kiew einen Besuch abstattete, der nach Auskunft des Weißen Hauses eine Verbesserung der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit mit der ukrainischen Regierung zum Ziel hatte.



Die EU treibt derzeit ihr Projekt der „Östlichen Partnerschaft“ voran. Im März beschrieb der Präsident der Europäischen Kommission José Manuel Barroso die Haltung der EU gegenüber der Ukraine mit den Worten: „Wir stehen in der Schuld, haben eine Pflicht zur Solidarität mit diesem Land, und wir werden uns bemühen, es möglichst nah bei uns zu haben.“ Und tatsächlich unterzeichneten die EU und die Ukraine am 27. Juni das Wirtschaftsabkommen, das Janukowitsch sieben Monate zuvor so folgenreich abgelehnt hatte. Ebenfalls im Juni wurde auf einem Treffen der NATO-Außenminister vereinbart, dass die Allianz Neumitgliedern offen stehen werde; allerdings sahen die Außenminister davon ab, die Ukraine namentlich zu erwähnen. „Bei der NATO-Erweiterung hat kein Drittland ein Vetorecht“, erklärte NATO-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen. Die Außenminister einigten sich außerdem auf diverse Maßnahmen zur Stärkung des ukrainischen Militärs, etwa in den Bereichen Führung, Logistik und Cyberabwehr. Diese Entscheidungen haben die russische Führung natürlich abgeschreckt. Die Reaktion des Westens auf die Krise macht die Lage nur noch schlimmer.

Dabei gibt es für die Ukraine-Krise eine Lösung – für die der Westen allerdings seine Denkweise grundlegend revidieren müsste. Die USA und ihre Verbündeten müssten ihren Plan einer Verwestlichung der Ukraine aufgeben und stattdessen darauf hinarbeiten, dass das Land zu einem neutralen Pufferstaat zwischen der NATO und Russland wird, ähnlich wie Österreich im Kalten Krieg. Westliche Staatsoberhäupter müssten sich eingestehen, dass die Ukraine für Putin zu wichtig ist, als dass sie dort ein anti-russisches System unterstützen dürften. Das heißt nicht, dass die künftige ukrainische Regierung für Russland oder gegen die NATO sein müsste. Im Gegenteil sollte eine souveräne Ukraine weder im russischen noch im westlichen Lager angesiedelt sein.

Um das zu erreichen, müssten die USA und ihre Verbündeten eine NATO-Erweiterung sowohl nach Georgien als auch in die Ukraine offiziell ausschließen. Der Westen sollte zudem an der Ausarbeitung eines gemeinsam von der EU, dem Internationalen Währungsfonds, Russland und den Vereinigten Staaten finanzierten wirtschaftlichen Rettungsplans für die Ukraine mitwirken – ein Vorschlag, den Moskau sicherlich begrüßen würde, da ihm an einer prosperierenden und stabilen Ukraine in der Westflanke gelegen sein muss. Zudem sollte der Westen seine Bemühungen zur Beeinflussung gesellschaftlicher Strukturen in der Ukraine deutlich zurückfahren. Eine weitere Orangene Revolution dürfte nicht aus dem Westen unterstützt werden. Dennoch sollten die politisch Verantwortlichen in den USA und Europa die Ukraine darin bestärken, die Rechte von Minderheiten zu wahren, insbesondere die Sprachenrechte russischer Muttersprachler.

Man mag einwenden, dass ein Umschwenken in der Politik gegenüber der Ukraine zu diesem späten Zeitpunkt die Glaubwürdigkeit der USA in aller Welt schwer beschädigen würde. Es ist auch zu hören, dass die Ukraine das Recht hat, selbst zu entscheiden, mit wem sie sich assoziieren möchte, und dass die Russen kein Recht haben, Kiew an einer Annäherung an den Westen zu hindern. Eine solche Sicht ihrer außenpolitischen Optionen ist für die Ukraine gefährlich. Die traurige Wahrheit ist, dass im Kontext der Großmachtspolitik Macht häufig vor Recht geht. Abstrakte Rechte wie das auf

Selbstbestimmung sind weitgehend bedeutungslos, wenn mächtige Staaten mit schwächeren aneinander geraten. Hatte Kuba das Recht, im Kalten Krieg eine Militärallianz mit der Sowjetunion einzugehen? Die USA waren mit Sicherheit anderer Meinung, und ähnlich bewerteten die Russen die Hinwendung der Ukraine zum Westen. Es liegt im Interesse der Ukraine, diesen Tatsachen ins Auge zu sehen und im Umgang mit dem mächtigeren Nachbarn Vorsicht walten zu lassen.

Selbst wenn man diese Beurteilung nicht teilt und die Meinung vertritt, die Ukraine habe ein Recht darauf, eine Aufnahme in die EU und die NATO anzustreben, haben die USA und ihre europäischen Verbündeten doch auch das Recht, dieses Ansinnen auszuschlagen. Der Westen muss der Ukraine durchaus nicht entgegenkommen, wenn sie sich auf eine fehlgeleitete Außenpolitik versteift, zumal, wenn ihre Verteidigung nicht von grundlegendem Interesse ist. Den Träumen einiger Ukrainer nachzugeben, ist es nicht wert, die Feindseligkeiten und Streitigkeiten, die daraus besonders für das ukrainische Volk erwachsen, in Kauf zu nehmen.

Russland ist eine absteigende Macht und wird mit der Zeit nur noch schwächer werden. Doch auch wenn es eine aufsteigende Macht wäre, hätte es keinen Sinn, die Ukraine in die NATO einzugliedern. Der Grund dafür ist einfach: Die Ukraine zählt für die USA und ihre europäischen Verbündeten nicht zu den strategischen Kerninteressen; das belegt die mangelnde Bereitschaft, ihr militärisch zu Hilfe zu eilen. Die Aufnahme eines neuen NATO-Mitglieds, das die anderen Mitglieder nicht zu verteidigen bereit sind, wäre jedoch der Gipfel der Torheit. Bisher wurde die NATO erweitert, weil die Allianz nach liberaler Weltsicht ihre neuen Sicherheitsgarantien nie einlösen müssen. Doch das jüngste russische Machtspiel belegt, dass Russland und der Westen auf Kollisionskurs geraten würden, sollte die Ukraine NATO-Mitglied werden.

Eine Fortführung der derzeitigen Politik würde auch in anderen Bereichen die Beziehungen des Westens zu Moskau belasten. Die Vereinigten Staaten brauchen die Hilfe Russlands, um ihre militärische Ausrüstung durch russisches Gebiet aus Afghanistan abzutransportieren, ein Atomabkommen mit dem Iran abzuschließen und die Lage in Syrien zu stabilisieren. Moskau hat Washington in allen drei Bereichen schon geholfen. Auch für die Eindämmung eines aufsteigenden Chinas werden die USA noch russische Unterstützung benötigen. Die derzeitige US-Politik treibt Moskau und Peking jedoch nur näher zusammen.

Die USA und ihre europäischen Verbündeten stehen in der Ukraine-Frage vor einer Entscheidung. Sie können ihre aktuelle Politik fortführen und so die Feindseligkeiten mit Russland verschärfen und die Ukraine zu Grunde richten – ein Szenario, aus dem alle Beteiligten als Verlierer hervorgehen würden. Oder sie können umsteuern und eine wohlhabende, aber neutrale Ukraine anstreben, die keine Bedrohung für Russland darstellt und es dem Westen erlaubt, seine Beziehungen zu Moskau zu kitten. Mit einem solchen Ansatz würden alle Seiten gewinnen.

Memorandum für: Bundeskanzlerin Angela Merkel

Von: Veteran Intelligence Professionals for Sanity (VIPS)

Thema: Ukraine und NATO

Aus: <http://www.coleenrowley.com>

Auf einer Pressekonferenz in Berlin am Donnerstag, dem 4. September 2014 stellte der ehemalige CIA-Mitarbeiter Ray McGovern einen offenen Brief der Gruppe VIPS (Pensionierte Nachrichtendienst-Experten für den gesunden Menschenverstand) an Bundeskanzlerin Angela Merkel in Vorbereitung auf den NATO-Gipfel vor. Es folgt der Wortlaut des Dokuments:

Wir, die Unterzeichner, sind langjährige Veteranen der US-Nachrichtendienste. Wir unternehmen den außergewöhnlichen Schritt, diesen offenen Brief an Sie zu schreiben, um Ihnen Gelegenheit zu geben, vor dem NATO Gipfel am 4. und 5. September Einblick in unsere Sicht der Dinge zu bekommen.

Es ist beispielsweise wichtig für Sie zu wissen, dass Anschuldigungen hinsichtlich einer großangelegten russischen Invasion in der Ukraine offenbar nachrichtendienstlich nicht zuverlässig gesichert sind. Vielmehr scheint die „Intelligence“ von derselben politisch festgelegten Art zu sein, mit der vor 12 Jahren der Angriff auf den Irak „gerechtfertigt“ wurde. Wir sahen damals keine glaubwürdigen Beweise für Massenvernichtungswaffen; wir sehen jetzt keine glaubwürdigen Beweise für eine russische Invasion. Vor 12 Jahren verweigerte der damalige Kanzler Schröder in Anbetracht der vagen Hinweise auf irakische Massenvernichtungswaffen die Teilnahme am Angriff auf den Irak. Unserer Ansicht nach sollten Sie Anschuldigungen des US-Außenministeriums und von NATO-Vertretern hinsichtlich einer Invasion Russlands in der Ukraine mit angemessenem Misstrauen begegnen.

Präsident Barack Obama versuchte am gestrigen Tage, die Rhetorik seiner eigenen führenden Diplomaten sowie der kommerziellen Massenmedien abzukühlen, als er die jüngsten Vorgänge in der Ukraine mit den Worten beschrieb: „... eine Weiterführung dessen was in den letzten Monaten geschehen ist ... nicht wirklich eine Änderung“.

Obama hat jedoch nur schwache Kontrolle über die politischen Entscheidungsträger in seiner Regierung, die leider über keinen nennenswerten Sinn für Geschichte verfügen, keine Erfahrungen mit Kriegen haben und Politik mit anti-russischen Ressentiments verwechseln. Vor einem Jahr wäre es „Falken“ unter den Vertretern des US-Außenministeriums beinahe gelungen, Obama zu einem großangelegten Angriff auf Syrien zu bewegen – wiederum basiert auf „nachrichtendienstlichem“ Material, das im besten Fall zweifelhaft war.

Vor allem, weil jetzt vermehrt Nachrichtendienstmeldungen hervorgehoben werden, auf die man sich scheinbar verlässt und die wir für gefälscht halten, denken wir, dass die Wahrscheinlichkeit einer Eskalation der Kampfhandlungen über die Grenzen der Ukraine hinaus in den letzten Tagen erheblich gestiegen ist. Wichtiger aber ist: Wir sind überzeugt, dass diese wahrscheinliche Entwicklung vermieden werden

kann – angesichts der gesunden Skepsis, die Sie und andere führende Politiker Europas zum NATO Gipfel in der kommenden Woche mitbringen.

Erfahrungen mit der Unwahrheit

Es bleibt zu hoffen, dass Ihre Berater Sie auf die durchwachsene Bilanz hinsichtlich der Vertrauenswürdigkeit des NATO Generalsekretärs Anders Fogh Rasmussen hingewiesen haben. Uns scheint, als würden Rasmussens Reden nach wie vor regelmäßig in Washington geschrieben. Dies war mehr als deutlich am Tag vor der US-geführten Invasion im Irak, als er in seiner Funktion als dänischer Premierminister vor seinem Parlament erklärte:

„Irak hat Massenvernichtungswaffen. Das ist nicht etwas, das wir lediglich vermuten. Wir wissen es.“

Bilder können mehr sagen als tausend Worte. Wir haben erhebliche Erfahrungen mit der Sammlung, Analyse und Berichterstattung zu jeder Art von Satellitendaten und anderem Bildmaterial sowie mit anderen nachrichtendienstlichen Quellen. Es soll hier ausreichen, deutlich zu machen, dass die am 28. August von der NATO veröffentlichten Bilder eine sehr fadenscheinige Grundlage dafür bilden, Russland eine Invasion in der Ukraine vorzuwerfen. Traurigerweise haben sie starke Ähnlichkeit mit den Bildern, die am 5. Februar 2003 von Colin Powell vor der UN gezeigt wurden und die ebenfalls nichts bewiesen.

An eben jenem Tag warnten wir Präsident Bush, dass unsere ehemaligen Analysten-Kollegen „zunehmend verstört über die Politisierung der Nachrichtendienste“ waren. Wir sagten ihm geradeheraus, dass „Powells Präsentation nicht annähernd einen Grund bietet“, der einen Krieg rechtfertigen würde. Wir mahnten Mr. Bush „die Diskussion ... über den Kreis jener Berater hinaus zu erweitern, die klar einen Krieg anstreben, für den wir keinen überzeugenden Grund sehen, und dessen unbeabsichtigte Konsequenzen vermutlich katastrophal sein würden.“

Betrachten Sie Irak heute. Schlimmer als katastrophal. Obwohl Präsident Wladimir Putin bisher beträchtliche Zurückhaltung im Ukraine-Konflikt gezeigt hat, halten wir es für erforderlich, daran zu erinnern, dass Russland ebenfalls zu „Shock and Awe“ [dt.: Furcht und Schrecken] in der Lage ist. Wenn auch nur die kleinste Wahrscheinlichkeit besteht, dass derlei aufgrund der Ukraine Europa betreffen könnte, sollten nüchtere Führungspersonen dies sehr sorgfältig bedenken.

Wenn die von der NATO und den USA freigegebenen Fotos den besten verfügbaren „Beweis“ für eine russische Invasion darstellen, verstärkt dies unseren Verdacht, dass aktuell erhebliche Anstrengungen unternommen werden, um für den NATO-Gipfel Argumente zu verstärken, auf deren Grundlage Maßnahmen verabschiedet werden sollen, die Russland mit Sicherheit als Provokation ansehen wird. Sie sind zweifelslos vertraut mit dem Ausdruck „Caveat Emptor“ [dt.: Gewährleistungsausschluss, ohne Garantie]. Hier sei hinzugefügt, dass man allem, was Mr. Rasmussen oder selbst Außenminister Kerry zu verkaufen versuchen, mit äußerster Vorsicht begegnen sollte.

Wir vertrauen darauf, dass Ihre Berater Sie hinsichtlich der Ukraine-Krise seit Anfang 2014 auf dem Laufenden gehalten haben und auch darüber, welche Graus eine mögliche NATO-Mitgliedschaft der Ukraine für den Kreml ist. Laut einem Telegramm vom 1. Februar 2008 der US-Botschaft in



Moskau an die damalige Außenministerin Condoleeza Rice (veröffentlicht von WikiLeaks), wurde US-Botschafter William Burns zu Außenminister Sergej Lawrow gerufen, der ihm Russlands starken Widerstand gegen eine NATO-Mitgliedschaft der Ukraine erläuterte. Lawrow warnte besonders vor „Befürchtungen, dass das Thema das Land entzweien und zu Gewalt führen könnte oder sogar, wie manche behaupten, zu einem Bürgerkrieg, der Russland dazu zwingen würde, über eine Intervention nachzudenken.“ Burns gab seinem Telegramm den ungewöhnlichen Titel „NJET heißt NJET: RUSSLANDS ROTE LINIEN ZUM THEMA NATO-ERWEITERUNG“. Er schickte es mit *höchster* Priorität nach Washington. Nur zwei Monate später verabschiedeten die NATO-Führer auf ihrem Gipfel in Bukarest eine offizielle Erklärung, in der es hieß, dass „Georgien und die Ukraine in der NATO sein werden.“

Erst gestern erklärte der ukrainische Ministerpräsident Arseni Jazenjuk bei Facebook, dass er mit Unterstützung des Parlaments darum nachgesucht hat, den Weg zu einer NATO-Mitgliedschaft offen zu halten. Jazenjuk war nach dem Staatsstreich am 22. Februar 2014 Washingtons erste Wahl für das Amt des Ministerpräsidenten. „Jaz ist unser Mann“ sagte die stellvertretende Außenministerin Victoria Nuland einige Wochen vor dem Putsch in einem abgehörten Telefongespräch mit dem US-Botschafter in der Ukraine, Geoffrey Pyatt. Vielleicht erinnern Sie sich: Es war dasselbe Gespräch, in dem Nuland sagte: „F*ck die EU.“

Zum Zeitpunkt der russischen „Invasion“

Die gängige Sicht, die noch vor wenigen Wochen von Kiew verbreitet wurde, lautete, im Kampf gegen die regierungsfeindlichen Föderalisten, der als Säuberungsaktion dargestellt wird, hätten die ukrainischen Truppen die Oberhand gewonnen. Aber dieses Bild einer Offensive stammt fast vollständig von offiziellen Regierungsquellen in Kiew. Es gab nur sehr wenige Berichte, die unmittelbar aus der Südost-Ukraine kamen. Einer, in dem der ukrainische Präsident Petro Poroschenko zitiert wurde, ließ jedoch Zweifel an den Darstellungen der Regierung aufkommen.

Laut „Pressestelle des Präsidenten der Ukraine“ vom 18. August 2014 ordnete Poroschenko eine „Umgruppierung der an der Militäraktion beteiligten ukrainischen Einheiten im Osten des Landes“ an. „... Heute müssen wir eine Neuordnung der Kräfte, die unser Territorium verteidigen, sowie fortgesetzte Bodenoffensiven vornehmen.“ Das sagte Poroschenko und fügte hinzu „Wir müssen unter den neuen Umständen einen neuen Militäreinsatz in Betracht ziehen.“

Falls mit den „neuen Umständen“ der erfolgreiche Vormarsch der ukrainischen Regierungskräfte gemeint war, weshalb sollte es dann nötig sein, die Kräfte „umzugruppieren“ und „neu zu ordnen“? Etwa zur selben Zeit begannen Quellen vor Ort von einer ganzen Reihe erfolgreicher Angriffe der regierungsfeindlichen Föderalisten auf die Regierungskräfte zu berichten. Laut diesen Quellen waren es die Regierungstruppen, die schwere Verluste erlitten und an Boden verloren – weitgehend aufgrund von Ungeschick und mangelhafter Führung.

Zehn Tage später, als sie eingekesselt waren und/oder sich zurückzogen, war mit der „russischen Invasion“ eine vorbereitete Ausrede gefunden. Exakt in diesem Augenblick wurden die verschwommenen Aufnahmen der NATO veröffentlicht, und Reporter wie Michael Gordon von der New YorkTimes wurden von der Leine gelassen, um zu verbreiten:

„Die Russen kommen“. (Michael Gordon war einer der lautstärksten Propagandisten, die den Krieg gegen den Irak gefordert hatten).

Keine Invasion – aber reichlich andere russische Unterstützung

Die regierungsfeindlichen Föderalisten in der südöstlichen Ukraine erfreuen sich erheblicher lokaler Unterstützung, zum Teil aufgrund der Artillerie-Angriffe von Regierungstruppen auf dicht besiedelte Ballungszentren. Und wir vermuten, dass russische Unterstützung über die Grenze geflossen ist, einschließlich – und das ist von erheblicher Bedeutung – ausgezeichneter Gefechtsfeldaufklärung. Allerdings ist alles andere als klar, dass diese Unterstützung zu diesem Zeitpunkt auch Panzer und Artillerie umfasste – hauptsächlich weil die Föderalisten besser geführt wurden, um Regierungstruppen festzusetzen.

Gleichzeitig haben wir keinerlei Zweifel daran, dass die Panzer kommen werden, falls und wenn die Föderalisten sie benötigen.

Genau dies ist der Grund, weshalb die Situation eine gemeinsame Anstrengung für einen Waffenstillstand erfordert, den, wie Sie wissen, Kiew bisher hinausgezögert hat. Was muss an diesem Punkt unternommen werden? Nach unserer Ansicht muss Poroschenko und Jazenjuk klargemacht werden, dass eine NATO-Mitgliedschaft nicht auf dem Tisch liegt und dass die NATO keinerlei Interesse an einem Stellvertreterkrieg mit Russland hat – insbesondere nicht zur Unterstützung der zusammengewürfelten ukrainischen Armee. Anderen NATO-Mitgliedern muss das ebenfalls gesagt werden.

Für die Lenkungsgruppe der Veteran Intelligence Professionals for Sanity (Pensionierte Nachrichtendienst-Experten für den gesunden Menschenverstand):

- William Binney, ehemaliger technischer Direktor für geopolitische & militärische Analyse, NSA; Mitbegründer, SIGINT Automation Research Center (i. R.)
- Larry Johnson, CIA und Außenministerium (i. R.)
- David MacMichael, National Intelligence Council (i. R.)
- Ray McGovern, ehemaliger US Army Infanterie/Nachrichtendienstoffizier und CIA-Analyst (i. R.)
- Elizabeth Murray, stellvertretender National Intelligence Officer im Mittleren Osten (i. R.)
- Todd E. Pierce, MAJ, US Army Judge Advocate (zurückgetreten)
- Coleen Rowley, Abteilungsanwältin & Special Agent, FBI (i. R.)
- Ann Wright, Oberst der US-Armee (i. R.); Foreign Service Officer (zurückgetreten)



„Die Faschisten und Rechten kamen nicht aus Odessa“

Gespräch mit Oleg Musyka. Über „Prorusen“ und „Separatisten“ in der Ukraine, die Anti-Maidan-Bewegung und das Massaker am 2. Mai in seiner Heimatstadt. Interview: Arnold Schölzel; aus: junge welt, 23. August 2014

Oleg Musyka ist Mitglied der ukrainischen Partei Rodina und war Aktivist der Anti-Maidan-Bewegung auf dem Platz Kulikowo Polje in Odessa, deren Zeltstadt am 2. Mai von Neofaschisten zerstört wurde. Dabei kamen nach offiziellen Angaben über 40 Menschen um. Gegenwärtig begleitet er als Augenzeuge eine Fotoausstellung mit Bildern vom Brand des Gewerkschaftshauses in Odessa und dem Massaker an diesem Tag durch Europa.

● **Als russischsprachiger Ukrainer sind Sie für die meisten deutschen Medien ein „Prorusse“. Dieses Wort hört man hier gegenwärtig in jeder Nachrichtensendung. „Prorusse“ zu sein ist schon schlimm, noch schlimmer ist aber der „prorussische Separatist“. Sind Sie einer?**

Odessa hat eine sehr lange Geschichte. Sie geht zurück auf die Zarin Katharina II., die 1794 anwies, die Stadt in der Nähe einer eroberten osmanischen Festung anzulegen, und auf Fürst Grigori Alexandrowitsch Potjomkin. Er hatte schon für die Besiedlung des 1765 gegründeten Gouvernements Neurussland gesorgt. Odessa ist aber nicht prorussisch, es ist einfach Odessa oder odessitisch, wenn ich das so sagen darf. Russisch ist die Muttersprache der Bevölkerung von Odessa. Und russisch ist auch die Kultur der Stadt. Sie geht zurück auf Dichter wie Alexander Puschkin und Michail Lermontow, auf russische Maler und ihre Bilder und auf russische Filme wie „Panzerkreuzer Potjomkin“, dessen berühmteste Szenen in Odessa spielen. In Odessa ist eine eigene russische Kultur gewachsen.

Was den Odessaern schwer im Magen liegt, ist das Wort Separatist. Wenn wir auch da in die Geschichte zurückgehen wollen, müssten wir mit dem 30. November 2013 beginnen und dem Kiewer Maidan. Dann wären die Leute aus dem westukrainischen Gebiet Iwano-Frankowsk die ersten Separatisten. Denn als die Ereignisse auf dem Maidan nicht die von ihnen gewünschte Richtung nahmen, erklärten der Bürgermeister der Stadt und der Gouverneur des Bezirks, dass dieser aus der Ukraine austritt, und sie hissten auf dem Rathaus von Iwano-Frankowsk die EU-Flagge.

In Kiew ging es im November 2013 um die Konfrontation mit Präsident Wiktor Janukowitsch. Der Südosten der Ukraine hielt sich zunächst zurück, denn die soziale und ökonomische Politik seiner Regierung wurde in den Landesteilen unterschiedlich aufgenommen. Man sah dort das Hauptproblem nicht im Verhältnis zu diesem Präsidenten. Als sich die politische Ausrichtung auf dem Maidan im Februar 2014 drehte und diejenigen durch einen bewaffneten Putsch, einen Militärputsch an die Macht kamen, die sie jetzt haben, änderte sich alles. Denn das, was die EU-Vertreter mit Janukowitsch vereinbart hatten, wurde nicht eingehalten. Diese neuen Kräfte hatten keine wirtschaftlichen Angebote für die gesamte Ukraine. Sie arbeiteten allein mit Ideologie und den Massenmedien. Es passierten solche Dinge, dass vier Abgeordnete der Partei Swoboda in das Büro des Chefredakteurs

des ersten Programms des ukrainischen Fernsehens eindrangen, ihn verprügelten, als „verfluchten Moskowiter“ titulierten und ihm vorwarfen, er lasse ständig russische Filme ausstrahlen. Sie zwangen ihn vor laufender Kamera, sein Entlassungsgesuch zu schreiben. Die Bevölkerung im Osten und Süden des Landes hat das als Angriff auf sich selbst betrachtet.

Am zweiten oder dritten Tag des Machtwechsels nahm die Rada (das Parlament – jW) den Beschluss zur Veränderung des Status der russischen Sprache an. Ab diesem Zeitpunkt warteten die Menschen im Osten und Süden nur noch auf die nächsten Schritte, die die Regierung gegen sie unternehmen würde. In fast allen großen Städten dort – Odessa, Nikolajew, Mariupol, Lugansk, Charkow, Dnepropetrowsk usw. – fanden Manifestationen der Bevölkerung statt, auf denen nur eine Frage gestellt wurde: Was habt ihr mit uns vor? Die Antwort der neuen Politiker war: Russisch könnt ihr in eurer Küche sprechen, aber wenn ihr aus dem Haus geht, sprecht ihr Ukrainisch. So kam es dazu, dass viele im Osten und Süden in der Westukraine nur noch Faschisten sahen, obwohl es dort natürlich vernünftige Menschen gibt.

Da die neue Macht zu keinem Dialog mit uns bereit war, haben wir Forderungen aufgestellt, über die in einem Referendum entschieden werden sollte. Das war erstens: Wohin soll sich die Ukraine wirtschaftlich orientieren – in Richtung EU oder in Richtung auf die Zollunion von Rußland, Kasachstan und Belarus? Zweitens: Föderalisierung. Wir erklärten, wenn ihr eine andere Ideologie habt als wir, dann wollen wir größere Autonomie, aber die Ukraine als Staat soll erhalten bleiben. Behaltet in der Westukraine euren Stepan Bandera (1909 – 1959, ukrainischer Nationalist und Nazikollaborateur, in der Westukraine als Held verehrt und mit zahlreichen Denkmälern geehrt – jW), wenn ihr der Meinung seid, dass er das Land einst geeint hat. Wir in der Ostukraine müssen aber die Erlaubnis haben, Georgi Schukow (1896 – 1974, sowjetischer Marschall – jW), Nikolai Watutin (1901 – 1944, sowjetischer Armeegeneral – jW) und andere Helden des Großen Vaterländischen Krieges zu ehren. Das dritte war: Wir verlangten, dass Russisch in der Ukraine den Status einer zweiten Amtssprache erhält.

Kiew hat es abgelehnt, uns überhaupt anzuhören. Daraufhin kam es zu den Ereignissen auf der Krim.

● **Sind diese Forderungen offiziell in Kiew vorgetragen worden und wenn ja, von wem?**

Die Kommunistische Partei der Ukraine hatte schon im Mai 2013 ein Referendum verlangt. Wir haben unsere Forderungen an die Abgeordneten der Kreis- und Bezirksparlamente zur Weiterleitung nach Kiew übergeben. Von anderen Parteien in der Rada erhielten wir keine Unterstützung, sie orientierten sich möglichst rasch um. Das bedeutete, dass unsere Forderungen im wesentlichen von sozialen Bewegungen thematisiert wurden. Ich persönlich habe mich in einer Livesendung des Odessaer Fernsehens an die Kiewer Regierung und die dortigen Medien gewandt, besonders an einen sehr bekannten Showmoderator, der große Schuld an der Spaltung der Ukraine hat. Ich habe ihm angeboten, in seiner Sendung aufzutreten und dort unsere Forderungen darzulegen. Die einzige Reaktion war, dass einer unserer Aktivisten vom Kulikowo Polje, dem Zeltlager der Anti-Maidan-Demonstranten vor dem Gewerkschaftshaus in Odessa, vom Geheimdienst SBU verhaftet wurde. Er ist jetzt gerade freigelassen worden.



● **Wie entstand die Bewegung vom Kulikowo Polje?**

Die Ereignisse in Kiew haben die antifaschistischen Kräfte verschiedener Organisationen in Odessa zu einem Treffen veranlasst. Dort wurde vereinbart, die Zeltstadt auf diesem Platz im Stadtzentrum zu organisieren. Ähnliche Initiativen gab es bereits in Donezk, Charkow und anderen Großstädten des Südens und Ostens. Odessa hat wenig Industrie, das ist der Grund, warum es wesentlich schwieriger ist als in den anderen Städten, eine Massenbewegung zu organisieren. Die einzelnen Organisationen übernahmen die nötigen Arbeiten: Die einen hatten Zelte, die anderen eine Beschallungsanlage, einige kümmerten sich um die Küche, andere um die sanitären Einrichtungen.

● **Wann war das ungefähr?**

Das war unmittelbar nach dem 22. Februar, nach dem Umsturz in Kiew. Wir hatten vereinbart, an jedem Sonntagabend eine Volksversammlung auf dem Kulikowo Polje durchzuführen. Finanziert wurde das Lager aus Spenden der Bevölkerung. Zu Beginn kamen etwa 1 000 Teilnehmer. Diese Zahl stieg stetig von 2 000 über 5 000 bis auf 10 000, an der größten Demonstration beteiligten sich 25 000 Menschen. Das ist für eine Stadt wie Odessa, in der das Leben sehr gemächlich verläuft, obwohl sie eine Million Einwohner hat, sehr viel. Man hat uns dann prorussische Bestrebungen vorgeworfen, weil bei einigen unserer Veranstaltungen russische Fahnen zu sehen waren. Dort waren allerdings nicht nur diese, sondern auch die Kasachstans und die von Belarus zu sehen, also von Mitgliedstaaten der Zollunion.

● **Gab es schon vor dem 2. Mai Angriffe auf die Zeltstadt?**

Es gab einige Konfrontationen und Auseinandersetzungen, zum Beispiel am 10. April, dem Jahrestag der Befreiung Odessas von der faschistischen Besatzung, aber das war alles nicht schwerwiegend. Wenn ich durch die Stadt ging, wurde ich manchmal beschimpft und die Leute vom Odessaer „Euro-Maidan“ wurden umgekehrt auch von unseren Demonstranten beschimpft. In Odessa gab es aber nicht viele Anhänger der Nationalisten. Deswegen haben sich die Behörden eine Aktion ausgedacht. Sie organisierten am 2. Mai in Odessa ein Ligafußballspiel zwischen Tschernomorz Odessa und FK Metallist Charkow. Dazu brachten sie viele Fußballfans aus anderen Städten nach Odessa. Ich habe selbst am Bahnhof gesehen, dass ganze Sonderzüge ankamen.

● **War Ihnen klar, dass an diesem Tag eine besondere Gefahr bestand?**

Es gab Anzeichen. Bereits am 30. April war Andrij Parubij, der ehemalige Chef des Kiewer Maidan, und spätere Sekretär des Nationalen Sicherheitsrates (geb. 1971, Anfang der 90er Jahre Mitbegründer der faschistischen Sozialnationalen Partei der Ukraine, des Vorläufers der heutigen Regierungspartei Swoboda, jW), in Odessa aufgetaucht. Er ließ an 200 ehemalige Kämpfer vom Maidan, die mit ihm oder kurz nach ihm ankamen, schussichere Westen verteilen und sie mit Schilden, Helmen und Knüppeln ausrüsten.

● **Das heißt, die Atmosphäre in der Stadt änderte sich?**

Sie heizte sich auf. Am 2. Mai passierte zum Beispiel folgendes: Gegenüber vom Gewerkschaftshaus am Kulikowo Polje steht das Haus der Gebietsregierung. Auf ihm war eine Überwachungskamera angebracht, die aber an diesem Tag um acht Uhr morgens abgebaut wurde. Bis gegen zwölf Uhr fuhr zweimal größere zivile Limousinen auf den Platz und

hielten zur Beobachtung an. In ihnen saßen Mitarbeiter des SBU. Das wissen wir deswegen, weil die Milizionäre, die dort standen, bei der Abfahrt strammstanden.

Alle diese Kräfte, die man nach Odessa gebracht hatte – die Fußballfans und die Maidan-Kämpfer – versammelten sich auf dem Domplatz – etwas weiter weg von uns. Zu ihnen stießen die Mitglieder einer Jugendorganisation, die zunächst bei uns mitgemacht hatten, aber zwei Tage vor dem 2. Mai verschwanden. Sie zogen nun plötzlich auch zum Domplatz, so dass dort 3 000 Leute versammelt waren. Sie erhielten alle rote Armbinden. Es gab unter ihnen einen Konflikt, bei dem ein Nationalist sein Leben verlor. Wichtig ist: Alles, was ich schildere, wurde live im Fernsehen übertragen. Dadurch entstand in der Bevölkerung die Stimmung: „Wir müssen dahingehen, um etwas zu tun“. Auch einige Demonstranten vom Kulikowo Polje gingen wegen des Rummels zum Domplatz. Ich selbst war auf unserem Areal und versuchte, die Leute davon abzuhalten, dorthin aufzubrechen. Da bei uns zu dieser Zeit ein Popkonzert stattfand, war der Platz ziemlich voll.

Aber die reißerischen Berichte in den Medien führten dazu, dass sich die Stimmung bei uns aufheizte. Dann traten einige führende Leute der anderen Seite in Odessa auf dem Domplatz auf und erklärten der Menge, an allem, was in der Stadt schief laufe, seien die Demonstranten vom Kulikowo Polje schuld. Die 3 000 sollten sich aufmachen und sie von dort vertreiben. Die Menge setzte sich in Bewegung, begleitet von Polizei. Wir erhielten sofort Anrufe von aufgeregten Verwandten und Freunden, die uns durchgaben, was sie im Fernsehen sahen: Die Kolonne hatte Knüppel, aber auch Schusswaffen, und sie schleppte Kisten mit Molotowcocktails. Viele flehten uns an, vom Kulikowo Polje zu verschwinden.

● **Warum taten Sie das nicht?**

Heute ist diese Frage berechtigt. Aber meine erste Antwort lautet: Wir haben nicht erwartet, dass jemand in Lebensgefahr gerät, sondern dachten, es werde höchstens eine Prügelei geben. Zweitens: Wir sind Einwohner Odessas, aber die Faschisten und Rechten in diesem Zug, kamen von woanders. Und das Gewerkschaftshaus war für uns so etwas wie die Festung Brest zu Beginn des Überfalls auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941 (sowjetische Soldaten kämpften dort bis Ende Juli 1941 – jW). Wir dachten nie daran, dass unser Leben dort in Gefahr ist, sondern glaubten, dass wir wenigstens etwas Widerstand leisten könnten.

Wir haben aber rasch gemerkt, dass es ihnen nicht reichte, das Zeltlager zu zerstören. Sie wollten die Bürger von Odessa und vor allem die Demonstranten auf dem Kulikowo Polje im Sinne des Wortes zu Tode erschrecken. Das Ziel war, wenn nicht alle umzubringen waren, dann sollten so viele wie möglich sterben. Odessa sollte nie wieder wagen, gegen sie Widerstand zu leisten. Weder die Polizei, die mit 200 Mann in der Nähe war, noch die Feuerwehr, die 500 Meter entfernt war, unternahmen etwas.

● **Sie flohen ins Gewerkschaftshaus und haben überlebt. Wie war das möglich?**

Ich habe das Haus selbst mit verteidigt. Wir versuchten, die Türen zu verbarrikadieren, damit die Angreifer nicht hineinkamen. Das Gewerkschaftshaus ist ein altes sowjetisches Gebäude, in dem vorne Büros und dahinter lange Gänge sind. Von draußen wurden dann Brandbomben hineingeworfen, das heißt Armeemunition im Format 30 mal zehn Zenti-



meter. Das waren Granaten, die einen dunkelgelben Qualm entwickelten, der von oben nach unten strömte und Schwefel enthielt. Dieser bewirkt nach zwei bis drei Atemzügen faktisch Lungenstillstand, man erstickt. Die Polizei behauptete später, Ursache der Erstickungen sei der Rauch des Feuers gewesen, aber ich kenne mich damit etwas aus. Außerdem: Solcher Rauch steigt nach oben, dieser fiel nach unten.

● **Wie haben Sie geschafft zu entkommen?**

Die meisten Büros waren verschlossen und die Leute mussten über die Gänge flüchten, die meisten Opfer lagen später auf den Treppen. Ich bin entkommen, weil es mir gelang, in der dritten Etage eine Bürotür einzutreten zusammen mit zwei jüngeren Leuten und einem 75-jährigen Mann. Wir öffneten in dem Raum die Fenster, beugten uns hinaus oder stellten uns auf die Fenstersimse und bekamen auf diese Weise Luft.

Wir riefen unsere Verwandten und Freunde an und die wiederum sagten uns, dass sie ständig mit Polizei, Feuerwehr und der dringenden medizinischen Hilfe telefonierten. Aber es brannte und brannte, auch nach einer Stunde tauchte nichts vor dem Haus auf. Wären die Hilfsdienste nach zehn oder 15 Minuten dagewesen, hätten noch viele Menschen gerettet werden können. So dachten wir alle, dass unsere letzte Stunde geschlagen hat und verabschiedeten uns telefonisch von unseren Verwandten und Freunden.

Schließlich kam die Feuerwehr mit einer Leiter und zwei Löschfahrzeugen – für ein riesiges brennendes Gebäude. Als ein Feuerwehrmann über die Leiter zu uns hochgeklettert kam, befahl er uns nicht etwa kategorisch, sofort rauszukommen, sondern fragte höflich, ob wir herunter wollten. Wir sagten nein, weil wir sahen, was die unten auf dem Platz mit denen anstellten, die aus dem Haus flüchten konnten. Der Feuerwehrmann sah das auch und kletterte wortlos wieder hinunter.

Während all dieser Geschehnisse gab es weder Strom noch Wasser im Haus. Als gegen 22 Uhr wieder ein Feuerwehrmann erschien und fragte, ob wir raus wollten, schoben wir den älteren Herrn, der inzwischen durch herabfallende Deckenteile am Kopf verletzt war, hinaus. Wir dachten, dass ihm angesichts seines Alters nichts passieren würde. Wir anderen drei blieben.

Als sich später der Rauch etwas verzogen hatte, riet ich den anderen beiden, das Haus zu verlassen. Ich selbst bin geblieben, weil ich wusste, dass mein Bruder noch im Gebäude war. Aber wir hatten den Kontakt verloren, und ich wollte ihn suchen. Ich habe meine Handybeleuchtung eingeschaltet und durchwanderte alle Etagen von der zweiten bis zur fünften. Deswegen habe ich die meisten der Opfer in den Räumen, auf den Gängen und Treppen mit eigenen Augen gesehen. Ich habe in ihre Gesichter geschaut, manche hatten geöffnete Augen, und in diesen Stunden ist mir klar geworden: Ich muss am Leben bleiben, um etwas zu tun. Mein Bruder lag verletzt im Krankenhaus, ihm musste ein Bein zum Teil amputiert werden.

Dann ging das Licht an, und mir wurde klar, dass die Nationalisten inzwischen im Gebäude waren. Die haben gesehen, dass ich nicht zu ihnen gehörte, denn ich war im Unterschied zu ihnen völlig schwarz vom Ruß. Vor einer Abrechnung rettete mich nur, dass die Miliz mich sofort festnahm, mich mit anderen zu einem Revier brachte und dort verhörte. Das Urteil stand bereits fest. Um vier Uhr morgens

am 3. Mai wurden wir in Zellen gesperrt und später vor Ermittler und Untersuchungsrichter geschleppt, die von uns verlangten, wir sollten Geständnisse unterschreiben. Am 4. Mai, am Sonntag, hatten wir das Glück, dass die Odessaer das Verwaltungsgebäude der Stadt stürmten und besetzten. Unter dem Druck dieses Ereignisses entschied die Miliz, uns laufenzulassen. Bis zum 22. Mai konnte ich noch in der Stadt bleiben, traf mich mit Journalisten, schrieb selbst Artikel und sprach mit vielen Leuten. Aber auf meiner Arbeitsstelle und vor meinem Wohnhaus tauchten Nationalisten auf, und es war klar, dass ich die Ukraine verlassen musste, weil ich dort nichts mehr bewirken konnte. So haben wir die kleine „Gruppe 2. Mai“ gebildet, deren Mitglieder durch Europa reisen, um von dieser Tragödie zu berichten und über das, was heute in der Ukraine geschieht. Und wir zeigen die Fotoausstellung.

● **Wie viele Menschen hatten sich in das Gebäude geflüchtet?**

Das hat mich die Polizei auch gefragt. Meine Antwort: In dem Haus waren mindestens 450 Menschen, etwa 150 kamen mit Verletzungen in Krankenhäuser, 116 wurden festgenommen, und wir schätzen, dass etwa 50 flüchten konnten. Ich sagte dem Polizisten: „Aus den Zahlen können Sie selbst errechnen, wie viele umgekommen sind, nach unserer Schätzung waren es zwischen 100 und 150 Menschen“. Darauf sagte er nichts und zuckte nur mit den Schultern.

● **Laufen Ermittlungen?**

Es gibt drei Untersuchungskommissionen: eine unabhängige aus Odessaer Journalisten, eine zweite aus Abgeordneten des Bezirksparlaments und drittens den Untersuchungsausschuss der Rada in Kiew. Ergebnisse gibt es aber bis heute nicht. Das gilt auch für die Ermittlungen durch Miliz und Geheimdienst.

● **Können Sie sich nach einem solchen Verbrechen und nach dem Bürgerkrieg in der Ukraine ein Zusammenleben in einem Staat vorstellen?**

Das hängt nicht von mir oder von uns ab, sondern zum Beispiel von Präsident Petro Poroschenko. Er hat allerdings nach der Eroberung von Slawjansk durch seine Armee festgestellt, in der Stadt hätten „Untermenschen“ gekämpft. Auf solcher Basis wird ein Zusammenleben sehr schwer.



Die Macht in der Mitte Europas

Zur deutschen Außenpolitik im 21. Jahrhundert

Von Erhard Crome, Referent für Friedens- und Sicherheitspolitik am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Als die Mauer fiel und die deutsche Vereinigung vollzogen wurde, hofften viele Menschen in den beiden Deutschländern auf eine gute und vor allem friedliche Zukunft. Heute stehen deutsche Truppen am Hindukusch und an der türkischen Grenze, versehen Aufgaben einer „Schutztruppe“ in verschiedenen Provinzen Südosteuropas, die von der NATO bzw. der EU kontrolliert werden, und deutsche Kriegsschiffe sind auf den Weltmeeren unterwegs. Deutschland ist wieder die Zentralmacht Europas, dominiert die Europäische Union und wurde zu einer geo-ökonomischen Macht mit globalen Interessen. Die Hoffnungen auf ein dauerhaft verfriedlichtes Deutschland wurden getäuscht. Die Redereien des Bundespräsidenten, des Außenministers und der derzeit für das Kriegswesen zuständigen Ministerin von „mehr Verantwortung“ für dieses Deutschland zielen darauf, die Kriegsbereitschaft der hiesigen Bevölkerung weiter zu befördern. Der antirussischen Kampagne des Jahres 2014 ist dabei eine herausragende Rolle zuwiesen.

Das Nationsproblem

Die deutsche Vereinigung von 1990 als proklamierte schließliche Lösung der „deutschen Frage“ hatte das Thema Nation wieder auf die Tagesordnung der europäischen Politik gebracht. Sie war seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges und unter den Bedingungen des Kalten Krieges suspendiert. Selbst der kluge Sebastian Haffner hatte noch 1987 in der deutschen Zweistaatlichkeit die abschließende Antwort auf die deutsche Frage gesehen.¹ Zwei Jahre später wurde diese von der Geschichte widerrufen und mit der deutschen Vereinigung neu beantwortet.

Sie hat einen neuen Zyklus national-konstituierender Prozesse in Europa eröffnet, der mit dem Zerfall der Sowjetunion, Jugoslawiens und der Tschechoslowakei, den Kriegen um Bosnien und den Kosovo sowie um Südossetien und Abchasien seine Fortsetzung fand. Angesichts der Forderungen nach Lostrennung Schottlands von London sowie Kataloniens von Madrid ist heute festzustellen, dass dieser Zyklus sein Ende noch nicht gefunden hat und nicht auf den Osten Europas begrenzt geblieben ist. Dabei haben auch Nationen ihre Selbständigkeit errungen, die nie selbständig waren und nicht über einen eigenen Staat verfügten.

Die vielzitierte Annahme von rechtzeitigem im Unterschied zu „verspäteten“ Nationen muss daher als widerlegt angesehen werden. Das betrifft dann allerdings auch die auf Helmuth Plessner zurückgehende Vorstellung von der „verspäteten Nation“ der Deutschen.² Die wurde jedoch schon in Zeiten der deutschen Zweistaatlichkeit in ihrem Kern wissenschaftlich infrage gestellt.³ Der Historiker Hans Rothfels hatte Ende der 1950er Jahre die Spezifik der deutschen Na-

tionsbildung anders erklärt. Er unterschied einen westeuropäischen „Nationalitätsbegriff“, der objektiv und politisch bestimmt war, und einen subjektiven, „östlichen ethnisch-kulturellen Nationalitätsbegriff“ – dieser Unterschied kehrte in den Nations- und Nationalstaatsbildungen nach 1990 auf die europäische Bühne zurück. Die deutsche Spezifik ergab sich nach Rothfels daraus, dass sich in Mitteleuropa „das objektive und das subjektive Prinzip der Nationalität [...] überkreuzten“. „Die gleiche Nation, die das eine Prinzip, das objektive, im Westen und gegen den Westen anrief, wo Teile von ihr durch einen anderen Staat assimiliert worden waren (wo etwa die deutschsprachigen Elsässer sich zur französischen Staatsnationalität bekannten), rief das andere, das subjektive, im Osten und gegen den Osten an, wo sie selbst eine staatsbildende und assimilierende Wirkung ausgeübt hatte.“⁴

Dessen ungeachtet war die These von der „verspäteten Nation“ zu einem Dreh- und Angelpunkt der westdeutschen Staatsideologie erklärt worden, die die „Westbindung“ der alten BRD ideologisch grundieren sollte. So meinte der Politologe Kurt Sontheimer: „Gibt man die These vom deutschen Sonderweg als notwendigen Bestandteil des politischen Bewusstseins dieser Bundesrepublik auf [...], dann bricht man dem deutschen politischen Bewusstsein der Epoche nach dem Zweiten Weltkrieg gewissermaßen das Rückgrat.“⁵

Nachdem die Herrschenden und Regierenden dieses Landes sowie ihre Ideologen in der Epoche nach der deutschen Vereinigung auf eine „Normalisierung“ der deutschen Geschichte (verbunden mit ritualisierten Schuldbekennnissen in Bezug auf die Ermordung der europäischen Juden und neuerdings die nazistischen Mordtaten in Polen bei gleichzeitiger Relativierung deutscher Schuld und Verantwortung für die Ermordung von Millionen Menschen aus der Sowjetunion und Serbien) und einen neuen Hegemonialdiskurs umgeschaltet haben, suchen etliche linke Kritiker ihr Heil in einer Fortschreibung des bürgerlichen Officialdiskurses der Vor-Wendezeit, statt die gründlich veränderten Verhältnisse auf neue Weise zu kritisieren. Das schließt die Fortschreibung überkommener anti-deutscher bzw. anti-nationaler Ideologeme mit ein.

Der Prozess der Bildung von Nationen und der dazu gehörigen Staaten, der mit der Unabhängigkeit der USA im Jahre 1776 und der französischen Revolution von 1789 seinen Anfang nahm, ist längst nicht zum Abschluss gekommen und setzt sich auch im 21. Jahrhundert fort. Sie sind nicht einfach als retrogrades Moment einer Geschichte abqualifiziert, die sich längst auf globalisierte Verhältnisse zu bewegt. Vielmehr stehen Globalisierung, Nationen- und Nationalstaatsentwicklung sowie Regionalisierung (im Sinne von regionalem Bezug unterhalb der Ebene der Nation bzw. des Nationalstaates) in einem Wechselverhältnis zueinander, das sich miteinander kommunizierend verhält und zugleich durchaus spannungsgeladen ist.

Dieses Wechselverhältnis spielt auch innerhalb der Europäischen Union eine zentrale Rolle. Wenn sich andere „große“ EU-Staaten, die dem Wesen nach multinational sind, wie Großbritannien oder Spanien, in ihre Bestandteile zerlegen, die direkt Brüssel unterstehen ohne die Zwischenstufe London oder Madrid, wird Deutschland als Zentralmacht der Europäischen Union strukturell in der Tendenz stärker.

Die „deutsche Frage“

Schon am Beginn des 20. Jahrhunderts schien dies das deutsche Dilemma zu sein, ähnlich dem des alten Reiches bis zum Westfälischen Frieden von 1648: Deutschland größer und an Ressourcen reicher als jeder andere europäische Staat (abgesehen von Russland), aber schwächer als die anderen europäischen Staaten zusammen; vermeintlich zu groß, um sich einfach einzureihen in das wirtschafts- und machtpolitische Tagesgeschäft; nicht groß genug, die anderen Staaten und Nationen in der Tat dominieren zu können. In diesem Sinne war die „deutsche Frage“ für die Deutschen immer die Frage ihrer Einheit und war mit der staatlichen Vereinigung von 1990 erledigt, blieb für die anderen Staaten und Völker Europas aber die Frage nach dem Schutz vor Deutschland bzw. vor seiner Dominanz auf dem Kontinent.

Es gibt jedoch eine dritte Dimension der deutschen Frage, die Wilhelm Röpke nach dem Zweiten Weltkrieg betont hatte. Die erste Auflage seines Buches erschien im Sommer 1945 und war im Hinblick auf das Nachkriegs-Europa geschrieben. Grundannahme ist, dass eine europäische Friedensordnung die Lösung der deutschen Frage einschließen müsse. Die stellt er allerdings anders, als es gemeinhin getan wird. Im Vorwort zur ersten Auflage schreibt Röpke: „Es ist die deutsche Frage, die bereits Generationen beschäftigt hat und nun durch den Nationalsozialismus und seinen Zusammenbruch in ihrer letzten und schärfsten Form aufgeworfen worden ist.“⁶ Die Naziherrschaft analysiert er als besonders verbrecherische Form totalitärer Machtausübung. Nach deren Zerschlagung gelte: „Die Zukunft Europas hängt davon ab, dass es endlich nach diesem Kriege gelingt, das zu erreichen, was drei Generationen bisher verfehlt haben, nämlich Deutschland wieder in Europa einzugliedern und so auf diesem organischen Wege der friedlichen Integration Europa gegen Deutschland wie Deutschland gegen sich selbst zu schützen. Wir wissen, dass Europa mit einem kranken Deutschland in seiner Mitte dem endgültigen Ruin ausgeliefert ist, und niemand kann sich darüber täuschen, dass Europa Deutschland nicht entbehren kann, wenn es sich heute in der Welt behaupten soll.“ (S. 15)

Unter dieser Perspektive musste die „Lösung“ der deutschen Frage darin bestehen, die innere Verfasstheit des Landes dauerhaft zu verändern, einzusehen, „dass die Deutschen nach dem fürchterlichen Zusammenbruch des Bismarckschen Werkes den Rock des Reiches wiederauftrennen und neu schneiden müssen“ (S. 109). So unterscheidet Röpke einen „deutschen Geschichtsstrom“, der durch ein Gleichgewicht von Zentralgewalt und regionalen Gliedern geprägt war (S. 163), und einen „preußischen Geschichtsstrom“, der durch Junkerherrschaft, eine schwach entwickelte Stadtentwicklung und den starken preußischen Staat charakterisiert war, gepaart mit einem Mangel an Zivilcourage und falschem Pflichtbewusstsein. Nach 1866 hört Deutschland zu existieren auf, und an seine Stelle tritt „ein Großpreußen“ (S. 203), das 1871 zum Reich wird und den Rahmen für eine eigenartige, rasche Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft abgibt.

Röpke hält nach 1945 drei „Revolutionen“ für notwendig: eine moralische, eine politische und eine wirtschaftlich-soziale. Der Kern der politischen Revolution sollte die Auflösung des Bismarckreiches und die Schaffung einer Konföderation autonomer Länder auf der Grundlage einer gemeind-

lichen und regionalen Selbstverwaltung sein (S. 255). Dabei sollten die preußischen Gebiete „nicht mehr als gleichen Rang mit Bayern, Hannover oder Württemberg haben“ (S. 330). Die Wirtschaft sollte als soziale Marktwirtschaft auf neuer Grundlage entwickelt werden. Dieses Röpke'sche Programm ist mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland, ihrem föderativen Aufbau und dem Grundgesetz realisiert und mit der deutschen Vereinigung 1990 auf ganz Deutschland erstreckt worden (auch wenn es in wirtschaftlicher und außenpolitischer Hinsicht viel einheitlicher ist, als Röpke vorschwebte).⁷ In diesem Sinne ist Deutschland heute – im Unterschied zu allen Phasen im 19. und bis Mitte des 20. Jahrhunderts – „nur von demokratischen Verbündeten umgeben, die dem Land wohlgesinnt sind“.⁸ Dieser Zustand ist in der und mit der Europäischen Union institutionalisiert. So existiert die deutsche Frage, wie Röpke sie stellte, nicht mehr.

Aber damit ist sie in dem ursprünglichen Sinne, wie sie sich für die anderen Europäer stellt, dennoch nicht gelöst. Mit anderen Worten: Auch unter der Voraussetzung parlamentarisch-demokratischer Verfassungsordnungen, des Schutzes der Grundrechte und des bürgerlichen Rechtsstaates in Deutschland wie in den europäischen Nachbarstaaten steht die deutsche Frage wieder neu als Frage nach einer deutschen Dominanz oder Hegemonie in Europa. Sie ist nun vor allem von der ökonomischen und politischen Verfasstheit der EU abhängig.

Neue Hegemonie

Seit dem Ausgang aus der Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008 wird in Teilen des deutschen Bürgertums eine Debatte um neue deutsche Hegemonie in Europa geführt.⁹ Im Berliner Tagesspiegel hieß es: „So groß die Angst vor einer deutschen Hegemonie in Europa ist, so groß sind gleichzeitig die Erwartungen an Berlin, und die sind beileibe nicht nur finanzieller Art. Alle erwarten, dass Deutschland handelt, sowohl seine politische Führungsrolle in Europa als auch seine finanzielle Verantwortung für Europa wahrnimmt.“¹⁰

Derartige Positionierungen zeigen dreierlei:

1. Eine deutsche Hegemonie in Europa wird zwanzig Jahre nach der deutschen Vereinigung für völlig normal gehalten und als Faktum, nicht als Ziel in den Blick genommen.
2. Die wirtschaftliche Kraft Deutschlands wird als Grundlage seiner hegemonialen Stellung angesehen, die Herausforderung selbst jedoch als politische akzentuiert.
3. Einigkeit besteht darin, dass die Finanz- und Wirtschaftskrise eine Veränderung dahingehend gebracht hat, dass Deutschland in diese dominierende machtpolitische Rolle eingerrückt ist.

Der schon zitierte Simms kritisierte die fehlende Bereitschaft deutscher Politik, die NATO rasch weiter auszudehnen – gemeint sind ein baldiger Beitritt der Ukraine und Georgiens, dem sich Deutschland 2008 versagt hatte – und Russland als Bedrohung anzusehen. Polemisch könnte man sagen: Die Frage, russische Rohstoffe mittels deutscher Truppen zu erlangen, ist vor Stalingrad abschließend beantwortet worden. Für eine geoökonomische Macht mit globalen Interessen ist eine dauerhafte und stabile Partnerschaft mit Russland günstiger als militärische Abenteuer. Erst in den jetzigen Auseinandersetzungen um die Ukraine hat sich dies in gewissem Grade verändert. Die Nichtbeteiligung am Libyen-Krieg passt in dieses Bild – gemeint ist die direkte Kriegsbe-



teilung; im Rahmen der NATO-Kommandostruktur und bei der Unterstützung der NATO-Truppen mit Munition und Nachschub war Deutschland beteiligt. Dennoch sollte man auf der symbolischen Ebene der Politik diese Nichtbeteiligung und die damalige Enthaltung der Merkel-Regierung bei der Abstimmung im UNO-Sicherheitsrat nicht unterschätzen.

Nicht nur in Teilen der deutschen politischen Klasse, auch bei Beobachtern, die die deutsche Politik unter einer angelsächsischen Perspektive betrachten (und da ist Simms kein Einzelfall), wird beides immer wieder moniert und nach größeren Zusammenhängen gefragt. Vieles wird an Bundeskanzlerin Angela Merkel festgemacht. Zu den Besonderheiten des Bundestagswahlkampfes 2013 gehörte eine Welle von Büchern, die das „Phänomen“ der Kanzlerin enthüllen wollten. Eines stammte aus der Feder der irischen Journalistin Judy Dempsey, die in Berlin lebt und für die US-amerikanische Carnegie-Stiftung arbeitet. Im Grunde schreibt Dempsey über dieses jetzige Deutschland, die tatsächliche Entwicklung und Politik, die die herrschenden Kräfte dieses Landes durchgesetzt haben.¹¹ Am Ende heißt es fragend: „Ist es möglich, eine Frau wie Merkel zu verstehen? Die Antwort auf diese Frage fällt ebenso wenig eindeutig aus wie die Frage, ob es möglich ist, Deutschland zu verstehen. Angela Merkel ist eine kluge, mächtige, von tiefen Widersprüchen geprägte Frau, die vieles erreicht und noch mehr liegen gelassen hat. Sie passt zu Deutschland, diesem Land, das sich seiner Geschichte, seiner Zukunft und seiner Rolle in der Welt, seiner Macht und seiner Möglichkeiten immer wieder vergewissern muss.“ (S. 190) Wie bei Simms, der von mangelndem Gespür sprach, wird auch hier von fehlenden Perzeptions- oder Verständnisfragen geredet und nicht angenommen, dass es um eine von den USA oder Großbritannien zu unterscheidende Lageeinschätzung und Interessenwahrnehmung geht.

Was aber, wenn diese „Vergewisserung“ hinter dem Rücken des Auslands und der hiesigen Bevölkerung längst erfolgt ist? Dempsey beschreibt Politikfelder und Gegenstandsbereiche, so die Europapolitik, das Verhältnis zu den USA, Deutschlands Ostpolitik, das Verhältnis zu Israel, ein angeblich gestörtes Verhältnis zum Militär, innenpolitisches Versagen in der Integrations- und Familienpolitik, Merkels Energiewende und schließlich den anhaltenden außenpolitischen Konflikt „zwischen Interessen und Werten“. Überall wird Merkel unterstellt, sie zögere – nur in einer Sondersituation, wie sie mit Fukushima vorlag, läuft sie plötzlich und unerwartet zu großer Entscheidungsform auf, die Chancen jedoch würden ungenutzt bleiben.

Aber ist denn dies eine zutreffende Tatsachenbeschreibung? Im ersten Kapitel geht es um eine „Europapolitik ohne Leidenschaft“. Die Autorin stellt richtig fest: „Tatsächlich hat die Euro-Krise die Verhältnisse in Europa umgestürzt. Deutschland ist zur Vormacht aufgestiegen: Von Berlins Ja oder Nein hängt das wirtschaftliche Überleben der Krisenstaaten ab.“ (S. 13) Dann aber meint Dempsey, Merkel habe „eine technokratische, fast ahistorische Sicht auf die Europäische Union“, die sie mit Merkels Herkunft aus der DDR erklärt; deshalb habe sie keine „emotionale Bindung an das europäische Projekt“ (S. 26). „Der Reflex zur Solidarität in Europa scheint ihr fremd zu sein. Sie wird vom politisch Notwendigen getrieben und lässt sich nicht von Mitgefühl leiten.“ (S. 29) Wenn General Motors das Opel-Werk in Bo-

chum schließt, geht es auch nicht um Mitgefühl. Insofern hat das alles mit der DDR-Biographie nichts zu tun, wohl aber mit dem Charakter der EU: Entweder ist sie ein Solidarverbund der europäischen Staaten und Völker oder es geht um die Vormacht Deutschlands in diesem Gefüge. Beides gleichzeitig geht nicht. Merkel dient Letzterem.

Im USA-Kapitel nennt Dempsey die Vereinigten Staaten den „ungeliebten großen Freund“ (S. 38) und schreibt: „Einer der rätselhaftesten Aspekte deutscher Außenpolitik ist das Fehlen jeglichen strategischen Denkens in Bezug auf die Weltmacht Nummer eins, die Vereinigten Staaten von Amerika“. Auch dies lastet sie dann wieder Merkel an: „Warum lässt Angela Merkel zu, dass sich dieses wichtige Verhältnis immer mehr abkühlt?“ Hier wird wiederum etwas personalisiert, das eigentlich im Charakter der heutigen Verhältnisse begründet liegt. Aus Sicht der heute in diesem Lande herrschenden Kräfte liegt die strategische Zukunft Deutschlands gerade nicht in einem engen „Bündnis“ mit den USA, sondern in der Distanz zu dem zu erwartenden Scheitern einer gewaltförmigen Weltpolitik, wie sie die USA verkörpern. Mit ihrer tendenziellen Schwächung im Weltgefüge reagieren die USA zunehmend gefährlicher. Dempsey beschreibt zutreffend die strategischen Rohstoffabkommen, die Deutschland mit China, der Mongolei, Kasachstan und anderen Ländern abgeschlossen hat. Genau das entspricht den Interessen einer „geo-ökonomischen Macht mit globalen Interessen“. Die hat man nicht als Junior-Partner einer absteigenden Weltmacht – große Mächte, und das gilt inzwischen auch wieder für Deutschland, haben keine Freunde, sondern nur Interessen. Das schließt das Interesse an einer transatlantischen Freihandelszone nicht aus, würden doch dann auch die USA einem überstaatlichen Regime unterworfen.

Am Ende dieses Kapitels meint Dempsey: „Sollte die Regierung Merkel allerdings tatsächlich der Meinung sein, mit den transatlantischen Beziehungen sei alles in Ordnung, dann belügt sie sich selbst. Die einzige andere Erklärung ist, dass die Kanzlerin und ihre Minister nicht verstanden haben, welche Auswirkungen die geostrategischen Veränderungen der letzten Jahre auf Europa haben werden.“ (S. 64) Die Antwort auf diese Mutmaßungen müsste wahrscheinlich heißen: Den politischen Entscheidungsträgern in Berlin ist bewusst, dass mit den „transatlantischen Beziehungen“ nicht alles in Ordnung ist; die USA neigen weiter dazu, unberechenbare Kriege mit katastrophalem Ausgang zu führen, Spannungen anzuzetteln und Unsicherheiten in der internationalen Politik zu schaffen. Als geo-ökonomische Macht, deren Interessen vor allem in Europa und Asien liegen, hat man dagegen Interessen, die auf Ausgleich und Berechenbarkeit zielen. Da aber Deutschland nun mal in der NATO und in diesem „transatlantischen Verbund“ ist, gilt es, der Vormacht – solange sie das ist – keinen Vorwand zu machtpolitischen Demonstrationen gegen die eigenen Positionen zu liefern, diese ruhig zu stellen, und ansonsten die eigenen Interessen zu verfolgen. So erklärt sich denn auch die von Dempsey wiederholt monierte Zurückhaltung Deutschlands bei der Beschimpfung Chinas und – bis zur Ukraine-Auseinandersetzung – auch Russlands.

Schließlich behauptet die Autorin: „In ihrer Zeit als Kanzlerin hat es keine Standortbestimmung für Deutschlands Platz in der Welt gegeben.“ (S. 188) Was aber, wenn der heutige Standort die Standortbestimmung ist? Deutschland hat zwei Weltkriege geführt, um Beherrscher Europas zu werden,



und beide verloren. Jetzt ist es faktisch – wenn auch mit Einschränkungen – Hegemon. Die USA bestanden darauf, dass Deutschland bei seiner Vereinigung 1990 in der NATO bleibt, um es weiter kontrollieren zu können. Jetzt spielt die NATO im Verhältnis beider nicht mehr diese Rolle, soll jedoch auf Grundlage wechselseitiger Interessen beibehalten werden.

Es wäre unklug für eine deutsche Regierung, die die Interessen der geo-ökonomischen Macht umsetzt, offen zu sagen: wir wollen die EU hegemonial dominieren, uns von den USA nichts mehr vorschreiben lassen, mit China, Russland und allen anderen großen Mächten auf Augenhöhe reden und weltweit unsere Geschäfte machen. Deshalb wird okkasionell, je nach Ort und Zeit das Angebrachte gesagt, aber nicht, dass die deutsche Weltgeltung der eigentliche Zielpunkt ist. Auch das Militärische – selbst bei Umbau der Bundeswehr zu einer „Armee im Einsatz“¹² – ist den geo-ökonomischen Interessen beigeordnet und kein Zweck an sich. Soziologen wissen, dass die Fragen weithin die Antworten bestimmen. Judy Dempsey hat die richtigen Fragen nicht erkannt.

Symbole neuer Politik

Wäre es nach Ukraine-Präsident Petro Poroschenko gegangen, hätte die Kanzlerin am 24. August Kiew mit ihrem Besuch beglückt, dem Tag der ukrainischen Unabhängigkeit von Russland. Aber schon im alten Rom bestimmte nicht der Prokurator einer Provinz, wann der Kaiser kommt. So kam Angela Merkel am 23. August. Sie hat eine Finanzhilfe in Höhe von 25 Millionen Euro für Unterkünfte zugesagt, die für Kriegsflüchtlinge aus der Ostukraine eingerichtet werden sollen. Darüber hinaus gibt es eine Kreditbürgschaft in Höhe von 500 Millionen Euro, was weder ein Kredit noch eine tatsächliche Finanzhilfe ist, jedenfalls kein Geld, das real von hier nach dort fließt. Darüber hinaus war sie freundlich zu dem neuen Vasallen, kein Wort, dass die ukrainische Armee die eigene Bevölkerung mit Bomben und Granaten belegt und Wohngebiete zusammenschießt, dagegen „Verständnis“ für das militärische Vorgehen der ukrainischen Armee, nicht das böse Wort „Krieg“, sondern die Rede ist von „militärischen Auseinandersetzungen, die heute leider notwendig sind“.¹³

Die Zeitung „Die Welt“ meinte, Merkel schätze „überbordende Symbolik“ nicht. Dennoch der Hinweis der Zeitung, die Reise habe am 23. August „am Tag genau 75 Jahre nach der Unterzeichnung des Hitler-Stalin-Paktes“ stattgefunden.¹⁴ Wenn dies mit Symbolik zu tun haben soll, was meint sie? Dass Hitler, als er 1939 Deutschlands Einflussbereich im Osten erweitern wollte, immerhin noch mit Russland, damals der Sowjetunion, reden musste, während Merkel das heute nicht mehr muss?

Es ist reine Propaganda, wenn westliche Politiker und Journalisten heute behaupten, der Westen würde lediglich „seine Werte“ ausdehnen, während der russische Präsident Wladimir Putin in einer Manier des 19. Jahrhunderts lediglich seinen Einfluss territorial ausdehnen wolle. Selbstverständlich stellen die NATO und die Europäische Union Raumordnungen dar. Erstere wird von den USA, die zweite von Deutschland dominiert. Beide wurden nach Osten, schließlich bis an die Grenze Russlands ausgedehnt. Dabei gibt es Kooperation und Konkurrenz. Aus Sicht der USA ist angesichts des Zerfalls der Sowjetunion eine unabhängige Ukraine Kernpunkt einer geopolitischen Neuordnung im Osten

Europas. Zbigniew Brzezinski, noch immer prominenter Vordenker US-amerikanischer Globalstrategie, hob schon vor zwei Jahrzehnten hervor, eine unabhängige Ukraine sei „geopolitischer Dreh- und Angelpunkt“, damit Russland in einer geschwächten Position verbleibt. Das müsse fester Bestandteil einer umfassenden Strategie der USA und des Westens in Eurasien sein.¹⁵

Geopolitisch wird die Ukraine allerdings an die EU gebunden. Der „politische“ Teil des Assoziierungsabkommens, um das es in den Auseinandersetzungen um die und in der Ukraine spätestens seit November 2013 ging, wurde am 21. März 2014 in Brüssel unterzeichnet, der „wirtschaftliche“ Teil am 27. Juni 2014. Vergleichbare Abkommen wurden auch mit Georgien und der Republik Moldau unterzeichnet. Die Anbindung dieser Länder an die EU ist nunmehr vertraglich vollzogen. Eine feste Zusicherung auf spätere EU-Mitgliedschaft haben sie nicht. Damit gehören sie zur äußeren Peripherie des imperialen Zentrums EU nach Osten und sind gegen Russland in Stellung gebracht.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat stets die „Freundschaft“ mit den USA beschworen, zugleich aber die Spielräume deutscher Außenpolitik insbesondere gegenüber den USA vergrößert. Programmatisch hat sie betont, Deutschland solle gestärkt aus der Finanz- und Euro-Krise hervorgehen. Heute ist es in einer dominierenden, hegemonialen Position innerhalb der EU. Gegenüber Russland hat sie stets die Menschenrechtskarte gespielt, bisher aber auch die strategische Zusammenarbeit gepflegt. Nun wird unter Nutzung der USA – die NATO stellt gewissermaßen den harten militärischen Unterbau zur Verfügung – die Ukraine aus dem Einflussfeld Russlands gelöst und in das der EU, das heißt Deutschlands, eingeordnet. Russland hat sich im Gegenzug die Krim genommen, was vom Westen mit Protesten quittiert wurde, aber am Ende ist Russland froh, die Beziehungen mit dem Westen, sprich Deutschland, weiter aufrecht zu erhalten. Das gegenwärtige Pochen der Kanzlerin auf Sanktionen gegen Russland zielt symbolisch darauf ab, dass Russland in Sachen Übergang der Ukraine in den Machtbereich der EU endlich klein beigeben soll. Die „klare Ansage der Regierung an die deutsche Industrie (ist), dass der Verlust von Geschäften das kleinere Übel gegenüber Grenzverschiebungen durch Russland sei“.¹⁶ Erst soll der Übergang vollzogen sein, dann gibt es wieder gute Geschäfte mit Russland.

Diese Neuordnung Europas ist ein weitreichender historischer Vorgang. Hier wird etwas realisiert, woran Deutschland in zwei Weltkriegen scheiterte. Am 11. August 1914, kurz nach Beginn des Ersten Weltkrieges, hatte Reichskanzler von Bethmann Hollweg zu den deutschen Kriegszielen im Osten geschrieben: „Insurgierung nicht nur Polens, auch der Ukraine erscheint uns sehr wichtig; 1. als Kampfmittel gegen Russland; 2. weil im Falle glücklichen Kriegsausganges die Bildung mehrerer Pufferstaaten zwischen Russland und Deutschland bzw. Österreich-Ungarn zweckmäßig würde, um den Druck des russischen Kolosses auf Westeuropa zu erleichtern und Russland möglichst nach Osten zurückzudrängen [...]“¹⁷ Das ist Deutschland allein in zwei Weltkriegen nicht gelungen. Gestützt auf EU und USA/NATO scheint es nun zu klappen. Da gewinnt auch Ursula von der Leyens, für das Kriegswesen zuständige Ministerin, kürzlich benutzter Satz eine ganz eigene Symbolik, im Grundsatz gelte: „Immer im Bündnis mit unseren Partnern. Es wird nie einen deutschen Alleingang geben“.¹⁸ Dazu reicht es, dass die



NATO im Hintergrund steht. Die Ukraine muss nicht schon Mitglied der NATO sein, um diese Neuordnung unter Dach und Fach zu bringen.

Im selben Interview hatte von der Leyen in Bezug auf die beabsichtigte Lieferung von Waffen in das irakische Krisengebiet betont: „Wichtiger als die Frage, ob und welche Waffe wir am Ende liefern, ist die Bereitschaft, Tabus beiseitezulegen“. Im idiomatischen Sprachverständnis werden Tabus gebrochen. Die gebildete Frau Ministerin hat es absichtlich anders gesagt. Es hatte bekanntlich gute Gründe, weshalb die Bundesrepublik Deutschland jahrzehntlang keine Waffen in Krisen- und Kriegsgebiete geliefert hat. Das will sie jetzt mal eben „beiseitelegen“. Und es geht im Grunde gar nicht um den „Islamischen Staat“ oder um die Kurden, sondern sie sind nur der Anlass, um das „Tabu“ nicht einfach nur zu brechen, sondern es ein für allemal abzuschaffen.

Der Bundestag hat die entsprechenden Beschlüsse – wieder symbolisch – ausgerechnet am 1. September gefasst, am 75. Jahrestag des Beginns des Zweiten Weltkrieges. Das meint: das jetzige Deutschland ist wieder wer. Es kann Weltpolitik ganz unabhängig auch von geschichtlichen Belastungen machen. Es müssen nur die jeweils nötigen Verbündeten bereitstehen. Ganz in diesem Sinne hat denn auch Bundespräsident Gauck just an diesem 1. September in Polen, das ja das erste Opfer des deutschen Überfalls war, erklärt, damit es „auch in Zukunft Partnerschaft und gute Nachbarschaft“ mit Russland gebe, müsse es als erstes „eine Änderung der russischen Politik“ geben.¹⁹

Entgegen der offiziellen Lesart in den deutschen Medien, dass es auf Seiten der Ukraine keine Faschisten gäbe, hat das ZDF in den „heute“-Nachrichten am 8. September um 19 Uhr, am Rande von Ordensverleihungen durch Poroschenko in der Ostukraine, die Stahlhelme dort eingesetzter Kämpfer der ukrainischen Streitkräfte aus der Nähe gezeigt: sie sind mit SS-Runen und Hakenkreuzen „geschmückt“. Am 9. September war bei „Zeit-Online“ ein Interview des Grünen-Abgeordneten Manuel Sarrazin zu lesen. Dort heißt es: „Die Ukraine hat auch für uns gekämpft“. Sind Faschisten an der Peripherie inzwischen akzeptierte, ja gewollte Vorkämpfer des imperialen Zentrums EU, in dessen Kern die neue deutsche Macht liegt?

Anmerkungen

- 1 Vgl. Sebastian Haffner, *Von Bismarck zu Hitler. Ein Rückblick*, München: Knauer Verlag 1989, S. 17 [zuerst erschienen 1987].
- 2 Vgl. Helmuth Plessner, *Die verspätete Nation [1959]*, Frankfurt a. M.: Suhrkamp Verlag 1974.
- 3 So z. B. David Blackburn, Geoff Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte bürgerliche Revolution von 1848*, Frankfurt a.M. u. a.: Ullstein Verlag 1980.
- 4 Hans Rothfels, *Zeitgeschichtliche Betrachtungen*, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht 1959, S. 108 f.
- 5 Kurt Sontheimer, „Ein deutscher Sonderweg?“ In: Werner Weidenfeld (Hrsg.): *Die Identität der Deutschen*, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung 1983. Zitiert nach: Bruno Schoch: „Die Ambivalenz der Normalisierung“, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, Bonn, Heft 7/1996, S. 807.
- 6 Wilhelm Röpke, *Die deutsche Frage. Dritte veränderte und erweiterte Ausgabe*, Erlenbach-Zürich: Eugen Rentsch Verlag 1948, S. 7. Die folgenden Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Ausgabe.
- 7 Zu den Unterschieden zwischen der BRD (sowie der DDR) bzw. dem vereinigten Deutschland und dem vorherigen Deutschland siehe: Erhard Crome: „DDR-Perzeptionen. Kontext und Zugangsmuster“, in: *Berliner Debatte Initial*, Heft 2–3/1998, S. 47–49.
- 8 „Ein Schock von außen. Interview mit dem britischen Historiker Brendan Simms“, in: *Der Spiegel*, Heft 15/2013, S. 98

- 9 Vgl. Erhard Crome, „Deutschland in Europa. Eine neue Hegemonie“, in: Erhard Crome, Raimund Krämer (Hrsg.), *Hegemonie und Multipolarität. Weltordnungen im 21. Jahrhundert*, Reihe Potsdamer Textbücher, Bd. 20, Potsdam: Verlag WeltTrends 2013, S. 165–205.
- 10 Christoph Seils, „Merkel und der Euro. Wann wird ‚Madame No‘ weich?“ In: *Der Tagesspiegel*, Berlin, 25. Juni 2012.
- 11 Judy Dempsey, *Das Phänomen Merkel. Deutschlands Macht und Möglichkeiten*, Hamburg: Edition Körber-Stiftung 2013. Die folgenden Seitenangaben beziehen sich auf diese Ausgabe.
- 12 Vgl. Maybritt Brehm, Christian Koch, Werner Ruf, Peter Strutynski, *Armee im Einsatz. 20 Jahre Auslandseinsätze der Bundeswehr*, Hamburg: VSA Verlag 2012.
- 13 „Merkel verspricht Ukraine finanzielle Unterstützung“, in: *Zeit-Online*, 23. August 2014 (gesehen am 13. September 2014).
- 14 Thomas Sebastian Vitzthum, „Merkel beweist Putin, dass sie Symbolpolitik kann“, in: www.welt.de, 23. August 2014 (gesehen am 13. September 2014).
- 15 Zbigniew Brzezinski, *Die einzige Weltmacht: Amerikas Strategie der Vorherrschaft*, Frankfurt a. M.: S. Fischer Verlag 1997, S. 74, 216.
- 16 „Warum Merkel auf Sanktionen gegen Russland pocht“, in: *manager magazin online*, 11. September 2014 (gesehen am 12. September 2014).
- 17 Aus dem Erlass des Reichskanzlers Theobald von Bethmann Hollweg an Heinrich von Tschirschky, deutscher Botschafter in Wien, vom 11. August 1914, in: Wolfgang Schumann und Ludwig Nestler unter Mitarbeit von Willibald Gutsche und Wolfgang Ruge (Hrsg.), *Weltherrschaft im Visier. Dokumente zu den Europa- und Weltherrschaftsplänen des deutschen Imperialismus von der Jahrhundertwende bis Mai 1945*, Berlin: Deutscher Verlag der Wissenschaften 1975, S. 79. „Insurgierung“ meint Anzetteln und Schüren von Aufruhr und bewaffneten Aufständen.
- 18 Ministerin von der Leyen im Zeit-Interview: Tabus beiseite legen und offen diskutieren, in: bmvg.de, 21. August 2014 (gesehen am 11. September 2014).
- 19 Bundespräsident Joachim Gauck anlässlich der Gedenkfeier zum deutschen Überfall auf Polen 1939 am 1. September 2014 in Danzig/Polen, in: www.bundespraesident.de (gesehen am 12. September 2014).

Neue Macht, neue Verantwortung

Von Bernd Biedermann, Oberst a.D.

Unter dieser Überschrift steht ein Papier, in dem die Elemente einer deutschen Außen- und Sicherheitspolitik für eine Welt im Umbruch niedergeschrieben sind.¹ Den politischen und militärischen Verantwortungsträgern lag es bereits im Oktober 2013 vor, als die Koalitionsverhandlungen für die neue Regierung stattfanden. Der Öffentlichkeit wurde es erst bekannt, als Bundespräsident Gauck am 31. Januar 2014 in seiner Eröffnungsrede auf der Münchner Sicherheitskonferenz wesentliche Aussagen daraus vortrug.

Erarbeitet wurde das Papier von der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ (SWP)² und dem „German Marshall Fund of the United States“ (GMF).³ Auf 48 Seiten findet man ungeachtet vieler verbaler Nebelkerzen und einer beabsichtigten sprachlichen Verschleierung in aller Deutlichkeit die nunmehr herrschenden neuen Auffassungen zu folgenden Schwerpunkten:

- Deutschland und die internationale Ordnung,
- Deutschland und Europa,
- Deutschland und seine strategischen Beziehungen sowie
- Deutschland und die internationale Sicherheit.

Man könnte es auch kurz fassen: „Deutschland, Deutschland über alles (oder allen?)“

Der Leiter der Forschungsgruppe Sicherheitspolitik der



Stiftung Wissenschaft und Politik, Markus Kaim, der an der Ausarbeitung des Papiers maßgeblich beteiligt war, fasste den Inhalt in einem Beitrag in der „Neuen Zürcher Zeitung“ vom 11. März des Jahres etwa so zusammen: Es geht um eine aktive und entschlossene Außenpolitik, um neue Prioritäten, die von der Nachfrage aus anderen Märkten und dem Zugang zu internationalen Handelswegen und Rohstoffen bestimmt werden. Das Ziel besteht darin, die jetzige Ordnung zu erhalten, zu schützen und weiterzuentwickeln. Bereits in der Einführung ist formuliert: „Deutschland war noch nie so wohlhabend, so sicher und so frei wie heute. Es hat () mehr Macht und Einfluss als jedes demokratische Deutschland vor ihm.“

Hinterfragen wir die einzelnen Punkte.

1. Wohlhabend? Ja, aber wie ist dieser Wohlstand verteilt?
2. Sicher? Was heißt heute sicher?
3. Frei? Was versteht man unter „frei“?

Freiheit ist bekanntlich immer auch die Freiheit der anderen. Was die Freiheit Deutschlands angeht, steht die Frage, ob es tatsächlich ein souveräner Staat ist. Durch ein streng geheimes Zusatzabkommen zum 2+4-Vertrag ist die Souveränität Deutschlands nach wie vor eingeschränkt.

Was ist darin festgeschrieben?

- Die in Deutschland verbleibenden zivilen und militärischen Dienststellen der Siegermächte des Zweiten Weltkrieges wie Kasernen, Flugplätze, Funkstellen und weitere Liegenschaften sind weiter deren Hoheitsgebiete. (Nach dem vollständigen Abzug der russischen Truppen handelt es sich nunmehr hauptsächlich um US-Einrichtungen.)
- Deutsche Behörden, Justiz- und Ermittlungsorgane dürfen in diesen Hoheitsgebieten nicht tätig werden.
- Die Siegermächte behalten sich das Recht vor, auf deutschem Territorium jederzeit weitere zeitlich begrenzte Hoheitsgebiete einzurichten und zu unterhalten, wenn sie es zum Schutze eigener Interessen für erforderlich ansehen, z. B. Plätze für den Start von Flugzeugen, Raketen, Aufklärungsflugkörpern u. ä.
- Vorbehaltsrechte bestehen weiterhin auf folgenden Gebieten: elektronische und Printmedien, Filme, Kultur (Theater, Musik), Erziehungs- und Bildungswesen (Lehrpläne).

Dies alles gilt ungeachtet der Festlegungen des 2+4-Vertrages, wonach Frankreich, die UdSSR, Großbritannien und die USA ihre Rechte und Verantwortlichkeiten in Bezug auf Berlin und Deutschland als Ganzes beenden und die damit zusammenhängenden vierseitigen Vereinbarungen, Beschlüsse und Praktiken nicht mehr gelten sowie alle Einrichtungen der vier Mächte aufzulösen sind. Während Russland nach dem Rückzug der Westgruppe seiner Truppen tatsächlich vollständig auf seine ehemaligen Rechte als Siegermacht in Bezug auf Deutschland verzichtet hat, nehmen Großbritannien und insbesondere die USA die im geheimen Zusatzabkommen fixierten Rechte nach wie vor in Anspruch. Die USA haben auf dieser Grundlage das Territorium der Bundesrepublik zu einer Basis ihrer weltweiten Operationen im geheimen Drohnenkrieg gemacht.

Weiter steht im Papier: Die Zäsur von 1990 hat das strategische Umfeld Deutschlands gewaltig geändert, die Globalisierung hat neue Freiheits- und Entwicklungsräume geschaffen, aber auch neue Abhängigkeiten. An die Stelle der Feinde von früher sind vielfältige, diffuse Sicherheitsrisiken getreten. Die Vereinten Nationen, die NATO und die EU be-

fänden sich im Umbruch. Der europäische Einigungsprozess stecke in der Krise.

Auf diese Veränderungen müsse Deutschland reagieren. Das bedeute aber keinen Freifahrtschein für deutsche Alleingänge. Es gebe kaum noch eine Aufgabe der Außenpolitik, die im nationalen Alleingang zu lösen wäre.

Es wird behauptet, kaum ein anderes Land profitiere so von der Globalisierung und der offenen und freien Weltordnung wie Deutschland. Auch hier steht wieder die Frage: Wer in Deutschland profitiert hauptsächlich davon?

Die weltweite Finanzkrise habe gezeigt, dass heute die nationalen Wirtschaftsordnungen auf ganz neue Weise verwundbar seien. Der transatlantische Finanzmarkt habe sich als hochgradig anfällig erwiesen.

Das ist zweifellos richtig, aber: Was hat sich seitdem geändert?

Weiter heißt es: Die Weltordnung der Nachkriegszeit hat insgesamt ein bemerkenswertes Beharrungsvermögen bewiesen. Dem Westen sei kein Gegenpol mit ähnlicher Strahlkraft erwachsen. Und der jahrzehntelange Garant dieser Ordnung, die Vereinigten Staaten, bleiben zumindest auf absehbare Zeit die einzige Supermacht mit globalem Ordnungswillen und Reichweite.

Diese Prognose ist mit Sicherheit falsch. Gleich am Anfang des Papiers ist zu lesen, dass Deutschland künftig öfter und entschiedener führen müsse. Das ergebe sich auch daraus, dass Amerikas Engagement selektiver und sein Anspruch an Partner höher wird. Aus der deutlichen Entscheidung der USA, sich auf den asiatisch-pazifischen Raum zu konzentrieren, wird die neue Rolle Deutschlands in Europa, im Nahen und Mittleren Osten und in Afrika abgeleitet.

Es geht offensichtlich um den Ausbau Deutschlands und der EU zu einer eigenständig operierenden globalen Macht. Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass die USA nicht mehr wie bisher die starke westliche Führungsmacht sein werden – nach dem Motto „Wie lange noch?“ Deshalb komme es darauf an, die deutsch-amerikanischen bzw. europäisch-amerikanischen Beziehungen auf ein Fundament zu stellen, das gleiche Augenhöhe gewährleistet.

Der Ruf nach Deutschland als Führungsmacht erinnert irgendwie an einen Slogan aus vergangenen Zeiten: „Germans to the front!“ Umschrieben wird das in dem Papier mit einer „notwendigen maritimen Strategie, die ein aktives, auch militärisches Krisenmanagement erfordert“.

Der Sprachstil des Papiers macht es dem Leser nicht leicht, hinter den glatten eingängigen Formulierungen den wirklichen Sinn zu erkennen. Nehmen wir ein Beispiel: „Die Strahlkraft des westlichen Modells beruht auch darauf, dass es zu Hause entschlossen verteidigt wird.“ Weiter hinten heißt es dann: „Deutsche Außenpolitik wird sich weiterhin der gesamten Palette der außenpolitischen Instrumente bedienen, von der Diplomatie über die Entwicklungs- und Kulturpolitik bis hin zum Einsatz militärischer Gewalt.“ Irgendwie erinnert mich das an die Zeit des Kalten Krieges, in dem der militärische Faktor das Mittel erster Wahl in der Politik war.

Andererseits darf man nicht vergessen, dass nationale Interessen objektiver Natur sind. Sie hängen hauptsächlich von Realitäten ab, die in der Geschichte, der geostrategischen Lage, dem Territorium, den Bodenschätzen und Energiereserven eines Landes begründet sind. Außerdem spielen ethnische Strukturen, Bildungsniveau, Mentalität und viele



andere Faktoren eine Rolle. Kurz gesagt: Nichts ist hartnäckiger als legitime nationale Interessen! Das erleben wir mit der Erweiterung der EU hautnah. Je mehr Mitglieder ihr angehören, umso geringer ist die Chance, einen Ausgleich der verschiedenen nationalen Interessen zu gewährleisten.

Deutschland und die internationale Ordnung

Das Papier konstatiert eine Machtverschiebung innerhalb der Staatenwelt. Die USA sind danach nur noch bedingt gewillt, die internationale Ordnung als globaler Hegemon zu garantieren. Bei kritischen Betrachtern wirft das die Frage auf: Haben sie das je getan?

Die EU erscheint für eine vergleichbare Rolle weder gewillt noch imstande. Auf globaler Ebene ist also ein Führungsvakuum entstanden.

Neue Akteure drängen auf die Bühne. Sogenannte Schwellenländer haben sich neben den etablierten Mächten des Westens zu neuen Kraftzentren entwickelt. Deutschland hat von deren Entwicklung erheblich profitiert. Es hat neue Export- und Investitionsmärkte erschlossen und dort hohe Gewinne erzielt. Der Aufstieg dieser neuen Mächte stellt aber eine fundamentale Herausforderung dar – für den Westen, für Europa und vor allem für Deutschland. Sie widersetzen sich dem Streben der westlichen Demokratien, ihnen ihre Normen aufzudrängen.

Wie das in den betroffenen Ländern aufgenommen wird, verdeutlicht ein Interview, das der ehemalige UNO-Botschafter Singapurs, Kishore Mahbubani, schon 2008 einem Spiegel-Redakteur gab.

Nachdem der Mann vom Spiegel die Meinung vertreten hatte, dass auf lange Sicht alle Gesellschaften demokratische Gesellschaften werden sollten und nur die Frage stehe, ob das so schnell wie möglich geschehen soll, antwortete Mahbubani:

„Eben nicht! Der größte Fehler, den Sie aus dem Westen gemacht haben, war zu glauben, dass jede Gesellschaft über Nacht demokratisch werden kann. Egal, wo auf der Welt, egal, in welchem Entwicklungsstadium. Millionen Menschen haben unter dem Export der westlichen Demokratie gelitten. Das hat der Westen auf dem Gewissen.“

Auf die Frage des Korrespondenten, ob er Regeln für den Übergang zur Demokratie kenne, kam die Antwort:

„Erste Regel: Es sollten immer die betroffenen Menschen darüber entscheiden, ob sie eine Demokratie wollen oder nicht. Auf keinen Fall andere Staaten.“

Zweite Regel: Man muss immer die Möglichkeit in Betracht ziehen, dass eher Böses als Gutes erreicht wird, wenn man Demokratie in einem Land erzwingt.

Alle Staaten müssen verantwortungsbewusst geführt werden, Entwicklungsländer aber ganz besonders. Ob das autoritär oder demokratisch geschieht, ist erst einmal nicht so wichtig. China zum Beispiel wird nicht demokratisch regiert, aber verantwortungsbewusst.

Sie können nicht einfach ein Rezept von irgendwo her nehmen und es Ländern wie China überstülpen. Das wäre eine Katastrophe. Die Zeit der Belehrungen ist vorbei. Es gab eine ungewöhnliche Epoche, in der der Westen die Welt dominiert, sie kolonisiert, sie kontrolliert hat. Diese Epoche ist vorbei. Endgültig.

Hört endlich auf, uns zu erzählen, wie wir unsere Gesellschaften organisieren sollen. Wir haben es satt, Vorträge aus dem Westen zu hören. Es kotzt uns an.

Ich rate euch: Werdet klüger, werdet einfühlsamer in eurem Verhältnis zum Rest der Welt. Lernt, anderen zuzuhören. (...) Ihr kommt auf euren hohen Rössern daher wie die weißen Ritter, Galopp, Galopp und glaubt, die anderen Völker von ihren bösen Führern befreien zu müssen. In Wahrheit verfolgt ihr unter dem Deckmantel von Demokratie und Menschenrechten nur eure egoistischen Interessen.

Wir haben eure Doppelmoral durchschaut. (...) Ich kenne keine einzige perfekte Gesellschaft auf der Erde. Deshalb sollte keine über die andere richten.“

Aber zurück zu unserem Papier. Unter der Überschrift „Mitgestaltung der internationalen Ordnung“ heißt es: „Ausgangspunkt der Reformbestrebungen muss die aktuelle (...) Weltordnung bleiben – es geht um ihre Anpassung und Erweiterung, nicht um eine Umgestaltung oder gar Neuordnung.“

Wenn es notwendig ist, gegen Störer dieser Ordnung vorzugehen, muss Deutschland bereit und imstande sein, (...) auch militärische Gewalt anzuwenden oder zumindest glaubwürdig damit drohen zu können.“

Deutschland und Europa

Die folgenden Überlegungen gehen von der Erkenntnis aus, dass das Projekt der europäischen Integration durch die schwere Krise der EU nach innen wie nach außen an Glaubwürdigkeit und Vertrauen verloren hat. Die Überwindung dieser Krise sei die Voraussetzung dafür, dass Deutschland andere strategische Ziele erreicht. Ohne wirtschaftliche Gesundung und Stabilisierung der Eurozone kein langfristiges Wachstum in der Bundesrepublik, ohne Überwindung der Krise keine europäische Hebelkraft für Deutschlands globale Ordnungsideen.

Europas Krise ist vieles gleichzeitig: Banken- und Staatsschuldenkrise, Anpassungs- und Wachstumskrise, politische und soziale Krise und nicht zuletzt eine Führungs- und Legitimationskrise. Aus diesem Zustand könne nur eine vertiefte Integration eine Alternative zum Scheitern der EU sein. Dazu gäbe es verschiedene Optionen. Die Stabilisierung des Euroraums mit seinen 17 (bald 18) Mitgliedern bleibe die zentrale Aufgabe deutscher Europapolitik. Wie die angestrebten Ziele zu erreichen sind, ist umstritten. Angeblich ginge es im Kern um ein doppeltes Spannungsfeld: zwischen nationaler Eigenständigkeit und nationalem Interesse einerseits und zwischen institutioneller Handlungsfähigkeit und demokratischer Anbindung andererseits.

Danach werden zwei Modelle vorgestellt, auf deren Darlegung hier verzichtet wird. Was die europäische Außenpolitik angeht, hier nur so viel: Sie müsse wiederbelebt werden, um Europa zu einem starken Spieler auf der Weltbühne zu machen. In Bezug auf die Türkei habe Deutschland ein Interesse an einer europäisch geprägten und verankerten Türkei. Wie glaubwürdig das der Regierung Erdogan nach dem Gauck-Besuch erscheint, sei dahingestellt.

Deutschland und seine strategischen Beziehungen

Eingangs wird festgestellt, Deutschland befinde sich heute in einer neuen Lage. Es ist inzwischen in die Liga der globalen Akteure aufgestiegen. Seine gewachsene Kraft verleihe ihm heute neue Einflussmöglichkeiten. Deshalb ist eine Neuermessung seiner internationalen Beziehungen notwendig. Entscheidend für die Zusammenarbeit mit Partnern ist ihre Nähe zu deutschen Werten und Interessen.



Soll das heißen: Wer deutsche Werte nicht teilt bzw. deutsche Interessen nicht anerkennt, kann kein Partner sein?

Folgerichtig werden dann zunächst **„bewährte Partner“**, bzw. der Kreis enger Partner genannt: EU-Mitglieder (unentbehrliche Partner), NATO-Verbündete USA, Kanada, Türkei (Schlüsselpartner), Japan, Südkorea, Australien, Neuseeland, Mexiko und Israel (wichtige Partner).

Herausforderer: die Großmächte China und Russland, die Schwellenländer Indien, Brasilien, Südafrika und Indonesien.

Störer: Iran, und Nordkorea, mit geringerer Bedeutung Venezuela, Kuba und Staaten wie Syrien, Somalia, Afghanistan oder Mali.

Abschließend werden **acht Leitlinien** (rote Linien) formuliert, wie mit Konflikten umzugehen ist. Als Beispiel sei die letzte, die 8. Leitlinie genannt:

Deutschland darf nicht erpressbar werden. Sicherheitspolitisch ist dafür die beste Gewähr eine aktive Mitgliedschaft im Nordatlantischen Bündnis. Wirtschaftspolitisch erfordert dies die weitere Diversifizierung deutscher Exportmärkte und Rohstoffquellen, insbesondere eine nachhaltige Stärkung der europäischen Wirtschaftskraft und die Ausdehnung des transatlantischen Freihandels.

Deutschland und die internationale Sicherheit

Ausgangspunkt ist hier die Feststellung, die Erweiterung von EU und NATO habe einen schützenden Ring stabiler Demokratien um Deutschland gelegt. Aber das heißt nicht, dass der Schutz der individuellen, gesellschaftlichen und staatlichen Sicherheit nur noch eine innere Angelegenheit sei. Solche Bedrohungen wie Krieg, Proliferation von Massenvernichtungsmitteln und Terrorismus bestehen weiter. Neue Risiken sind hinzugekommen: von Klimawandel über Ressourcen- und Nahrungsmittelknappheit, offene Datennetze bis hin zur Erosion staatlicher Macht.

Aus Deutschlands gewachsener Macht und seinem gestiegenen Einfluss folge ein Mehr an Verantwortung. Nachdem Deutschland jahrzehntelang Konsument von Sicherheit war, erwarten Verbündete und Partner, dass Deutschland selbst Sicherheit produziert, und zwar nicht nur für sich selbst.

Stimmt das überhaupt? Wer konkret, außer den USA, hat diese Erwartung ausgesprochen? Ist es nicht vielmehr so, dass ein mächtiges Deutschland für seine Nachbarn nur erträglich ist, wenn es gleichberechtigtes Mitglied der Gemeinschaft ist?

Das Papier räumt ein: Deutschlands Geschichte, seine Lage und die knappen Ressourcen müssen Anlass sein, strategische Ziele mit Augenmaß zu bestimmen. Dazu gehöre auch eine pragmatische Sicherheitspolitik, besonders dann, wenn es um längerfristige und aufwändige militärische Einsätze geht.

Kommen hier schon die bitteren Erfahrungen des Afghanistan-Einsatzes zum Ausdruck? Immerhin gehe es in Zukunft um Einsätze in Nordafrika, im Nahen und Mittleren Osten oder sogar in Zentralasien.

Danach heißt es: „Landes- und Bündnisverteidigung bleibt eine Hauptaufgabe deutscher Sicherheitsvorsorge.“ Die Frage ist nur: Ist die Bundeswehr überhaupt noch in der Lage, unser Land zu verteidigen? Gemessen zum Beispiel an den Möglichkeiten der Luftverteidigung ist Deutschland seit geraumer Zeit ein Haus ohne Dach.

Die Beteiligung Deutschlands am Aufbau eines gemeinsamen NATO-Raketenabwehrschirms in Europa gewinne an Bedeutung. Die Bundeswehr müsse auch nach dem Abzug aus Afghanistan weiter auf Einsätze jenseits von Europa vorbereitet sein.

Was die Anwendung militärischer Gewalt ohne Mandat des UN-Sicherheitsrats angeht, so bestehe ein Dissens. Grundsätzlich gelte: Kein Einsatz ohne Sicherheitsratsmandat. Allerdings müssten in Ausnahmefällen so genannte „humanitäre Interventionen“ ohne Erlaubnis des Sicherheitsrats möglich sein. Da in solchen Situationen das Akzeptieren eines Völkermordes ein größerer Tabu- und Zivilisationsbruch als der Verstoß gegen das Gewaltverbot sei, solle sich Deutschland in solchen Fällen einer kollektiven militärischen Aktion nicht verschließen.

Hier gibt man sich aus meiner Sicht sehr dünnes Eis. Als Partner deutscher Sicherheitspolitik werden abschließend genannt:

- Die Vereinten Nationen,
- die NATO und
- die Europäische Union.

Andere Partner scheint es nicht zu geben, oder man möchte sie nicht benennen.

Die NATO mit ihren politischen und militärischen Strukturen, ihrem Arsenal und weltweitem Netz wird als „einzigartige Kräfteverstärker“ für deutsche sicherheitspolitische Interessen gesehen. Das bevorstehende Ende der ISAF-Mission in Afghanistan, die neuen Prioritäten der amerikanischen Außenpolitik, die Kürzungen europäischer Verteidigungsetats und eine zunehmend skeptische Öffentlichkeit stellen jedoch die Ausrichtung des Bündnisses in Frage. Deutschland muss seinen gewachsenen Einfluss nutzen, um diese Ausrichtung mitzugestalten. Es hat ein Interesse am Fortbestand einer starken NATO.

Auf der militärisch-operativen Ebene müssten sich die Europäer darauf einstellen, dass die USA seltener eine Führungsrolle einnehmen und sich überhaupt weniger an gemeinsamen Missionen beteiligen wollen. Das verlange mehr militärischen Einsatz und mehr politische Führung. Am Ende dieser Entwicklung sollten militärische und zivile Fähigkeiten stehen, die austauschbar eingesetzt werden können.

Was heißt Bündnis- und Gemeinschaftstreue unter diesen Umständen? Die Entscheidung über die Anwendung militärischer Gewalt wird in Deutschland stets eine hochsensible Frage bleiben. Sie ist immer in Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und dem Völkerrecht zu entscheiden. Dabei sind legitime Interessen- und Bewertungsunterschiede im Bündnis nicht nur wahrscheinlich, sondern vielleicht sogar die Norm. Deutschland muss daher eigene Interessen und Werte deutlich(er) artikulieren.

Mein Fazit lautet: Das Papier, in dem sich der dominierende Einfluss des neokonservativen deutschen Establishments widerspiegelt und dem es an politischem Realismus mangelt, spielte bei den Koalitionsverhandlungen zur Bildung der neuen Bundesregierung eine wichtige Rolle. Damit wurde ein Paradigmenwechsel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik eingeleitet bzw. vollzogen. Er bedeutet: Weg von der bisher geübten Zurückhaltung und dem Bestreben, sich in die Gemeinschaft der Verbündeten einzuordnen, hin zu einer Vorreiterrolle nicht nur in der EU, sondern darüber hinaus. Wie die Völker unserer Nachbarstaaten diesen Wandel aufnehmen werden, ist abzuwarten. Ich kann mir nicht vor-



stellen, dass sie schon vergessen haben, was Deutschland im vorigen Jahrhundert in Europa und darüber hinaus angeordnet hat.

Anmerkungen

- 1 Siehe http://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/projekt_papiere/DeutAussenSicherhpol_SWP_GMF_2013.pdf
- 2 SWP, gegründet 1962, Stiftung und Trägerin des „Deutschen Instituts für Internationale Politik und Sicherheit“, berät Bundestag und Bundesregierung in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik.
- 3 GMF, gegr. 1972, eine US-amerikanische Stiftung auf der Grundlage einer Schenkung durch die BRD als Dank für den Marshall-Plan, Hauptziel: Förderung von Führungskräften (z. B. Cem Özdemir, Constanze Stelzenmüller, Jörg Himmelreich u. a.)

Der Nahe und Mittlere Osten – ein Hexenkessel sich ausprägender regionaler Neuordnung

Eine historisch-analytische Betrachtung von Karin Kulow, Mitglied der BAG Frieden und Internationale Politik sowie des AK Gerechter Frieden in Nahost

Auch wenn sich die Region des Nahen und Mittleren Ostens in ihrer langen Historie schon wiederholt in Phasen tiefgreifender Umgestaltungen befunden hat¹ und dabei nicht selten auch von zeitlich länger währenden blutigen Kämpfen erschüttert worden ist, so scheint sie sich gegenwärtig in einer ihrer dramatischsten Entwicklungsabschnitte – zumindest der jüngeren Geschichte – zu befinden.

Denn die sich aktuell vollziehende und die ganze Region mehr und mehr ins Chaos stürzende Auseinandersetzung um deren künftige Ordnung spitzt sich durch eine neuartige, brisante Verzahnung von globalen und regionalen Aspekten weiter zu. So bildet die Region zwar nach wie vor einen wichtigen Schauplatz globaler Rivalitäten. Nichtsdestoweniger suchen nunmehr regionale Akteure mit teilweise äußerst widersprüchlichen Intentionen ihren Einfluss darauf geltend zu machen. Das hat zur Folge, dass nicht nur das Blutvergießen schwer zu stoppen ist, sondern sich Tradition und Autoritarismus in den Herrschaftsverhältnissen auf einer neuen Entwicklungsstufe islamistischen Extremismus zu konsolidieren suchen. Was die sozialen und politischen Triebkräfte betrifft, so ist eine große Bandbreite und Unbestimmtheit mit extrem wechselnden Allianzen charakteristisch. Auch mangelt es an konsensfähigen Alternativen und tragfähigen modernen Gesellschaftskonzepten jeglicher Art.

Nicht zufällig stellt Syrien einen Hauptaustragungsort dieser neuartigen Verknüpfung von globalen und regionalen Faktoren dar und ist gleichzeitig zu einem Kulminationspunkt der entstehenden regionalen Neuordnung geworden. Die USA wollten ihrem Konzept vom Neuen Nahen und Mittleren Osten mit Hilfe eines Regimewechsels in Damaskus zum Durchbruch verhelfen. Dem widersetzte sich Russland, indem es von seinem Vetorecht im UN-Sicherheitsrat Gebrauch machte. Es ist nach wie vor bestrebt, unter Nutzung seiner historisch gewachsenen Bande zu Syrien auch nach dem Ende der Bipolarität in dieser geostrategisch bedeutsamen Region gleichfalls präsent zu bleiben. Den rivalisierenden regionalen Hauptmächten – Türkei, Saudi-Arabien, Iran – bot der hier im Zuge des „Arabischen Frühlings“ aus-

gebrochene Bürgerkrieg eine willkommene Gelegenheit, ihr jeweiliges Vormachtstreben in der Region nachhaltig zur Geltung zu bringen.

Die damit einhergehenden, zum Teil einschneidenden Veränderungen werfen die Frage auf, inwieweit die im Ergebnis des Ersten Weltkrieges entstandene nachosmanische Regionalordnung auf der Basis von „Sykes-Picot“ obsolet geworden ist.

„Sykes-Picot“ – Grundlage der bisherigen Territorialordnung

Zunächst soll jedoch mit einem kurzen Blick in die Geschichte umrissen werden, was das Wesen von „Sykes-Picot“ ausmacht – dem Geheimabkommen, das der britische Außenminister Sir Mark Sykes und sein französischer Amtskollege M. François Georges-Picot, am 16. Mai 1916 miteinander ausgehandelt hatten.² Noch bevor das Osmanische Reich 1918 endgültig zusammenbrach, teilten sie dessen Relikte unter sich auf, indem sie ihre Jahre zuvor abgesteckten Einflusssphären³ in der Region nun vertraglich gegeneinander abgrenzten. Für Großbritannien war es in erster Linie darum gegangen, ein mächtiges „Middle Eastern Empire“ mit Ägypten als zentralem Stützpunkt zu begründen, das sich bis nach Indien erstrecken sollte. Aus linker Sicht stellte sich das „Sykes-Picot“-Abkommen stets ambivalent dar. Zwar waren auf seiner Grundlage die Grenzen für die nach Ende des Zweiten Weltkrieges als eigenständige Völkerrechtssubjekte proklamierten Nationalstaaten definiert worden. Zugleich blieb es jedoch ein gegen den Willen der Völker des Nahen und Mittleren Ostens implementiertes Kolonialprojekt⁴ – orientiert an den egoistischen Interessen der beiden damaligen Großmächte und basierend auf dem Prinzip des Divide et Impera.

In völliger Ignoranz der ethnischen und religiösen Gegebenheiten wurden auf der Grundlage von „Sykes-Picot“ Grenzen von Nationalstaaten gezogen, wo keine zusammenhängenden Nationen existierten, sondern stattdessen ein mehr oder weniger facettenreiches Mosaik von Völkern und Religionen. Ironischerweise werden diese Grenzen deshalb oft auch als „Linien im Sand“ tituliert. Das zusammenhängende Siedlungsgebiet der Kurden hingegen wurde zerstückelt und auf fünf Länder aufgeteilt. Die Bildung des Staates Irak erfolgte durch den willkürlichen Zusammenschluss der drei osmanischen Provinzen Bagdad, Basra und Mossul. Um die Provinz Mossul, besonders die Stadt Kirkuk, gab es immer wieder Streit.⁵ Palästina, das man zunächst als neutral eingestuft hatte, wurde 1917 der zwei Jahrzehnte zuvor in Basel gegründeten Zionistischen Weltorganisation als „nationale Heimstätte“ in Aussicht gestellt.⁶ Das syrische Kerngebiet wurde auf der Grundlage zweier Dekrete aus dem Jahre 1920 durch die Abspaltung des Libanon und die Ausrufung des „Staates des Großen Libanon“ fragmentiert. Das Gebiet östlich des Jordan-Flusses wurde zum Territorium eines völlig neuen Staates – Jordanien – erklärt, um damit jenen arabischen Herrschern, denen eigentlich ein Großarabisches Reich zugesagt worden war, wenigstens etwas entgegenzukommen. Denn um diese im Ersten Weltkrieg an der Seite der Entente zu halten, hatte der britische Hochkommissar Mac Mahon dem damaligen Großscherifen von Mekka 1915 in Ägypten in schriftlicher Form Unterstützung bei dessen Bestrebungen nach Errichtung eines theokratischen arabischen Einheitsstaates südlich des 37. Breitengrades nach



Kriegsende zugesichert. Mit „Sykes-Picot“ stellte sich das für sie jedoch im Nachhinein als reine Diabolik dar.

Diese Kolonialpolitik stieß auf den erbitterten Widerstand der betroffenen Völker. So waren die beiden Kolonialmächte in den folgenden Jahrzehnten fast ununterbrochen mit anti-kolonialen Erhebungen konfrontiert, die sie oft nur unter Einsatz heftigster Gewalt niederschlagen konnten. Sie sind bis auf den heutigen Tag unvergessen.⁷

Der größte Teil des Konfliktpotenzials, das die Region des Nahen und Mittleren Ostens nach wie vor so schwer belastet, ist in dieser vom Kolonialprojekt „Sykes-Picot“ geprägten nachosmanischen Ordnung begründet. Da sich der heutige Umgang damit in vielerlei Hinsicht nicht sehr vom damaligen Herangehen unterscheidet, sind die Fragen nach wie vor ungelöst. Das trifft vor allem auf das Palästina-Problem zu. Mancher Analyst spricht zu Recht davon, dass ein endgültiger Bruch mit dieser Kolonialordnung einen Wandel im Bewusstsein der westlichen Politik voraussetzt.⁸

Die sich gegenwärtig abzeichnende regionale Neuausrichtung

Dass die bisherige, auf der Basis von „Sykes-Picot“ fußende Territorialordnung nun tatsächlich obsolet zu werden beginnt, indem sogar auf blutigste Weise um eine territoriale Neuauftellung in der Region gefochten wird, hat wesentlich mit dem US-Krieg 2003 gegen Irak und dem damit in weiten Teilen dieses Landes entstandenen Sicherheitsvakuum zu tun. Dieser Krieg war nicht allein vom Zaune gebrochen worden, um sich des missliebigen Regimes von Saddam Hussein zu entledigen. Vielmehr sollte er auch dazu dienen, die Region⁹ uneingeschränkter Kontrolle zu unterwerfen – und zwar im Rahmen der von den USA beanspruchten alleinigen Hegemonie in der Welt. Diese hatte Präsident Bush sr. nach dem Ende der Bipolarität großspurig als Verheißung einer neuen Welt gepriesen, einer Welt, „in der die Völker die gemeinsame Verantwortung für Freiheit und Gerechtigkeit erkennen ... , in der der Starke die Rechte des Schwachen respektiert.“¹⁰ Wie zum Hohn befindet sich der Nahe und Mittlere Osten wie andere Teile der Welt heute in einem sich beängstigend zuspitzenden Aufruhr und Umbruch. Scheint doch allein das Militärische noch als Mittel der Politik zu gelten – einschließlich des wachsenden Einsatzes von Drohnen, der den Extremisten zusätzliche Rekruten in die Arme treibt. Sorgen doch immer neue Waffenlieferungen dafür, dass zwar das Geschäft der Produzenten floriert, nicht aber die Region an Stabilität gewinnt und den Menschen, vor allem der dort so zahlreichen Jugend, endlich die Aussicht auf ein friedliches, perspektivreiches Leben eröffnet wird.

Der Scherbenhaufen der US-Politik im Nahen und Mittleren Osten

Die Auswirkungen des Irakkrieges von 2003 schlugen wie ein Bumerang auch auf die USA zurück. Heute sind sie mit der paradoxen Situation konfrontiert, dass die an den Irak gelieferten Waffen ihren ärgsten Feinden in die Hände fallen – den Terroristen, die Präsident Obama im Sommer 2014 in West Point als die auf absehbare Zeit direkteste Bedrohung Amerikas im In- und Ausland charakterisierte. Ungeachtet allen Leides, das der Irakkrieg den eigenen Bürgern gebracht hat, sowie der vielen Milliarden US-Dollar, die seither dafür geflossen sind, sieht sich Obama seitens der Opposition dennoch dem Vorwurf ausgesetzt, den Truppenabzug aus

dem Irak zu früh vollzogen zu haben. Ihm wird pauschal unterstellt, wegen der Verlagerung des Schwerpunktes seiner Strategie in den asiatisch-pazifischen Raum der Region nicht mehr den ihr gebührenden Stellenwert zuzumessen. Geradezu makaber klingenden Stimmen aus neokonservativen Kreisen der USA,¹¹ wonach es eine Art Idealzustand wäre, wenn in der Region Chaos und Unfrieden herrschten. Dann nämlich würde das Geschäft mit den Waffen nach dort weiterhin florieren. Auch sei die Unterbrechung des Erdöflusses nicht zu befürchten, weil ja Geld für die Waffenbeschaffung gebraucht würde.

Wenn die USA auch weiterhin uneingeschränkt als Supermacht angesehen werden, mussten sie in der Region dennoch einen sichtlichen Kontrollverlust hinnehmen. Schon der Ausbruch des „Arabischen Frühlings“ hat sie völlig überrascht, ebenso der Sturz des danach in Ägypten ins Präsidentenamt gekommenen Mohammed Mursi, mit dessen Muslimbruderschaft sich die damalige Außenministerin Hillary Clinton gerade erst arrangiert hatte. Auch die Regionalmächte Israel, Saudi-Arabien und die Türkei, die als engste strategische Verbündete der USA gelten, gehen erkennbar auf Distanz und spielen zunehmend ihr eigenes, teilweise äußerst riskantes und auch US-Interessen tangierendes Spiel.¹²

Gewagtes Gerangel um regionale Vormacht

In dem Bestreben, den „Arabischen Frühling“ für eine zu ihren Gunsten veränderte regionale Kräftebalance zu nutzen, haben die Regionalmächte – ob nun gewollt oder ungewollt – entscheidend zum Aufbrechen der Territorialordnung beigetragen. Sie sind wesentlich mitverantwortlich dafür, dass sich die Region heute – wie seit Jahrzehnten nicht mehr – entlang konfessionalistischer Trennlinien aufspaltet und sich autoritaristische, antidemokratische Herrschaftsverhältnisse stärker denn je zu behaupten suchen.

In besonders eklatanter Weise hat sich dabei Erdogans Türkei – ein NATO-Mitglied – hervorgetan. Längst ist sie nicht mehr der „kranke Mann am Bosphorus“ wie beim Zusammenbruch des Osmanischen Reiches vor fast genau hundert Jahren, sondern zählt heute zu den 20 stärksten Wirtschaftsmächten der Welt. Als im Ergebnis des „Arabischen Frühlings“ sunnitisch-islamistische Kräfte in Tunesien und Ägypten an Macht hinzugewannen, erschienen neo-osmanische Blütenträume von einem geschlossenen sunnitischen Wirtschafts- und Kulturraum unter türkischer Ägide und mit der AKP als Vorbild offenbar in Ankara plötzlich als realistische Option. Auch in Syrien sollte derartigen Kräften, insbesondere der syrischen Muslimbruderschaft, zur Macht verholfen werden. Das bis dato durchaus als freundschaftlich zu bezeichnende Verhältnis zu Assad wurde nicht nur abrupt aufgekündigt, sondern dieser fortan zum Feind erklärt. Sogar radikalislamistischen Gruppierungen wurde vielfältige Unterstützung gewährt. Hauptsache, sie dienten dazu, den Sturz des Regimes in Damaskus herbeizuführen. Zugleich sollten sie verhindern, dass sich das in Rojava unter maßgeblichem Einfluss der mit der PKK liierten PYD in Angriff genommene Selbstverwaltungsprojekt syrischer Kurden dauerhaft etablierte. So nahm die Türkei nicht nur Hunderttausende syrischer Flüchtlinge auf und beherbergt das politische Hauptquartier der syrischen Exil-Opposition. Vor allem gestattete sie von Beginn des syrischen Bürgerkrieges an ohne jegliche Kontrolle den Nachschub von



Waffen- und Kämpfern über ihre Grenze und stellte Rückzugsräume selbst für verwundete terroristische Rebellen zur Verfügung. Für internationale Hilfslieferungen an die von den Extremisten verfolgte Bevölkerung hielt sie ihre Grenze hingegen geschlossen.

Wegen seiner riskanten Syrien-Politik sieht sich Erdogan innen- wie außenpolitisch jedoch mehr und mehr in einem Dilemma. Westlichen Staaten ist er vor allem wegen seiner Unterstützung für terroristische Gruppierungen suspekt. Aber jetzt gerät die Türkei auch selbst in das Fadenkreuz derartiger Kräfte. Ägypten unter dem jetzigen Präsidenten Abdel Fattah Al-Sisi und das mit ihm neuerdings eng verbündete Saudi-Arabien sind wegen Erdogans dezidiert Unterstützung für die Muslimbruderschaft sowie seinem allzu sichtbaren Vorherrschaftsgebaren ohnehin nicht gut auf ihn zu sprechen. Von dem einstigen engsten Verbündeten in der Region, Israel, ganz zu schweigen. Hier ist das seit der Mavi-Marmara-Affäre im Mai 2010 schon schwer belastete Verhältnis seit dem jüngsten Gaza-Krieg gegen die von Erdogan hofierte Hamas auf einen neuen Tiefpunkt gesunken. Im Inneren regt sich Widerstand bei der alawitischen Minderheit in der Provinz Hatay, dem früheren syrischen Alexandrette. Schwer kalkulierbar sind zudem die Folgen, die sich für das eigene Kurdenproblem aus den sich nun abzeichnenden kurdischen Sezessionsbestrebungen in Irak und Syrien ergeben können.

Was Saudi-Arabien betrifft, so hat es sich durch den „Arabischen Frühling“ innenpolitisch herausgefordert gesehen. Nicht umsonst wurde jeglicher Protest im eigenen Land sofort im Keime erstickt und die sich im benachbarten verbündeten Königreich Bahrain formierende Aufstandsbewegung von saudischen Truppen blutig niedergeschlagen. Andererseits kam Saudi-Arabien die unübersichtliche Lage in der Region durchaus zupass, weil sie in Syrien die Möglichkeit zu einem Stellvertreterkrieg gegen das Assad-Regime mit zwei eng miteinander verbundenen Zielen bot. So ließe sich mit dessen Sturz das von Iran getragene Projekt eines „Schiitischen Halbmondes“ durchkreuzen, der sich von Teheran, über Bagdad und Damaskus bis nach Libanon erstrecken sollte. Irans gestärkte politische Rolle in der Region als ärgster Rivale um eine Vormachtstellung könnte dadurch empfindlich geschwächt werden. Überdies wäre mit Assads Sturz ein seit langem wegen seiner säkularen Ausrichtung verhasstes Regime aus der arabischen Welt geschafft, dem man neben der Verbrüderung mit dem schiitischen Iran die Beeinflussung der innerlibanesischen Kräftebalance zugunsten der schiitischen Hizbullah¹³ auf Kosten der dortigen Sunniten anlastet.

Wie der Türkei war es offensichtlich auch Saudi-Arabien deshalb anfangs völlig gleichgültig, in wessen Hände die von seiner Seite reichlich nach Syrien gelieferten Waffen letztendlich gerieten, wenn sie nur zu Assads Sturz beitrugen. Zunehmende Besorgnis löste da schon eher das auffällige Machtgebaren von Qatar aus, jenem winzigen aber gemäß BIP pro Kopf der Bevölkerung reichsten Staat der Welt. Dieses zielte darauf ab, nicht nur die politische Meinungsführerschaft zu erobern, sondern vor allem muslimbruderschaftliche Gruppierungen, die bei Saudi-Arabien wegen ihres – aus saudischer Sicht – reformerischen Islamverständnisses schon seit längerem auf dem Index stehen, an die Macht zu hieven. Eine wichtige Funktion bei der Beeinflussung der arabischen Massen in diesem Sinne war dem von Qatar un-

terhaltenen TV-Kanal „Al Jazeera“ zugeordnet. Mit der vielfältigen Unterstützung für Mursi und die Muslimbruderschaft in Ägypten hatte Qatar aber offenbar den Rubikon überschritten. Daraus erklärt sich, warum Saudi-Arabien den Sturz von Mursi befördert und sich hinter die Inthronisierung von Al-Sisi gestellt hat. Jedenfalls musste Qatar inzwischen notgedrungen einsehen, gegen den Willen Saudi-Arabiens nicht als ein maßgeblicher regionaler Player fungieren zu können. Es wurde hart abgestraft und muss nun sogar darum betteln, wieder als gleichwertiges GCC-Mitglied behandelt zu werden.¹⁴

Angesichts des Vormarsches terroristischer Gruppen über Syrien hinaus schrillen nun aber auch in Riad die Alarmglocken; sieht sich Saudi-Arabien in seinen eigenen Sicherheitsinteressen unmittelbar bedroht und zur Implementierung einer eigenen Anti-Terror-Strategie veranlasst. Vor allem geht die Sorge vor möglichen saudischen Rückkehrern aus den Reihen der Terroristen um.¹⁵ Die betreffenden Gruppierungen sind allesamt auf die Liste der Terrorgruppen gesetzt, ihren Anhängern sind Haftstrafen bis zu 20 Jahren angedroht worden. Auch sind sie – laut einer Fatwa des saudischen Großmuftis, der höchsten religiösen Autorität im Land, vom August 2014 nunmehr zum „Feind Nummer Eins des Islam“ erklärt worden.

Es wird sich zeigen, ob das riskante Lavieren der Regionalmächte tatsächlich korrigiert wird und wie sich die Rivalen, insbesondere der schiitische Iran und das sunnitisch-wahhabitische Saudi-Arabien, die sich durch die extrem gewachsene terroristische Bedrohung gleichermaßen herausgefordert sehen, fortan verhalten werden. Vor allem geht es um die Frage, ob die schüchternen Annäherungsversuche zu einem gemeinsamen Modus vivendi führen, auf dessen Grundlage sich im Nahen und Mittleren Osten eine tragfähige, die Interessen aller Staaten berücksichtigende Sicherheitsstruktur herauskristallisiert.

IS als größter Destabilisierungsfaktor in der Region

Unbestreitbar ist mit dem Wirken der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ (IS) eine neue Stufe zivilisatorischer Herausforderung und sicherheitspolitischer Bedrohung in der Region erreicht. So hat IS mit dem am 9. Juni gestarteten brutalen, gegen alle Andersgläubigen gerichteten Vormarsch nach Irak die Region nicht nur in ein zivilisatorisches Desaster mit bislang noch unabsehbaren Folgen gestürzt. Vielmehr ist mit der am 29. Juni erfolgten Ausrufung des Kalifats „Islamischer Staat“, welches sich neben Syrien und Irak auch auf Jordanien, Libanon und Palästina erstrecken soll, ein gezielter Angriff auf die bisherige staatsterritoriale Ordnung in der Region gestartet worden. Unabhängig davon, wie sich die weitere Entwicklung gestaltet, ist wohl davon auszugehen, dass die politische Landkarte des Nahen und Mittleren Ostens neu gezeichnet wird. Das muss zu neuen Konflikten führen, es sei denn, auf allen Seiten setzen sich endlich Vernunft und guter Wille zur Suche nach einer vereinbarten Neuregelung durch.

So erschrocken, wie sich nun der Westen und die Regionalmächte über den IS-Vormarsch zeigen, sollten sie doch zunächst den Ursachen dafür auf den Grund gehen. Dabei müssten sie eingestehen, dass dieser in erster Linie der eigenen verfehlten Politik geschuldet ist. Mit dem Krieg der USA gegen Irak wurde der Nährboden für die Herausbildung von IS bereitet. Die zügellose finanzielle und andere materielle



Unterstützung, der beständige Nachschub von Waffen seitens regionaler Mächte zur Anfeuerung des syrischen Bürgerkrieges hat die entsprechenden Räume für die weitere Profilierung von IS zu einer Art Al-Qaida 2.0 geöffnet. Wie Irak im Ergebnis des Krieges von 2003 als Staat sukzessive weiter zerfallen ist, so ereilte Syrien als Staat in dem hier geführten Stellvertreterkrieg ein nahezu analoges Schicksal. Während sich die syrische Opposition gegen das Assad-Regime, vor allem deren militärischer Flügel in Gestalt der „Freien Syrischen Armee“, mehr und mehr auftrieb, gewannen die großzügig aufgerüsteten Terrorgruppierungen mindestens seit Anfang 2013 die Oberhand. Unter diesen tat sich IS unter Anführer Abu Bakr Al-Baghdadi,¹⁶ dem jetzigen Kalifen Ibrahim, als militärisch stärkste und zugleich strategisch operierende Gruppierung hervor.¹⁷ Zumindest ist es bislang keiner vergleichbaren Gruppierung gelungen, die Kontrolle über ein Territorium von der Größe Deutschlands zu erlangen, sich einen selbsttragenden Finanzstock zu verschaffen und die modernen digitalen Medien für die eigenen Zwecke einzuspannen. Fast 15 000 Kämpfer aus dem Ausland sollen sich IS inzwischen angeschlossen haben; und der Zulauf scheint ungebrochen. So wird auch schon über die Bildung von IS-Zellen in Jordanien berichtet. Jedoch dieser Terrorgruppe allein mit Gewalt begegnen zu wollen führt mit Sicherheit in die Irre. Konnte doch auch Al-Qaida selbst in 14 Jahren „Krieg gegen den Terror“ nicht ausgemerzt werden. Stattdessen haben wir es mittlerweile mit einem nahezu geschlossenen Gürtel islamistisch-extremistischer Provenienz von Pakistan und Afghanistan bis nach Nord- und Mitteleuropa zu tun.

Kritisch zu hinterfragen wäre allerdings, warum das Unwesen von IS in Syrien von denen, die heute so erschrocken sind, kaum jemanden ernsthaft beunruhigt hat. Dort wurde all das bereits praktiziert, was nun beim Vormarsch nach Irak gezeigt wird.¹⁸ Kurden waren beständigen militärischen Übergriffen seitens IS ausgesetzt. Die Idee von einem „Groß-syrischen Kalifat“ wurde verkündet, die Grundlage für deren Realisierung gelegt. Aber offenkundig galt hier Baschar Al-Assad als das größere Übel. Man wiegte sich wohl in der trügerischen Hoffnung, so dessen ersehnten Sturz zu erreichen und nicht auch noch die PKK in der Türkei zu stärken.

Nicht zufällig hat IS vornehmlich in Gegenden Fuß gefasst, die ausgesprochen traditionalistisch ausgerichtet sind, in denen Stammesstrukturen vorherrschen und die von Regierungsseite jahrelang vernachlässigt wurden. Was mit der strengen Einführung der Scharia-Gesetzgebung einschließlich der so genannten Gottesstrafen im europäischen Verständnis als großer Schrecken erscheint, wird dort als Rückkehr zu den Wurzeln der Religion, als Garant für Ordnung und persönliche Sicherheit in Kriegszeiten angesehen. Zudem werden Brot, Wasser und Strom bereitgestellt, um die Aussicht auf ein besseres Leben insbesondere für die Armen vorzutäuschen.

Aber angesichts der demonstrierten Brutalität und Intoleranz nimmt es nicht wunder, dass IS in der islamischen Welt nahezu unisono, wenn auch teilweise aus unterschiedlichen Motiven heraus, abgelehnt wird. Die Hizbullah warnt eindringlich vor einem weiteren Vormarsch von IS in Richtung Libanon und ruft zum Schulterschluss auf. Der Golfkooperationsrat (GCC) hat wie die westlichen Staaten IS zum Hauptfeind erklärt.

Das Teheraner Regime, dessen Sturz einst mit Vehemenz betrieben wurde und das nach dem Willen vor allem der Neokonservativen in den USA schon längst hätte beseitigt sein sollen, erweist sich jetzt als eines der wenigen stabilen Elemente in der Region. Kaum je zuvor hat die Möglichkeit bestanden, die jahrelange giftige Auseinandersetzung um das iranische Atomprogramm friedlich beizulegen und zu einem tragfähigen Abkommen zu gelangen. Auf jeden Fall kann Iran von keinen Regelungen politischer Art in der Region mehr ausgeschlossen werden, wie das noch bei Genf II seitens der USA auf Druck der syrischen Opposition und Saudi-Arabiens geschehen ist.

Die Möglichkeit einer Korrektur der kurdischen Geschichte

So paradox es erscheint, so ist mit dem Auftauchen und Wirken von IS für die Kurden in der Region offensichtlich die reale Möglichkeit entstanden, das ihnen bei der Festlegung der nachosmanischen Regionalordnung zugefügte historische Unrecht zu korrigieren. Denn ihnen wurde 1920 kraft der Verträge von San Remo und Sèvres die Eigenstaatlichkeit versagt; ihre angestammten Siedlungsgebiete wurden auf die Türkei, Irak, Iran und Syrien aufgeteilt.

Nach bisherigem Anschein geht es ihnen zuvörderst nicht um die Errichtung eines kurdischen Einheitsstaates. Wären damit doch neue Grenzziehungen aller betroffenen Staaten verbunden. Autonomierechte werden allerdings mit neuem Nachdruck eingefordert werden. Den Kurden in Syrien und Irak wird es jedoch sicherlich um die Frage der Lostrennung gehen.

Am weitesten vorangeschritten ist diese zweifellos in Irak. Dazu hat die Entscheidung der Bundesregierung über gezielte Waffenlieferungen an die kurdische Regionalverwaltung zum Zwecke der Selbstverteidigung gegen IS zusätzlich beigetragen. Natürlich sehen sich die Kurden seit dem IS-Vormarsch gen Irak einer gezielten Bedrohung ausgesetzt. Ihre Peschmerga-Milizen haben sich im Unterschied zur regulären irakischen Armee bereit und fähig gezeigt, sich IS in den Weg zu stellen. Weniger beachtet wird das gleichzeitige Bestreben der Kurden, die Wirren der Auseinandersetzungen mit IS zu nutzen, um endlich die bislang heftig umstrittene rund 400 000 Einwohner zählende Stadt Kirkuk,¹⁹ die dank ihrer reichen Ölvorkommen zu den wohlhabendsten Städten in Irak gehört, unter ihre Kontrolle zu bringen. Kirkuk gehört uns, das hier ist Kurdistan. So war von offizieller kurdischer Seite unmittelbar nach deren Eroberung wiederholt zu hören. Die neu geschaffenen Fakten werden sich die Kurden wohl kaum wieder aus der Hand nehmen lassen.

Ebenso wenig vorstellbar ist, dass die Kurden in Syrien freiwillig auf ihre Quasi-Autonomie in Rojava verzichten werden. Schon wegen der unterschiedlichen Parteibindungen ist allerdings ein Zusammenschluss mit dem jetzt noch irakischen Teilgebiet wohl auf absehbare Zeit kaum realistisch. Doch schon deren Autonomiestatus würde für die Türkei mit einem eigenen kurdischen Bevölkerungsanteil von um 15 bis 20 Prozent Herausforderung genug sein. Vor allem die Sorge vor einem Übersprungeffekt würde wachsen, denn das Gebiet von Rojava liegt unmittelbar an der Südgrenze der Türkei, und die dort politisch einflussreiche PYD ist quasi eine Schwesterpartei der PKK.



Die Palästinenser als endgültige Verlierer?

Anders als für die Kurden scheint sich für die Palästinenser die Situation unter den neuen Bedingungen in der Region noch schwieriger als bisher zu gestalten. Obwohl ihnen das verbriefte Recht auf nationale Selbstbestimmung völkerrechtlich bereits seit langem zugestanden worden ist und Palästina einen Beobachterstatus in der UNO besitzt, sind sie von einer Realisierung möglicherweise weiter entfernt als je zuvor.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, dass ausgerechnet Israels Ministerpräsident Netanjahu die Vorreiterrolle für die Bildung eines unabhängigen Kurdenstaates in Nordirak übernimmt, während seine westlichen Verbündeten noch die Einheit Iraks gewährleisten wollen. Wie IS spricht er vom Ende des Sykes-Picot-Abkommens.²⁰ Dabei zieht er mit unbeirrter Verve gegen die Schaffung eines unabhängigen Staates Palästina an der Seite Israels zu Felde. Aus Kreisen der politischen Elite mehren sich die Stimmen, wonach Israel unter Berufung auf die Balfour-Deklaration genau genommen doch das gesamte historische Palästina für sich beanspruchen könnte, wie überhaupt Jordanien der eigentliche Palästina-Staat sei.

Zwar ist das einst im Rahmen der nachosmanischen Ordnung künstlich geschaffene Königreich Jordanien hinsichtlich seiner Bevölkerung tatsächlich mehrheitlich palästinensisch. Doch das jordanische Königshaus und die Elite sehen ihren Staat keinesfalls als Ersatz für die von Israel abgelehnte Zwei-Staaten-Lösung auf dem Boden des historischen Palästinas an. Das verringert keineswegs ihre Sorge, dass Israel – vor allem in Anbetracht seiner forcierten Siedlungspolitik in der Westbank und in Ost-Jerusalem – womöglich mit seinem völkerrechtswidrigen Ansinnen irgendwann doch noch zum Zuge kommt. Oder dass sich palästinensische Bevölkerungsteile in dem Maße weiter radikalisieren, wie sich Israel einer Lösung der Palästinafrage endgültig widersetzt.²¹ In eigenem Interesse spricht sich Jordanien für die Errichtung eines Staates Palästina gemäß den völkerrechtlichen Grundlagen aus und lehnt jegliche israelischen Pläne zur Annexion der Jordansenke strikt ab.²²

Nicht zuletzt diente auch der jüngste Gaza-Krieg dazu, die Proklamierung eines lebensfähigen Staates Palästina in den Grenzen von 1967 weiter auf die lange Bank zu schieben. Vor allem sollte verhindert werden, dass die zwischen Fatah und Hamas vereinbarte Einheitsregierung tatsächlich zum Tragen kommt. Immerhin hatten der Westen und insbesondere die Obama-Administration diese Regierung bereits gebilligt und die Bereitstellung von Finanzmitteln an die Autonomiebehörde zugesagt. 2007, als eine solche Regierung unter saudischer Vermittlung schon einmal zustande gekommen war, konnte der Westen von Israel noch dazu bewogen werden, diese mit der fadenscheinigen Begründung abzulehnen, die Existenz Israels und die Osloer Vereinbarungen von 1993 würden von Hamas nicht akzeptiert. Dabei sucht Israel seinerseits die Existenz Palästinas mit allen erdenklichen Finten zu umgehen und hat das Oslo-Abkommen von sich aus bereits für obsolet erklärt. Wenn man so will, sind damit die Weichen für nunmehr bereits drei israelische Waffengänge gegen den Gaza-Streifen gestellt worden.

Allein Israel maßt sich also an, darüber zu entscheiden, ob das legitime Recht der Palästinenser auf nationale Selbstbestimmung überhaupt realisiert werden darf, und

wenn, dann nur innerhalb der von ihm definierten Prämissen.²³ Obwohl westlichen Politikern die Brisanz des ungelösten Palästina-Problems für die Stabilität und Sicherheit der gesamten Region bewusst ist, lassen sie es im Falle des völkerrechtswidrigen Vorgehens Israels lediglich bei mehr oder weniger deutlichen verbalen Statements bewenden. Die ansonsten immer schnell bemühten Sanktionsmechanismen sind offensichtlich allein reserviert für bestimmte Staaten, darunter Iran und Syrien sowie neuerdings Russland. Kommt es dann wieder einmal zum kriegerischen Konflikt wie im Sommer 2014, so bleibt es bei den gewohnt einseitigen Schuldzuweisungen als Erklärungsmuster. Nicht nur werden Ursachen und Wirkungen miteinander vertauscht, sondern auch die eigene Mitverantwortung durch jahrzehntelanges Wegsehen bemäntelt. Weder sind Raketen auf israelisches Staatsgebiet noch antisemitische Ausfälle bei Protesten gegen das unverhältnismäßige brutale Vorgehen Israels gegenüber den Palästinensern zu rechtfertigen. Aber wenn man auf derart ignorante Weise über die Konfliktursachen hinwegsieht und stets mit zweierlei Maß misst, bereitet man den Nährboden für die nächsten Gewaltausbrüche wie auch für weiter zunehmenden Hass.

Zusammengefasst lässt sich konstatieren, dass die zur Zeit entstehende Neuordnung in der Region des Nahen und Mittleren Ostens mit vielerlei Unwägbarkeiten einhergeht. Viele Entwicklungen sind noch im Fluss. So wie einerseits der Fokus auf der Auseinandersetzung mit dem islamistischen Extremismus zu liegen scheint, ist andererseits zu beobachten, dass traditionalistisch ausgerichtete Staaten²⁴ in Gestalt des Golfkooperationsrates kraft ihres beachtlichen finanziellen und ökonomischen Potenzials die Initiative zumindest zur Beeinflussung der arabisch-islamischen Welt an sich zu reißen suchen.

Nichtsdestoweniger ist westliche Politik mehr denn je gefordert, ihr bisheriges Herangehen an die Region grundlegend zu verändern. Sie darf nicht in erster Linie als geostrategische Einflussosphäre und Gebiet eigener Interessenrealisierung, als günstiger Absatzmarkt und Experimentierfeld eigener Waffenproduktion angesehen werden. Es gilt gezielt Deeskalationsstrategien zu unterbreiten, wozu gehört, sich mit Konsequenz für die mehr als überfällige Lösung des Palästina-Problems einzusetzen sowie eine politische Lösung des Syrien-Konflikts zu befördern. Auf jeden Fall aber werden allein Luftschläge und Drohneneinsätze sowie Waffenlieferungen an die kurdischen Peschmerga IS nicht dauerhaft von der Bildfläche verschwinden lassen. So ist nicht auszuschließen, dass IS dann seine Milizen eben anderswo, so vom syrischen Deraa aus nach Jordanien, in Marsch setzt. Das Vorgehen von IS, so verabscheuungswürdig es in all seiner Brutalität und Intoleranz auch ist, sollte als Weckruf verstanden werden. Nicht zufällig werden die einst kolonial arrangierten und von westlichen Interessen determinierten Grenzen angetastet. Völlig zurecht wird moniert, dass es stets nur um die Kontrolle über die hier reichlich lagernden Erdöl- und Erdgasreserven geht und die Befindlichkeit der hier lebenden Menschen unbeachtet bleibt.

Aus linker Sicht kommt es darauf an, das bisherige Engagement gegen jegliche Waffenexporte in die Region auch fürderhin konsequent beizubehalten. Das gilt auch für jene Staaten, die im westlichen Verständnis als so genannte Stabilitätsanker angesehen werden, obwohl deren traditionalis-



tische innere Verfasstheit den eigenen postulierten Werten von Demokratie und Menschenrechten fundamental widerspricht. Deutschland sollte sich nicht durch Waffenlieferungen und Debatten über ein größeres militärisches Engagement hervortun, sondern nach tragfähigen Konzepten für ein erfolgreiches Krisenmanagement suchen. Der von Außenminister Frank-Walter Steinmeier unterbreitete Vorschlag zur Einberufung einer KSZE für den Nahen und Mittleren Osten könnte ein erster Schritt dazu sein und verdient Unterstützung. Möglicherweise könnte daraus eine Art Sèvres-Konferenz für die Regionalordnung des Nahen und Mittleren Ostens im 21. Jahrhundert werden. Nur wenn sich alle maßgeblichen Player an einem Tisch versammeln und sich auf der Grundlage eines fairen Interessenausgleichs über eine neue Sicherheitsarchitektur verständigen, wären eine Stabilisierung der Lage und politische Lösungen der komplizierten Streitfragen in dieser Region denkbar.

Anmerkungen

- 1 So stellten die Gründung des Staates Israel 1948, die vom Nasserismus oder Baathismus inspirierten Versuche zur Verwirklichung des arabischen Einheitsgedankens vornehmlich in den 1960er Jahren und auch der Versuch Saddam Husseins Anfang der 1990er Jahre, den Staat Kuwait irakischem Territorium zuzuschlagen, gravierende Eingriffe in die Regionalordnung dar.
- 2 Die dem zaristischen Russland zugestandenen Einflussräume in der Region wurden von der Sowjetregierung per Dekret vom 14. Januar 1918 für null und nichtig erklärt. Bereits im „Dekret über den Frieden“ vom 26. Oktober 1917 war jeder Nation ungeachtet ihres jeweiligen Entwicklungsstandes und ihrer geografischen Lage das unveräußerliche Recht auf nationale Unabhängigkeit zugesprochen worden. Das hat die arabische nationale Befreiungsbewegung in den folgenden Jahrzehnten bis zur tatsächlichen Erlangung der staatlichen Souveränität nachweislich stimuliert. Aus heutiger Sicht bemerkenswert ist, dass Sykes-Picot nicht nur von der Sowjetregierung öffentlich gebrandmarkt wurde. Auch die USA lehnten es seinerzeit ab und sprachen sich für das Selbstbestimmungsrecht der Völker aus.
- 3 Bereits Ende des 19. Jahrhunderts – also noch zu Zeiten des Osmanischen Imperiums – hatten Großbritannien und Frankreich ihre Interessensgebiete determiniert – in hartnäckiger Konkurrenz mit dem zaristischen Russland einerseits und dem kaiserlichen Deutschland andererseits. Für die Aktivitäten des Letzteren standen das Projekt der Bagdadbahn, die Entsendung von Militärmissionen und der immer intensiveren Export von Kapital und Waren.
- 4 So wurde gemäß dem „Sykes-Picot-Deal“ verfügt, Mesopotamien (ohne Mossul), das spätere Transjordanien, die palästinensischen Hafenstädte Haifa und Akka, das nördliche Wüstengebiet der Arabischen Halbinsel sowie die arabischen Küstengebiete am Arabisch-Persischen Golf und Roten Meer Großbritannien zu unterstellen. Dem Einflussbereich Frankreichs wurden Syrien, Libanon und das damals bereits als ölfreich bekannte Gebiet um Mossul zugeordnet. (Nach einer späteren Korrektur wurde Mossul dennoch dem britischen Einflussgebiet zugeschlagen.) Palästina sollte einen internationalen Status erhalten.
- 5 Der erste Konflikt brach unmittelbar nach dem Zusammenbruch des Osmanischen Reiches zwischen Großbritannien und der Türkei aus, weil die Türkei die vom Völkerbund auf den Konferenzen von San Remo und Sèvres im April beziehungsweise August 1920 getroffene Entscheidung über die Zuordnung der Provinz Mossul zu Irak nicht anerkennen wollte. Denn zum Zeitpunkt der Unterzeichnung des Waffenstillstandes in Mudros sei diese Teil des türkischen Staatsgebietes gewesen. Großbritannien hingegen hatte vorgegeben, die aus der Türkei geflohenen Assyrer hier als kompakte nationale Minderheit ansiedeln zu wollen. In Wirklichkeit aber ging es allen Beteiligten um das Erdöl. Mit der Entscheidung des Rates des Völkerbundes vom Dezember 1925, Mossul Irak zuzuordnen, war dann der britische Zugriff auf das Öl gewährleistet. Als Äquivalent dafür wurde der Türkei eine auf 25 Jahre befristete zehnpromzentige Gewinnbeteiligung an der Ölförderung zugesichert.
- 6 Das geschah in Form eines Briefes, den der nach Sykes ins britische Außenministerium gelangte Lord Balfour an den damals einflussreichsten Vertreter der zionistischen Bewegung Lord Rothschild gerichtet hatte. Darin hieß es wörtlich: „Die Regierung seiner Majestät betrachtet die Schaffung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina mit Wohlwollen und wird ihr Bestes tun, die Erreichung die-

- ses Ziels zu erleichtern, wobei, wohlverstanden, nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nichtjüdischen Gemeinschaften in Palästina ... in Frage stellen könnte.“
- 7 Den Anfang machte die März-Revolution von 1919 mit Massenteilnahme in Ägypten, welche die Kolonialmacht nur mit dem rücksichtslosen Einsatz von Flugzeugen, Panzern und schwerer Artillerie niederschlagen konnte. Ihr folgte der große syrische Volksbefreiungskrieg von 1925 bis 1927. Die französische Unterdrückungspolitik beförderte die theoretische Ausformung des Baathismus. Auch Irak wurde seit der Unterordnung unter britische Oberhoheit immer wieder von Protestbewegungen erfasst, die darauf abzielten, einen unabhängigen Nationalstaat zu errichten. 1920 sah sich Großbritannien angesichts der landesweiten machtvollen Erhebung gezwungen, die koloniale Unterdrückung abzumildern. Aber auch die zu diesem Zwecke in Irak installierte Monarchie stieß auf heftigsten Widerstand. Denn der von Großbritannien inthronisierte König besaß wegen seiner sunnitischen Abstammung keine Basis im mehrheitlich schiitischen Irak, eignete sich jedoch wegen seiner probritischen Haltung gut dazu, die interkonfessionellen Gegensätze im Interesse der eigenen Vorherrschaftsbestrebungen zu nutzen. Das faschistische Deutschland suchte die antibritischen Sentiments für sich zu nutzen, indem es die These von der traditionellen Freundschaft zwischen Deutschen und Arabern kolportierte. Umgekehrt erschien Deutschland wegen seiner Judenfeindlichkeit verschiedenen Einheimischen als geeigneter Verbündeter gegen die britische Vorherrschaft. Die seit Bekanntwerden der Balfour-Deklaration 1917 innerhalb der palästinensischen Bevölkerung gärende Unzufriedenheit entlud sich wiederholt in Protestaktionen bis hin zum großen Volksaufstand der Jahre 1936 bis 1939, der sich vor allem an der prozionistischen Politik des britischen Hochkommissars entzündete und den nachfolgenden Zusammenbruch des britischen Kolonialsystems in Palästina einläutete.
- 8 Vgl. Kristian Brakel, Sykes-Picot zerfällt – endlich! Doch der eigentliche Bruch der kolonialen Ordnung wäre ein Bewusstseinswandel in der westlichen Politik, abgerufen unter www.ipg-journal.de/kommentar/artikel/sykes-picot-zerfaellt-endlich am 1.7.2014.
- 9 Nicht zufällig gilt die Region des Nahen und Mittleren Ostens seit Jahrzehnten als vitale Interessensphäre der USA. An vorderster Stelle wegen Israel, dessen Verteidigung auch für die USA eine Art Staatsräson darstellt. Die Bedeutung dieses rohstoffreichen und geostrategisch am Schnittpunkt dreier Kontinente gelegenen Teils der Welt hatten die USA schon seit den 1930er Jahren erkannt. So unterzeichnete die amerikanische „Standard Oil Company of California“ im Mai 1933 mit der saudischen Regierung einen auf 66 Jahre bemessenen Konzessionsvertrag zur Erkundung und Ausbeutung von Erdöl in Saudi-Arabien. Die am 14. Februar 1945 auf dem US-Kreuzer „Quincy“ geführten Gespräche zwischen US-Präsident Roosevelt und König Saud fungierten als programmatische Grundlage für die Durchsetzung US-amerikanischer Interessen in Saudi-Arabien.
- 10 Vgl. dessen Rede vor beiden Kammern des US-Kongresses am 21. September 1990.
- 11 Deren 1997 vorgelegtes Projekt „Amerikas neues Jahrhundert“, in dem auch die Idee der Schaffung eines „Greater Middle East“ begründet worden war, hatte George W. Bush als Handlungsgrundlage für sein Vorgehen in der Region des Nahen und Mittleren Ostens gedient.
- 12 So hätte man sich in früheren Jahren – ungeachtet mancherlei Störungen im Verhältnis zu den USA – kaum vorstellen mögen, dass sich die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Russland nach der langen Zeit der offiziellen antirussischen Rhetorik so demonstrativ verbessern könnten. Ungeachtet aller Diskrepanzen in der Syrien-Frage wird nunmehr eine engere Kooperation bei Erdöl und Erdgas, bei der friedlichen Nutzung der Atomenergie und des Weltraums sowie in Landwirtschaft und Infrastruktur angestrebt.
- 13 Um das militärische Gewicht der Hizbullah im Vergleich zur libanesischen Armee zu schwächen, hat Saudi-Arabien Ende 2013 dem Libanon eine Finanzhilfe in Höhe von drei Mrd. US-Dollar für den Ankauf von Waffen aus Frankreich gewährt. Immerhin gilt die Hizbullah auch auf militärischem Gebiet als bestorganisierte und am meisten disziplinierte Kraft des Libanon.
- 14 Mit dem „17. April Riad Agreement“ hatten Saudi-Arabien, Bahrain und die Vereinigten Arabischen Republik ihre diplomatischen Beziehungen zu Qatar mit der Begründung auf Eis gelegt, dessen Verhalten – gemeint ist vor allem die Unterstützung für die Muslimbruderschaft – sei mit Geist und Zielen des Golfkooperationsrates (GCC) nicht vereinbar.
- 15 Experten gehen davon aus, dass gegenwärtig ungefähr 1 400 Saudis in den Reihen der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ sowie etwa 700 Saudis in den Reihen von Al-Qaida in Jemen unterwegs sind.



- 16 Der 1971 geborene Al-Baghdadi, dessen Herkunft sich auf den Stamm und sogar die Familie des Propheten zurückverfolgen lassen soll, und der in Irak in US-Gefangenschaft saß, wird von manchem nahöstlichen Experten als klug, diszipliniert, machtbewusst und charismatisch sowie mit einem Gespür für die Manipulierung der öffentlichen Meinung charakterisiert.
- 17 Anfangs hatte die Terrorgruppe durchaus noch als militärische Abteilung auf Seiten der „Freien Syrischen Armee“ gegen das Assad-Regime operiert. Bald bildete sie mit Jabhat Al-Nusra eine separate Struktur unter Führung von Muhammad Al-Golani, einst Stellvertreter des als Begründer von IS geltenden und im Juni 2006 bei einem US-Angriff in Irak getöteten Abu Musab Al-Zarkawi. Dass es inzwischen zum Zerwürfnis zwischen IS und dieser Jabhat gekommen ist, hat offensichtlich mit deren Weigerung zu tun, sich der Führung von Abu Bakr Al-Baghdadi zu unterstellen. Al Nusra steht weiterhin loyal zu Al-Qaida-Anführer und Bin Ladin-Nachfolger Ayman Al-Zawahiri.
- 18 Bereits in Syrien hatte sich IS eine ständig wachsende Zahl tödungs-williger junger Männer aus allen Teilen der Welt angeschlossen, war dessen Kriegskasse reichlich gefüllt durch Freikäufe zuvor gekidnappter Personen vor allem aus dem westlichen Ausland, durch das Erheben von Steuern, durch die Verschacherung von Kunst- und Kulturgütern auf dem Schwarzmarkt, durch die Vermarktung von Erdöl aus eroberten Feldern und Raffinerien, durch reichlich fließende Geldströme von privaten Sponsoren aus Golf-Staaten.
- 19 Die bei Kirkuk befindlichen Ölfelder Baba und Khurmala könnten zweifellos als stabile sozial-ökonomische Basis des von Kurden seit langem gehegten Traumes von einem souveränen Kurdenstaat dienen. Würde Irakisch-Kurdistan unabhängig, stiege es damit schlagartig zum zehntgrößten Erdölproduzenten der Welt auf.
- 20 Vgl. Barak Ravid, Netanyahu calls for Kurdish independence from Iraq, in Haaretz-Online, 30.6.2014.
- 21 Die Stabilität Jordaniens ist außerordentlich volatil; sie wird gegenwärtig durch einheimische islamistische Oppositionelle wie auch durch Übersprungeffekte des Syrien-Krieges (Hunderttausende von Flüchtlingen, Ausbildungs- und Rückzugsgebiet syrischer Kampfseinheiten etc.) gefährdet.
- 22 Diese würde den Verlust mindestens eines weiteren territorialen Viertels eines künftigen Staates Palästina bedeuten, der sich auf 22 Prozent des ehemaligen Palästina bemessen soll. Zudem würde den Palästinensern eines der fruchtbarsten Gebiete verloren gehen, und ihr Staat wäre quasi eine Enklave.
- 23 So ist als unabdingbare Position Israels für die Lösung der Palästinafrage erst im Sommer 2014 erneut bekräftigt worden: Jegliches Abkommen werde die Sicherheitskontrolle durch Israel einschließen müssen. Das sei die praktische Basis für die Zwei-Staaten-Idee, mit der sich Israel einverstanden erklärte. In Judäa und Samaria gäbe es außer den IDF keine Kraft, die Israels Sicherheit garantieren könnte. Siehe dazu Barak Ravid, Netanyahu calls for Kurdish independence from Iraq, a. a. O.
- 24 Immerhin lassen sich hinsichtlich des IS-Staatsverständnisses und dessen Islaminterpretation erstaunliche Parallelen zu der in Saudi-Arabien vorherrschenden wahhabitischen Ideologie ziehen.

Ein Wahlmarathon hat begonnen: Zu den Kommunalwahlen in der Türkei

Von Cem Sey, Journalist und Autor

Alle haben sich geirrt. Keiner lag richtig. Viele Menschen im In- und Ausland hatten gehofft, die Kommunalwahlen am 30. März 2014 würden die aufgeheizte politische Stimmung in der Türkei entspannen. Manche erwarteten sogar, die Erdogan-Regierung würde sich nach den Wahlen zum Abdanken gezwungen sehen. Andere erhofften sich zumindest eine schallende Ohrfeige für die Politiker, die an der Macht sind, also die Führung der „Partei der Gerechtigkeit und Entwicklung“ (AKP). Denn die waren es, die die massiven Korruptionsvorwürfe gegen Erdogan und seine engste Gefolgschaft

unter den Teppich zu kehren versuchten. Regierungsnahe Kreise dachten hingegen, mit einem Wahlsieg am 30. März würden sich die Vorwürfe in Luft auflösen und Erdogan bekäme die Chance eines Neuanfangs. Andere wiederum hofften, dass eine neue politische Alternative jenseits der AKP und der alten politischen Eliten hervortreten würde.

Nun ist klar, der Wahltag hat an den existierenden Machtverhältnissen nichts verändert. Schlimmer noch, die Kommunalwahlen konnten die angespannte politische Lage in der Türkei nicht entspannen. Die Regierung erhielt durch die Kommunalergebnisse keinen Rückenwind. Die Korruptionsvorwürfe werden weiterhin erhoben, ohne weiter aufgeklärt zu werden, womit sich die Krise verstetigt und vertieft.

Wie war es vor den Wahlen eigentlich dazu gekommen, dass solche divergierenden Erwartungen entstanden waren und Anhänger fanden? Um dies nachvollziehen zu können, müssen zunächst die Entwicklungen im Vorfeld der Wahlen analysiert werden. Es begann mit den Protestaktionen des vergangenen Sommers. Diese wurden von einer politischen Schlammschlacht zwischen ehemaligen Koalitionslagern beschleunigt – also dem Machtkampf zwischen der AKP-Führung und der mächtigen islamischen Gülen-Sekte.

Die Stadtjugend revoltiert

Im Frühsommer 2013 gingen, völlig unerwartet, Millionen von Türkinnen und Türken auf die Straße. Die Massenproteste waren provoziert worden von einer gewalttätigen Polizeiaktion gegen eine kleine Gruppe friedlicher Öko-Aktivistinnen und Gentrifizierungsgegner im Gezi-Park im Stadtzentrum der türkischen Metropole Istanbul. Innerhalb weniger Stunden wurde deutlich: Die Demonstrierenden wehrten sich vor allem gegen den autoritären Führungsstil des Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan und seiner Regierung. Zudem blieb die Unzufriedenheit nicht auf eine aufmüpfige Stadtjugend in Istanbul beschränkt, sondern breitete sich rasant im ganzen Land aus.

Da die Gezi-Park-Proteste ein spontaner Aufstand ohne politische Führung waren, endeten sie wenige Wochen später unter dem gewalttätigen Druck der Sicherheitskräfte. Gewonnen hatten die Demonstranten nichts. Doch die Büchse der Pandora war geöffnet. Zum ersten Mal seit Jahren hatten die Bürger gespürt, dass sie sich gegen eine Regierung wehren können, die ihre elementarsten Wünsche und Bedürfnisse ignoriert. Ein neuer politischer Akteur betrat die Bühne – die neue Generation urbaner Jugendlicher, die sich weder von den Islamisten in der AKP, noch von den alten Eliten vertreten fühlen.

Ministerpräsident Erdogan und seine Strategen verstanden bereits in den ersten Tagen des Aufstandes, dass sie diese aufgebrachte Masse ohne den Rücktritt Erdogans nicht würden beruhigen können. Doch das war aus Sicht der AKP unmöglich, denn ein solcher Schritt hätte die gesamte zehnjährige Arbeit der AKP-Regierung infrage gestellt. Die AKP konzentrierte sich daher auf ihre Wähler, die ungefähr die Hälfte der Wählerschaft ausmachten und weiterhin unbeirrt zu ihr hielten.

Bis dahin hatte die AKP immer betont, sie diene nicht den Interessen ihrer Wähler, sondern auch den Bürgern, die anders denken, leben und wählen. Nach den Gezi-Park-Protesten entwickelte die AKP jedoch eilig einen neuen Jargon. Die Gezi-Bewegung müsse gestoppt werden, hieß es auf einmal, denn sie sei ein neuer Putschversuch alter Eliten, die aus



dem Ausland unterstützt würden. Mit dieser Mischung aus populistischer Rhetorik, dem Einsatz von Justiz- und Sicherheitsapparat und der flächendeckenden Unterdrückung freier Medien gelang es der AKP, sowohl die Arbeiter- und Bauernmassen, als auch die ärmeren Schichten der Mitte erneut für sich zu gewinnen.

Die AKP-Strategen hatten nämlich fest im Blick, dass zwischen Anfang 2014 und Mitte 2015 nicht nur die Kommunalwahlen, sondern auch die Präsidentschafts- und die Parlamentswahlen anstanden. Inmitten der Krise meinten sie diese Wahlen nur gewinnen zu können, indem sie die Gesellschaft spalteten. Sie zielten darauf ab, ihre Anhänger durch eine konfrontative Politik immer fester an die AKP zu binden, und schoben den charismatischen Parteiführer Erdogan an die Spitze dieser Konstellation. Ihre Strategie, das wurde deutlich, zielte nicht auf einzelne Wahlen ab, sondern behielt die gesamte Wahlserie fest im Blick. Es sollte ständig um den populistischen Premier Erdogan gehen. Jede einzelne Wahl sollte zu einer Volksabstimmung über Erdogan werden.

Ein alter Verbündeter wechselt die Seite

Die AKP verfolgte diese Strategie zunächst mit durchschlagendem Erfolg. Man war so siegesgewiss, dass ab Herbst 2013 damit begonnen wurde die langjährige Koalition mit der Gülen-Sekte aufzulösen.

Ein Blick zurück: Ohne die Unterstützung der Gülen-Bewegung wäre die AKP 2002 nicht an die Macht gekommen. Zu Beginn ihrer Regierungszeit hätte die Erdogan-Partei ohne die aktive Mitarbeit dieser Sekte, die türkische Armee, also ihre damalige Hauptkontrahentin, nicht einhegen können. Beflügelt vom Erfolg der populistischen Politik meinte man im Herbst 2013 dann nun auch die Gülen-Sekte ausbooten zu können und allein zu regieren. In den langen Jahren der gemeinsamen Machtausübung waren natürlich Meinungsunterschiede entstanden, allen voran in der Kurdenfrage trennten sich die gemeinsamen Interessen.

Die AKP-Regierung machte sich also daran, die beliebten Schulen der Sekte, die eine wichtige finanzielle Einkommensquelle und gleichzeitig Rekrutierungspool der Gülen-Bewegung sind, per Gesetzesänderung zu schließen.

Am 17. Dezember 2013 schlug die Gülen-Bewegung dann zurück. Ohne die politische Führung des Landes zu warnen, begann der von der Gülen-Bewegung seit Jahren stark unterwanderte Justiz- und Polizeiapparat mit der Verhaftung dutzender hochrangiger Personen, darunter Minister-Söhne, denen massive Korruption vorgeworfen wurde.

Was folgte, war nichts Geringeres als ein politisches Erdbeben. In den Monaten darauf ließ Erdogan tausende Juristen, vor allem Staatsanwälte, und Polizisten entweder entlassen oder verbannen. Zeitgleich tauchten nahezu täglich neue geheime Mitschnitte von Erdogans Telefongesprächen auf YouTube, Facebook oder Twitter auf. Darin war zu hören, wie er sich persönlich und teilweise ungesetzlich in Gerichtsprozesse, Medienentscheidungen oder Ausschreibungen einmischte.

Die markantesten Mitschnitte stammen von Telefongesprächen zwischen ihm und seinem Sohn Bilal, aufgezeichnet am 17. Dezember 2013. Darin informiert Erdogan seinen Sohn, kurz nach dem die Verhaftungswelle begonnen hatte, über die Operation gegen die Ministersprösslinge. Er mahnt ihn, das Geld in seiner Wohnung wegzuschaffen und am Telefon nicht offen zu reden. Am selben Tag folgen mehrere

Kontrollanrufe Erdogans, in denen er wissen will, ob Bilal seinen Anweisungen nachgekommen ist. Die tragikomische Tonsequenz gipfelt schließlich in Bilals Satz: „Ich habe lediglich 30 Millionen Euro hier behalten, weil ich dachte, du könntest Kleingeld brauchen.“

Die Tonaufnahmen sowie weitere juristische Anhaltspunkte deuteten nicht nur auf gigantische Korruption hin, sondern bald auch auf ein Unterlaufen der UN-Sanktionen gegen den Iran durch türkische Behörden.

Erdogan und die AKP behaupteten anfänglich, die Aufnahmen seien Manipulationen – ohne jemals Belege für ihre Verdächtigungen zu liefern. Mittlerweile heißt es lapidar, die Aufnahmen seien auf illegalem Wege beschafft und deshalb juristisch unbrauchbar. Gleichzeitig verschärfte Erdogans Umfeld den Ton gegen die Gülen-Bewegung, insbesondere gegen deren Führer, den Prediger Fethullah Gülen. Den langjährigen Verbündeten nennen sie nun lautstark „Bandenchef“ und „Landesverräter“, dem sie unverholen mit strafrechtlichen Schritten drohen. Erdogan, der sich ein Jahrzehnt lang auf Gülen's Netzwerk der Macht verlassen hat, findet auf einmal, man könne einen „Parallelstaat“ nicht dulden.

Drei Fragen müssten die beiden islamistischen Fronten, die AKP und die Gülen-Bewegung, den Bürgern noch beantworten: Warum hatte Erdogan gegen den Parallelstaat, von dem er sehr wohl wusste, nichts unternommen? Warum haben die Gülen-Anhänger erst Ende 2013 damit begonnen, die Korruption zu bekämpfen, über die sie ja offensichtlich bestens informiert waren? Wieviel Wahrheit steckt hinter den Korruptionsvorwürfen?

Dieser „Krieg“ im Vorfeld der Kommunalwahlen hatte zwei Opfer: die Meinungsfreiheit und den Rechtsstaat. Erste, weil die türkische Regierung nicht nur sowohl YouTube als auch Twitter nicht mehr kontrollieren konnte und deshalb verbot, sondern auch die Medien stärker zensierte. Das zweite Opfer war der Rechtsstaat, weil die Regierung mit eilig verabschiedeten Gesetzen fast den gesamten Justizapparat, der in der Geschichte des Landes ohnehin nie mit fairen Urteilen gegläntzt hatte, endgültig unter ihre Kontrolle brachte. Heute kann die Rechtssprechung in der Türkei nur noch eine Farce genannt werden.

Wer auf die natürliche Empörung der türkischen Wähler über all diese Entwicklungen hoffte, irrte sich. Die Erwartung, die Enthüllungen und die Protestbewegung würden zum Ende der Erdogan-Ära und der AKP insgesamt führen, erfüllte sich nicht. Wer dies geglaubt hatte, war wohl den übertriebenen Gerüchten um die Machtfülle der Gülen-Sekte auf den Leim gegangen. Dies wurde sicherlich begünstigt durch deren völlig intransparente Strukturen. Zu wenig war beachtet worden, wie groß die Sympathie vor allem der ärmeren Schichten der Gesellschaft für die AKP tatsächlich war und ist.

Die AKP hingegen konnte die Krise sehr effizient verwalten. Sie hat sich durch die massiven Angriffe der Gülen-Gemeinde nicht beirren lassen und hielt am ursprünglichen Schlachtplan fest: Spaltung der Gesellschaft, Konfrontation und Führerkult.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen zeigen, zumindest auf den ersten Blick, dass die Rechnung der AKP-Strategen voll aufgegangen ist.



Enttäuschte Hoffnungen

Schon die ersten Hochrechnungen der Kommunalwahlen zeigten deutlich, wie groß der Vorsprung der AKP vor ihren Konkurrenten CHP und anderen immer noch ist. Dieser Abstand verringerte sich auch in den späteren Stunden des Wahlabends nicht, was zu einer großen Enttäuschung für alle AKP-Gegner wurde.

Aufgrund einer gesetzlich verordneten Änderung und damit Verkomplizierung des Wahlsystems, lagen die endgültigen Wahlergebnisse längere Zeit nicht vor, was deren endgültige Analyse erschwerte. Doch die erkennbaren Tendenzen sind eindeutig.¹

Demnach erhielt die AKP landesweit 45,6 Prozent der Stimmen. Mit diesem Ergebnis liegt die AKP nicht nur weit vor der zweitstärksten Republikanischen Volkspartei (CHP), sondern hat insgesamt mehr Stimmen bekommen als beiden größeren Oppositionsparteien CHP und die ultranationalistische Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) zusammen. Diese erhielten jeweils 27,8 und 15,2 Prozent.

Wer sich diese Ergebnisse oberflächlich anschaut, wäre verleitet anzunehmen, die AKP habe einen sehr großen Sieg errungen.² Vor allem im Vergleich mit den Ergebnissen der Kommunalwahlen im Jahr 2009. Doch dieser Vergleich täuscht.

Da jedoch die AKP aus den Kommunalwahlen, wie oben erwähnt, ein Referendum über Erdogan gemacht hatte ging es in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit um ein „Ja“ oder „Nein“ zu Erdogan. Während des Wahlkampfes tauchten die Bürgermeisterkandidaten der AKP kaum auf, Erdogan führte den Wahlkampf quasi allein. Deshalb ist es angebrachter, die Kommunalwahlergebnisse mit dem Ergebnis der letzten Parlamentswahlen zu vergleichen.

Die Parlamentswahl 2011 gewann die AKP mit 49,95 Prozent der Stimmen. Daraus kann hergeleitet werden, dass die Partei Erdogans innerhalb drei Jahren fast 4,5 Prozent der Stimmen eingebüßt hat. Das bedeutet auch, dass ca. 55 Prozent der Wähler zu Erdogan ein klares „Nein“ gesagt haben.

Hier muss allerdings angemerkt werden, dass sowohl die Wahlbeteiligung, als auch die Zahl der Wahlberechtigten gestiegen ist. Die AKP konnte ihre Stammwählerschaft größtenteils konsolidieren. Die verlorenen 4,5 Prozent sind somit vor allem ein Ergebnis der Gezi-Park-Demonstrationen. Die Neuwähler hingegen, deren Zahl um die 2,5 Millionen lag, haben sich im Wesentlichen gleichmäßig auf AKP und CHP verteilt.

Die CHP gehört trotz ihres prozentualen Zuwachses von 25,9 auf 27,8 Prozent zu den Verlierern. Denn die CHP, Mitglied der Sozialistischen Internationale, hat vor den Wahlen unrealistisch hohe Erwartungen formuliert. Sie wollte mehr als 30 Prozent der Stimmen erreichen und vor allem das Bürgermeisteramt in allen drei großen Metropolen gewinnen. Außer Izmir, wo die Partei dieses Amt auch bisher innehatte, hat sie keine weiteren nennenswerten Erfolge errungen.

Grund hierfür ist wohl, dass die CHP es nicht verstand, die Gezi-Park-Demonstranten für sich zu gewinnen. Vor allem durch ihr Beharren auf alten kemalistischen Positionen vermittelte die CHP den Eindruck sie vertrete weiterhin lediglich die alten Eliten des Landes. Doch diese wollen weite Teile der Bevölkerung nicht mehr an der Macht sehen. Die

fragwürdige Taktik, faschistoide Wähler der MHP zu umwerben um damit die AKP zu besiegen, verschreckte viele sozialdemokratisch gesinnte CHP-Stammwähler.

Auch die ultranationalistische MHP, konnte ihren Stimmenanteil erhöhen. Doch auch sie zählt, wie die CHP, zu den Verliererinnen. Denn auch die MHP hat nicht den Erfolg einfahren können, den sie vor den Wahlen anvisiert hatte.

Die vierte ernst zu nehmende Partei ist die kurdische Partei des Friedens und der Demokratie (BDP). BDP hat offiziell nur 4,2 Prozent der Stimmen erhalten. Doch die BDP trat nur in den kurdischen Provinzen an. In den restlichen Landesteilen unterstützte die BDP die Demokratische Partei der Völker (HDP), eine neue Partei, die sie zusammen mit verschiedenen linken Gruppen und Parteien bildet. Die HDP erhielt 1,9 Prozent der Stimmen. Wenn man diese Ergebnisse zusammenzählt, kommt man auf 6,1 Prozent, wenn auch eine simple Addition dieser beiden Ergebnisse aus mehreren Gründen kein exaktes Bild ergibt.

BDP und HDP haben im Vergleich zur Parlamentswahl 2011, als die BDP unabhängige Kandidaten unterstützte, wahrscheinlich prozentual weder hinzugewonnen, noch verloren.³ Dennoch konnte die BDP in den kurdischen Kommunen die Wahlen am 30. März souverän gewinnen, ihr gelang es sogar, einige wichtige AKP-Bürgermeisterämter zu erobern.⁴

Das kann dennoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass die HDP sehr weit hinter die Erwartungen zurückfiel, die sie mit ihrer Selbstdarstellung, als dritte Alternative zur islamisch-konservativen AKP und zur kemalistischen CHP anzutreten, geschürt hatte.

Sie konnte vielerorts nicht einmal die Stimmen bekommen, die unabhängige linke oder kurdische Kandidaten bei der letzten Wahl noch auf sich vereint haben. Damit ist das Projekt HDP vorerst wohl gescheitert. Eine Diskussion über die Gründe dieses erfolglosen Starts hat in der Partei bereits begonnen und wird wahrscheinlich längere Zeit in Anspruch nehmen.

Allerdings können hier zwei Grundprobleme kurz dargestellt werden: Erstens, die linken türkischen Gruppen, die an diesem Bündnis/Partei mitarbeiten, haben bei den Wählerinnen und Wählern das Image, dass sie ein verstaubtes und historisch überholtes linkes Verständnis vertreten. Zweitens glaubt die Mehrheit der türkischen Wähler, dass die HDP von der BDP und damit indirekt von der PKK und deren Führer Abdullah Öcalan gelenkt wird. Die PKK oder gar Öcalan können unter nicht-kurdischen Wählern jedoch kaum Sympathien gewinnen.

Das liegt auch daran, dass es der HDP nicht gelang, die Probleme überzeugend anzusprechen, die türkische Wähler als wichtiger empfinden als die Kurdenfrage. So stimmten zum Beispiel die meisten alewitischen Kurden für die CHP. Denn ihnen scheint eine klar säkular positionierte größere Partei, die ihre Interessen gegen die sunnitischen Muslime vertreten kann, wählbarer zu sein als die HDP, die sich noch nicht beweisen konnte.

Ein nationalistisches Volk – Ideologien der Selbstbehauptung

Das Wahlergebnis der letzten Kommunalwahlen hat vor allem schmerzhaft deutlich gemacht, dass die türkische Bevölkerung in weiten Teilen extrem nationalistische Positionen unterstützt. Gemessen an diesem Nationalismus muss Erdo-

gans AKP trotz mancher schriller Töne als gemäßigt gelten. Eine Mehrheit innerhalb der AKP ist überzeugt von „Ümmet“, arabisch „Umma“, einem Konzept, das von einem islamischen Volk ausgeht, und nicht von unterschiedlichen Nationen. Demnach sind Kurden keine Separatisten, nur weil sie sagen, sie seien Kurden. Denn auch sie sind schließlich Muslime. Aus demselben Grund erkennt die AKP jedoch auch keine Minderheitenrechte an – und kommt deshalb bei der Kurdenfrage letztendlich zu ähnlichen Lösungsansätzen wie CHP und MHP.

Die restlichen AKP-Mitglieder oder –Anhänger sind der sogenannten „türkisch-islamischen Synthese“ verhaftet. Diese Ideologie geht davon aus, dass in der Türkei überwiegend muslimische Türken leben, also keine Kurden. Die „türkisch-islamische Synthese“ ist auch in den Reihen der Gülen-Bewegung stark vertreten.

Die CHP, die nur noch auf dem Papier als sozialdemokratisch gelten kann, ist in der ideologischen Umklammerung der alten Eliten gefangen. Das sind zum Teil die Militärs, zum Teil Wähler, die die in den letzten 15 Jahren entstandene Ideologie „Ulusalçılık“ unterstützen. Die Ulusalçıs sind „aufgeklärte Nationalisten“. Sie sind säkular, vertreten die Ansicht, dass jeder türkische Staatsbürger auch Türke ist⁵ und sind schnell mit Verschwörungstheorien bei der Hand – vor allem in der internationalen Politik. Sie sympathisieren mit autoritären Methoden, um eine Politik durchzusetzen, die entlang der genannten Linien verlaufen sollte.

Die MHP ist das klassische Sammelbecken türkischer Faschisten, die eine auf der Rassenlehre basierende Weltanschauung vertreten. Die MHP öffnete sich nach dem Militärputsch von 1980 auch für weniger militante Teile der Bevölkerung, solche, die den Ulusalçıs nahestehen. Deshalb wird sie oft nicht mehr als faschistisch, sondern milder als ultranationalistisch bezeichnet, obwohl die Parteiführung der MHP in mehreren Fällen – vor allem, wenn es um die Lösung der Kurdenfrage geht – eine Rückkehr zu den alten militanten Methoden signalisierte.

Es ist diese ideologische Nähe zur MHP, die es der CHP ermöglichte, an manchen Orten wie zum Beispiel in der Hauptstadt Ankara, mit offen nationalistischen Kandidaten auch Stimmen der MHP für sich zu gewinnen und dadurch die AKP zumindest in Bedrängnis zu bringen.

Wer die Wahlergebnisse dieser Parteien addiert, wird feststellen müssen, dass nahezu neun von zehn Wählern für türkisch-nationalistische Parteien gestimmt haben oder sich zumindest nicht von deren türkisch-nationalistischen Grundgedanken abwenden. Hinzu kommt dass die zahlreichen kleinen Parteien (immerhin hatten sich außer den genannten vier Großen noch 22 kleine Parteien zur Wahl gestellt) überwiegend ebenso nationalistisch geprägt sind.

Das Präsidialsystem: eine alte neue Idee

Der Wahlmarathon der Türkei hat also gerade erst angefangen. Die Strategie der AKP, die Bevölkerung zu teilen, Konfrontationen zu schüren und Erdogan in den Mittelpunkt zu stellen, ist weiterhin in Kraft.

Ein wichtiges Element dabei scheint eine altbekannte Debatte zu sein. Ermutigt durch die weiterhin große Unterstützung für die AKP machen sich Erdogan und die Parteiführung wieder einmal Hoffnungen, dass sie in der Türkei das Präsidialsystem einführen können. So erklärte der ehemalige AKP-Innenminister Mehmet Ali Sahin, dass die Staatspräsi-

dentwahl ein Schritt auf dem Weg zum Präsidialsystem sei. „Nachdem das Volk den Staatspräsidenten wählt, muss die Türkei diese Systeme (gemeint sind präsidiales und semipräsidiales System) diskutieren“ sagte Sahin. „Das wird auf unserer Tagesordnung stehen. Ich glaube nicht, dass eine Verfassungsänderung vor den Wahlen durch das Parlament gebracht werden kann. Deshalb werden wir vor den Parlamentswahlen das Präsidialsystem versprechen. Die Verfassungsänderung wird auf jeden Fall auch das Präsidialsystem beinhalten.“⁶

Erdogans Umfeld hatte die Systemwechsel-Debatte bereits 2010 angestoßen und damals eine parlamentarische Kommission einberufen, die eine neue Verfassung vorbereiten sollte. Diese Bemühungen scheiterten bisher nicht nur am Widerstand der CHP und der MHP, sondern auch an dem einflussreicher AKP-Politiker, wie dem amtierenden Staatspräsidenten Abdullah Gül.

Ermutigt durch Erdogans Popularität tüfteln die AKP-Oberen nun daran, wie ein Präsidialsystem in einem schleichen Prozess eingeführt werden könnte. Sie wollen im August erst Erdogan zum Staatspräsidenten wählen lassen, um danach, unter anderem auch gesteuert von Präsident Erdogan mit neuen Kompetenzen, die Parlamentswahlen zu gewinnen. Danach soll entweder durch eine neue Mehrheit im Parlament oder durch eine Volksabstimmung das Präsidialsystem eingeführt werden.

Keines dieser Szenarien ist einfach zu realisieren. Zu groß ist der Widerstand der Zweifler in den AKP-Reihen. Sie zu überzeugen oder auszuschalten bedarf großer Anstrengungen. Doch Erdogan und seine Gefolgsleute haben bereits in den vergangenen Monaten bewiesen, dass sie nicht davor zurückschrecken, gültige Gesetze zu missachten oder zu umgehen, wenn ein solches Vorgehen ans Ziel führt.

Längst gibt es eine nur dünn verhüllte Kampagne, die Abdullah Gül, den Staatspräsidenten und langjährigen politischen Weggefährten Erdogans, demontieren soll. Es ist nicht klar, ob Gül, wie er sich im Stillen wünscht, Staatspräsident bleiben oder, wenn Erdogan für diesen Amt kandidiert, wieder das Ministerpräsidentenamt übernehmen kann. Seit den Kommunalwahlen redet die AKP-Führung öffentlich davon, dass für das Ministerpräsidentenamt sowohl der amtierende Außenminister Ahmet Davutoglu, ein enger Verbündeter Erdogans, als auch weitere andere Kandidaten in der Partei infrage kämen. Güls Name kommt bei den Debatten der AKP-Führung nicht vor.

Wie dieser innerparteiliche Kampf auch ausgeht, das aktuelle politische Gleichgewicht in der Türkei erlaubt keine andere demokratische Alternative zu Erdogan, als eine Opposition innerhalb seiner eigenen Partei. Eine Spaltung der AKP wäre für Erdogan jedoch gefährlich, selbst wenn sie inoffiziell und unter der Oberfläche vor sich ginge. Auch für die Türkei zöge dies Gefahren nach sich, denn sollte Erdogan die Kontrolle über die Entwicklung in seinem Land zu verlieren drohen, dann tendierte er noch stärker zu Abenteuer, Gesetzlosigkeit und Autoritarismus.

Anmerkungen

- 1 Dieser Analyse wurden die Ergebnisse auf <http://secim.haberler.com/2014/> zugrunde gelegt.
- 2 Die AKP hat 2009 38,8 Prozent der Stimmen erhalten.
- 3 Das Problem mit den genauen Stimmanteilen und welche Zahlen man bei einer Analyse zugrunde legen sollte, wird im Falle der BDP/HDP sogar noch komplizierter. Bei früheren Wahlen kandidierten türkische Linke mit ihren eigenen, teilweise unabhängigen Kandidaten. Die BDP



tat das fast überall, auch dort wo bereits türkische linke Kandidaten antraten.

- 4 Die BDP hat die Wahl in der Provinz Agri knapp gewonnen. Doch wegen einer Beschwerde der AKP wurde die Wahl annulliert. Es wird eine Neuwahl geben. In Mardin unterstützte die BDP den unabhängig antretenden Kandidaten Ahmet Türk, der früher der Parteivorsitzender der BDP-Vorgängerin DTP war. Als das Verfassungsgericht die DTP wegen „Separatismus“ verbat, wurde Türk mit Politikverbot belegt. Deshalb durfte er nicht als BDP-Kandidat antreten.
- 5 Was sie an diesem Punkt von den Faschisten der MHP trennt, ist, dass die Ulusalcis den Begriff „Türke“ nicht ethnisch begründen, sondern an der Staatsbürgerschaft festmachen.
- 6 <http://t24.com.tr/haber/mehmet-ali-sahin-cumhurbaskanligi-secimi-partili-baskanlik-sistemine-adim-olarak-degerlendirilmeli/256647>

Die Präsidentschaftswahlen von 2014 – ein neuer Anfang für Afghanistan?

Von Diethelm Weidemann, Prof. Dr. em. für Theorie und Geschichte der internationalen Beziehungen in Asien an der Humboldt-Universität Berlin

Bei den seit der programmatischen Rede Präsident Barack Obamas vom 1. Dezember 2009 an der Militärakademie West Point¹ anhaltenden Diskussionen über das Ende der NATO-Intervention in Afghanistan und die Aussichten der künftigen Entwicklung Afghanistans spielten nach den entsprechenden Beschlüssen der NATO-Gipfeltreffen vom 20. November 2010 in Lissabon,² vom 21. Mai 2012 in Chicago³ und vom 5. Juni 2013 neben den militärischen und logistischen Aspekten des Abzugs immer mehr die Richtung der inneren Entwicklungsprozesse in Afghanistan, die Überlebensfähigkeit der nach 2001 geschaffenen Strukturen und Institutionen sowie die längerfristigen Perspektiven des Landes eine zentrale Rolle.

In diesem Kontext erlangten die für den 5. April 2014 angesetzten Wahlen zur Präsidentschaft und zu den Provinzräten einen spezifischen politischen Stellenwert und wurden nicht selten sogar als Lösungsweg für die tief greifende innerafghanische Krisensituation betrachtet.

1. Stellung und Stellenwert der Präsidentschaftswahlen von 2014 im afghanischen Transformationsprozess

Afghanistan befindet sich in einem schwierigen und offenbar lang anhaltenden Prozess der Transformation, den der Interventionskrieg einerseits forciert, aber zugleich auch massiv blockiert hat. Und es ist keineswegs sicher, wohin die Reise in dieser Übergangsperiode schlussendlich geht.

In dieser so genannten Transition geht es um alle Bereiche der Gesellschaft – Staat, Gesetzgebung, Rechtsprechung, Politik, Wirtschaft und Sozialstruktur, Bildung und Kultur. Wahlen nehmen nicht nur eine wichtige Rolle ein, sondern haben auch einen spezifischen Stellenwert. Aber sie sind nicht die Transition oder Transformation per se, sondern eher ein Indikator für das Niveau des Veränderungsprozesses – nicht mehr und nicht weniger, das haben die Präsidentschaftswahlen von 2004 und 2009 hinreichend demonstriert. Daher ist das Stattfinden der Wahlen nicht

gering zu schätzen, darf aber auch nicht überbewertet oder als Anbruch einer neuen Ära überhöht werden.

Die Taliban hatten am 10. März demonstrativ von den Wählern einen Boykott der Wahlen gefordert und die Anwendung jeder Form von Gewalt⁴ gegen Wahlaktivisten, Wähler und Wahllokale angedroht. Die planmäßige Abhaltung der Wahlen, die starke Wahlbeteiligung im Vergleich zu 2009 und die schließliche Ergebnislosigkeit der zahllosen tatsächlichen Anschläge der Taliban waren daher erstens ein klarer politischer Erfolg für den zivilen Übergangsprozess in Afghanistan, zweitens ein Indikator für das Verlangen des Wahlvolkes nach Frieden und zivilisierten gesellschaftlichen Verhältnissen statt chronischem Bürgerkrieg und drittens, und nicht zuletzt, eine unübersehbare politische und zugleich ideologische Niederlage für die bewaffnete islamistische Opposition.

Gleichzeitig ist mit aller Deutlichkeit festzustellen, dass die Wahlen – und zwar völlig unabhängig vom konkreten Wahlergebnis – weder das Ende der tief greifenden Krise der afghanischen Gesellschaft bedeuteten, noch in irgendeiner Weise die Existenz und die Wirkungsmechanismen der bestehenden afghanischen Konfliktkonstellation aufhoben.

2. Anmerkungen zur Bilanz Hamid Karsais und seines Regimes

Karsai wurde am 22. Dezember 2001 in einem absolut von den USA dominierten Verfahren von außen als interimistischer Regierungschef eingesetzt, der Loya Jirga im Frühsommer 2002 als Übergangspräsident aufgezwungen und 2004 sowie 2009 unter jeweils dubiosen Umständen zum Präsidenten gewählt.

Im Gegensatz zu den ständig von den Interventionsmächten kolportierten Verlautbarungen war das nicht der Beginn eines demokratischen Prozesses, sondern de facto die Wiedereinsetzung der alten Machteiten – sowohl der traditionellen als auch der im Bürgerkrieg aufgestiegenen. Statt in einem von Stammes- und Clan-Loyalitäten geprägten Land die Vermittlung demokratischer Verhaltensweisen und Entscheidungswege an der Basis zu beginnen und gesamtstaatliche Wahlen als den Schlussstein dieses Prozesses zu betrachten, wählten die USA den umgekehrten Weg, nämlich die Einsetzung eines der Geschichte und Gesellschaft Afghanistans völlig fremden zentralisierten Präsidialsystems und die schnellstmögliche Abhaltung von Wahlen, die formal bleiben mussten, weil wesentliche Voraussetzungen für eine demokratische politische Meinungsbildung in Afghanistan nach 25 Jahren Krieg und Bürgerkrieg überhaupt nicht vorhanden waren. Das ist kein afghanisches Spezifikum, sondern auch im Irak und in anderen Ländern zu beobachten, in welche die USA mittels Intervention oder offenem Krieg Demokratie zu exportieren versuchten. Die Entwicklung in Afghanistan zwischen 2002 und 2014 ist somit zugleich ein Beispiel für das Scheitern dieses US-Konzepts. Die nicht zu übersehenden Konsequenzen für Afghanistan waren eine gravierende Legitimitäts-, Autoritäts- und Akzeptanzkrise des neu geschaffenen staatlich-politischen Systems und seine faktische Machtlosigkeit außerhalb der Städte und besonders im paschtunischen Osten und Süden.⁵ Zu dieser Situation hat die präzedenzlose institutionelle Korruption des Systems und des gesamten Staatsapparates von der Spitze bis zur lokalen Ebene massiv beigetragen.

Es ist dem Regime bis heute nicht gelungen, etwas wiederherzustellen, was man als afghanische Volkswirtschaft



bezeichnen könnte. Bis auf Kabul, Herat und Mazar-e-Sharif ist die wirtschaftliche Lage katastrophal und selbst in den so genannten „Boom Towns“ konzentriert sich der Aufschwung mit Ausnahme der Bau- und Transportbranche kaum auf wirtschaftlich lebenswichtige Bereiche. Der Außenhandel müsste der Wahrheit entsprechend eigentlich als Schmuggelsektor bezeichnet werden. Insgesamt ist ein großer Teil der wirtschaftlichen Aktivitäten in hohem Maße von offen mafiotischen Strukturen durchsetzt und gekennzeichnet, die beispielsweise im Transportsektor direkte Verbindungen zu den Taliban, aber auch zu genuin kriminellen Banden aufweisen.

Eines der ernstesten Probleme Afghanistan ist die völlige Zerrüttung der sozialen Strukturen durch Krieg und Bürgerkrieg. Das hat sich auch mehr als zehn Jahre nach der Zerschlagung des Taliban-Regimes nicht qualitativ geändert. Einer der Indikatoren ist die enorme Arbeitslosenrate, die je nach verschiedenen Quellen auf 50 bis 70 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung geschätzt wird. Die 35 Prozent im CIA World Factbook sind eindeutig zu niedrig angesetzt.⁶ Die Folgen sind millionenfache Landflucht im Gefolge von Krieg und Bürgerkrieg, das Fehlen dauerhafter Beschäftigungsmöglichkeiten in den überbevölkerten Städten, das Heranwachsen einer ganzen Generation ohne jegliche Berufsausbildung und damit ohne Chance auf Beschäftigung. Eine Wiederbelebung der Sozialverhältnisse konnte außer in Kabul und wenigen anderen größeren Städten nur in jenen Gebieten erreicht werden, die vom Krieg seit 2001 relativ verschont blieben. Aber zu diesem Bild gehört auch die drastisch angestiegene Zahl der Drogenabhängigen und die Tatsache, dass selbst im scheinbar florierenden Kabul 120 000 Bettler täglich nach Nahrung und einer notdürftigen Unterkunft suchen.⁷

Sichtbare Fortschritte hat es im Bildungs- und Kulturbereich gegeben – mit einem deutlichen Ausbau des Schulwesens, der Wiederaufnahme und Expansion universitärer Ausbildung, dem Wiederaufleben von Literatur, Film und Theater, sowie mit einer massiven Entwicklung der Medien. Als ein besonders markantes Beispiel kann die Entwicklung der neuen Medien genannt werden. Gab es 2002 in Afghanistan exakt 100 Internetnutzer, so stieg ihre Zahl bis 2013 auf 2,4 Millionen.⁸ Dabei spielen in den offiziellen Erfolgsberichten die gleichzeitig existierenden Ambivalenzen jedoch kaum eine Rolle. So werden uns Millionen von Mädchen präsentiert, die zur Schule gehen, gleichzeitig aber wird verschwiegen, dass die große Mehrheit die Schule ohne Abschluss spätestens in der 6. Klasse wieder verlässt. Auch die Tatsache, dass erhebliche Teile des Kabuler Systems gesellschaftskonzeptionell und ideologisch nicht weit von den Taliban entfernt sind und seit Jahren intensiv versuchen, die positiven Entwicklungen im Kultur- und Bildungswesen wieder zurückzudrehen, scheint in den offiziellen Erfolgsberichten zumeist nicht auf.

Der Bürgerkrieg und vor allem die Taliban-Herrschaft hinterließen in Afghanistan tiefe mentale Spuren. Eine der folgenschwersten ist die extreme Verschärfung der ethnischen Spannungen zwischen den großen Volksgruppen. Dieser Graben konnte während der Regierungszeit Hamid Karsais nicht überwunden werden und hat sich im Gegenteil weiter vertieft. Wirkungsfaktoren waren die paschtunische Dominanz in wichtigen Sektoren des Staatsapparates, in der Rechtsprechung und im höheren Bildungswesen,⁹ die Majo-

rität der Tadschiken im Offizierskorps der ANA und ihre führende Rolle im Geheimdienst,¹⁰ sowie die ständige Diskriminierung und Benachteiligung der Hazara durch die Paschtunen.

In diesen Kontext gehört auch die negative Langzeitwirkung der Präsidentschaftswahlen vom August 2009. Bereits im März 2009 hatte Thomas Ruttig (Afghanistan Analysts Network, Kabul) eingeschätzt: „Es gibt erhebliche Bedenken, dass die Situation im Lande keine auch nur annähernd akzeptablen Wahlen zulässt und die schwachen politischen Institutionen nicht in der Lage sind, ein legitimes Ergebnis zu produzieren.“¹¹ Das sollte sich als richtige Prognose erweisen. Am 16. September 2009 veröffentlichte die von Karsai ernannte Independent Election Commission (IEC) das vorläufige Wahlergebnis, nach dem bei einer Wahlbeteiligung von 38,7 Prozent auf Karsai 54,6 und auf Dr. Abdullah Abdullah 27,8 Prozent der abgegebenen Stimmen entfallen sollten.¹² Unmittelbar danach wurde eine große Zahl von massiven Wahlfälschungen bekannt – beispielsweise drei Millionen illegale Identitätskarten, 800 fiktive Wahllokale mit Tausenden von gefälschten Wahlzetteln, ausgezählte Wahlzettel in einigen Paschtunen-Provinzen, die die Zahl der eingetragenen Wähler um das Zehnfache überstiegen.¹³ Das rief eine allgemeine Protestwelle im Lande hervor und führte zu Tausenden von Wahlbeschwerden bei der Electoral Complaints Commission (ECC). Diese damals noch nicht unter der Kontrolle der Präsidentschaft stehende Kommission veröffentlichte daraufhin am 20. Oktober 2009 ihren Abschlussbericht, der 1,3 Millionen abgegebene Stimmen für ungültig erklärte, Karsai 49,67 Prozent und Abdullah 30,59 Prozent der gültigen Stimmen zusprach und entsprechend der Verfassung eine Stichwahl ansetzte.¹⁴ Als Karsai sich weigerte, seine Vertrauten aus der IEC abzuziehen, um ein faires Wahlergebnis zu ermöglichen, verweigerte Abdullah die Teilnahme an der Stichwahl, worauf die IEC Hamid Karsai, der von weniger als 20 Prozent der Stimmberechtigten gewählt worden war, unter dem Beifall westlicher Politiker zum Wahlsieger erklärte.

Durch diese Wahlfarce verlor Karsai innenpolitisch endgültig jedes Ansehen, wurde das Kabuler Regime zusätzlich delegitimiert, wurde die bewaffnete islamistische Opposition politisch und ideologisch gestärkt und wurde auch der Westen durch die Duldung einer massiven Diskreditierung demokratischer Grundprinzipien in Afghanistan politisch unglaubwürdig und zum Komplizen des Regimes.

Die Ereignisse rund um die Präsidentschaftswahl von 2009 sind bis heute im Bewusstsein der afghanischen Wähler präsent und müssen mitgedacht werden, wenn es um das Wahlverhalten im Jahre 2014 geht.

Die Skizzierung einiger Aspekte der Bilanz der Präsidentschaft Hamid Karsais macht deutlich, dass es keinen Anlass gibt, ihm nach seinem Abtreten Kränze zu flechten – zu viele negative Entwicklungen sind direkt mit seiner Person und seinen Entscheidungen verbunden. In der Gesamtschau hat er als Präsident versagt, die 2001 formulierten Erwartungen nicht erfüllt und war seine Regierungszeit ein für eine demokratische Entwicklungschance Afghanistans verlorenes Jahrzehnt. Aber zu seiner Einordnung in die Post-Taliban-Periode gehört auch, dass Karsai einer der wenigen aktuellen Spitzenpolitiker im Lande ist, der kein Blut aus dem Bürgerkrieg an den Händen hatte. Und es ist gewiss eine Ironie der Geschichte, dass seine ehemaligen Patrone in den USA, die ihn



lediglich als ein Werkzeug zur Durchsetzung ihrer Interessen betrachteten und zugleich über alle Fehlentwicklungen hinwegsehen, dann 2013 bewegt darüber Klage führten, dass eben dieser Karsai die von ihnen dringlich geforderte Unterzeichnung des Bilateral Security Agreements (BSA) hartnäckig verweigerte.¹⁵ Dabei ist das einer der wenigen Aspekte, die zu seinem Gunsten sprechen, denn warum sollte er als scheidender Präsident die Verantwortung für ein Abkommen übernehmen, das den USA in Afghanistan für mindestens ein Jahrzehnt einen erheblichen Handlungs- und Entscheidungsfreiraum zugesteht und ihren Truppen Immunität gegenüber der afghanischen Justiz zubilligt.¹⁶ Er machte mit Recht geltend, dass dies eine Entscheidung seines Nachfolgers sei. Er hat diese Ablehnung am 12. März 2014 noch ein weiteres Mal bekräftigt,¹⁷ obwohl die Loya Jirga ihn per Beschluss vom November 2013 zur Unterzeichnung aufgefordert hatte, ebenso einige zivilgesellschaftliche Organisationen.¹⁸

3. Die Präsidentschaftswahl vom 5. April/14. Juni 2014

Ungeachtet der Tatsache, dass bisher alle Wahlen in Afghanistan von vielen Unregelmäßigkeiten – der Sicherheitsbedrohung durch die bewaffnete islamistische Opposition, Problemen bei der Wählerregistrierung, und der Gefahr großflächiger Manipulationen in den Paschtunen-Provinzen – begleitet waren, fanden die Wahlen vom 5. April unter für afghanische Verhältnisse relativ korrekten Bedingungen statt. Die von der Verfassung vorgeschriebenen gesetzlichen Voraussetzungen wie die rechtzeitige Bildung der Independent Election Commission (IEC), der Wahlbeschwerden-Kommission, die Verabschiedung des Wahlstrukturgesetzes (17.7.2013) und des Wahlgesetzes (20.7.2013) erfolgten fristgemäß – wobei die letztgenannten Dokumente erstmals seit 2004 nicht durch Präsidialerlass, sondern durch Parlamentsbeschluss verabschiedet wurden.¹⁹ Es bewarben sich 26 Kandidaten für das Präsidentenamt (darunter eine Frau) und 3057 Personen, darunter 323 Frauen, um einen Sitz in den Provinzräten. Die Absicherung der Wahl wurde zur Hauptaufgabe der 350 000 Mann starken ANSF erklärt und nahezu 100 000 Afghanen waren bereit, als Wahlbeobachter zu wirken, um einen Beitrag zur Legitimität, Transparenz und Glaubwürdigkeit der Wahlen zu leisten.²⁰

Am 20. November 2013 legte die IEC endgültige Kandidatenlisten vor, nach denen 10 Kandidaten für die Präsidentschaftswahl und 2 719 für die Wahlen zu den Provinzräten bestätigt wurden.²¹ Nach der Disqualifikation eines Drittels der Bewerber und dem Rückzug anderer standen am 5. April 2014 noch acht Kandidaten zur Wahl.

Alle Kandidaten repräsentierten das gegenwärtige politische System in Kabul – „Alle zählen zum politischen Establishment Afghanistans“.²² Ein erheblicher Teil kam direkt aus dem Regierungslager, die Kandidatenliste war durch eine absolute Dominanz von ethnischen Paschtunen gekennzeichnet, und unter den Kandidaten gab es nicht einen einzigen Vertreter gesellschaftlich moderner Kräfte,²³ von der Zivilgesellschaft und Frauen ganz zu schweigen. Dazu trug nicht nur die politische Schwäche der Zivilgesellschaft, ihr fehlender Zugang zu den Medien und ihre finanzielle Schwäche im Wahlkampf bei, sondern auch ihre hochgradige Zersplitterung. So konnte sie sich nicht einmal auf einen gemeinsamen eigenen Kandidaten für die Wahlkommission einigen,

dessen Sitz daraufhin von einem Karsai-Getreuen besetzt wurde. Neutrale Beobachter verwiesen zudem auf die Tatsache, dass zwischen allen Kandidaten in den Grundfragen, mit denen Afghanistan heute und künftig konfrontiert ist, kaum wesentliche Differenzen bestehen.²⁴ Das war bei der gegebenen Zusammensetzung auch kaum zu erwarten. Dr. Abdullah konnte vor der Wahl selbstbewusst erklären: „Ich habe nur einen ernsthaften Gegner – Wahlbetrug.“²⁵ Unabhängig davon, wer sich am Ende durchsetzen würde, musste man daher mit einer stark konservativen Grundierung der künftigen Regierung rechnen.

Es wäre interessant gewesen, an Hand des Endergebnisses der Wahlen von 2014 zu analysieren, ob sich im Vergleich zu 2009 markante Veränderungen oder Verschiebungen im Wahlverhalten ergaben oder nicht – aber dieses Endergebnis fehlt bis heute. Charakteristisch für alle bisherigen Wahlen war ein spezifisches Abstimmungsverhalten der Bevölkerung, das kaum politisch determiniert war, sondern sich auf Personen und ethnische Zugehörigkeit fokussierte. Das zeigten die jeweiligen Zahlen aus den Siedlungsgebieten der großen Volksgruppen Paschtunen, Tadschiken, Hazara und Usbeken. Hinzu kamen gewisse archaische, aus dem traditionellen lokalen Entscheidungsprozess in stark tribal strukturierten Gebieten stammende Verhaltensweisen, wo ganze Dörfer für den vom Dorfältesten, Clan-Chief oder Mullah präferierten Kandidaten stimmten. Aus der Wahl von 2004 sind sogar diverse Beispiele bekannt, dass Dorfälteste für ihre gesamten stimmberechtigten Einwohner votierten. Das war, nebenbei, auch ein Grund dafür, dass vergleichsweise viele mit Kriegsverbrechen belastete Mujaheddin-Führer ins Parlament einziehen konnten.

Am 13. April 2014 veröffentlichte die IEC die ersten Teilergebnisse nach Auszählung von 10 Prozent der Stimmen aus 26 von 34 Provinzen. Sie gab bekannt, dass von 6 423 Wahlbüros im Lande 6 218 ohne ernsthafte Probleme tätig waren, während 205 aus Sicherheitsgründen nicht geöffnet werden konnten. Nach Angaben von Innenminister Umer Daudzai kamen bei 140 Anschlüssen und Attacken am Wahltag vier Zivilisten, 16 Angehörige der Sicherheitskräfte und 89 Taliban ums Leben.²⁶ Die düsteren Prognosen im In- und Ausland, dass mehr als 1 000 Wahllokale geschlossen bleiben würden, erwiesen sich als politische Hysterie. Bis zum 13. April liefen 85 Prozent der Ergebnisse und der Wahlunterlagen bei der Wahlkommission ein, der Rest wurde bis zum 16. April erwartet – was offenbar nicht erreicht wurde, da sie kein weiteres Teilergebnis vorlegte. Im Nachgang zur Wahl wurden mehrere tausend Beschwerden unterschiedlichster Größenordnung bei der Wahlbeschwerden-Kommission eingereicht, die bis zur Veröffentlichung des amtlichen Endergebnisses zu bearbeiten waren.

Die IEC teilte mit, dass die vorliegenden Ergebnisse aus den acht Provinzen Badakshan, Baghlan, Ghor, Nooristan, Dikundi, Paktika, Wardak und Ghazni nicht in das Teilergebnis eingegangen seien, da sie unvollständig wären und einer Überprüfung bedürften. Das war ein verschämter Hinweis darauf, dass in diesen Paschtunen-Provinzen offenbar erneut Wahlmanipulation in Größenordnungen befürchtet wurde. Exakte Angaben über die Wahlbeteiligung lagen noch nicht vor, aber es wurde von über sieben Millionen abgegebenen Stimmen gesprochen. Das wäre eine sehr deutliche Zunahme gegenüber 2009, die BBC News sprachen daher am 26. April von einer Verdoppelung der abgegebenen Stim-

men.²⁷ Bemerkenswert ist auch, dass 35 Prozent der neu registrierten Wähler Frauen waren²⁸ – ein Indiz dafür, dass sich die jüngere Frauengeneration nicht mehr wie bisher an den Rand der Gesellschaft drängen lassen will.

Die vorläufige Stimmverteilung stellte sich am 13. April wie folgt dar:

- Dr. Abdullah Abdullah: 212 312 (41,89%)
- Dr. Mohammad Ashraf Ghani Ahmadzai: 190 561 (37,60%)
- Zalmay Rassoul Mohammadzai: 49 821 (9,83%)
- Die weiteren fünf Bewerber folgten relativ weit abgeschlagen.

Unübersehbar war, dass offenbar nur drei Kandidaten ernsthafte Aussichten auf einen Wahlsieg bzw. zumindest auf die Stichwahl hatten – Dr. Abdullah, Dr. Ghani Ahmadzai und Zalmay Rassoul Mohammadzai. Dabei lag der Favorit des Karsai-Clans auf dem dritten Platz mit knapp 10 Prozent bereits deutlich zurück. Der hohe Stimmenanteil Dr. Abdullahs im Zwischenergebnis war ein Hinweis darauf, dass es möglicherweise auch bei Paschtunen Veränderungen im Stimmverhalten gegeben haben konnte.

Das am 26. April 2014 vorgelegte vorläufige Endergebnis brachte überraschend keine gravierenden Veränderungen. Trotz der nunmehrigen Einbeziehung der paschtunischen Provinzen wurde die Führungsposition Dr. Abdullahs untermauert, der sogar auf 44,9 Prozent zulegen konnte, auch die Reihenfolge der nächsten Bewerber blieb unverändert, wobei Dr. Ghani Ahmadzai erstaunlicher Weise von 37,6 auf 31,5 Prozent zurückfiel. Bis zum 26. April waren 6,9 Mill. Stimmen ausgezählt, von denen 260 000 annulliert wurden. Damit bestätigte sich eine tatsächlich hohe Wahlbeteiligung und zum anderen, dass bis dahin die Wahlfälschungen drastisch geringer waren als 2009.²⁹

Am 16. Mai gab der Vorsitzende der Unabhängigen Wahlkommission, Jusuf Nuristani, das amtliche Endergebnis des ersten Wahlgangs bekannt, nach dem kein Kandidat die erforderliche absolute Mehrheit erreichte, weshalb die vom Gesetz vorgesehene Stichwahl auf den 15. Juni festgelegt wurde.³⁰

Beide Kandidaten für die Stichwahl waren nach dem Vorliegen des vorläufigen Ergebnisses intensiv bemüht, die Unterstützung unterlegener Mitbewerber für den zweiten Wahlgang zu gewinnen und Tobias Matern stellte die Frage: „Kann Abdullah im paschtunischen Lager genug Stimmen einsammeln, oder scharft sich die größte Ethnie Afghanistans geschlossen um Ghani?“³¹ Das war nicht zu prognostizieren, weil keine verlässlichen Indikatoren für das Wahlverhalten der Paschtunen vorliegen, während man davon ausgehen kann, dass die nichtpaschtunischen Volksgruppen weitgehend geschlossen Abdullah unterstützen würden, weil sie eine erneute künftige paschtunische Suprematie verhindern wollen. Angesichts der Größenordnungen kam es letztlich wahrscheinlich auf den Grad der Wahlmobilisierung im zweiten Wahlgang an. Beobachter rechneten für den zweiten Wahlgang mit einer Zunahme der Gewalt seitens der Taliban, die nach dem 5. April ihren Militärführer absetzten, da es ihm nicht gelungen war, die Wahl substanziell zu stören,³² was als politische und ideologische Niederlage für das Konzept der Quetta-Shura Mullah Omars gewertet wurde.

Damit kommen wir zu der in einigen Medien strapazierten These des „ersten demokratischen Machtwechsels“ in Afghanistan.³³

Zunächst muss man feststellen, dass die stark gewachsene Wahlbeteiligung ein schrittweises Erkennen politischer Zusammenhänge in Afghanistan und ein starkes Interesse an einer Veränderung der Gesamtsituation zeigt. Inwieweit dieser Drang nach einer Veränderung der politischen Verhältnisse nicht nur grundsätzlich, sondern auch konkret demokratisch grundiert war, bleibt nüchtern zu analysieren. Es muss dabei in Rechnung gestellt werden, dass durch die Erfahrungen mit dem vom Westen als „demokratisch“ aufgeschönten Karsai-Regime sowohl der Begriff „Demokratie“ als auch ihre Institutionen in Afghanistan eine nicht unbedeutende negative Konnotation besitzen. Und letztlich ist diese Behauptung sachlich unrichtig, weil in Afghanistan durch diese Wahlen überhaupt kein Machtwechsel stattfindet – wir müssen sogar noch abwarten, ob selbst nur ein Regimewechsel eintritt. In Kabul hielten sich hartnäckige Gerüchte, dass Dr. Abdullah und Dr. Ghani Ahmadzai bereits im März die Idee einer Regierung der nationalen Einheit sondierten, über die nach den Wahlen verhandelt werden sollte.³⁴ Beide Kandidaten dementierten das und Abdullah erklärte am 24. April vor der Presse: „Wir haben mit niemand gesprochen oder über die Bildung einer Koalitionsregierung verhandelt.“³⁵

In der ersten Juliwoche veröffentlichte die Wahlkommission die Ergebnisse des zweiten Wahlgangs, nach denen auf Ghani Ahmadzai 56,4 Prozent der Stimmen entfallen wären und auf Abdullah 43,6 Prozent. Insgesamt seien 6,1 Millionen Stimmen abgegeben worden, das seien 60 Prozent Wahlbeteiligung, wobei 38 Prozent der Wähler Frauen waren. Am Wahltag gab es 276 Anschläge denen 44 Zivilisten, 29 Sicherheitskräfte und 176 Taliban zum Opfer fielen.³⁶

Für jeden, der sich seit längerer Zeit mit dem Afghanistan-Problem beschäftigt, war völlig klar, dass dieses Ergebnis nicht akzeptiert werden würde, gleich es doch fatal der Farce von 2009, und es erschien unglaublich, dass Ghani Ahmadzai im zweiten Wahlgang zwei Millionen Stimmen zusätzlich gewonnen haben sollte.³⁷ Abdullah sprach von Manipulationen in industriellem Maßstab³⁸ und boykottierte postwendend die abschließende Auswertung, während Ghani Ahmadzai darauf beharrte, ordnungsgemäß gewählter Präsident zu sein. Ruttig erklärte die Zahl der abgegebenen Stimmen für reine Fiktion, da in Afghanistan weder die tatsächliche Bevölkerungszahl feststeht noch ein einheitliches Wahlregister existiert. Er zitierte ein afghanisches Sprichwort, das nicht entscheide, wer wählt, sondern wer zählt.³⁹ Und Roland Etzel schrieb resignierend: „Wer tatsächlich die meisten Stimmen bei der Stichwahl erhalten hat, wird die Öffentlichkeit wohl nie erfahren.“⁴⁰

Diese Befürchtung war durchaus berechtigt, denn es bleibt ein Geheimnis, woher bei annähernd gleicher Wahlbeteiligung in beiden Wahlgängen und annähernd gleicher Stimmenzahl für Dr. Abdullah die etwa zwei Millionen Neustimmen für Dr. Ghani Ahmadzai eigentlich gekommen sind. Bereits die blanken Zahlen verweisen auf eine großflächige Manipulation. Die vor den Wahlen befürchtete Konfrontation schien unvermeidbar zu sein.

Die USA, ein völliges Debakel ihrer Afghanistan-Politik befürchtend, sahen keinen anderen Weg als direkt einzugreifen. Außenminister John Kerry flog nach Kabul und machte den Kontrahenten klar, dass eine offene Kollision oder eine illegitime Machtergreifung einer Seite die sofortige Einstellung der internationalen Hilfe bedeuten würde. Das

dürfte das entscheidende Argument gewesen sein, weil die Einstellung der Hilfe den sofortigen finanziellen Kollaps des Regimes nach sich gezogen hätte. Nach mehrtägigen zähen Verhandlungen wurde am 12. Juli festgelegt, alle Stimmen des zweiten Wahlgangs noch einmal auszuzählen, dass die Kandidaten das so ermittelte Ergebnis akzeptieren und unabhängig vom Ausgang der Wahl eine Regierung der nationalen Einheit bilden müssen.⁴¹

4. Afghanistan nach den Wahlen: Bestimmungsfaktoren des künftigen politischen bzw. gesamtgesellschaftlichen Kurses

Die bisher vorliegenden Ergebnisse gestatten keine schlüssigen Voraussagen. Der Wahlkampf und die Positionen der aussichtsreichsten Bewerber haben jedoch einige Trends offensichtlich gemacht:

- Alle Anzeichen deuten darauf hin, dass das Post-Karsai-Regime insgesamt sichtbar islamischer und in der gesellschaftlichen Grundorientierung konservativer wird.
- Es ist abzuwarten, ob der von Karsai eingeleitete Prozess der Re-Paschtunisierung von Staat, Rechtsprechung und Bildung fortgesetzt wird. Jeder Versuch, den historischen Status quo ante wieder herzustellen, wäre nach den Ereignissen von 2001⁴² jedoch identisch mit einer weiteren Vertiefung des ethnischen Grabens.
- Die nicht-paschtunischen Amtsträger werden sich weiterhin einem grundsätzlichen Autoritäts- und Akzeptanzproblem seitens der paschtunischen Stämme ausgesetzt sehen, einschließlich der möglichen Blockierung durch Teile des Staatsapparates und der Rechtsprechung.
- Die nach den Umfragen an der Spitze liegenden Kandidaten hatten sich ausnahmslos für die Unterzeichnung des Bilateral Security Agreements (BSA) mit den USA erklärt. Das Grundmotiv dafür war der Machterhalt des bestehenden Systems. Die Unterzeichnung dieses Abkommens würde jedoch eine Verhandlungslösung mit den Taliban noch schwieriger machen. Dr. Abdullah kündigte in seinem Wahlkampf eine Aktivierung des Friedensprozesses mit den Taliban an und ging davon aus, dass die Taliban ein Interesse an Verhandlungen mit einer neuen Regierung haben würden.⁴³ Das könnte sich aber als folgenschwerer Irrtum erweisen, ist die Haltung der Taliban zum BSA doch absolut unverändert ablehnend.

Ungewisse Perspektiven

Eine Bilanzierung der Lageentwicklung 2013/2014 im Zuge der jahrzehntelangen eigenen Beobachtung der Afghanistan-Problematik führt zu der Schlussfolgerung, dass im Gegensatz zu offiziellen Verlautbarungen gegenwärtig bestenfalls partiell innere Sicherheit, die diesen Namen auch verdient, vorhanden ist und dass selbst diese partielle innere Sicherheit nicht als irreversibel bezeichnet werden kann. Sie bleibt daher ein zentrales Problem für jede künftige Regierung.

Andererseits ist die äußere Sicherheit Afghanistans nach einem Abzug der NATO-Truppen nicht gefährdet. Jegliche Ambitionen regionaler Akteure müssten mit einer sofortigen und massiven internationalen Reaktion rechnen. Daher stellt sich auch die Frage einer künftigen NATO-Patronage für Afghanistan nicht realpolitisch, sondern höchstens als Camouflage regionalstrategischer Interessen der USA.

Es wäre unsinnig, leugnen zu wollen, dass beim Wieder-

aufbau des von den rivalisierenden Mujaheddin-Fraktionen und von den Taliban völlig zerstörten afghanischen Staates erhebliche Fortschritte gemacht worden sind. Dennoch ist dieser Staat noch weit davon entfernt, tatsächlich das ganze Territorium Afghanistans und die gesamte afghanische Bevölkerung zu repräsentieren; hat nach wie vor ein gravierendes Autoritäts- und Akzeptanzdefizit; kann angesichts des massiven Einflusses konservativ-islamischer Kräfte auf Gesetzgebung und Rechtsprechung nur sehr bedingt von rechtsstaatlichen Verhältnissen gesprochen werden, stehen die Menschen- und Bürgerrechte trotz Verfassung und Gesetzen und trotz der dreizehnjährigen „zivilisatorischen Mission“ der NATO in Afghanistan weitgehend nur auf dem Papier.

Der die afghanische Gesellschaft spaltende ethnische Konflikt resultiert historisch aus dem absoluten Herrschaftsanspruch der Paschtunen, der seit den frühen Emiren mit allen Mitteln durchgesetzt wurde; aus der hemmungslosen Ethnisierung des Bürgerkrieges durch alle Seiten, also sowohl der gegeneinander kämpfenden Mujaheddin-Fraktionen und der Taliban-Junta; und aus der politisch-psychologischen Langzeitwirkung der Tatsache, dass es die militärischen Formationen der Tadschiken, Usbeken und Hazara waren, die im Spätherbst 2001 auf dem Boden in Afghanistan die entscheidende Kraft bei der Zerschlagung der Taliban-Milizen gewesen sind. Es gehört keine Sehergabe zu der Feststellung, dass ohne eine reale künftige Gleichberechtigung der ethnischen Gemeinschaften von der lokalen Ebene bis zur Staatsspitze sowie im Bereich der Rechtsprechung, Gesetzgebung, Machtverteilung und Machtausübung Afghanistan in seiner gegenwärtigen Gestalt keine Zukunft hat. Ob es in Afghanistan gelingt, in absehbarer Zeit ein System zu schaffen, das eine gesunde, effiziente und nachhaltige Balance von gesamtstaatlichen und regionalen Interessen herstellt, bleibt eine offene Frage.

Wenn man die für zivile Zwecke seit 2002 nach Afghanistan geflossenen Mittel (nach verschiedenen Quellen 70 Mrd. Dollar) zu den tatsächlich erreichten Ergebnissen ins Verhältnis setzt, kann die wirtschaftliche und finanzielle Bilanz des Afghanistan-Abenteuers nur als verheerend bezeichnet werden. Selbst offizielle Quellen in Afghanistan sprachen in den letzten Jahren davon, dass mehr als 90 Prozent aller benötigten Waren und Güter aus dem Ausland eingeführt werden mussten – also de facto von den Steuerzahlern der an der Intervention beteiligten Staaten bezahlt wurden. Weil im Vorfeld des NATO-Abzugs die bisherigen Geldströme aus dem Westen zu versiegen beginnen, wird ab Juni 2014 mit einem so genannten „negativen Wachstum“ gerechnet, dessen wahrscheinliche wirtschaftlichen und sozialen Folgen absehbar sind.⁴⁴ Die Frage, ob das Land wirtschaftlich und finanziell auf eigenen Füßen stehen kann, ist auf längere Sicht daher nur mit einem klaren Nein zu beantworten.

Es ist ein Faktum, dass die Nachbar- und Anrainerstaaten das Territorium Afghanistans als zentralen Herd für den militanten Islamismus und Terrorismus in der Region sowie für die Produktion, die Verarbeitung und den Vertrieb von Drogen betrachten. Ohne die tatsächliche Eliminierung der illegalen Drogenwirtschaft, des einzigen florierenden Wirtschaftszweigs in Afghanistan mit einem Jahresvolumen zwischen 400 und 500 Millionen Dollar, der weitestgehend in der Hand der Taliban, einiger regionaler Warlords und ziviler regionaler Machthaber ist,⁴⁵ sowie des grenzüberschreitenden Terrorismus, hat Afghanistan keine Chance, als gleich-



berechtigter Partner in der Region akzeptiert zu werden.

Diese kurz gefassten Thesen machen deutlich, dass es im Augenblick ausgesprochen leichtfertig wäre, eine verbindliche Aussage über die Perspektiven Afghanistans zu machen. Klar wird aber – und zwar völlig unabhängig sowohl von einem Abzug der Interventionsstreitkräfte oder von einer möglichen Rückkehr der Taliban – dass Afghanistan in den kommenden Jahren mit enormen Problemen konfrontiert sein wird, von denen einige offensichtlich auch die Regulierungsmöglichkeiten des Landes übersteigen. Auf jeden Fall gibt es keinerlei Anlass, im Nachgang zu einer im wesentlichen korrekt durchgeführten Präsidentschaftswahl und im Vorgriff auf einen wie auch immer gearteten Abzug der NATO in unangebrachte Euphorie zu verfallen.

6. Schlussbemerkung

Die unendliche Hängepartie um die Bekanntgabe des amtlichen Endergebnisses des zweiten Wahlgangs vom 14. Juni 2014 machte deutlich, dass es nicht nur um Stimmzahlen ging. Neben Wahlfälschung in Dimensionen wurde unübersehbar, dass sich auch auf der Regime-Seite zwei Lager nahezu unversöhnlich gegenüberstehen – das durch die traditionelle paschtunische Oberschicht repräsentierte und durch die tribalen regionalen Hierarchien in den paschtunischen Provinzen gestützte auf der einen Seite, und die politisch organisierte Führungsschicht der nichtpaschtunischen Bevölkerungsgruppen, unterstützt von einflussreichen Provinzgouverneuren und getragen vom tiefen Misstrauen der Tadschiken, Usbeken und Hazara gegen die paschtunische Massengruppe der Taliban, auf der anderen Seite.

Es war von Anfang an klar, dass die Verwirklichung des von US-Außenminister Kerry erzwungenen Abkommens vom 12. Juli ein langer und steiniger Weg sein würde, und die Entwicklung seit Mitte Juli bestätigte diese Einschätzung. Immer wieder wurden dessen Grundpositionen in Frage gestellt und am 8. September erklärten es beide Seiten für gescheitert.⁴⁶ Die Wahlergebnisse wurden bei diesem Tauziehen mehr und mehr irrelevant. Nach massivem ausländischen Druck einigten sich die Kontrahenten schließlich am 21. September auf einen Machtkompromiss – Ghani Ahmadzai wird Präsident, Abdullah übernimmt den bis dahin nicht existierenden Posten eines Chief Executive Officer (CEO), also eines de facto-Ministerpräsidenten, beide Lager werden in der Regierung der nationalen Einheit und bei der Besetzung zentraler Posten paritätisch vertreten sein, und nach zwei Jahren wird eine Loya Jirga über die offizielle Schaffung des Amtes eines Ministerpräsidenten entscheiden. Entsprechend der Forderung Abdullahs wird das Wahlergebnis, das seine Fraktion nicht anerkennt, nicht bekanntgegeben.⁴⁷ Letzteres war nicht zuletzt ein Eingeständnis, dass es auch bei der erneuten Auszählung nicht möglich war, alle gefälschten Stimmen zu eliminieren. Dieser Schatten wird immer auf den Wahlen von 2014 liegen.

Mit dem Abkommen vom 21. September und dem beredten Schweigen der Wahlkommission war nach einem Vierteljahr das afghanische Wahlspektakel endgültig Geschichte, aber keineswegs die tiefe politische Krise des Regimes. Martin Ling ist daher ausdrücklich zu widersprechen, wenn er von einer Beilegung der akuten Krise spricht.⁴⁸ Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ ist deutlich näher an der Realität, wenn sie kommentiert, dass „das Ende der Krise noch lange nicht in Sicht (ist).“⁴⁹

Es muss betont werden, dass durch die Wahlen keines der dringenden und existentiellen Probleme Afghanistans gelöst oder zumindest einer Lösung näher gebracht wurde. Im Gegenteil haben die Begleitumstände der Wahl – das Primat des ethnopolitischen Provinzialismus vor den nationalen Interessen und die erhebliche Intensivierung der Aktivitäten der bewaffneten islamistischen Opposition – inzwischen wird in 32 der 34 afghanischen Provinzen wieder gekämpft – deutlich gemacht, dass die gravierenden Konfliktpotenziale und Konfliktlinien weiterhin die Entwicklung bestimmen. Die Taliban erklärten umgehend, dass sie den Kampf auch gegen die neue Regierung fortsetzen werden, „um unser Land vollständig von der Besatzung zu befreien und den Boden für eine echte islamische Regierung zu bereiten.“⁵⁰ Viele in Afghanistan, aber besonders im Ausland, an die Wahlen geknüpften Erwartungen haben sich bereits heute als Makulatur erwiesen.

Anmerkungen

- 1 The White House. Office of the Press Secretary. For Immediate Release, December 01, 2009. Remarks by the President in Address to the Nation on the Way Forward in Afghanistan and Pakistan. – <http://www.whitehouse.gov/the-press-office/remarks-president-address-nation-way-forward-afghanistan-and-pakistan>
- 2 Declaration by the Heads of State and Government of the Nations contributing to the UN-mandated, NATO-led International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan. Lisbon, 20 November 2010 – <http://www.nato.int/cps/en/SID-F0409E9F-3045FAAC/natolive/news-68722.htm?selectedLocale=en>
- 3 Chicago Summit Declaration on Afghanistan. Chicago, 21 May 2012 – <http://www.nato.int/cps/en/natolive/official-texts-87595.htm?>
- 4 Crisis Watch, Brussels, No. 128, 1 April 2014, p. 5.
- 5 Es sei darin erinnert, dass Präsident Hamid Karzai nach 2004 wegen dieser Machtlosigkeit im In- und Ausland abwertend als „Bürgermeister von Kabul“ bezeichnet wurde.
- 6 <http://1.usa.gov/15B6Vg>
- 7 Braun, Reiner / Karch, Kristine, Afghanistan – ein Schrei nach Frieden. In: Wissenschaft & Frieden, Bonn, 31(2013)3, S. 33.
- 8 National Democratic Institute (NDI), Afghanistan 2014 Election Update. Kabul / Washington March 19 2014, p. 1.
- 9 So hatten selbst noch in den letzten Jahren Hazara-Studenten auch bei sehr guten Leistungen keine Chance auf eine Karriere an der Kabuler Universität. Siehe z. B. Zabriskie, Phil, Die Hazara. In: National Geographic Deutschland, Hamburg, Nr. 2/2009, S. 70 – 91.
- 10 Germund, Willi, Abdullah ist in Afghanistans Stichwahl Favorit. In: Berliner Zeitung, 70(16.5.2014)113, S. 7 (im folg. BLZ).
- 11 Ruttig, Thomas, Wenn „ein paar Rupies“ die Wahlen entscheiden. In: Neues Deutschland, Berlin, 64(28.-29.3.2009)74, S. 24 (im folg. ND).
- 12 Presidential and Provincial Council Elections 2009 (16.9.2002), <http://www.iec.org.af/results/index.html>.
- 13 Siehe unter anderem Großer Betrug bei der Afghanistan-Wahl. In: SZ, 65(11.9.2009)209, S. 5; Wahl in Afghanistan wurde massiv gefälscht. In: Ebenda, 65(17.9.2009)214, S. 1.
- 14 Boone, Jon; Afghanistan: anatomy of an election disaster. In: The Guardian, London, (20.10.2009 – <http://www.guardian.com.uk/world/2009/oct20/Afghanistan-election>).
- 15 Siehe zum Beispiel den Brief Präsident Obamas vom 26.11.2013 an Präsident Karzai.
- 16 Siehe den ausgehandelten Wortlaut: Security and Defense Cooperation Agreement between the United States of America and the Islamic Republic of Afghanistan. Pre-Decisional document as of 11 November 2013 – For Official Afghan and U. S. Government Use Only, 23 pp. sowie Annex A+B.
- 17 Crisis Watch, No. 128, p. 5.
- 18 Zur komplexen afghanischen Realität gehört auch der Beifall von der falschen Seite. So erklärte der Chef der Hezb-e-Islami, Gulbuddin Hekmatyar, seine Bereitschaft, alle bewaffneten Operationen einzustellen, wenn Karzai das BSA nicht unterzeichne. Siehe Crisis Watch No. 125, 1 January 2014, p. 6.
- 19 Barakzai, Zekria, 2014 Presidential and Provincial Council Elections in Afghanistan. Washington U. S. Institute of Peace November 2013, p. 1 (Special Report 338); BRD, Die Bundesregierung, Fortschrittsbericht Afghanistan ..., a. a. O., S. 26 Das Wahlbeobachter-Team der



- EU stellte in seinem vorläufigen Wahlbericht vom 7. April fest, dass bei einer Wahlbevölkerung von 13,5. Mill. Insgesamt 21 Mill. Stimmkarten ausgegeben wurden. European Union, Election Assessment Team Afghanistan. Preliminary Statement. Kabul, 7th April 2014, p. 4. Zu den legislativen Grundlagen des Wahlprozesses und den damit verbundenen politischen Auseinandersetzungen siehe ausführlich ICG, Afghanistan: The Long, Hard Road to the Transition. Kabul/Brussels 8 October 2012 (Asia Report No. 230).
- 20 Germund, Willi, Abstimmen in der Kampfzone. In: BLZ, 70(5 – 6.4.2014)81, S. 2.
- 21 IEC, On Announcement of Final List of 2014 Presidential and Provincial Council Election Candidates. Kabul, November 20, 2013 – <http://www.iec.org.af/vr-registration/vr-pressr/231-pressr-finalist>.
- 22 Germund, Abstimmen in der Kampfzone, a. a. O.
- 23 Krugman verweist überdies darauf, dass sechs der zehn Kandidaten einen Warlord aus dem Bürgerkrieg an ihrer Seite hatten. Krugman, Michael, Vier Gründe, warum Wahlen die Probleme Afghanistans nicht lösen. Internationale Politik und Gesellschaft, 8.4.2014 – [ipg/unsere-autoren-/autor/ipg-author/detail/Author/michael-krugman](http://www.ipg-journal.de/autor/ipg-author/detail/Author/michael-krugman).
- 24 Kousary, Halimullah, Afghanistan's 2014 elections: Need for Strong Mandate. Singapore, RSIS Commentaries No. 056/2014, 20 March 2014, p. 2.
- 25 Germund, Abstimmen in der Kampfzone, a. a. O.
- 26 Germund, Willi, Afghanen trotzten den Terrordrohungen. In: BLZ, 70(7.4.2014)82, S. 6; Matern/Yaqubi, a. a. O.
- 27 Afghan election set for Abdullah-Ghani run-off. BBC News. London, 26 April 2014.
- 28 EU Election Assessment Team Afghanistan, Preliminary Statement, a. a. O., p. 6.
- 29 Abdullah und Ghani müssen in die Stichwahl. In: ND, 69(28.4.2014)98, S. 8.
- 30 [http://www.iec.org.af/results/en/final results/presidential/](http://www.iec.org.af/results/en/final%20results/presidential/)
- 31 Matern, Ein Abdullah für ganz Afghanistan, a. a. O.
- 32 Germund, Abdullah ist in Afghanistans Stichwahl Favorit, a. a. O.
- 33 Siehe z. B. Scheffer, Ulrike, Bereit für den Abzug. In: Der Tagesspiegel, Berlin, 70(7.4.2014)2210, S. 6.
- 34 Abdulla und Ghani müssen in die Stichwahl, a. a. O.; Germund, Afghanen trotzten den Terrordrohungen, a. a. O.
- 35 Afghan election set for Abdullah-Ghani run-off, a. a. O.
- 36 Dramatischer Anstieg der Gewalt am Wahltag. In: ND, 69(16.6.2014)137, S. 8; Rüttig sprach von 556 Attacken am Wahltag. Rüttig, Thomas, Gewinnt wieder Karsai? In: ND, 69(17.6.2014)138, S. 7.
- 37 Siehe Graham-Harrison, Emma, Ashraf Ghani claims Afghan presidential election victory. In: Guardian, 27.6.2014 – <http://www.theguardian.com/world/2014/jun/27/ashraf-ghani-claims-afghan-presidential-election-victory/print>
- 38 Rüttig, Thomas, Schiedsrichter Kerry pfeift zur Verlängerung des Wahlspektakels. In: ND, 69(14.7.2014)161, S. 7.
- 39 Rüttig, Gewinnt doch wieder Karsai?, a. a. O.
- 40 Etzel, Roland, Afghanistan im Dilemma belassen. In: ND, 69(9.7.2014)157, S. 4.
- 41 Nordland, Rod, Unity Government Effort in Doubt as Afghan Candidate Boycotts Election Audit. In: New York Times, (27.8.2014).
- 42 Wenn in diesem Zusammenhang von den Ereignissen von 2001 gesprochen wird, so ist damit primär weder die Entfesselung des Interventionskrieges durch die USA noch das Petersberg-Abkommen gemeint, sondern die gravierende Veränderung des politischen Klimas in Afghanistan durch den Vormarsch der Truppen der Nordallianz, ihren Einzug in Kabul und die damit errungenen neuen Positionen, sowie die darauf fußende qualitativ neue Selbstperzeption und machtpolitische Rolle der Tadschiken, Hazara und Usbeken.
- 43 Matern, Ein Abdullah für ganz Afghanistan, a. a. O.
- 44 Germund, Abstimmen in der Kampfzone, a. a. O.
- 45 Es wird geschätzt, dass allein die Taliban sich jährlich mit bis zu 450 Mill. Dollar aus dem Drogenhandel finanzieren
- 46 Rüttig, Thomas, Hängepartie in Kabul. In: ND, 69(19.9.2014)219, S. 8
- 47 Böge, Friederike, Wo kein Sieger, da auch kein Verlierer. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, (22.9.2014)220, S. 3; Ghani wird Präsident. In: Süddeutsche Zeitung, München, 70(22.9.2014)218, S. 6
- 48 Ling, Martin, Koalition der Stagnation. In: ND, 69(22.9.2014)221, S. 4
- 49 Aufatmen. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, (22.9.2014)220, S. 8
- 50 Kein Frieden mit Ghani. In: ND, 69(23.9.2014)222, S. 8

Was bringt die Wahl 2014 in Brasilien?

Von Achim Wahl, AK Lateinamerika der BAG Friedens- und Internationale Politik

In Brasilien begann die Etappe neoliberaler Politik mit der Regierung Fernando Mello. Zur vollen Entfaltung kam sie in der Zeit zwischen 1994 und 2002 unter der Regierung Fernando Henrique Cardoso. Privatisierungen und Deregulierung waren Grundlage für eine massive Umverteilung brasilianischen Staatseigentums, das zu 30 Prozent in private Hände überging.

Veränderungen im Herrschaftsblock Brasiliens

Verschiedene Analysen verweisen auf die Tatsache, dass sich eine interne Großbourgeoisie (bei Gramsci findet sich für diese Erscheinung der Begriff „innere Bourgeoisie“) herausbildete, die ihre eigene Basis der Kapitalakkumulation besitzt und sich im Konkurrenzverhältnis mit Teilen des internationalen Finanzkapitals und seiner nationalen Alliierten befindet. Diese Widersprüche charakterisieren die Risse im bürgerlichen Herrschaftsblock und die Interessengegensätze zwischen dem Bankkapital, das besonders stark mit dem internationalen Kapital verbunden ist, dem Industriekapital und dem Agrobusiness. Die interne Bourgeoisie verfügt über eigene große international konkurrenzfähige Unternehmen. Der Anteil der internen Bourgeoisie am Wirtschaftsvolumen Brasiliens beläuft sich auf 1,33 Billionen US-Dollar, erhöhte sich von 41 Prozent im Jahre 2008 auf 44 Prozent 2009. Bezeichnend für die Position der internen Bourgeoisie ist ihr relativ hoher politisch-wirtschaftlicher Organisationsgrad. Industrieföderationen und Handelskammern sind direkte Interessenvertreter verschiedener Kapitalfraktionen.

Es kann davon ausgegangen werden, dass es im kapitalistischen Machtblock zwei wesentliche Fraktionen gibt, die unterschiedliche Interessen vertreten. Einerseits ist es das internationale Finanzkapital, mit dem Teile der brasilianischen Bourgeoisie verbunden sind. Diese Sektoren stehen für freien Handel, Deregulierung im Finanzsektor, Erhöhung der Basiszinssätze, Einschränkung der Investitionen in Infrastruktur und Sozialwesen und Kauf von Schuldtiteln zur Realisierung erhöhter Gewinnmargen. Diese Fraktion der Bourgeoisie war bestimmend während der Präsidentschaft Fernando Henrique Cardosos, musste diese Stellung aber zur Regierungszeit Lulas an die andere Fraktion abtreten. Mit Beginn des Wahljahres 2014 tritt diese Fraktion erneut stärker auf und setzt sich für die Rücknahme der sozialen Maßnahmen ein, die von der Regierung Dilma durchgeführt wurden.

Die andere Fraktion der Bourgeoisie widersetzt sich mit eigenen Kapitalinteressen diesen Absichten. Ihrerseits will sie die Außenhandelsöffnung drosseln, fordert öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, die Senkung der hohen Zinsraten und Kontrolle des spekulativen externen Kapitals. Für diese Fraktion sind sowohl die Zusammenarbeit wie auch der Konflikt mit dem internationalen Kapital charakteristisch. Repräsentiert wird diese Fraktion durch Sektoren der Schiffsbau- und Schwerindustrie, durch Teile des Agrobusiness und Banken, deren Position allerdings sehr ambivalent ist – einerseits gleiche Interessen mit dem internationa-



len Kapital, andererseits aber auch Befürchtungen eines zu großen äußeren Einflusses im Bankwesen. Während der Regierungszeit Lula wurde dieser Sektor im Machtblock hegemonial. Es erfolgte eine Abkehr vom orthodoxen Neoliberalismus der Ära Cardoso hin zu einem neo-desarrollistischen Modell mit starken Zügen eines Post-Neoliberalismus. Lulas Politik wurde charakterisiert von einer Verbindung bestimmter Elemente der Makroökonomie im herkömmlichen Sinne mit einer Politik der günstigen Bedingungen für das Auslandskapital und einer Sozialpolitik zur Bekämpfung der Armut.

Soziale Ungleichheit bleibt

Die Sozialpolitik, die für Millionen Menschen eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bedeutete, war verglichen mit den Gewinnen und der Vermehrung des Reichtums der obersten Schichten in der Höhe der Ausgaben relativ gering. Denn allein fünfzehn der reichsten Familien verfügen über ca. eine Mrd. Dollar (270 Mrd. Reais), was das Doppelte von dem ausmacht, was 50 Millionen Menschen zur Verfügung bekamen. Nach Angaben des Ministeriums für Soziale Entwicklung waren das in elf Jahren ca. 500 Millionen US-Dollar (137,3 Mrd. Reais).

Nicht wenige brasilianische Konzerne, wie die Vale do Rio Doce (Bergbau und Hüttenwesen), Gerdau (Bauwesen), JBS (erwarb 2007 das US-Unternehmen Swift) oder Cosan (Ethanol-Produktion) erwarben Unternehmen im Ausland oder investierten in Wirtschaftprojekte. In vielen Fällen erhielten diese Unternehmen direkte finanzielle Unterstützung der staatlichen Bank BNDES (Nationale Bank für ökonomische und soziale Entwicklung).

Offenkundig wird damit die Widersprüchlichkeit der Entwicklung Brasiliens in den ersten Jahren des XXI. Jahrhunderts. Die Konflikte zwischen den benannten Kapitalfraktionen und die Position des internationalen Finanzkapitals bestimmen direkt den Charakter des brasilianischen Kapitalismus.

Brasilien und die Fußballweltmeisterschaft

Brasilien, Ausrichter der Weltmeisterschaft im Fußball 2014, erwies sich als perfektes Beispiel des globalisierten Kapitalismus. Gewinner dieser WM waren vor allem internationale Unternehmen, die Fifa als globalisiertes Sportunternehmen und beteiligte brasilianische Privatunternehmen. Erbaut mit Finanzierungen der BNDES, gehören neun der Stadien Staatenregierungen, die allerdings Verträge im Rahmen der öffentlich-privaten Partnerschaften (Parceria público-privada) mit Konzessionären abgeschlossen haben. Diese Verträge garantieren den Konzessionären Gewinne, die sie nur zum Teil an den Staat abführen müssen. Drei der erbauten Stadien sind mit privaten Geldern erbaut worden. Vor allem die Fifa selbst erhält von den Konzessionären wie Adidas, Coca-Cola, Emirates, Hyundai-Kia Motors, Sony und Visa horrenden Abfindungen. Unter den „Schirmherren“ der WM befinden sich bedeutende brasilianische Unternehmen wie Apex Brasil, die Bank Itaú u. a. Der globalisierte Fußballmarkt garantiert große Gewinne, führt aber auch zur Elitisierung des Fußballs und der Stadien, die als Zentren des Konsums ausgebaut werden und einen anderen Typ des Zuschauers erfordern. Gewinner dieser WM waren nicht die Brasilianer sondern die internationalen und brasilianischen Konzerne.

Im Jahre der Präsidentschaftswahl geriet die Ausrichtung

der WM zu einem bedeutenden Feld der Auseinandersetzungen, die sich in der brasilianischen Gesellschaft abspielen. Alle Akteure nutzten sie im Vorfeld der Wahl, um sich in geeigneter Weise zu präsentieren. Genutzt wurden nicht nur die Proteste gegen die WM, sondern die Möglichkeit, die Regierung Dilma zu attackieren. Die Angriffe richteten sich insbesondere gegen den „interventionistischen Staat“ und damit gegen die Regierung Dilma. Im Hintergrund aber bestehen die Forderungen dieser Sektoren in der Absenkung der Löhne und Gehälter und nach neuen Privatisierungen. Verfolgt wird das Ziel, den sozialen Pakt, der seit 2003 (erste Regierung Lulas) existiert, aufzulösen und zur konservativen, neoliberalen Politik zurückzukehren. Dafür werden alle verfügbaren Kräfte mobilisiert. Die Zukunft Brasiliens und insbesondere der Ausgang der jetzigen Wahlen wird maßgeblich sowohl von der Auseinandersetzung zwischen den Kapitalfraktionen wie auch von der weiteren Entwicklung des Volkskampfes bestimmt.

Mobilisierungen und Massenproteste während des Confed Cups Juni 2013

Die Mobilisierungen und Massenproteste 2013 in Brasilien haben eine umfassende Debatte über deren Bedeutung und Folgen ausgelöst. Umso notwendiger ist es deshalb, sich über deren Charakter klar zu sein: Brasilien ist nach diesen Ereignissen nicht mehr das, was es vorher war.

Die Massenproteste vom Juni 2013 drückten die Unzufriedenheit breiter Massen mit dem aktuellen politischen System und der Politik aus, die nicht den Interessen des Volkes entspricht. Politische Parteien vertreten nicht das Volk, sondern haben sich den Interessen der Herrschenden untergeordnet. Die bürgerliche Demokratie erscheint ausgehöhlt und wird nicht im Interesse des Volkes realisiert. Selbst linke Parteien werden unter diesen Aspekten betrachtet.

Dabei muss festgestellt werden, dass es nicht einmal schlechte Lebensbedingungen waren, die die Proteste auslösten. Noch wären einzelne Organisationen in der Lage gewesen, diese Mobilisierungen zu organisieren.

Die Millionen Menschen auf der Straße nahmen den Confed Cup zum Anlass, um gegen überhöhte Ausgaben für Sportstätten und die damit zusammenhängende Vertreibung von Tausenden von Menschen zu protestieren. Polizeiliche Willkür und Gewalt vervielfachten die Proteste. Die PT-Regierung reagierte ratlos und perplex, von der Opposition regierte Staaten setzten Polizei und Gewalt gegen die Demonstranten ein.

Mehrheitlich gehen deshalb die Einschätzungen verschiedenster Kräfte davon aus, dass die Veränderungen, die im sozialen Gefüge der brasilianischen Gesellschaft in den letzten Jahren vor sich gegangen sind, wesentlich zur Erklärung der spontanen und breit unterstützten Mobilisierungen beitragen. Untersuchungen haben ergeben, dass 63 Prozent der Teilnehmer Jugendliche zwischen 14 und 29 Jahren und 18 Prozent zwischen 29 und 30 Jahren waren. Ca. 93 Prozent besaßen eine abgeschlossene Grundausbildung oder eine höhere Ausbildung. 76 Prozent verfügten über einen Arbeitsplatz. Die Mehrheit lag im Verdienstbereich zwischen zwei und fünf Mindestlöhnen und 26 Prozent im Bereich von fünf bis zehn Mindestlöhnen.

Das ist Ausdruck der sozialen und wirtschaftlichen Errungenschaften der letzten zwölf Jahre, die nicht nur die Lage der arbeitenden Jugend verbessert haben. Mithin trat hier ei-



ne Generation auf, die mit abgeschlossenem Studium auf den Arbeitsmarkt trifft und dessen Schwierigkeiten erfährt.

Debatte um die Rolle der Mittelklasse

Nicht zuletzt im Zusammenhang mit diesen Untersuchungen wird in Brasilien eine Diskussion um eine „neue Mittelklasse“ geführt, die darauf hinausläuft, vom „Aufstieg“ prekarierteter Schichten in die Mittelklasse zu schwärmen. In der Tat ist die Mehrheit – wie obige Angaben zeigen – lohnabhängig beschäftigt, d. h. im Sinne einer linken soziologischen Einordnung sind diese Jugendlichen Teil werktätiger Schichten und schließlich mit der Realisierung des Programms ProUni (Zugang zu Studentenkrediten) auch Teil gut ausgebildeter Werktätiger.

Es nahmen jedoch auch Sektoren der traditionellen Mittelschichten teil, die in den letzten zehn Jahren der PT-Regierungen wenig persönliche Zugewinne verzeichnen konnten. Der geringere Zugewinn an Kaufkraft veranlasste sie, sich an den Mobilisierungen zu beteiligen und sich als oppositionelle Kraft zur Dilma-Regierung zu manifestieren.

Mehrheitlich beteiligten sich demzufolge Jugendliche, die die Zeiten des Neoliberalismus und den Unterschied zur postneoliberalen Periode nicht selbst erfahren haben. Ihre Forderungen richteten sich deshalb nicht direkt gegen die Politik der PT-Regierung, waren im gewissen Sinne diffus und zielten darauf ab, für die Gesellschaft bessere Lebensbedingungen einzufordern. Das betrifft vor allem den Zustand des öffentlichen Verkehrs in den Großstädten, die Verbesserung des städtischen Lebens, des Zugangs zu Gesundheitseinrichtungen und bessere Umweltbedingungen. Brasilien hat es mit einer neuen Generation zu tun, die für eine weitere Verbesserung des sozialen und kulturellen Lebens eintritt und auf diesem Wege ihre Erfahrungen in dieser Auseinandersetzung macht. Sie steht für die Vertiefung der eingeleiteten Prozesse und für strukturelle Reformen. Gleichzeitig sind die Mobilisierungen ein Signal für die Grenzen, die das von der PT-Regierung beförderte gegenwärtige Entwicklungsmodell aufweist. In der Auseinandersetzung mit konservativen Eliten, die weitere Veränderungen sozialen und politischen Charakters ablehnen, kann diese Jugend das dynamische Element sein, um gemeinsam mit emanzipatorischen Kräften weitere Veränderungen durchzusetzen.

Aufschwung der sozialen und der Gewerkschaftsbewegungen

Wenn die Debatten über die Juni-Mobilisierungen im Wesentlichen in der Einschätzung übereinstimmen, es mit neuen, nicht traditionellen Bewegungen zu tun zu haben, wird aber gleichzeitig festgestellt, dass die traditionellen Bewegungen nicht aus der allgemeinen Tendenz der Mobilisierung ausgeklammert werden können. Die Gewerkschaften reagierten verspätet auf die Juni-Ereignisse und führten erst am 11. Juli 2013 den „Nationalen Tag des Protestes“ durch, an dem sich ein bedeutender Teil der Arbeiterschaft beteiligte, der aber nicht das Ausmaß der Juni-Proteste erreichte.

Richtigerweise wird eingeschätzt, dass Bewegungen wie die MST (Bewegung der landlosen Bauern) oder die MTST (Bewegung der Obdachlosen) oder die Bewegung der Betroffenen vom Bau von Staudämmen und selbst einer der Initiatoren der Juni-Proteste die MPL (Bewegung für freie Fahrt, gegründet 2006) wesentliche Vertreter „traditioneller“ sozialer Bewegungen sind.

Zu verzeichnen ist eine beträchtliche Zunahme der Streikbewegung. Waren es 2002, d. h. vor Antritt der Lula-Regierung, 298 Streiks, so waren es 2013 ca. 900. Besondere Bedeutung erlangten die Streiks der Lehrer in Rio de Janeiro für eine 10-prozentige Gehaltserhöhung, der Arbeiter der Stadtreinigung in verschiedenen Städten und der Omnibusfahrer kurz vor Eröffnung der Weltmeisterschaft (WM) 2014 in Sao Paulo. Der Lehrerstreik wurde über drei Monate durchgeführt und richtete sich v. a. gegen die Staatenregierung Rio de Janeiros. An ihm beteiligten sich einige 10 000 Menschen. Gestreikt wurde um höhere Gehälter und für bessere Bildungsbedingungen.

Nach den Juni-Protesten stellte sich die Frage, wie die verschiedensten Kräfte, darunter auch die von der rechten Opposition unterstützten, sich auf das Großereignis WM vorbereiten würden. Befürchtet wurde, besonders seitens der Regierung, dass sie sich in einem ähnlichen Ausmaß wie 2013 entwickeln könnten. Die Regierung Dilma, die auf die Juni-Proteste nicht vorbereitet war und erst spät reagierte, kündigte daraufhin umfassende Maßnahmenpakete zur Verbesserung der urbanen Infrastruktur, zur Bildung und zum Gesundheitswesen an. Gleichzeitig aber erließ sie Instruktionen, die darauf abzielten, kommenden Protesten mit Polizei- und Armeeinsatz zu begegnen. Gleichfalls unterstützte sie die Forderung nach Durchführung einer Volksbefragung mit dem Ziel der Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung. Abgeblockt durch die Mehrheit der Opposition in Kammer und Senat, konnte sich die Regierung nicht durchsetzen. Soziale Bewegungen griffen die Forderungen auf und führten im September 2014 landesweit eine Volksbefragung durch.

Träger dieser Bewegungen wurden u. a. die von „Großveranstaltung Betroffenen“, die Anfang Mai in Belo Horizonte ein landesweites Treffen durchführten und sich mit anderen Kräften zum „Volkskomitee gegen die WM“ zusammaten. Besondere Aktivitäten gingen von der Bewegung der Obdachlosen aus, die im April 2014 in Sao Paulo ca. 200 Mobilisierungen realisierte.

Veränderungen der sozialen Struktur

Die brasilianische Gesellschaft ist in Bewegung geraten und unterschiedlichste Kräfte wurden aktiv, die sich, wie z. B. die MPL, systematisch mit dem schlechten Zustand in Großstädten und dem öffentlichen Verkehr auseinandersetzten. Die MPL war es auch, die sich landesweit gegen Tarifierhöhungen im öffentlichen Verkehr wehrte und erreichte, dass nach den Juni-Protesten 2013 die erhöhten Tarife zurückgenommen wurden. In eben solcher Weise setzten andere Gruppen, u. a. die MTST, ihren Schwerpunkt im Kampf gegen Immobilienspekulation und verteuerte Mieten.

Verblüffung riefen Zusammentreffen von Jugendlichen aus städtischen Randgebieten, den sogenannten „rolezinhos“, hervor, die sich in Supermärkten, an Tankstellen und öffentlichen Plätzen versammelten und mit Musik und Tanz im Wesentlichen friedlich ihre Freizeit verbrachten. Die Presse reagierte entsetzt und kennzeichnete diese Zusammenkünfte als „Kauflust der schwarzen Peripherie“, das „weiße Zentrum“, die Mittelklasse, reagierte ablehnend. Mit den „rolezinhos“ entstand ein Phänomen, das die Entstehung und Entwicklung sozialer Bewegungen konterkarierte: Den Jugendlichen ging es nicht um Protest oder die Durchsetzung bestimmter Forderungen, sondern darum, in den Shop-



pingzentren ihre Präsenz zu zeigen. Anders ausgedrückt: ihr Streben nach sozialer Inklusion.

Die Entwicklung nach der WM und vor der Wahl im Oktober 2014 zeigt, wie kompliziert sich die politische und soziale Situation im heutigen Brasilien darstellt:

Zum einen zeigt sich, dass die „Ruhe“ der Lula-Jahre vorbei ist, die gekennzeichnet waren durch den Rückgang sozialer Mobilisierungen. Mit dem Begriff „Lulismus“ wird in Brasilien die für diese Jahre typische Erscheinung gekennzeichnet: Mit den sozialen Maßnahmen, die prekarierte, verarmte Teile der Bevölkerung aus der Armut holte, erreichten Lula und seine Partei, die PT, die politische Unterstützung dieser Schichten, ohne sie jedoch politisch zu organisieren oder sie bewusst einzubeziehen. Eine eklatante Schwäche der PT und ebenfalls der Regierung war und ist die Unterschätzung des Dialogs mit den sozialen Bewegungen und der Zivilgesellschaft. Zu langsam hat sich die Erkenntnis in PT und Regierung durchgesetzt, dass diese Mobilisierungen im Sinne einer Vertiefung der eingeleiteten Prozesse verstanden werden und sie in der Auseinandersetzung mit neoliberalen und neokonservativen Kräften genutzt werden können.

Mit Einbeziehung vieler Gewerkschaftsfunktionäre in den Staatsapparat verlor v. a. die Gewerkschaft CUT an politischem Gewicht, ihre Funktionäre betrachteten sich mehr als Vertreter der Regierung und widersetzten sich häufig den sozialen Forderungen und Streiks ihrer Mitglieder. Mit Zunahme der Anzahl der Streiks deutet sich eine Aktivierung von Teilen der Arbeiterklasse und anderer Werktätiger an.

Proteste und Mobilisierungen gegen die WM richteten sich auch gegen die FIFA als die Verkörperung der Kapitalisierung des Fußballsports. Besonders deutlich wurde das nach der eklatanten Niederlage der „selecao“ (Auswahl) Brasiliens gegen die BRD. Von der breiten Öffentlichkeit wurde ein Umdenken im brasilianischen Fußball gefordert. Sinnvoll erscheint die Forderung, den Sport, einschließlich des Fußballs, im Interesse der breiten Masse der Bevölkerung zu gestalten und ihn nicht zu einer Veranstaltung von Wohlhabenden verkommen zu lassen.

Ausgedeutet werden Proteste gegen Immobilienspekulationen und Steigerung von Mieten als Proteste antikapitalistischen Inhaltes. Das betrifft in gleicher Weise die Forderung nach Kommunalisierung von Verkehrsunternehmen und des Rechtes auf die Stadt.

Das Phänomen der „rolezinhos“ veranschaulicht, in welcher Weise sich die brasilianische Gesellschaft sozial verändert hat. Große Teile der verarmten Schichten sind in den Konsum schlechthin mit einbezogen worden. Die bisherige Gesellschaftsstruktur bietet aber diesen Schichten geringe Möglichkeiten, sich in geeigneter Weise kulturell und politisch zu verwirklichen. Die Reaktion von Teilen der Gesellschaft zeigt zudem deutlich, dass soziale Gegensätze nicht überwunden sind. Insgesamt kündigt sich mit diesen Entwicklungen eine neue Phase der Volkskämpfe an.

Die Probleme der Regierung Dilma

Wie auch die Regierung Lula ist die Regierung Dilma eine Koalitionsregierung, die als Mitte-links charakterisiert wird und in der verschiedene linke und liberale Parteien vertreten sind.

Das Zustandekommen dieser Regierungen ist Ergebnis des Kampfes der Volkskräfte gegen die Auswirkungen der

neoliberalen Politik der Vorgängerregierungen, zugleich aber auch Resultat der Auseinandersetzungen und Konflikte, die sich zwischen einzelnen Fraktionen der Bourgeoisie abspielen. Mit dem Sieg Lulas 2002 entstand eine Allianz zwischen den linken Kräften, insbesondere der PT, und dieser Fraktion des Kapitals mit dem neo-desarrollistischen Programm einer Mitte-Links Regierung. Diese ist äußerst heterogen und in sich widersprüchlich, da sie zeitweilig Kräfte der internen Bourgeoisie und Sektoren des Volkes zusammenführt. Zu diesen zählen Fabrikarbeiter, Teile der Bauernschaft und große Teile der marginalisierten Bevölkerung, für die die Regierung Sozialprogramme auflegte. Teile der Bevölkerung, die einen sozialen Aufstieg erlebten und Lula/Dilma unterstützen, haben weniger eine Bindung zur PT als Regierungspartei entwickelt als eine persönliche zum Präsidenten. Ambivalent bleibt dieses Phänomen des Lulismus, da die Mehrheit dieser Bevölkerungsteile kaum soziale und politische Organisation eingeht.

Konfliktlinien der brasilianischen Gesellschaft

Gegenwärtig hat sich der Konflikt zwischen der neo-desarrollistischen Allianz und dem orthodoxen neoliberalen Lager verschärft. Diese neoliberalen Kräfte wollen die Aktivitäten des Staates, der bewusst gestärkt wurde, einschränken und ihn wieder auf einen Ministaat reduzieren. Gleichzeitig wollen sie die sozialen Programme zurückfahren und nutzen dafür das Argument, dass die Wachstumsrate der Wirtschaft belastet wird, die tatsächlich durch den Wandel der internationalen Konjunktur zurückgegangen ist.

Auch innerhalb der Allianz haben sich die Widersprüche verschärft. Wie schon dargestellt, wird ein Anwachsen der Streikbewegung verzeichnet. Die Juni-Proteste 2013 sind deutliche Anzeichen für die Grenzen der neo-desarrollistischen Politik. Die neue Lage zwingt dazu, die Politik zu ändern und die eingeleiteten Veränderungen zu vertiefen.

Um die gegenwärtige Situation zu charakterisieren: Die Regierung Dilma steht mit dem Rücken zur Wand und hat Probleme, die entstandenen Schwierigkeiten zu lösen. Einerseits wird sie von rechts durch die angestrebte Politik der Restauration, die von Teilen der meist konservativen traditionellen Mittelklasse unterstützt wird, unter Druck gesetzt. Sie kann aber auch nicht den Forderungen der Volkskräfte ausweichen, will sie nicht riskieren, deren Unterstützung zu verlieren.

Aber die Volksbewegungen leiden unter dem Mangel eines klaren politischen Programms. Sie vertreten verschiedene Standpunkte. Die rechte Opposition dagegen hat ein klares Ziel: Gewinn der Wahlen und Rückeroberung der Regierungsgewalt. Die restaurativen Kräfte sind unter diesen Bedingungen in einer vorteilhafteren Lage, da sie mit der Macht der Medien (sechs Familien beherrschen 500 unterschiedliche Medien) und ihrer politischen Instrumente in der Lage sind, die breite Masse in ihrem Sinne zu beeinflussen. Ausdruck dieser Kampagne, die breit angelegt war, war die Unterstützung der Bewegung „Die WM wird es nicht geben“.

Wirtschaftliche Lage

Die für die Lula-Regierungen vorteilhafte internationale Konjunktur, die hohe Wachstumsraten gewährleistete und den inneren Markt belebte, hat sich gewandelt. Neue Probleme sind entstanden, mit denen die Regierung Dilma konfrontiert ist. Sie wurde von der zweiten Etappe der Krise erfasst: sin-



kende Rohstoffpreise und eine lange Phase weltwirtschaftlicher Depression. Brasilien verkraftete die Krise 2008/2009 relativ gut. Noch 2010 lag das Wirtschaftswachstum bei 7,5 Prozent. Das Ergebnis des Jahres 2013 ging gegenüber dem Vorjahr auf 4 Prozent zurück. Für 2014 aber wird ein Wachstum von nur 1,4 Prozent voraus gesagt. Angewachsen ist das Defizit in der Außenhandelsbilanz auf ca. 100 Mrd. US-Dollar. Mehr Importe haben negative Auswirkungen auf die verarbeitende Industrie, deren Anteil am Export von 23 Prozent zwischen 2003 und 2008 auf 3 Prozent in den Jahren 2009 bis 2012 zurückging.

Das Defizit in der Zahlungsbilanz erhöhte sich absolut im Verhältnis zum BIP. 2012 lag es bei 78,3 Mrd. US-Dollar, d. h. 3,67 Prozent des BIP. Die Investitionsrate fiel von 19,5 Prozent des BIP auf 18,3 Prozent Ende 2013.

Die Regierung Dilma versuchte durch Absenkung des Basiszinssatzes der Zentralbank den Zustrom externen, vor allem spekulativen Kapitals einzuschränken. Dieser Versuch misslang, sodass Brasilien zu hohen Zinssätzen zurückkehrte (von 7,25 Prozent 1999 auf 11 Prozent 2013). Die Überbewertung der nationalen Währung, des Real, wirkt sich negativ auf den Export aus, was die Verschlechterung in der Außenhandelsbilanz hervorruft. Probleme bereiten der Zahlungsbilanz die hohe Rückführung von Gewinnen ausländischer Unternehmen. 2013 belief sich die Summe auf ca. 40 Mrd. US-Dollar. Darin liegt eines der strukturellen Probleme, da es keine definitiven Limits für die Gewinnrückführung gibt. Nach Angaben der Zentralbank betragen die Rückführungen in elf Jahren 240 Mrd. US-Dollar.

Die Reaktionen auf die wirtschaftliche Entwicklung blieben nicht aus. Die Nationale Industriekonföderation (CNI) informierte, dass der Vertrauensindex im Juli 2014 seinen niedrigsten Wert seit 1999 registrierte. Auch die Zentralbank bestätigte die Reduzierung der ökonomischen Aktivitäten um 0,18 Prozent. Diese Tendenz erreichte auch den Arbeitsmarkt, der an Stelle der erwarteten 1,5 Millionen neuer Arbeitsplätze nur 1,1 Millionen verzeichnete. Diese Tendenzen kennzeichnen die Zunahme der wirtschaftlichen Probleme.

Nicht fehlen durften die amerikanischen Ratingagenturen, die Brasilien auf das Niveau BBB herabstufte. Die Begründung: schlechte externe Zahlungsbilanz, Rückgang ökonomischer Aktivitäten, Überbewertung der Währung etc. Der Augenblick für die Ratingagenturen ist günstig: Brasilien befindet sich im Wahljahr, und eine Herabstufung des Landes hat direkte politische Folgen.

Die Kontrolle über die Kapitalflüsse wurde entgegen dieser Notwendigkeit durch Reduzierung der Zinssätze auf Finanzoperationen erleichtert. Das kann, wenn die amerikanische Zentralbank (FED) die Zinssätze erhöht, zu einer Zeitbombe für Brasilien werden.

Erfolge, Kritik und Widerstand

Brasilianische Unternehmen haben starke Einwände gegen die Wirtschaftspolitik Dilmas, beurteilen sie als interventionistisch und „linker“ als Lula. Die Zugeständnisse, die Dilma machte, sind dem realen Kräfteverhältnis geschuldet. Für die Volkskräfte ist diese Regierung jedoch eine Garantie für mehr Spielraum und Aktionsfähigkeit. Bei aller Kritik wird sie von wesentlichen Teilen der sozialen Bewegungen unterstützt, da die positiven Ergebnisse ihrer Politik offenkundig sind: Reduzierung der Arbeitslosigkeit, Erhöhung des Mindestlohnes, Förderung von Wohnungsbau, Kredite für die

bäuerlichen Familienwirtschaften (allerdings im Vergleich zur Unterstützung des Agrobusiness gering), Festlegung von Quoten für Farbige für ein Universitätsstudium, Unterstützung und Anerkennung der Rechte der Frauen, Farbigen und Andersgeschlechtlichen. Auf der Habenseite der Regierungen Lula/Dilma stehen auch die über 20 Millionen neu geschaffenen Arbeitsplätze, die allerdings wenig qualifizierte Kräfte erfordern und demzufolge geringer bezahlt werden.

Zentrifugale Tendenzen kennzeichnen jedoch die Widersprüchlichkeit der Regierungen Lula/Dilma. Soziale Bewegungen wie z. B. die Bewegung der Landlosen Bauern (MST) reklamieren den Stillstand in der Agrarreform und bei der Enteignung brachliegenden Landes. Fast vollständig zum Stillstand gekommen ist die verfassungsmäßig festgeschriebene Markierung von Ländereien indigener Völker, die das Agrobusiness verhindert. Proteste gegen diese Praxis werden v. a. vom „Missionarischen Indigenen Rat“ (CIMI) angeführt, der auf hohe Kindersterblichkeit, Gewalt gegen Indigene, Rassismus und fehlende Unterstützung im Gesundheits- und Bildungswesen hinweist. Ausgeweitet werden im Land große Bergbau- und Staudammprojekte, die zu Vertreibungen von bodenständiger Bevölkerung führen und deren Proteste hervorrufen. Großunternehmen sind bestrebt, die Lohnkosten zu senken, wobei sie auf den Widerstand der Gewerkschaften treffen.

Die Regierung Dilma und die Wahl im Oktober 2014

Wie positioniert sich die Regierung Dilma inmitten dieser Konflikte und Widersprüche? Ein Ausgangspunkt für die Beurteilung der Position Dilmas sollte eine Aussage Eduardo Galeanos (uruguayischer Intellektueller und Schriftsteller) sein, die er im Juli dieses Jahres gegenüber der brasilianischen Zeitung „Brasil de Fato“ machte: „Dilma machte viele Fehler und hatte gute Erfolge. Sie ist die direkte Nachfolge der Regierungen Lulas, was nicht schlecht ist. Sie setzte die richtige soziale Politik fort. Allerdings hat sie sich zu sehr mit der Bündnispolitik beschäftigt und darüber den Dialog mit der Bevölkerung fast vergessen.“ Diese Einschätzung charakterisierte treffend die Ausgangslage für die Wahl im Oktober: Für die PT und für Dilma ist das die bisher schwerste Wahl seit 2002.

Für die brasilianische Öffentlichkeit besonders wirksam waren die Erklärungen der Präsidentin nach der Niederlage der brasilianischen Auswahl gegen die BRD während der WM. Sie zollte dem Sieger Anerkennung und erklärte, dass der Fußball, auch als professioneller Sport, Teil der Demokratisierung des Landes sein muss. Im Gespräch mit Vertretern von Fußballvereinen äußerte die Präsidentin, dass in einem Fußball begeisterten Land wie Brasilien dafür gesorgt werden muss, dass gute Spieler im Lande bleiben und nicht „exportiert“ werden (gegenwärtig sind ca. 5 000 in ausländischen Vereinen tätig).

Obgleich die Massenproteste des Vorjahres sich vor der WM nicht in dem Maße wiederholten, bleiben die erhobenen Forderungen gegenüber der Regierung auf dem Tisch. Die Meinungen, dass sich die Niederlage der Nationalmannschaft auf das Wahlergebnis auswirkt, sind geteilt. Die einen meinen, die WM sei inzwischen „vergessen“ ist und andere Probleme beherrschten die Tagesordnung. Andere hingegen sind der Auffassung, dass die Opposition den Ausgang der WM, die vom Standpunkt der Organisation und Durchführung gut verlaufen ist, gegen die Regierung nutzt.



Die PT reagierte auf ihrem 14. Nationalen Treffen im Mai 2014 auf die neue Situation. Das Treffen sprach sich für ein Referendum über eine politische Reform, d. h. die Einberufung einer konstituierenden Versammlung aus. Diese Reform soll die Neukonstituierung des Staates beinhalten. Damit ist eine Verfassungsreform verbunden, die mehr Partizipation der Menschen vorsieht, die Institutionen des Staates demokratisiert und die Stellung der Parteien im gesellschaftlichen System neu definiert (Abschaffung der Finanzierung der Parteien aus privaten Quellen und Zurückdrängung der Macht der Wirtschaft, Kampf gegen die Korruption).

Inzwischen hat sich in Brasilien eine Bewegung entwickelt, die von sozialen Bewegungen und der Consulta Popular (Volksratschlag) unterstützt wird, die diese politische Reform als Außerordentliche Konstituierende Versammlung fordert. In der Gesellschaft wird eine politische Reform als dringlich für tiefgehende und schnelle Veränderungen angesehen. Die inzwischen vorliegenden Ergebnisse der von ca. 400 Organisationen und sozialen Bewegungen durchgeführten nichtoffiziellen Volksbefragung besagen, dass sich 7,5 Millionen Menschen beteiligten und mehrheitlich für die Verfassungsgebende Versammlung stimmten. Positiv zu verzeichnen ist, dass sich an dieser Kampagne über 120 000 Aktivisten beteiligten und im Lande 1 800 Volkskomitees gegründet wurden, die weiterhin die Einleitung einer offiziellen Befragung fordern. Bezeichnend ist, dass dieses Ergebnis von allen Medien ignoriert wurde.

Eine politische Reform muss Bestandteil der Weiterführung des progressiven Projektes sein und steht deshalb im Zentrum des Wahlkampfes. Veränderungen müssen über den bisherigen Rahmen des Entwicklungsmodells hinausgehen, das seine Möglichkeiten ausgeschöpft hat und strategisch weitergeführt werden muss. Auf dem Nationaltreffen der PT wurde deshalb die Aufgabe formuliert, auf die veränderten Anforderungen der Gesellschaft zu reagieren und das Kräfteverhältnis in der Gesellschaft zugunsten einer neuen Hegemonie der progressiven Kräfte zu verändern.

Brasilien im Wahlkampf

Noch im Juli 2014 sagten Umfragen aus, dass Präsidentin Dilma unter den Kandidaten mit einer Zustimmung von 36 Prozent im ersten Wahlgang rechnen kann. Allerdings wiesen die Prognosen schon auf die Möglichkeit eines zweiten Wahlgangs. Anfang August stellte sich die Situation als schwierig und dennoch positiv für die PT und Dilma dar: Der Kandidat der stärksten Oppositionspartei, der Sozialdemokratischen Partei PSDB, Aécio Neves (gegenwärtig Senator für Minas Geras) lag in den Umfragen bei 20 Prozent und der Ex-Gouverneur des Staates Pernambuco als Präsidentschaftskandidat der Sozialistischen Partei PSB Eduardo Campos zwischen 8 und 9 Prozent.

Eduardo Campos, ein junger aufsteigender Politiker, dessen Partei PSB zur Linkskoalition der Lula-Regierung gehörte, kam am 13. August dieses Jahres durch einen Flugzeugabsturz ums Leben. (Campos wurde 2004 von Lula zum Minister für Wissenschaft und Technologie berufen. In dieser Eigenschaft erarbeitete er das Raumfahrt- und Nuklearprogramm der Regierung Lula. 2008 wurde Campos Regierungschef des Staates Pernambuco. 2013 verließ Campos mit der PSB die Regierungskoalition der Regierung Dilma).

Nach Campos' tragischem Tod avancierte Marina Silva zur Präsidentschaftskandidatin der PSB. Damit hatte sich die

Situation im Wahlkampf total verändert. Marina Silva, eine ehemalige Ministerin des Kabinetts Lula, stieß 2013 zur PSB. Sie war zuvor Mitglied der PT und bis 2008 Minister für Umwelt. Nach ihrer Demission 2008 kandidierte sie 2010 für die Grüne Partei PV und erreichte einen Stimmenanteil von 19 Prozent. Ihr Versuch eine eigene Partei zu gründen, scheiterte. Silva trat 2013 der PSB Eduardo Campos bei.

Der öffentliche Effekt ihrer Nominierung zur Präsidentschaftskandidatin durch die PSB war enorm. Umfragewerte dieser Wochen ergaben steigende Zustimmung. Gegenüber Dilma holte Marina Silva um zehn Punkte auf. Damit spitzte sich der Wahlkampf auf die Auseinandersetzung zwischen Dilma und Marina Silva zu, in deren Folge sich ein zweiter Wahlgang andeutete, aus dem Marina Silva als Siegerin hervorgehen könnte. Die Kandidatur Aécio Neves (PSDB) schien sich überholt zu haben.

Marina Silva trat mit einem Wahlprogramm an die Öffentlichkeit, das eine „neue Politik“ verkündete. Im Zentrum steht die missionarische Ankündigung, Schluss zu machen mit der Zerteilung der Gesellschaft in PT als Regierung und der PSDB als Opposition. Mit dem Versuch, die Polarisierung PT – PSDB aufzuheben, will Marina Silva einen „dritten Weg“ gehen. Das vermittelt den Eindruck, dass „sich ein Engel erhoben habe, der dem Lande eine neue Versprechung einhauen möchte“, wie ein Kommentator schrieb.

Das Programm Marina Silvas beinhaltet:

- weniger Staat und weniger „Interventionismus“, u. a. keine Anreize für die Förderung der nationalen Industrie und weniger staatliche Regulierungen und Normen für den produktiven Sektor;
- Autonomie der Zentralbank Brasiliens, womit ein freier Währungsaustausch ohne Intervention der Zentralbank ermöglicht werden soll;
- die Beibehaltung der Sozialprogramme, für die 10 Prozent des BIP zur Verfügung stehen sollen,
- die Weiterführung der Agrarreform mit Ansiedlung von 850 000 Familien, was auf die Schwäche der Regierung Dilma abzielt, die wenig Fortschritte für die Bauern erzielte,
- in der Außenpolitik eine Frontstellung gegen die Entwicklung des Mercosur und gegen den „Bolivariismus“ der gegenwärtigen brasilianischen Regierung (eine Anspielung auf die von Hugo Chávez initiierte Politik der „bolivarischen Revolution“).

Analysten stimmen darin überein, dass das propagierte umfangreiche Programm eine Mischung aus eindeutig neoliberalen Positionen (u. a. Autonomie der Zentralbank) und der Weiterführung der bisherigen Sozialpolitik darstellt. Gerechnet wurde mit der Erinnerung der Menschen an die Ministerin für Umwelt in der Regierung Lulas. Silva griff auf widersprüchliche Phänomene zurück, indem sie sich gegenüber NGOs als gegen den Staat gerichtet positionierte und zugleich Gemeinsamkeiten mit dem Unternehmertum unterstrich (weniger Regelungen seitens der Regierung).

Unterstützt und gefördert wurde Marina Silva durch die Banco Itaú. Das ist die größte Privatbank Brasiliens, die 2014 Gewinne von über 4,2 Mrd. US-Dollar erzielte. Die Schwester des gegenwärtigen Präsidenten der Bank, Neca Setúbal, ist seit 2008 engste Beraterin Marina Silvas, die sie im Wahlkampf 2010 mit erheblichen finanziellen Mitteln unterstützte. Interessanterweise wurde Marina Silva auch vom ehemaligen Präsidenten Brasiliens (1994 – 2002), Fernando



Henrique Cardoso, unterstützt. Er übernahm es, organisiert von der Bank JP Morgan, als ad-hoc-Minister mit ihr in die USA zu reisen, um sie dort bekannt zu machen.

Marina Silva, erzogen im katholischen Glauben, wechselte zum konservativen Evangelismus (Pfingstkirche) und ist Mitglied der „Assembleia de Deus“, einer einflussreichen Vereinigung, die über ca. 12 Millionen Anhänger verfügt.

Nach Meinung Boaventuras (Professor der Universität Coimbra, Portugal, intimer Kenner Lateinamerikas) haben in den letzten Tagen des Wahlkampfes immer mehr Menschen erkannt, dass die konservativen Kräfte zurück in die Regierung wollen. Marina Silva vertritt einen konservativen Evangelismus, dessen Fraktion im Kongress Brasiliens stark vertreten ist. Boaventura fordert deshalb Dilma auf, den Menschen zu sagen, dass das Projekt Marina Silvas ein Zurück zum Konservatismus und die Dominanz des Agrobusiness und der Banken bedeuten würde.

Intensiv wurde der Kampf um Koalitionen auf der Staatenebene geführt. Auf dem Konvent der PSDB erklärte ihr Kandidat Aécio Neves, dass er die Unterstützung der PMDB, also des gegenwärtigen Koalitionspartners der PT, in fünf Bundesstaaten habe. Für Dilma entstünde eine schwierige Situation, wenn die PMDB sich spaltet. Für die PT kann das nur heißen, alles zu tun, um im neu zu wählenden Kongress selbst die Mehrheit zu gewinnen. Gleichzeitig versucht die PT, in den einzelnen Staaten Koalitionen zusammenzubringen, die PT-Regierungen auf dieser Ebene gewährleisten könnten.

Überraschende Ergebnisse des ersten Wahlganges – Entscheidung fällt zwischen PT und PSDB

Waren die Wochen nach dem Antritt Marina Silvas als Präsidentschaftskandidatin eine Achterbahnfahrt der Umfrageergebnisse (Silva war fast gleichauf mit Dilma, Aécio Neves schien mit 24 Prozent abgeschlagen zu sein), ergab der Wahlsonntag, der 5. Oktober, ein völlig anderes Bild. Alle Voraussagen wurden über den Haufen geworfen. Dilma errang für die PT 41,5 Prozent (43 Millionen Stimmen), Aécio Neves erzielte 33,6 Prozent (35 Millionen) und Marina Silva 21,3 Prozent (20 Millionen).

Mit 21,3 Prozent der Stimmen wiederholte Marina Silva in etwa ihr Wahlergebnis von 2010 und schied damit überraschend aus dem Rennen aus. Programmatisch hatte sich Marina Silva auf konservative Kräfte orientiert, die angesichts der Umfragewerte für Aécio Neves bereit waren, eine Allianz mit ihr einzugehen, um die PT abzuwählen. In einigen Fragen (Homosexualität, genverändertes Saatgut etc.) verstrickte sie sich in Widersprüche, die ihre Niederlage mit begründet haben. Ein „dritter Weg“, wie Marina Silva ihre „neue Politik“ des Aufbrechens der Polarisierung PT – PSDB deklarierte, ist gescheitert. Ihr Versuch, Chico Mendes und seine Auffassungen (Umweltaktivist, Mitbegründer der PT im Bundesstaat Acre, Marina Silva arbeitete eng mit ihm zusammen, 1988 wurde er ermordet) mit dem Finanzkapital u. a. mit der Banco Itaú zusammen zu bringen, konnte nicht gelingen.

Der zweite Wahlgang am 26.10.2014 wiederholt die Konstellation der Wahlen seit 2002: Die Entscheidung über den Wahlsieger fiel immer im zweiten Wahlgang zwischen der PT und der oppositionellen PSDB. Die Polarisierung PT – PSDB

reduziert die kommende Wahl auf die Entscheidung zwischen zwei Modellen. Entweder wird das post-neoliberale Projekt neo-desarrollistischer Prägung der Regierungen Lula/Dilma weitergeführt oder es erfolgt ein Rückgriff auf die neoliberale Politik der Regierung Fernando Henrique Cardoso durch eine Regierung Aécio Neves.

Um das Ergebnis des ersten Wahlganges genauer zu analysieren, sind zunächst einige Fakten notwendig.

Das Wahlergebnis für Dilma und die PT ist das schlechteste seit 2002 (Lula 2002 – 46,4%, Lula 2006 – 48,6%, Dilma 2010 – 46,91%). Das Wählerpotenzial der PT konzentriert sich v. a. auf den Nordosten, den Norden und den mittleren Westen des Landes, wo mehrheitlich die Menschen wohnen, die von den Sozialprogrammen profitierten. Hier erreichte der Kandidat der PSDB u. a. im Bundesstaat Pernambuco nur 6 Prozent.

Die PSDB sieht ihr Potential dagegen in den höher entwickelten Staaten der Mitte und des Südens. Im Bundesstaat Sao Paulo stimmten 75 Prozent der Wahlberechtigten für den Kandidaten der PSDB, Aécio Neves. Das sind 10 Millionen Neves-Stimmen gegen 6 Millionen für Dilma. Zum vierten Mal wurde Alckmin (PSDB) im ersten Wahlgang zum Gouverneur des Staates gewählt. Der PT-Kandidat Padilha erhielt nur 10 Prozent.

Eine Gesamtbilanz ergibt, dass für die Oppositionsparteien insgesamt 57 Millionen Stimmen abgegeben wurden und für die gegenwärtige Regierungskoalition 43 Millionen stimmten (von insgesamt 143 Millionen Wahlberechtigten).

Im ersten Wahlgang schafften es in drei Staaten PT-Kandidaten, als Gouverneur gewählt zu werden (Minas Gerais, Bahia und Maranhao). Koalitionspartner der PT siegten in fünf Bundesstaaten. In weiteren acht Bundesstaaten (u. a. in Rio Grande do Sul) stehen ihre Kandidaten im zweiten Wahlgang, d. h. dass auch in der Mehrheit der 26 Bundesstaaten Gouverneure der Opposition zum Zuge kommen können.

Verschiebungen ergaben sich ebenfalls in der Sitzverteilung im Nationalen Kongress (mit insgesamt 513 Sitzen) hin zu konservativ ausgerichteten Kräften. Verluste erlitten v. a. die PT-Koalitionsparteien: Die PT verlor 18 Sitze von vorher 80, die PMDB fünf von vorher 71. Insgesamt hat die gegenwärtige Regierungskoalition 53 Sitze weniger. Dagegen konnten die Oppositionsparteien zulegen: Die PSDB von 44 auf 55, die PSB von 24 auf 34, sodass die mögliche Koalitionsoption insgesamt 45 Sitze mehr hat als vorher. Hinzu kommt, dass im Kongress sechs neue Parteien vertreten sind, wodurch der Kongress unübersichtlicher und fragmentierter sein wird. Die neu hinzukommenden vertreten ausgesprochen konservative Positionen. Die Zahl der vertretenen Parteien erhöht sich von 22 auf 28.

In der Wahl zum Senat wurde dieser um ein Drittel erneuert. Fünf der 27 neuen Senatoren stellt die PMDB, Koalitionspartner der PT. Die PSDB und andere Oppositionsparteien haben sieben und die PSB (Partei Marina Silvas) drei neue Parlamentarier. Die PT zusammen mit vier Koalitionspartnern konnten acht neue Sitze erreichen, sodass im neuen Senat die PMDB mit 19 Senatoren, die PT mit 13 und die PSDB mit zehn vertreten sein werden. In den Jahren 1994 bis 2002 konnte die PT ihre Vertretungen im Kongress und Senat bedeutend erweitern. Jetzt erreichte sie keinen Zuwachs, sodass sich das bisher existierende Gleichgewicht zwischen Regierungskoalition und Opposition zu Ungunsten der Regierung verschoben hat. Beide Legislativorgane wer-



den stärker von konservativen Kräften dominiert.

Für die bis zur zweiten Runde der Wahl verbleibende Zeit lässt sich eine zugespitzte Auseinandersetzung beobachten, in der es u. a. darum geht, wohin z.B. Wähler Marina Silvas gehen werden oder welche anderen politischen Kräfte bereit sind, Wahlunterstützung zu geben. Marina Silva (PSB) selbst hat sich für eine Unterstützung Aécio Neves' ausgesprochen, womit sie ihrem postulierten Ziel, die Polarisierung zwischen PT und PSDB beenden zu wollen, widerspricht. Allerdings hat der gegenwärtige Präsident der PSB Gustavo Amaral schon deutlich gemacht, dass die PSB ihre „Politik nicht vom Rande her betreiben will“, was heißt, dass nicht alle Silva-Wähler zur Opposition gehen werden.

Für die regierende PT ist es an der Zeit, nach den Ursachen der relativ negativen Wahlergebnisse zu forschen. Offensichtlich ist, dass die latente Unzufriedenheit, besonders mittlerer Schichten in den großen Ballungszentren wie Sao Paulo oder Rio de Janeiro, ihre Forderungen nicht ausreichend erfüllt sehen und sich von der Anti-PT-Stimmung, die von den Medien verbreitet wird, beeinflussen ließen. Politische Kommentatoren verweisen auf die nicht aufgearbeiteten Proteste des Juni 2013.

Einer der zentralen Punkte war die Forderung nach einer politischen Reform und der Demokratisierung der Medien. Weder die Regierung Lulas noch die Dilmas konnten entscheidende Veränderungen erreichen. Teil der politischen Reform ist die Praxis der Finanzierung politischer Parteien durch private Sponsoren. Nach Angaben des Vereins „Kongress im Visier“ ist die Wahl 2014 die teuerste bisher überhaupt. Demnach sind in den letzten Jahren 71 Mrd. Reais in die Kassen aller politischen Parteien geflossen. Das sind zweimal mehr als die Kosten der Fußballweltmeisterschaft ausmachten. Als Teil einer politischen Reform wurde diese Praxis bisher immer von der Mehrheit im Nationalen Kongress ausgebremst.

Politisch nicht erreicht wurde der Teil der Jugend, der in den letzten Jahren auf dem Arbeitsmarkt erschien. Diese Jugend ist politisch unerfahren und wurde weder von den Gewerkschaften noch von linken politischen Parteien erreicht. Ihre Position gegenüber der PT ist skeptisch und distanziert. Vor allem Teile der Mittelklasse, die sich an den Mobilisierungen im Juni 2013 und an der Bewegung „Nao vai ter copa“ beteiligten, sind Träger dieser Anti-PT-Stimmung. Wie bereits festgestellt, sind sie von den sozialen Maßnahmen wenig bevorteilt worden, sehen sich in ihrem Status aber durch aufkommende Schichten bedroht (siehe das Beispiel der „rolezinhos“). Die Wahlergebnisse des Staates Sao Paulo sind dafür ein lebendiges Beispiel.

Nicht zuletzt steht für die PT die Frage nach dem Fortbestand der neo-desarrollistischen Allianz. Fraktionen der Eliten, besonders im Raum Sao Paulo, sehen sich durch die Wirtschaftspolitik der Regierung Dilma eingeschränkt und nehmen zunehmend Anti-PT-Positionen ein.

Interessant sind auch die Einschätzungen zum Wahlverhalten der Brasilianer. Obwohl Wahlpflicht existiert, haben von 143 Millionen Wahlberechtigten 27 Millionen nicht an der Wahl teilgenommen. Insgesamt waren es 29 Prozent der Wähler, die nicht teilnahmen oder ihre Stimme ungültig machten. Diese Tendenz der Wahlenthaltung hat sich in den letzten Wahlen verstärkt durchgesetzt. Gewertet wird das als Ausdruck einer bestimmten Frustration von Teilen der Gesellschaft, die ihre Forderungen nicht erfüllt sehen.

Entscheidung zwischen Post-Neoliberalismus und neoliberalen Konservatismus

Eine Bewertung der Ergebnisse des ersten Wahlganges muss versuchen, Realismus und Hoffnung miteinander zu verbinden. Klar ist, dass die Überwindung des Neoliberalismus und die Durchsetzung eines alternativen Projektes mit dieser Wahl auf dem Spiel stehen. Die offensichtliche Polarisierung der Kräfte, wie sie sich nach dem ersten Wahlgang zeigt, dokumentiert den Grundwiderspruch Brasiliens, sogar auch den Lateinamerikas, zwischen Neoliberalismus und Postneoliberalismus. Im Moment steht jedoch fest, dass die progressiven Kräfte, die Antwort auf die Forderungen der Gesellschaft geben und den Dialog mit den Kräften des Juni 2013 und sozialen Bewegungen führen könnten, relativ geschwächt aus dem Wahlkampf hervorgegangen sind. Für diese progressiven Kräfte scheint eine Schlussfolgerung wichtig zu sein: die Erneuerung ihrer politischen Beziehungen im Dialog mit der Gesellschaft. Diese Schwäche in der Kommunikation mit der Gesellschaft führte zum Verlust einer soliden Hegemonie. Besonders die PT als Interessenvertreter der Ausgeschlossenen vernachlässigte ihre Beziehungen zur Mittelklasse, und das in einem Land, das in seiner sozialen Struktur inzwischen mehrheitlich von der Mittelklasse repräsentiert wird. Die PT wird diesem Umstand mehr Rechnung tragen müssen, damit die Mittelklasse sich gegenüber den sozial aufkommenden Schichten nicht als Verlierer versteht.

Vor der politischen und sozialen Linken steht die Aufgabe, die restaurativen und konservativen Bestrebungen politisch aufzudecken und alle Kräfte für die Wiederwahl der PT/Dilmas zu sammeln. Realistisch muss eingeschätzt werden, dass die PT sowohl organisatorisch wie auch programmatisch schwach aufgestellt ist. Weder Lula noch Dilma haben es verstanden, die sozialen Veränderungen in politische Stärke umzusetzen. Beunruhigend sind Tendenzen in der Politik der Regierung, den Dialog mit der „Straße“ zu unterschätzen. Es zeigt sich die Unfähigkeit, die Menschen zu verstehen, die das „Spiel des Kapitalismus“ nicht mitmachen wollen.

Was spricht für die Weiterführung der PT-Regierung?

Da ist einmal die seit 2003 erzielte soziale Demokratisierung, die die soziale Exklusion minderte, die Ungleichheit verringerte und erste Erfolge im Kampf gegen Armut und Misere erreichte. Da ist zum anderen eine andere Außenpolitik, die die regionale Integration (Mercosur, Unasur, Banco del Sur und Südamerikanischer Verteidigungsrat) und den Austausch Süd-Süd priorisierte. Brasilien errang auf diese Weise größeren internationalen Einfluss in einer sich stärker gestaltenden multipolaren Welt.

Als Erfolg wird die aktivere Rolle des Staates verzeichnet, ein Faktor, der v. a. die Auswirkungen der Krise 2008/2009 verminderte. Die öffentlichen Banken wurden gestärkt, womit der Staat eine aktivere Rolle in der Wirtschaft spielen konnte. Diese Fortschritte wurden erreicht unter den Bedingungen eines geschwächten Einflusses des Neoliberalismus, ohne allerdings bisher Veränderungen der Machtstrukturen zu erreichen. Dies ist auch die wesentlichste Aufgabe bei einer weiteren demokratischen Transformation der Gesellschaft.



Die Sozialpolitik in ihrer bisherigen Form stößt an Grenzen. Für die nächste Etappe muss es darum gehen, wesentliche Fortschritte auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, der Bildung, der öffentlichen Verkehrsmittel, der öffentlichen Sicherheit und politischen Kultur anzustreben.

Eine besondere Aufgabe des Staates ist es, sich der Prozesse der Transformation der Gesellschaft anzunehmen. Dazu gehören eine sozial gestaltete Steuerreform, die weitere Demokratisierung der Gesellschaft und damit eine stärkere Partizipation des Volkes. Nur solche strukturellen Veränderungen werden eine zweite Phase PT-Regierung ermöglichen, um die überkommenen Strukturen der Militärdiktatur und des Neoliberalismus zu überwinden.

Der Ausgang der Wahl im Oktober hat entscheidenden Einfluss auf Lateinamerika.

An der Grenze des Planeten

Die ökologische Frage darf von Linken nicht länger als Nebenwiderspruch angesehen werden

Von Tazio Müller, Referent für Klimagerechtigkeit und Energiedemokratie in der Rosa-Luxemburg-Stiftung. Der hier leicht gekürzte Beitrag erschien zuerst in dem von der Redaktionsgruppe Degrowth herausgegebenen Sammelband „Mehr oder weniger? Wachstumskritik von links“. Nachdruck aus: neues deutschland, 8. September 2014

Vom 2. – 6. September 2014 fand in Leipzig die Vierte Internationale Degrowth-Konferenz für ökologische Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit statt. Wachstum als Begriff, Strategie und Ideologie beschäftigt auch die politische und gesellschaftliche Linke.

Willkommen im Anthropozän, willkommen in einem geologischen Zeitalter, in dem die industriell-kapitalistisch beschleunigte (und durch vielerlei Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse zutiefst gespaltene) Menschheit den stärksten aller globalen Veränderungs- und Verschlechterungsfaktoren darstellt. Vom Artensterben zum Klimawandel, vom Übersäuern der Meere zur Vernichtung von Böden – manchmal scheint es, als gäbe es kaum noch Katastrophen, die nicht auf unsere Produktions- und Lebensweisen zurückzuführen sind.

Um diese doch ziemlich abstrakten Aussagen zu veranschaulichen, sei daran erinnert, dass all das, was wir als „menschliche Zivilisation“ bezeichnen, sich erst in den letzten rund 10 000 Jahren im sogenannten Holozän entwickelte – also in einer Periode unüblicher klimatischer Stabilität, in der globale Durchschnittstemperaturen sich kaum mehr als zwei Grad um den Mittelwert herum bewegten. Ohne diese Stabilität hätte sich keine sesshafte Landwirtschaft entwickeln können, und eine Welt ohne sesshafte Landwirtschaft wird kaum eine sein, die mehrere Milliarden Menschen ernähren kann. Sie wäre eine Welt, die noch mehr als die heutige geprägt wäre von eskalierenden Ressourcenkonflikten und darauf folgenden Migrationsbewegungen; Bewegungen, die wiederum mit massiver rassistischer Hetze und zunehmend autoritären Regimen in den für den Klimawandel historisch verantwortlichen kapitalistischen Kernlän-

dern konfrontiert wären. Diese explosive Mischung würde dann noch zusätzlich angeheizt werden durch immer stärker werdende „extreme Wetterevents“, von Fluten bis zu Wirbelstürmen.

Kurz, wer das Problem der Wachstumskritik von der Klima-seite her betrachtet, kann nicht umhinkommen, zu konstatieren: Auf einem endlichen Planeten kann es kein unendliches Wachstum geben.

So viel zum einfachen Teil des Arguments. Jetzt aber wird's kompliziert, weil sich eine Frage vor allen anderen stellt: Wie kommen wir aus dem, was in der öffentlichen Diskussion gern „Wachstumsspirale“, „Wachstumswang“, gar „Wachstumssucht“ genannt wird, wieder heraus – und woher kommt der Zwang zum Wachstum eigentlich?

Hier differenziert sich die Wachstumskritik – ähnlich wie die Kapitalismuskritik – in verschiedene Spielarten und Unterabteilungen aus. Während die einen den überbordenden Konsumismus vor allem, aber nicht nur der Gesellschaften des globalen Nordens kritisieren, lenken andere die Aufmerksamkeit auf die wachsenden Kosten staatlicher Sozialversicherungssysteme, die wir „uns“ vermeintlich nicht mehr leisten können – und verfehlen damit, meinen wir, den Kern des Problems.

Dieser kann zuerst historisch erfasst werden: Die (landläufig als „Hockeystickgrafik“ bekannte) Kurve, welche die zunehmende Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre abbildet, hat zwei sogenannte Inflektionspunkte, also Punkte, an denen sich die Steigung der Kurve deutlich ändert. Der erste dieser Punkte befindet sich am Beginn der kapitalistischen Industrialisierung Ende des 18. Jahrhunderts. Der zweite liegt zwischen 1930 und 1950, dem Beginn der Globalisierung der fordistischen Massenproduktion. Anders ausgedrückt, der ständige Anstieg der Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre korreliert stark mit der Entwicklung der kapitalistischen Weltwirtschaft: Wächst die eine, steigt die andere; schrumpft die eine (wie z. B. in der kurzen Stagnationsphase auf dem Höhepunkt der Finanzkrise 2008 ff.), wächst die andere auch nicht.

Warum aber muss eine kapitalistische Wirtschaft immer wachsen, bei Strafe einer sonst eintretenden Wirtschaftskrise? Hier verläuft sich die Debatte manchmal: Anstatt das Warum zu diskutieren, wird darüber gestritten, wie dieses Wachstum zu messen sei. Dabei wird implizit davon ausgegangen, dass der Grund des ewigen Wachstums in politischen Entscheidungen liegt, die am Ziel eines ständig steigenden Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausgerichtet sind.

Klar, aus ökologischer, ethischer und sozialer Sicht ist das BIP ein denkbar nutzloser Indikator. Gemessen wird das Gesamtvolumen aller Ausgaben für Waren (also Güter und Dienstleistungen) in einem Wirtschaftsraum, was wiederum zu einer Reihe radikal verengter und damit falscher Messungen beziehungsweise Bewertungen führt. So ist das BIP ökologisch blind, insofern es keine „Externalitäten“, also keine Folgekosten unserer Produktionsweise für Natur und Gesellschaft misst. Es ist sozial blind, insofern es zum Beispiel steigende Ungleichheit ignoriert. Gleichwohl sind diese Indikatoren makroökonomische Messgrößen; wer denkt, dass Politiker/-innen wirklich das Bruttosozialprodukt steigern können, sitzt einem Denkfehler auf. Während die Idee der ökonomischen Globalsteuerung eigentlich erst seit gut 80 Jahren besteht, erst durch Keynes' Konzeptualisierung makroökonomischer Zusammenhänge möglich wurde, begann



die zerstörerische Dynamik kapitalistischer Akkumulation natürlich schon lange davor. Die ewige Wachstumsdynamik kapitalistischer Produktion erklärt sich nämlich aus dem mikroökonomischen Verhalten einzelner Unternehmen, die vom Marktzwang getrieben werden, heute Geld investieren zu müssen, um morgen mehr Geld wieder herauszubekommen – wer das nicht schafft, geht als Unternehmen unter. Und wenn das nicht bloße Spekulation ist, dann sieht das so aus: Geld => Warenproduktion => Verkauf => mehr Geld, gefolgt von der Reinvestition zumindest eines Teils dieses Geldes. Oder in der Kurzfassung: G-W-G'.

Diese mikroökonomische Gleichung stellt die allgemeine Formel des Kapitals dar; sie drückt den Handlungszwang aus, in dem jede Unternehmerin jeden Tag steckt. Ökologisch betrachtet bedeutet dies, dass der zusätzliche Profit, der jeden Tag erwirtschaftet werden muss, irgendwoher aus „der Natur“ kommen muss. Wenn jeden Tag mehr Arbeitskraft mit Hilfe von mehr Energie mehr Rohmaterialien in Waren verwandelt, dann bedeutet G-W-G' auch einen stetigen Anstieg des globalen Ressourcenverbrauchs (wenn gleich dieser nicht linear ist; es macht einen Unterschied, ob man Aluminium oder Pflegedienstleistungen produziert). Dieses ökonomisch durchaus rationale Verhalten Einzelner führt zur größtmöglichen ökologischen Irrationalität, nämlich der Tendenz zur Überschreitung sogenannter planetarischer Grenzen.

Historisch hängt das eskalierende Klimachaos also eng mit der Entwicklung des kapitalistischen Wachstums zusammen (wobei der Verweis nicht fehlen darf, dass die staatskommunistischen Wirtschaften des Ostblocks mitnichten sorgsamer und ressourcenschonender mit der Natur umgegangen sind; oft waren sie gar noch umweltschädlicher als die des Westens – was aber eher in ihrem Projekt der nachholenden industriellen Entwicklung begründet liegt als in einem inhärenten Wachstumszwang wie in kapitalistischen Wirtschaften). Und warum dieser Zusammenhang bisher immer Bestand hatte, lässt sich theoretisch leicht erklären und wird im Allgemeinen nur von den Verbohrtesten unter den KlimaskeptikerInnen angezweifelt. Doch mündet die Akzeptanz der hier dargelegten Argumente nicht notwendigerweise in eine ökologisch begründete Ablehnung des Kapitalismus, denn neben der Verneinung dieser Zusammenhänge gibt es noch eine weitere mögliche Reaktion. Diese Position würde lauten: „Sicher, historisch ist das bisher der Fall gewesen, aber es muss nicht auf ewig so sein, dass der Kapitalismus die Umwelt zerstört – wir sind der Meinung, dass es eine Art grüner Marktwirtschaft geben kann, welche die Dynamik des Kapitalismus produktiv wendet und sie zum Schutz, nicht zur Zerstörung der Umwelt nutzt.“ Diese Position wird zum Beispiel von Ralf Fücks vertreten und inspirierte, in abgeschwächter Form, auch die in vielerlei Hinsicht löblichen Konzepte des linken Flügels der Grünen für einen Green New Deal.

Das Zauberwort in diesem Zusammenhang lautet „Entkopplung“, nämlich die des wirtschaftlichen Wachstums vom absoluten Ressourcenverbrauch. Die Bewegung G-W-G' würde weiter vollzogen, es würde also immer mehr produziert werden (denn ein einfaches Weniger ist im Kapitalismus nicht zu haben), aber diese sich ausweitende Produktion würde nicht immer mehr Ressourcen verbrauchen, sondern – durch massive Effizienzgewinne und clevere Rahmenseetzungen – zur Schonung der Natur beitragen.

Und hierin liegt das Problem dieser Agenda, dieses „Projekts“ grüner Marktwirtschaft: Während wir jeden Tag Beispiele relativer Entkopplung erleben – mehr Rechenleistung in einem kleineren Computer, weniger Benzinverbrauch pro gefahrenem Kilometer etc. –, müsste es eine absolute Entkopplung geben, zum Beispiel einen absolut sinkenden Benzinverbrauch trotz immer zahlreicherer Autos auf den Straßen. Die Weltwirtschaft müsste wachsen, aber der Gesamtressourcenverbrauch sinken. Doch solch eine Entwicklung hat es historisch bisher noch nie gegeben, was die Überzeugungskraft der Position deutlich schwächen sollte. Und wem das nicht ausreicht – zugegebenermaßen ist das Argument „hat's noch nie gegeben“ kein guter Grund, um nicht für etwas zu kämpfen, zum Beispiel für „echte Demokratie jetzt!“ –, dem sei gesagt, dass es in der Geschichte des Kapitalismus immer wieder massive Effizienzsteigerungen gegeben hat, diese aber nie zu weniger, sondern immer zu noch mehr Ressourcenverbrauch geführt haben, weil sie die Produktion neuer Waren ermöglichten und die Produktion existierender Waren billiger machten. Laptops sind ungleich effizienter als die Großrechner der 1950er und 1960er Jahre. Aber verbraucht die globale Computerflotte deswegen heute weniger Energie, als Computer dies vor 50 Jahren taten? Auf der individuellen Ebene sieht das dann so aus, dass wir zwar weniger Benzin auf 100 Kilometer verbrauchen, deswegen aber mehr Auto fahren, oder dass wir zwar einen effizienteren neuen Kühlschrank haben, den alten aber im Keller weiterlaufen lassen. Denn der Zweck des auch mit weniger Ressourceneinsatz erzielten Profits ist es, ihn zu reinvestieren, um mehr Profit zu erwirtschaften.

Festzuhalten wäre also: Erstens, auf einem endlichen Planeten kann es kein unendliches Wachstum des Ressourcenverbrauchs geben, und wir sind schon ziemlich nahe dran an einigen planetarischen Grenzen (z. B. im Klimasystem). Zweitens, die kapitalistische Produktionsweise zwingt Unternehmen, bei Strafe des Untergangs, zu ständiger Akkumulation, was auch ständiges Wachstum des Ressourcenverbrauchs beinhaltet. Drittens kann dieses Problem im Rahmen der herrschenden Produktionsweise nicht gelöst werden, weil massive Effizienzsteigerungen eben nicht zur absoluten Entkopplung führen können. Das bedeutet, viertens, dass jede ökologische Wachstumskritik auch Kapitalismuskritik ist oder zumindest sein sollte.

Es gibt eine Vielzahl von Projekten und Kämpfen, in denen sich interessante Überschneidungen zwischen den Agenden kapitalismuskritischer und wachstumskritischer Bewegungen ergeben könnten. Beispielsweise im Kampf gegen die ständige Ausweitung von Arbeitszeit in unser Alltagsleben hinein und für begrenzte Arbeitszeiten; für den Ausbau der Care-Ökonomie, gegen den Ausbau des industriellen Exportmodells; für den Ausbau des öffentlichen Sektors im Allgemeinen, denn Letzterer steht, trotz allerlei Schwächen, die sich historisch gezeigt haben, nicht unter demselben Wachstumszwang, wie der private Sektor es tut; für einen sozialökologischen Umbau, angefangen etwa mit einem gerechten Kohleausstieg hierzulande; oder für die Vergesellschaftung der Energieversorgung. Wenn die Wachstumskritik praktisch werden will, findet sie in kapitalismuskritischen Bewegungen mit Sicherheit viele Mitstreiter/-innen.

Allerdings bräuchte es für ein solches Bündnis deutlich mehr als die „Einsicht“ innerhalb wachstumskritischer Zusammenhänge, dass der Kapitalismus aus strukturellen



Gründen keine Veränderungsperspektiven aus sich heraus entwickeln kann und wird. Es bräuchte eine analoge Einsicht innerhalb linker, antikapitalistischer Zusammenhänge, dass im Kontext der Ressourcenknappheit des Anthropozäns die Wachstumsfixierung einiger linker Gruppen bzw. die Behandlung der ökologischen Frage als Nebenwiderspruch aufhören muss.

Wenn Wachstumskritik notwendigerweise Kapitalismuskritik sein muss, dann muss eine Kapitalismuskritik, die ihren globalen, ihren Gerechtigkeitsanspruch ernst nimmt, ebenso wachstumskritisch sein. Erst dann stehen „Umweltfragen“ nicht mehr hinter Arbeitsplätzen zurück. Dann darf das kleine Dorf Proschim in Brandenburg nicht dem Koalitionsfrieden geopfert und für die Braunkohle abgebaggert werden. Dann muss endlich, auch von Linken, eingesehen werden, dass es nun einmal auf einem endlichen Planeten kein unendliches Wachstum geben kann.

Eigennutz und Eigentum verschwinden: Das Internet der Dinge wird dem Kapitalismus den Todesstoß versetzen

*Interview mit dem Ökonomen Jeremy Rifkin;
aus: neues deutschland, 17. September 2014,
Interviewerin: Karlen Vesper*

Jeremy Rifkin, Jahrgang 1945, lehrt an der Wharton School der University of Pennsylvania, ist Berater der US-amerikanischen wie auch europäischer Regierungen und ein weltweit gefragter Redner. Seine Bücher, darunter die Bestseller „Das Ende der Arbeit“ (1995) „Der Europäische Traum“ (2004), „Die emphatische Zivilisation“ (2010) sowie „Die Dritte Industrielle Revolution“ (2011), wurden in mehr als 30 Sprachen übersetzt. Dieser Tage ist sein neues Buch „Die Null-Grenzkosten-Gesellschaft. Das Internet der Dinge, kollaboratives Gemeingut und der Rückzug des Kapitalismus“ im Campus Verlag auf Deutsch erschienen.

● Herr Rifkin, Sie prophezeien das Absterben des Kapitalismus. Sind Sie unter die Marxisten gegangen?

Nein. Aber ich habe große Hochachtung vor Karl Marx. Und lese ihn gern, auch wenn ich nicht alle seine Interpretationen teile.

● Sie zitieren den Philosophen aus Trier in Ihrem neuen Buch: Die drei großen Erfindungen Schießpulver, Kompass und Druckerpresse hätten der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zum Durchbruch verholfen: „Das Schießpulver sprengte die Ritterklasse in die Luft, der Kompass entdeckte den Weltmarkt und gründete die Kolonien, und die Druckerpresse war das Werkzeug des Protestantismus und die Regeneration der Wissenschaft.“ Was ist daran falsch?

Es ist nicht falsch, aber ich würde noch weitergehen und den Buchdruck gekoppelt mit der Wind- und Wasserkraft als die Voraussetzungen für den ökonomischen Paradigmenwechsel ansehen. Energie, Kommunikation und Transport sind die Motoren gesellschaftlicher Veränderung. Die Erste

Industrielle Revolution wurde möglich durch die Erfindung der kohlebetriebenen Dampfmaschine durch James Watt Mitte des 18. Jahrhunderts.

● Und durch die „Spinning Jenny“, die erste nicht durch Muskelkraft betriebene Spinnmaschine von James Hargreaves.

Richtig. Die Produktivität in der britischen Baumwollproduktion stieg enorm. Und die kohlebetriebene Dampflokomotive und Dampfschiffahrt beförderte den Handel und die Kommunikation gewaltig, verkürzte Transportwege und Geschäfte. Die Eisenbahngesellschaften waren die ersten modernen kapitalistischen Konzerne. Die hohen Kapitalkosten für den Ausbau des Schienennetzes erforderten ein vertikales Geschäftsmodell mit einer klaren Befehlsstruktur von oben nach unten. Zunehmend wurden die Erschließung von Rohstoffen, Produktion und Absatz unter einem Dach vereint. Eisenbahnkonzerne erwarben Bergwerke, um den Nachschub an Kohle für die Lokomotiven zu sichern. Der Verkauf von Eisenbahnanleihen machte die kleine New Yorker Börse groß und zu einem weltweit agierenden Finanzzentrum. Mit der Telegrafie, dem Ausbau landesweiter Telegrafennetze Mitte des 19. Jahrhunderts erlebte die Erste Industrielle Revolution einen erneuten Schub.

Noch zu Ende des 19. Jahrhunderts entstanden die Bedingungen für die Zweite Industrielle Revolution mit der Förderung von Erdöl, der Erfindung des Verbrennungsmotors und des Telefons, das Kommunikation und Geschäfte wesentlich erleichterte. Elektrizität sorgte für Licht und Strom rund um die Uhr für die wachsenden Maschinenparks in den Fabrikhallen und für private Haushalte. Massengüter waren noch billiger herzustellen. Die Grenzkosten sanken.

Für jedes Produkt müssen Fixkosten veranschlagt werden. Grenzkosten sind die Kosten, die für die Produktion zusätzlicher Einheiten benötigt werden. Mit der Herstellung von Gütern in Massen sinken diese. Immer mehr Menschen können sich mehr leisten. Der Lebensstandard wächst.

● Und nun haben wir die Dritte Industrielle Revolution, die Sie in einem vorangegangenen Buch beschrieben. Und die dem Kapitalismus den Todesstoß versetzen wird?

Natürlich nicht von heut' auf morgen. Der Kapitalismus wird wohl noch eine Weile unter uns sein. Aber Mitte dieses Jahrhunderts wird er seine Dominanz eingeübt haben.

● Worauf stützt sich Ihre Prophezeiung? Auf den Wunsch, dass der verdorbene, ausbeuterische und gewalttätige Kapitalismus endlich aus unserem Leben verschwindet?

Sie stützt sich auf Empirie, auf Beobachtung und Erfahrung. Die neue, im Schoße der Zweiten Industriellen Revolution geborene Kommunikations- und Energie-Matrix – die erneuerbaren, dezentralen Energien Wasser, Wind und Sonne sowie das Internet, Herz der Dritten Industriellen Revolution – macht die auf Ausbeutung fossiler Energien beruhenden, vertikal strukturierten und auf dem kapitalistischen Markt agierenden Unternehmen zu einem Auslaufmodell. Auch wenn diese sich noch zäh dagegen wehren, sie werden verschwinden. Durch die in den letzten Jahrzehnten entstandene neue intelligente Infrastruktur und das Internet der Dinge. Wir erleben erneut einen tiefgreifenden ökonomischen Paradigmenwechsel – hin zu dezentralisierter und kollaborativer Kommunikation und Ökonomie. Mit der können die kapitalistischen Konzerne nicht mithalten.



● **Wieso nicht? Auch die großen Monopole sind mit ihren Angeboten und Geschäften online präsent.**

Sie versuchen, den Anschluss nicht zu verlieren. Aber vergeblich. Sie werden den Wettlauf nicht gewinnen. Eine neue Generation von Produzenten und Konsumenten hat sich längst auf den Weg in eine neue Gesellschaft gemacht, in der die Grenzkosten für die Produktion und den Austausch von Gütern gegen Null gehen. Wenn diese gegen Null tendieren, können alle Güter im Überfluss produziert und ausgetauscht werden, und es ist kein Profit zu machen. Die großen Konzerne gehen bankrott.

● **Ein sympathischer Gedanke, wenn damit nicht auch traditionelle Arbeitsplätze vernichtet würden, beispielsweise durch den Online-Handel.**

Sie sagen es: Traditionelle Arbeitsplätze verschwinden. Das Internet schafft zunächst erst einmal viele neue Arbeitsplätze. Selbst wenn die Läden in den Städten und auf dem Land nicht gänzlich verschwinden werden, in zehn Jahren werden sie nicht mehr das sein, was sie heute sind.

● **Ein Shoppen mit Anfassen und Anschupern kann das Internet nicht bieten.**

Aber es erleichtert Ihren Einkauf ungemein. Sie brauchen nur ein virtuelles Modell von sich einzugeben: Geschlecht, Größe, Alter, Brust-, Taillen- und Hüftumfang, Beinlänge, Schuhgröße, Farb- und Stilwünsche, und Sie bekommen sofort die gewünschte Kleidung. Ohne lästige Rennerei und Zeitverschwendung und preiswerter als im traditionellen Einzelhandel.

● **Gut und schön. Aber ich will nicht so viele Informationen von mir preisgeben, auf die Gefahr hin, dass damit Schindluder im World Wide Web getrieben wird. Ich will nicht zum gläsernen Menschen werden.**

Wenn jeder Mensch und jedes Ding vernetzt sind, ist in der Tat zu überlegen, wie und wo die Grenzen zu ziehen sind, um das Recht des Individuums auf seine privaten Daten und Privatheit zu schützen. Cyber-Diebe können die Identität eines anderen Menschen stehlen. Profitabel werden private Informationen an Werbe- und Marketingfirmen verkauft. Aber auch dieses Problem wird gelöst, ist teils schon gelöst durch Codierung und Passwörter usw.

Andererseits haben wir das Phänomen, dass Menschen heute freiwillig Privatsphäre aufgeben, ob über Facebook, Twitter oder YouTube. „My home is my Castle“ ist heute nicht mehr das Credo. Es entwickelt sich ein neues Bewusstsein. Mit dem Anschluss aller an ein globales neutrales Netzwerk tritt die Menschheit aus dem Zeitalter der Privatheit und Selbstisolation hinaus in eine Ära der Transparenz, des offenen Miteinanders. Es war die Eigenart der kapitalistischen Epoche, Grenzzäune zu ziehen und sich hinter verschlossene Türen zu verbarrikadieren. Der neue Mensch will das nicht mehr. Denn der Mensch ist von Natur aus ein soziales Wesen.

● **Den „Neuen Menschen“ hat man vergeblich im Sowjetimperium zu kreieren versucht.**

Dieser war und musste ein Mythos bleiben. Weil das sozialistische System wie das kapitalistische eine vertikal strukturierte, zentralistische Gesellschaft war. Diese verschwindet jedoch mit dem Internet der Dinge, ein offenes, demokratisches Forum mit universellem Zugang. Demokratie und Transparenz sind die Todfeinde kapitalistisch operierender Unternehmen und Totengräber des kapitalistischen Systems.

● **Ich habe da Zweifel, angesichts der Versuche von Konzernen, das Internet zu monopolisieren.**

Die gibt es zweifellos. Den schamlosesten Versuch startete die Deutsche Telekom, als sie die Netzneutralität unterminieren wollte. Das brachte nicht nur die User auf, sondern auch die deutsche Regulierungsbehörden auf den Plan. Natürlich möchten die Telekommunikationsriesen der Zweiten Industriellen Revolution das Internet ihrem Kommando und ihrer Kontrolle unterwerfen. Der Ausgang im Ringen um die Netzneutralität ist entscheidend für den Paradigmenwechsel, nicht nur den ökonomischen, auch den sozialen und politischen. Ich bin da aber optimistisch.

● **Warum?**

Weil wir jetzt bereits sehen, wie mit der Ausweitung des Internets die Macht der Konzernriesen, die bis dato die Energiebranche, die Kommunikation, die Produktion und den Dienstleistungssektor dominierten, eingeschränkt wird und sukzessive verschwindet. Sonnenenergie ist fast kostenlos. Menschen gewinnen heute ihre eigene Energie und speisen überflüssige Energie, die sie nicht benötigen, in kommunale Netze ein. Sharing ist nicht nur auf dem Energiesektor auf dem Vormarsch. Es gibt Car-Sharing und Bed-Sharing. Ein Gutteil dessen, was wir besitzen, brauchen wir nicht jeden Tag oder jahrelang. Im Urlaub steht unser Haus leer. Oder wir haben ein Zimmer frei, weil die Kinder ausgezogen sind. Teilen und Tauschen – das ist doch eine famose Tendenz.

● **Aber wohl nicht jedermanns Sache.**

Es werden immer mehr, die sich am Teilen und Tauschen beteiligen – im Sinne der Nachhaltigkeit. Wie lange spielt ein Kind mit seinen Puppen oder dem Baukasten. Irgendwann werden die Spielsachen vom Kind ausgemustert, sind langweilig geworden, entsprechen nicht mehr dem Alter des Kindes. Sie sind noch gut erhalten, zu schade, um sie zu entsorgen. Der Spielzeugverleih via Internet erfreut sich großen Interesses. Das finde ich gut. Schon die Kinder lernen, dass Eigentum nicht wichtig ist und Teilen Spaß macht. Sogar Kleidung wechselt den Besitzer heute häufiger als früher.

● **Das begründet aber noch kein neues Wirtschaftssystem. Der Frack und die Taschenuhr des Urgroßvaters kannten auch viele Besitzer.**

Sie blieben in der Regel innerhalb der Familie. Außerdem behaupte ich nicht, dass die kollaborativen Commons etwas vollkommen Neues in der Geschichte der Menschheit sind. Sie sind in etwa vergleichbar mit der Allmende im Mittelalter und entsprechen dem genossenschaftlichen Gedanken. Gegenwärtig ist über eine Milliarde Menschen in Genossenschaften organisiert, ein Siebtel der Menschheit. Die kollaborativen Commons im Zeitalter des Internets der Dinge jedoch, die global verbunden sind, werden die Organisation unseres Wirtschaftslebens völlig umkrempeln, weil sie stärker, einflussreicher sind. Sie werden die Wirtschaft demokratisieren und die Kluft zwischen Arm und Reich verringern. Vor allem aber werden sie zu einer ökologisch nachhaltigen Gesellschaft führen.

● **Die Bewohner der Slums in Bangladesch oder der Favelas in Rio de Janeiro bleiben aber wieder außen vor, weil sie nicht online sind.**

Vierzig Prozent der Weltbevölkerung sind vernetzt. In den nächsten zwei Jahrzehnten werden die übrigen 60 Prozent sich einloggen, vor allem in China. Man kann sich schon heute für zwei Dollar am Tag ein Smartphone leisten. Und die Kosten der Smartphones werden weiter sinken.



● **Die lebensnotwendigen oder das Leben erleichternden Güter werden jedoch in der realen und nicht in einer virtuellen Welt produziert. Und da werden die großen Möbel- oder Autokonzerne nicht so leicht zu ersetzen sein.**

Das stimmt nicht. Ich spreche von Prosumers, denn heute sind Konsumenten zugleich Produzenten der von ihnen benötigten oder gewünschten Güter. Im Internet wird fast alles angeboten. Und jeder kann kreativ sein.

Es gibt bereits weltweit über hunderttausend Menschen, die mit 3-D-Druckern zu Grenzkosten von nahezu Null ihre eigenen Güter produzieren. Auch Autos können gedruckt werden. In China hat man die ersten Häuser mit 3-D-Druckern gefertigt.

● **Aber nicht das tägliche Brot.**

Auch das wird kommen. Allerdings wird es uns abhanden kommen, wenn es uns nicht gelingt, den verheerenden Klimawandel zu stoppen. Sogar menschliche Organe können bald mit 3-D-Druckern jenen Patienten zugänglich gemacht werden, die sie dringend benötigen.

● **Das scheint eine allzu kühne Vision.**

Wieso? Vor zwei Jahrzehnten hat man sich nicht vorstellen können, dass E-Mails in Sekunden um die Welt gehen, Kommunikation in Echtzeit ermöglichen und die Postdienste der Staaten in arge Bedrängnis bringen. Ich sage voraus, dass es bis 2040 führerlose Fahrzeuge geben wird, die auf intelligenten Straßen jede Fracht zu Nahezu-Null-Grenzkosten bis zum heute noch entlegensten Ort bringen. Wir brauchen keine LKW-Fahrer mehr. Es wird weniger Unfälle geben, weil es keine übermüdeten Trucker gibt, die – von Profitgier angetrieben – ohne Pause durchfahren müssen. Alle Gegenstände des Alltags sind mit Sensoren ausgestattet, lassen sich über das Internet steuern: das Internet der Dinge.

● **Schöne Neue Welt?**

Nein, es ist schon eine reale Welt. Und keine Dystopie. Auch Dolmetscher werden nicht mehr in dem Maße benötigt, weil mit mobilen Apps jeder mühelos vis-a-vis oder online in fremder Sprache kommunizieren kann ...

● **Wie viel kostet ein 3-D-Drucker?**

Sie können schon für 500 Dollar einen kaufen, andere kosten einige tausend Dollar. Und auch die werden billiger.

● **Jedes Produkt ist ein Ergebnis menschlicher Arbeit. Wenn die Grenzkosten gegen Null gehen, wird menschliche Arbeit entwertet. Können wir das wollen?**

Der Inhalt menschlicher Arbeit wandelt sich. Das muss man nicht bedauern, darüber sollte man sich freuen. Die Zahl der Arbeitsroboter nimmt weltweit zu ...

● **Auch sie sind Produkt menschlicher Arbeit, menschlichen Erfindungsgeistes, menschlicher Fantasie.**

Gewiss, menschliche Arbeit ist bei der Herstellung von Robotern bis zu einem gewissen Grad nötig. Aber bei der Programmierung neuer Software und dem Upgrade von Programmen und Systemen wird die Zahl der Arbeitsplätze weiter abnehmen, weil die intelligente Technologie sich selbst programmiert. Die Arbeitskosten in der automatisierten Produktion bewegen sich unaufhaltsam gegen Null. Ich weiß, die meisten Ökonomen können sich keine Welt denken, in der fast alle Güter und Dienstleistungen nahezu kostenlos sind. Sie können sich auch nicht vorstellen, dass Eigentum verschwindet und der Markt überflüssig wird. Aber genau das wird mit der Ausweitung der kollaborativen Commons ge-

schehen. Eines ihrer Idole, John Maynard Keynes, hat bereits 1930 in seinem Essay „Ökonomische Möglichkeiten für unsere Enkel“ damals Unvorstellbares vorausgedacht.

● **Und Sie prophezeiten in den 1990er Jahren das Ende der Arbeit.**

Und ich habe Recht behalten. Oder können Sie mir ein Land nennen, in dem es keine Arbeitslosen oder Unterbeschäftigte gibt? Dank immer leistungsfähigerer Computerprogramme werden wir bald in einer Welt ohne Arbeit leben.

● **Noch gibt es genug Arbeit, wenn auch nicht richtig verteilt. Und das Internet ist doch auch ein Markt, eigentlich nur die Verlängerung des kapitalistischen in eine andere Dimension.**

Das Wesen des kapitalistischen Marktes war es, dass er alles zur Ware gemacht hat, nicht nur die Produkte menschlicher Arbeit, auch die Arbeitskraft und den Menschen selbst. Wir wurden und haben uns über den Markt definiert, den die Eigentümer von Produktionsmitteln und Besitzer von begehrten Gütern beherrschten. Mit den neuen Technologien gelangen Produktionsmittel in die Hände von Millionen Menschen, Prosumers, die ihre eigenen Güter herstellen und tauschen. Die Netzwerke der kollaborativen Commons sind etwas ganz anderes als der kapitalistische Markt. Und sie werden ihn verdrängen.

Schon jetzt beginnt sich die Null-Grenzkosten-Revolution auch auf andere Bereiche unseres Lebens auszuwirken, über die Ökonomie hinaus. Millionen junger Menschen nutzen das fast kostenlose Online-Studium. Man kann kostenlos in Bibliotheken stöbern und Museen besuchen. Künstler erlauben das kostenlose Sharing ihrer Kunst ...

● **Da muss ich einhaken. Für viele ist das ein Problem, wenn Musik kostenlos heruntergeladen wird. Gleiches betrifft die Urheberrechte, gerade auch im Verlagswesen.**

Das Urheberrecht kam mit dem Buchdruck auf. In grauer Vorzeit wurde das gesamte Wissen von Generation zu Generation mündlich weitergetragen, und man erzählte sich Geschichten, die man von anderen gehört hatte. Keiner pochte auf Urheberrechte. Der Buchdruck hat zunächst das Schreiben demokratisiert, denn er ermöglichte de facto jedem, seine Gedanken zu Papier und gedruckt unter die Menschen zu bringen. Doch dann erkannte man, dass sich auch Bücher gut vermarkten ließen. Das Urheberrecht war geboren. Und die alten Kommunikations-Commons wurden eingehegt. Das Internet löst diese Grenzen wieder auf. Autorenschaft wird zu einem kollaborativen Prozess. Creative-Commons-Lizenz breitet sich aus. Wikipedia ist das geistige Werk Hunderttausender.

● **Nutzen Sie Wikipedia?**

Ja, sehr oft und gern. Im übrigen haben Wissenschaftler eher seltener Probleme mit Urheberrecht und Patentschutz. Denn sie sind am freien, universellen Austausch von neuen Erkenntnissen zum Fortschritt der Forschung und zum Wohl der Allgemeinheit interessiert. Patente und Copyrights gehören zum kapitalistischen Markt. Sie sind Bestandteil einer Wirtschaft, die auf Knappheit aus ist, um Profit zu machen. Patente und Copyrights werden hingegen sinnlos in einer Gesellschaft, in der alle materiellen und geistigen Güter im Überfluss produziert werden. Die kollaborativen Commons werden sich nicht um den Schutz geistigen Eigentums streiten. Denn das ist in einer Gesellschaft der Nahezu-Null-Grenzkosten überflüssig. Eigentum ist in einer Non-Profit-



Gesellschaft bedeutungslos. Wichtiger ist der universelle, freie oder fast kostenlose Zugang zu dem, was man zum Leben benötigt, seien es materielle oder immaterielle Dinge.

● **Lesen Sie lieber ein E-Book oder ein gebundenes Buch?**

Beides ist mir gleich lieb. Es gibt in den Ländern unterschiedliche Vorlieben. In Deutschland bevorzugt man noch mehrheitlich die Printausgabe, in Spanien hingegen digitale Bücher. Auch gibt es noch einen großen Unterschied zwischen den Generationen, ältere bevorzugen das Buch, das sie sich ins Regal stellen können.

● **Sie sprechen von einer Non-Profit-Gesellschaft, die sich im Internet herausbildet. Nun hat aber gerade das Internet in den letzten zwei Jahrzehnten Millionäre und Milliardäre hervorgebracht. Das betrifft auch Start-ups der Share Economy.**

Das stimmt. Aber zugleich ist eine Generation gemeinwirtschaftlicher Unternehmer, Social Entrepreneurs, herangewachsen, deren Antrieb nicht ist, Millionen zu scheffeln, sondern kollaborativen Interessen zu dienen, sozial zu agieren. Google, Facebook, Amazon wird es ebenso wie den alten kapitalistischen Konzernen nicht gelingen, das Internet zu okkupieren. Das werden die User, die kollaborativen Commons nicht zulassen. Die Wikipedias werden die Googles besiegen. Da bin ich mir sicher.

● **Kollaborative Commons aller Länder vereint euch?**

So ist es. Ein neues Bewusstsein füreinander, soziale Verantwortung und Verantwortung gegenüber der Natur breiten sich aus. Die Empathie für die Mitmenschen und für die gesamte Gattung als eine Familie wächst. Das Gespür und Wissen um die Gefahren des Klimawandels ist weltweit vorhanden. Wir brauchen dringend ein neuen Way of Life.

● **Wird das Internet der Dinge auch Kriege für immer der Vergangenheit angehören lassen, zum Ewigen Frieden führen?**

Selbstverständlich. Weil Eigennutz und Eigentum verschwinden. Keiner neidet dem Nachbarn mehr etwas, man teilt gern und profitiert gleichermaßen von den in einer Non-Profit-Wirtschaft erzeugten Gütern. Und man kann sich, befreit von Lohnarbeit, karitativen Aufgaben und kultureller Kreativität widmen. Die kollaborativen Commons sind die neue Zivilisation, die weder Krieg gegen Mensch noch Natur kennt.

Geschichte

Weiter nach Osten

Anmerkungen zum Hitler-Stalin-Pakt vor 75 Jahren

*Von Matthias Krauß, Journalist und Autor;
aus: neues deutschland, 23. August 2014,
<http://www.neues-deutschland.de>*

Der am 23. August 1939 in Moskau unterzeichnete Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion war lange Zeit ein blinder Fleck in der DDR-Geschichtsschreibung. In den ersten Jahren würdigte ihm die offizielle Historiografie keinerlei Aufmerksamkeit, später wurde das geschichtlich schwerwiegende, in der damaligen kommunistischen und antifaschistischen Bewegung Irritationen auslösende Ereignis mit beschwichtigenden Phrasen gerechtfertigt: Der Vertragsabschluss sei unausweichlich geworden, da die Westmächte sowjetische Vorschläge zur Bildung einer Anti-Hitlerkoalition ablehnten und die Sowjetunion es schließlich nicht als Aufgabe habe betrachten können, für jene „die Kastanien aus dem Feuer zu holen“.

Möglicherweise spricht wirklich einiges für eine solche Betrachtung. Doch warum durften DDR-Bürger den Vertrag nicht selbst im Original lesen? Der sogenannte Hitler-Stalin-Pakt fand sich nicht in den Geschichtsbüchern eines Landes, das viel stärker als das heutige Deutschland die Vergangenheit ins Bewusstsein rief, um Lehren daraus für die Gegenwart und Zukunft zu ziehen.

Auch in der Deutschen Bücherei in Leipzig, dem wunderbaren Gebäude im Osten der Stadt, dem feinsinnige reiche Bauherren und Büchernerren Anfang des vergangenen Jahrhunderts die Form einer ägyptischen Papyrusrolle gegeben haben, wurde ich zunächst nicht fündig – weder unter den Stichworten „Hitler“ und „Stalin“ noch unter „Verträge“, „Sowjetunion“ und „Deutsches Reich“. Schließlich gab mir ein befreundeter Historiker einen Tipp: „Bestell dir von Pahl-Rugenstein ‚Der deutsche Faschismus in Quellen und Dokumenten‘“.

Dank des Bonner Verlages war linke Publizistik aus der Bundesrepublik in der DDR erhältlich. Das der DKP gehörende Editionshaus scherte sich nicht in jedem Fall um Befindlichkeiten der DDR-Führung und bewies so viel Achtung vor der Wahrheit, dass es dieses zentrale Dokument im Wortlaut aufnahm. Und so wurde mir an einem schönen Herbsttag des Jahres 1984 der rote Band an der Ausleihe ausgehändigt. Nun also konnte ich endlich im Lesesaal der Deutschen Bücherei den Hitler-Stalin-Pakt studieren. Ich schrieb den Text kurzerhand ab. Mit rotem Kugelschreiber übertrug ich ihn auf ein kariertes Blatt, das noch heute in meinem Besitz ist: auf der Vorderseite der Text des Nichtangriffsvertrages, auf der Rückseite das geheime Zusatzprotokoll, in dem die Außenminister beider Vertragsstaaten, Ribbentrop und Molotow, „in streng vertraulicher Aussprache die Frage der Abgrenzung der beiderseitigen Interessensphären in Osteuropa erörtert“ hatten.

So seltsam es klingt: Die territorialen Festlegungen des Vertrages bezüglich der Westgrenzen der Ukraine, Belorusslands und Litauens sind noch heute gültig und völkerrecht-



lich anerkannt. Beispielsweise erhielt Litauen seine zwischenzeitlich von Polen besetzte Hauptstadt Wilna zurück. Im geheimen Zusatzprotokoll heißt es: „Hierbei wird das Interesse Litauens am Wilnaer Gebiet beiderseitig anerkannt“.

Das Geheime Zusatzprotokoll kodifizierte zudem die erneute Teilung Polens. Allerdings ist auch wahr: Mit dem Einmarsch der Roten Armee am 17. September 1939 erlitt das am 1. September von Hitlerdeutschland überfallene Land ein Schicksal, das es wenige Monate zuvor einem anderen Staat selbst zugefügt hatte – als es sich auf Einladung der Deutschen Gebiete der im Münchener Abkommen von 1938 durch die Westmächte verratenen Tschechoslowakei einverleibte. Die sowjetische Regierung hatte vorab offiziell wissen lassen, dass sie einen Anschlag auf die territoriale Souveränität der CSR wie einen Anschlag auf die Sowjetunion selbst betrachten und behandeln würde. Der Zerschlagung der Tschechoslowakei folgte indes keine weitere Reaktion.

Die Abmachungen des geheimen Zusatzprotokolls waren dennoch ein Verbrechen am polnischen Nachbarstaat. Als Grenze der „Interessensphären“ zwischen Deutschland und der Sowjetunion wurden die Flüsse Narew, Weichsel und San benannt, die beim tatsächlichen Vormarsch der Roten Armee sieben Wochen später von ihr an keiner Stelle erreicht wurden; Stalins Truppen stoppten über hundert Kilometer weiter östlich. Isaak Deutscher schrieb in seiner Stalin-Biografie, der Kremlherr habe es vorgezogen, „die Demarkationslinie weiter nach Osten zu verlegen, nämlich von der Weichsel an den Bug, so dass nur solche Gebiete auf russischer Seite blieben, die eine überwiegend ukrainische und weißrussische Einwohnerschaft haben ... Wenn die Rote Armee die polnische Grenze überschritt, so kam sie jetzt nicht als Eroberer Polens, sondern als Befreier der Ukrainer und Weißrussen, der ›Blutsbrüder‹, wie er sie jetzt nannte.“

Tatsache ist: Die Okkupation polnischer Ostgebiete durch Stalins Sowjetunion war völkerrechtswidrig. Ebenso wie die Angliederung der Westukrainer an Polen 18 Jahre zuvor. Der sowjetische Einmarsch im Herbst 1939 erfolgte, nachdem sich sowohl Polens Regierung als auch Polens Generalstab ins britische Exil abgesetzt hatten. Polen war ein Land ohne politische und militärische Führung. Infolge der Besetzung der polnischen Ostgebiete durch die Rote Armee gerieten über 25 000 polnische Armeeangehörige in sowjetische Kriegsgefangenschaft. Auf Stalins Befehl hin wurden sie ermordet, im Wald von Katyn im April/Mai 1940 allein 4 400. Ein Verbrechen, das ungesühnt blieb, der Russenphobie in Polen neue Nahrung zuführte und bis heute einer Versöhnung beider Völker im Wege steht. Andererseits wurden durch die sowjetische Besetzung Hunderttausende in Ostpolen lebende Juden – zumindest bis zum Überfall auf die Sowjetunion – dem Zugriff deutscher Antisemiten entzogen.

Stalin ließ seine Truppen zwei Wochen nach Kriegsbeginn auf polnisches Gebiet vordringen, als die Niederlage Polens so unzweifelhaft war wie die Unwilligkeit seiner Verbündeten Großbritannien und Frankreich unübersehbar, dem Aggressionsoffer ernsthaft beizustehen und zu intervenieren. Die Wahrscheinlichkeit war groß, dass ein entschlossenes und wirkungsvolles Eingreifen der Westmächte zugunsten Polens die Lage in Stalins Augen noch einmal verändert und er seinen Entschluss, gemäß dem geheimen Zusatzprotokoll in Polen einzumarschieren, verworfen hätte. Truppen der Westmächte, die im September 1939 in den von der Wehrmacht völlig entblößten Westen Deutschlands vorgedrungen wären,

hätten nach Berechnungen des deutschen Generalstabs erst vor der thüringischen Stadt Weimar das erste Mal aufgehalten werden können. Da eine solche Situation auch im Osten das Kräfteverhältnis verändert hätte, wäre Polens Situation keineswegs so aussichtslos gewesen, wie sie schließlich im tatsächlichen Kriegsverlauf war. Und was wäre Mitte September 1939 die Alternative zum Vormarsch der Roten Armee gewesen? Ein unbesetztes „Restpolen“ hätte Hitler nicht lange geduldet, die ohnehin beabsichtigte Ausdehnung seines Herrschaftsgebietes gen Osten wäre sofort erfolgt. Zweifellos hatte sich mit diesem Vertrag die Sowjetunion in der Weltöffentlichkeit zum Spießgesellen Hitlerdeutschlands gemacht. Nach ihrem Eindringen auf polnisches Territorium wurde sie vom Völkerbund ausgeschlossen (der sich übrigens faschistischen Annexionen gegenüber überaus nachsichtig gezeigt hatte). Indem er den Festlegungen im Geheimen Zusatzprotokoll nachkam, folgte Stalin dem Verrat der Westmächte an der Tschechoslowakei 1938. Die Sowjetunion verließ mit diesem Pakt die Barrikade der Anständigkeit, mit Blick auf alles, was vordem auf europäischer Bühne geschah – allerdings als letzte Großmacht.

Der Schriftsteller Rolf Hochhuth zitierte in seinem Roman „Eine Liebe in Deutschland“ den späteren britischen Premierminister Winston Churchill. Am 1. Oktober 1939, wenige Tage nach der sowjetischen Annexion polnischer Gebiete, soll er gesagt haben: „Russland hat eine kaltblütige Politik verfolgt, die seinen eigenen Interessen dient. Wir hätten gewünscht, dass die russischen Armeen auf ihrer gegenwärtigen Linie als Freunde und Alliierte Polens stünden anstatt als Eindringlinge. Jedenfalls auf dieser Linie stehen sie, und so ist eine östliche Front geschaffen worden.“

Der Weg zum Sozialismus in der Tschechoslowakei (1945 – 1989)

Von Miloslav Formánek, Mitglied des Zentrums für strategische und theoretische Studien der KPBM (CSTS)

(Dieser geringfügig gekürzte Text ist das Resümee des unter dem oben genannten Titel 2013 bei Orego Productions in der Tschechischen Republik erschienenen Buches des Autors – d. Red.)

Zu den inneren Ursachen des Zusammenbruchs

Die Diskussion über die Gründe für den Zusammenbruch des realen Sozialismus sollte vor allem die tieferen Ursachen erfassen, die mit der widersprüchlichen Wirkung und Anwendung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des gesellschaftlichen Prozesses zusammenhängen.

Die Probleme in der Diskussion beginnen bereits beim Erkennen der Verkettungen der mehr oder weniger wesentlichen, allgemeinen und notwendigen Ursachen. Manche hatten eher den Charakter von Katalysatoren laufender Ereignisse, andere besaßen in einzelnen Entwicklungsetappen unterschiedliches Gewicht. Die Schwierigkeiten der Umwandlung abstrakter in reale Möglichkeiten lassen sich nicht nur mit Fehlern von Parteien und Staaten erklären; die Entwicklung war in bedeutendem Maße von objektiven Umständen der industriellen und postindustriellen Entwicklungsstu-

fe beim Vorwärtsschreiten der Zivilisation bestimmt. Als Problem bleibt auch die objektive Bewertung des Charakters und der Wirkung des äußeren Umfeldes, der inneren und äußeren Widersprüche des Systems latent. Eine Gesamtbewertung der Periode des Sozialismus ist daher nicht leicht und gelangt zu widersprüchlichen Schlussfolgerungen. Die Lösungswege werden durch subjektives Herangehen von Analytikern und die von ihnen vertretenen Interessen stark beeinflusst.

In der ersten Reaktion auf den Systemkollaps wurden die Gründe dafür in unterschiedlichsten Umständen, Situationen und Prozessen gesucht. Die Frage, warum der „reale Sozialismus“ scheiterte und den Wettbewerb mit dem Kapitalismus nicht bestanden hat, wird oft mit der Frage verwechselt, wie das geschehen ist. Des Öfteren wurde auf unstrittig unvorteilhafte Ausgangsbedingungen einschließlich des Umstandes verwiesen, dass die Möglichkeiten der industriellen Entwicklungsphase längst ausgeschöpft waren. Häufig wird die Behauptung aufgestellt, das System sei vor allem durch Druck von außen, durch das Wirken von Personen und Gruppierungen, die die Macht usurpiert hatten, im Inneren, oder destruktiver antisozialistischer Kräfte und Verräter gefallen, die die Massen der Werktätigen getäuscht hätten.

Nach Gennadi Sjuganow konnte die UdSSR weder von außen noch von unten, sondern nur von innen und von oben zerstört werden. Einerseits wird der politischen Führung der Tschechoslowakei vorgeworfen, weder das liberale demokratische Konzept des Aufbaus des politischen Systems noch den liberalen Pluralismus übernommen zu haben, andererseits wird Inkonsequenz bei der Verfolgung gesellschaftsfeindlicher Kräfte im Kampf gegen fremde Lebensweisen (insbesondere die Konsumideologie) kritisiert. Bei der Bewertung der objektiven und subjektiven Faktoren sowie der inneren und äußeren Bedingungen des Systems sind alle diese Haltungen miteinander verwoben.

Derartige Streitpunkte entstanden übrigens nicht erst nach dem Zusammenbruch des Systems, sondern zeigten sich während der ganzen zur Beurteilung stehenden Entwicklungsetappe und reichen bis tief in die Vergangenheit zurück. Die Konsequenzen ähnelten jenen, die auch heute zutage treten, nur trugen sie damals dazu bei, das theoretische und strategische Niveau der Politik abzusinken, das gesellschaftswissenschaftliche Forschungspotential in eine Vielzahl rivalisierender Gruppen zu fragmentieren, von denen jede der Überzeugung war, sie sei im Besitz der „Wahrheit“ über den Sozialismus.

Ein ernster Mangel der gegenwärtigen wie der vergangenen Debatten besteht darin, dass trotz gegenteiliger Behauptungen das dialektisch- und historisch-materialistische Denken, die bestimmende Rolle der Ökonomie, des Eigentums an den Produktionsmitteln und letzten Endes das klassenmäßige Herangehen aus den Augen verloren oder in Zweifel gezogen werden.

Die Ursachen des Zusammenbruchs des Sozialismus in unserem Land sind ganz entschieden innerhalb der Tschechoslowakei, vor allem darin zu suchen, wie die KPTsch auf die komplizierten äußeren Bedingungen reagierte, unter denen der Aufbau des Sozialismus sich vollzog. Die westliche Welt oder gar die UdSSR zu beschuldigen, deren Anteil am Kollaps des Sozialismus in Europa wir in keiner Weise bagatellisieren wollen, wäre eine einfache, aber billige Erklärung, im Grunde eher eine Ausrede. In der Entwicklung wa-

ren verschiedene Alternativen möglich, die Tatsache, dass die KPTsch nicht die Geeignetste wählte oder sie nicht zu verteidigen vermochte, ist ihr eigener Fehler.

In der Debatte wird auch darüber nachgedacht, ob man den Novemberereignissen von 1989 hätte zuvor kommen können. Damalige soziologische Untersuchungen hatten eine überwiegende Mehrheit der Bevölkerung ermittelt, die sich für den Sozialismus aussprach (wobei die Frage offen bleibt, mit welchen Vorstellungen sie das verbunden hat). Diese Haltung herrschte auch um den 17. November 1989 auf der Nationalstraße in Prag vor. Immer wieder wird gefragt, ob sich die Führung des Landes auf diese Positionen hätte stützen und dennoch die vorbereiteten Reformen realisieren können. Als Antwort auf solche Erwägungen wird in der Regel auf Vereinbarungen der Großmächte verwiesen.

Polemik um Motivationen für das Verhalten des Volkes

Aus verschiedenen Analysen geht hervor, dass die Menschen, die in Prag auf der Letna und auf dem Wenzelsplatz demonstrierten, eine unstrukturierte, amorphe, allerdings mit starken Energien aufgeladene Masse waren. Nichtsdestoweniger hatte der Umsturz keine tiefere, zusammenhängende Grundlage. Die Unzufriedenheit mit der Art und Weise, wie das System funktionierte, kam nicht in einer klaren programmatischen Linie zum Ausdruck, die sich auf eindeutig definierte soziale Interessen gestützt hätte. Die Mobilisierungslosungen waren de facto und von ihren Inspiratoren bewusst unkonkret, unbestimmt und nebelhaft formuliert (Kampf für „den Sieg der Wahrheit und der Liebe“).

Die tiefere soziale Interessenlage, bzw. die Sozialstruktur der Protestierenden wurde bislang nicht untersucht. Mittelbar sagt darüber die Tatsache etwas aus, dass es zu den Aktionen gerade in Prag mit seiner recht ausgeprägten sozialen Profilierung kam. Die Protestwellen griffen dann verhältnismäßig schnell auf die größeren Städte über, während die Reaktionen auf dem Lande, das den Medienkampagnen in gleicher Weise ausgesetzt war, (angesichts des funktionierenden Genossenschaftswesens) bezeichnenderweise zurückhaltender ausfielen. Ähnlich unaufgeklärt bleibt eine differenzierte politische Motivation.

Zu einer deutlichen Profilierung grundsätzlicher sozialer und politischer Motivationen und Anregungen – einschließlich jener, die aus dem Ausland importiert wurden, kam es in den folgenden Wochen und Monaten. Dabei zeigte sich eine beträchtlich Breite: Sie reichten von der Motivation verschiedener Individuen und Gruppen, vor allem der Jugend und der künstlerischen Intelligenz, bis zum Wiederaufleben kleinbürgerlicher Ambitionen, der Interessen des mittleren und großen Unternehmertums sowie der herrschaftlichen Ansprüche des Adels und der Kirche. Auf jeden Fall machte die vollendete Restauration des Kapitalismus deren tieferes Hinterland und die daran interessierten entscheidenden Kräfte sichtbar.

Anmerkung zu Motivationen

Dass es von bestimmten Motivationen durchaus relativ klare Vorstellungen gab, zeigt die Arbeit eines größeren Autorenkollektivs der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften, weiterer Einrichtungen und einiger Praktiker mit dem Titel „Die Tschechoslowakei am Vorabend eines Umsturzes – Analyse von Kommunisten“ von Anfang Mai 1989.



Sie enthält eine Passage aus der Feder Jaroslav Kučeras „Positionen und Rolle parasitärer Strukturen und Kleinbürgertum“. Darin heißt es: „Eine der tiefsten Ursachen für die Destruktion und die Krise des Sozialismus sowie für die rasche Erneuerung kapitalistischer Verhältnisse war die Existenz parasitärer Strukturen.“

Diese entstanden zunächst eher spontan. Dazu gehörten der Verkauf von „Bückware“ an Bekannte, geringe, aber verpflichtende Bestechungen, Schiebereien, später Geldwechsel, Aktivitäten an der Grenze der Legalität und bald auch jenseits davon. Solche Praktiken wurden vorwiegend in der „Schattenwirtschaft“ geboren.

Schließlich entstand ein ganzes System wechselseitiger Leistungen und verpflichtender inoffizieller Bindungen von Mitarbeitern verschiedener Ebenen in der Leitungs- und Kontrolltätigkeit, in Verteilungsmechanismen und in der Kader- und Lohnpolitik, die der Durchsetzung von individuellen und Gruppeninteressen sowie Privilegien dienen. Dieses vielschichtige System grenzte an den faktischen Diebstahl sozialistischen Eigentums. Nach und nach wuchs es in das organisierte Verbrechen hinüber.

Parasitäre Strukturen drangen in Organe von Wirtschaft, Staatsverwaltung und Partei ein. Dort lösten sie eine Reihe von Dysfunktionen aus, welche die Aktivität der Menschen bremsten, deren Rechte einschränkten und oppositionelle Haltungen hervorbrachten. Die Führung der KPTsch war sich dieses Problems in seinem ganzen Ausmaß offenbar nicht bewusst, denn es fehlte an einer komplexen Analyse.

Diese Entwicklung bot jedoch den Nährboden für einen latenten und sich rasch erneuernden Einfluss des Kleinbürgertums. Der tschechische Kleinbürger hat sich den Peripetien der Entwicklung immer bereitwillig angepasst. Anfangs „machte er bei den Kommunisten mit“, nutzte geschickt auch verschiedene negative Erscheinungen aus. Der Sozialismus mit seinen Errungenschaften kam ihm zupass, ermöglichte ihm aber nicht, das bewunderte Konsumverhalten und die Lebensweise des Westens auszukosten. Im Laufe der Krise gegen Ende des Jahres 1989 gewann die pro-westliche Orientierung die Oberhand, begleitet von der Vorstellung, dass er auch bei einem Erfolg der „samtenen Revolution“ auf die sozialen Vorzüge nicht verzichten müssen.

Die Verlockungen der auf Konsum fixierten Lebensweise wurden im Jahre 1989 zu einer der Hauptursachen, die zur Niederlage des Sozialismus beitrugen. Und das nicht nur in der Tschechoslowakei.

Die Vorstellungen der Kleinbürger blieben auch in der entstandenen Situation diffus. Die parasitären Strukturen hatten an der Rückkehr der Verhältnisse von vor einem halben Jahrhundert ein existenzielles Interesse. Am Sturz der sozialistischen Staatsmacht beteiligten sie sich unmittelbar jedoch nicht. Das taten andere für sie. Umso aktiver und direkter griffen sie in die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse ein, die den Kern der „samtenen Revolution“ und der Restauration des Kapitalismus darstellte. Sie wurden zur Hauptkraft der Privatisierungsmafia.

In gegenwärtigen Einschätzungen tut man mitunter so, als wolle man das Vorgehen von damals und heute mit dem offiziell verbreiteten Optimismus der Etappe vor dem November 1989 begründen: Die inneren Widersprüche in der Tschechoslowakei seien noch gar nicht so ausgereift gewesen, um zum Fall des Systems zu führen; es hätte noch die

Möglichkeit von Reformen gegeben, an denen gearbeitet wurde. Was hat dann aber die Massenaktionen ausgelöst, wenn man den vielzitierten, aber über die Ursachen der Ereignisse gar nichts aussagenden Zusammenstoß auf der Nationalstraße beiseitelässt?

Hier prallen zwei Meinungen aufeinander. Von einigen wird auf den Mangel an Demokratie, an einem ausreichenden Maß bürgerlicher Rechte und Freiheiten (Arbeit, Reisen, Freiheit der Rede, der Versammlung, des künstlerischen Schaffens usw.) verwiesen, von anderen darauf, dass es nicht gelungen sei, ein nachhaltiges Wachstum des Lebensniveaus der Bevölkerung zu gewährleisten und den Rückstand gegenüber den wirtschaftlich entwickelten kapitalistischen Ländern aufzuholen.

Die Menschen wandten sich dem „Konsumparadies“ des Westens zu, aber die soziale Lage war (im Unterschied zu 1953) nicht so explosiv, um sie zu veranlassen, aus sozialen Gründen auf die Straße zu gehen. Die niedrigere Qualität mancher Konsumgüter und Dienstleistungen (im Vergleich zum Westen) wurde teilweise kompensiert durch soziale Geborgenheit (Vollbeschäftigung, preiswertes Wohnen und bezahlbare Dienstleistungen), aber auch durch Toleranz gegenüber niedrigeren Leistungen und Qualität der Arbeit.

Die Ursachen für die Lage, die Ende des Jahres 1989 in einer zugespitzten politischen Krise mündete, sind über einen verhältnismäßig langen Zeitraum herangereift. Man muss sie in den realen gesellschaftlichen Verhältnissen suchen, die sich allmählich entwickelten. Dabei geriet der Prozess ins Stocken, der den Weg für eine reale Teilnahme aller Bürger an der Schaffung des gesellschaftlichen Reichtums, an dessen gerechter Verteilung und Verbrauch bereiten sollte. Mit anderen Worten, die Vergesellschaftung blieb in einem formalen Zustand stecken und wurde nicht zur Realität. Das war der entscheidende Grund dafür, warum es das System nicht vermochte, auf dem Gebiet der Produktivkräfte Elemente der vor sich gehenden wissenschaftlich-technischen Revolution zu generieren, geschweige denn aufzunehmen, warum die Entwicklung der Produktionsverhältnisse, des Eigentums des ganzen Volkes, bei dessen staatlicher Form stehen blieb. Bei den Aktionen der Volksmassen ging es nicht um sozialen Aufruhr, sondern um politischen Widerstand. Die Ursache für den Zusammenbruch ist in Struktur und Funktionsweise des politischen Systems, namentlich in der Unterbrechung der Rückkopplung zwischen dem Staat und den Bürgern, zwischen der Führung der KPTsch und den einfachen Parteimitgliedern zu suchen.

Historisch war die Legitimität des Systems durch sein Vorgehen in ein zweifelhaftes Licht geraten, das sich immer mehr auf das Organisieren – des kaum noch revolutionären – Prozesses von oben beschränkte, mag dies auch ursprünglich durch limitierende Bedingungen der Industrialisierung sowie durch die kapitalistische Umklammerung und daraus resultierenden Druck bedingt gewesen sein. Mit der Eroberung der politischen Macht kam der Prozess zum Stillstand und wurde von der Entwicklungsstufe der Diktatur des Proletariats in Richtung einer Gesellschaft freier Bürger, breiter Demokratie und der Möglichkeit für jeden, gleichberechtigter Eigentümer des Volksvermögens zu werden, nicht fortgeführt. Der Glaube an die Fähigkeit der höchsten Repräsentanten, die Gesellschaft zu führen, und die Motivation, sich für weitergehende Veränderungen einzusetzen, schwanden dahin.



Die Zivilgesellschaft nahm diese Probleme als Einschränkung der bürgerlichen Freiheiten wahr. Demokratische Verfahren wurden nur noch als Formsache erlebt. Als negativ empfand die Öffentlichkeit vor allem die Einschränkungen bei der Wahl des Arbeitsplatzes, die Beschneidung von Presse-, Meinungs-, Versammlungsfreiheit, vor allem die Unmöglichkeit, frei ins Ausland zu reisen, sowie die Unduldsamkeit gegenüber anderen weltanschaulichen Positionen. Ebenso stieß die Bevorzugung mancher Bevölkerungsschichten auf Widerspruch, insbesondere die Privilegien der Parteiaristokratie, die sich heute allerdings eher unerheblich ausnehmen. Ursachen für den Vertrauensverlust waren auch Unaufrichtigkeit, Manipulation, zweckbestimmte oder unwahre Äußerungen sowie Mangel an Professionalität bei öffentlichen Auftritten.

Im Laufe der Jahre wurden die Menschen mit viel zu vielen einzelnen politischen Entscheidungen konfrontiert, die nicht nur das Vertrauen in die Führung, sondern die Fähigkeit der ganzen Partei untergruben, die Gesellschaft zu führen (als Beispiel für viele: der Aufbau und die Beseitigung des Stalindenkmals auf der Letná).

In den Auslandsbeziehungen war das Infragestellen des Internationalismus der stärkste Impuls, vor allem das Verhalten der Führer der UdSSR im Zusammenhang mit dem Einmarsch der Truppen, der die Souveränität der ČSSR verletzte. Davon war nicht nur der Nationalstolz berührt, demütigend war der Mangel an Vertrauen in die Fähigkeit, die damaligen inneren Probleme des Landes aus eigener Kraft bewältigen zu können.

Unterentwickelte ökonomische und gestörte politische Mechanismen haben zwar die Arbeiterklasse und weitere Gruppen nicht völlig von der Teilhabe an der Leitung und vom Eigentum ausgeschlossen, komplizierten jedoch die Mitwirkung sehr und trugen letzten Endes zu wachsender Entfremdung des Werkstätigen von seinem Produkt bei.

Das Problem Systemfehler: Hypothesen

Bei der Bewertung der Ursachen für die Niederlage des Sozialismus wird das Problem der „Systemfehler“ diskutiert. Lösungsvorschläge und auch das Eingeständnis von Konstruktionsfehlern des System haben bislang zu keinen allgemein anerkannten Schlussfolgerungen geführt.

Antworten werden in der Anwesenheit, bzw. Abwesenheit eines Mechanismus gesucht, der eine Unterbrechung der Rückkopplung in den Hauptsphären des gesellschaftlichen Prozesses ausgeschlossen hätte. In der Wirtschaft ging es dabei um die Unterbrechung der Wechselwirkung zwischen den produktionstechnischen und sozialökonomischen Prozessen, in der Politik zwischen den Leitungsstrukturen und der Gesellschaft sowie anderen Strukturen des Überbaus. Damit wurden auch die Prozesse der Selbstregulierung und Selbstkontrolle beeinträchtigt.

Manche Analytiker sind aber der Meinung, die Frage sei falsch gestellt, von genetischen, programmierten Systemfehlern könne keine Rede sein. Beim Funktionieren des Systems sei es zu Störungen und Deformationen gekommen. Es wird die Frage gestellt, wer oder was diese Deformationen bewirkt habe.

Als Hypothese wird folgende Auffassung vorgeschlagen: Ein Systemfehler war die Institutionalisierung der führenden Rolle der kommunistischen Partei, deren Verankerung in der Verfassung, der Höhepunkt eines langfristigen Prozesses der

Deformation ihrer Rolle, wie sie im Kommunistischen Manifest begriffen wurde. Es kam also zu einem Abgehen von der ideologischen Inspiration und politischen Führung der gesellschaftlichen Bewegung mit der Arbeiterklasse als Kern und zur schrittweisen Aneignung staatlicher Macht, also zu Möglichkeiten der Erzwingung und administrativer Eingriffen in alle Lebensbereiche von Gesellschaft und Individuum. Dieser Prozess wurde durch eine Reihe von Begleitumständen mitbestimmt und hatte weitreichende Folgen. Er störte die erwähnten Rückkopplungen und verschärfte den Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit.

Die Bestimmung der Systemfehler sollte nicht verwechselt werden mit der Definition des entscheidenden, am meisten zugespitzten Widerspruchs, der sich als Folge der Deformationen in der Funktionsweise des Systems herausgebildet und zu dessen Zusammenbruch in Europa geführt hat: des Widerspruchs zwischen dem sozialistischen Ideal und der Praxis seiner Realisierung. Dieser Widerspruch war die primäre Ursache des Versagens, seine ausbleibende politische Lösung trug dafür erstrangige Verantwortung. Deren nähere Untersuchung betrachten wir als weiteres grundlegendes Anliegen dieser Studie.

Das Scheitern des „realen Sozialismus“ in der Tschechoslowakei war das Versagen eines konkreten Modells des Sozialismus, das es nicht vermochte, auf neue Erscheinungen in Weltwirtschaft und Weltpolitik adäquat zu reagieren. Aber die These, dass die Ursache für dieses Scheitern in seinem grundsätzlich nichtsozialistischen Charakter bestand, entbehrt jeder Grundlage. Der reale Sozialismus wies zweifellos wesentliche Züge einer sozialistischen Gesellschaft auf, wie sie von den Klassikern des Marxismus in den Grundzügen skizziert worden sind (beginnend mit der Übernahme der politischen Macht durch die von der kommunistischen Partei geführte Arbeiterklasse über die Beseitigung des Privateigentums an Produktionsmitteln, den Untergang antagonistischer Klassen, die Einführung einer planmäßigen Leitung der Volkswirtschaft bis zur Verteilung nach der Arbeitsleistung). Diese Charakteristika existierten in kaum ausgereifter, unvollkommener, vielleicht auch naiver Gestalt und mit Begleiterscheinungen, die mit dem Sozialismus unvereinbar sind.

Unbegründet ist auch die Einschätzung, der Sozialismus sei gescheitert, weil die Zeit dafür noch nicht reif war, weil die sozialistische Revolution vorzeitig eingesetzt habe, als die Gesellschaft auf sie noch nicht vorbereitet gewesen sei. Der Kapitalismus war für eine grundlegende, revolutionäre Veränderung längst herangereift. Der Sozialismus hat mit seinen konkreten Beiträgen zur Entwicklung der Produktivkräfte (der Überwindung struktureller und regionaler Ungleichheiten, der existenziellen Absicherung der Menschen durch Arbeit), durch die Humanisierung der Produktionsprozesse, denen er einen neuen Inhalt und neue Zielbestimmung verlieh, durch den Umbau der gesamten Wertestruktur und das erreichte Niveau der allgemeinen Kultur allen angehäuft Problemen zum Trotz den Nachweis erbracht, dass die sozialistische Revolution bereits auf dieser Entwicklungsstufe der Gesellschaft ihre historische Berechtigung hatte, möglich und zweckmäßig war.

Gegenstandslos ist auch die Auffassung, dass der Sozialismus eine anziehende aber unrealistische Utopie sei. Immerhin hat er viele Jahrzehnte existiert, die Gesellschaft auf neuen Grundlagen aufgebaut und die Entwicklung der Welt



wesentlich beeinflusst. Wenn er es nicht vermochte, in der ihm vergönnten Zeit tief genug in das Bewusstsein der Menschen einzudringen und ihm seinen Stempel aufzudrücken, so lag das nicht an seinem Wesen, sondern an den konkret historischen Umständen seiner Entstehung und Entwicklung.

Die sozialistische Revolution scheiterte nicht deshalb, weil sie zu früh kam, sondern weil sie nicht rechtzeitig Maßnahmen ergriffen hat, die es ihr ermöglicht hätten, voranzuschreiten. Sie wuchs unter den Bedingungen der Industriegesellschaft heran, die aus der industriellen Revolution entstanden war, die sie (anfangs sogar unter halbfeudalen Bedingungen) vollendete. Ihre weitere Entwicklung konnte jedoch erst die wissenschaftlich-technische Informations- und Kommunikationsrevolution ermöglichen, die aufzunehmen den sozialistischen Ländern jedoch nicht gelang.

Der tiefste Grund für den Zusammenbruch der Wirtschaft, der entscheidenden Einfluss auf den gesamten gesellschaftlichen Prozess ausübte, bestand darin, dass das System der sozialökonomischen und Eigentumsverhältnisse erstarrte und schließlich auch degenerierte. Die Grundidee des kommunistischen Manifests, in der sich dessen ganze Argumentation konzentrierte, blieb unerfüllt.

Die meisten dieser Einschätzungen gelten allgemein, aber für die Tschechoslowakei muss noch auf eine bedeutsame Ursache hingewiesen werden: Dies war das Abgehen vom ursprünglichen, eigenen, innovativen tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus in der Praxis. Dadurch konnte die Tschechoslowakei keinen grundlegenden Beitrag zu den gemeinsamen Erfahrungen der sozialistischen Länder, der ganzen kommunistischen und Arbeiterbewegung leisten, woher sie selbst wertvolle Anregungen empfing. Die ČSSR erfüllte ihre internationalen Verpflichtungen, aber in weit höherem Maße war sie gezwungen, die Erfahrungen anderer, vor allem der Sowjetunion, zu übernehmen. Auch das ist eine Hypothese dieser Studie.

Die Führung der KPTsch begriff den revolutionären Charakter ihrer Zeit nicht und beraubte die Partei als Ganzes im begrenzten Interesse der Verteidigung bereits errungener Positionen ihres revolutionären Charakters. Der Verlust des revolutionären Charakters der KPTsch ist die tiefste Ursache für den Misserfolg der ersten historischen Form des Sozialismus (nicht nur in unserem Land) und gleichzeitig das schwerwiegendste Memento für die gegenwärtige und künftige Politik der KPBM.

Übersetzung aus dem Tschechischen: Klaus Kukuk

Die Beziehungen zwischen China und Russland

*Von Ingo Nentwig, Sinologe und Ethnologe;
aus: junge welt, 21. und 23. Juni 2014*

Teil I: Vom 13. Jahrhundert bis zur Nachkriegszeit

Die Bedeutung der Beziehungen zwischen Russland und China ist offensichtlich. In jüngster Zeit wurde dies durch die Krise in der Ukraine und der daraus folgenden engeren Zusammenarbeit in der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit und durch das im Mai abgeschlossene Erdgasabkommen zwischen beiden Ländern erneut illustriert. Im strategischen Dreieck USA – Russland – China, das zu einer Grundstruktur der „neuen Weltordnung“ im 21. Jahrhundert werden könnte, hat das Verhältnis zwischen den beiden schwächeren Mächten eine entscheidende Funktion. Für die USA als imperialistische Führungsmacht wäre es zweifellos attraktiv gewesen, beide gegeneinander auszuspielen. Doch eine solche Politik hätte taktisches Geschick und viel diplomatisches Fingerspitzengefühl erfordert. Beides ist glücklicherweise in der US-Außenpolitik nur vom Hörensagen bekannt. Die „versehentliche“ Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad 1999 war das markante Symbol, das der zunehmend antichinesischen Politik der USA ein ehrliches Gesicht gab. Auch Russland behandelte man nicht als Partner auf Augenhöhe. Statt dessen rückte die NATO bis an die russischen Grenzen heran. In Georgien gab Russland ein deutliches Signal, dass mit Einkreisungspolitik und Provokationen eine Schmerzgrenze erreicht wurde. Dieses Warnzeichen hat man im Westen offenbar bewusst ignoriert. Nur so ist die unbekümmerte territoriale Vorwärtspolitik des Westens in der Ukraine zu verstehen.

Solange es Imperialismus gibt, solange gibt es Krieg. Diese historische Wahrheit gilt nach wie vor. Doch ist in der gegenwärtigen Situation das Verhältnis zwischen China und Russland entscheidend für die Frage, ob im strategischen Dreieck der Weltmächte eine relative, zeitweise Stabilität möglich ist, ob es ein „Gleichgewicht der Kräfte“ in einer multipolaren Welt überhaupt geben kann, oder ob das Gesicht der „neuen Weltordnung“ in seinen wesentlichen Zügen von USA und NATO allein bestimmt wird. Wie ist das chinesisch-russische Verhältnis also beschaffen? Wie ist es entstanden und wohin wird es sich entwickeln?

1689: Der erste Vertrag

Es ist üblich, den Beginn der russisch-chinesischen Beziehungen auf das frühe 17. Jahrhundert zu datieren, als die Ostexpansion Russlands an die chinesischen Grenzen stieß. Tatsächlich ist aber schon die Entstehung Russlands im heutigen Sinne eng mit der chinesischen Geschichte verknüpft. Als die mongolischen Armeen unter Batu Khan am 6. Dezember 1240 Kiew zerstörten, ging die Kiewer Rus endgültig unter. Die russischen Fürsten unterstanden fortan der Goldenen Horde und mussten den Mongolen Tribut leisten. Diese machten schließlich 1328 Iwan I., Fürst von Moskau, zum Großfürsten aller Russen. Der Khan der Goldenen Horde, der noch bis 1480 über Russland herrschte, unterstand



seinerseits aber dem Großkhan des mongolischen Weltreichs und musste ein Zehntel der Tribute und Steuern an diesen abführen. Von 1271 bis 1368 war der Großkhan der Mongolen in Personalunion Kaiser von China. Somit waren in dieser Zeit Russland und China Teile des gleichen Staatenbundes unter Führung der Mongolen, die die Russen erst 100 Jahre später abschütteln konnten als die Han-Chinesen. Infolge der Mongolenherrschaft wurde in Russland Moskau, in China Peking zur Hauptstadt.

Es dauerte über 160 Jahre, bis es wieder zu einem nennenswerten Kontakt zwischen beiden Seiten kam. Die Mongolen waren inzwischen zu eher unbedeutenden regionalen Machthabern verkommen, von denen manche in dieser Zeit noch wechselnde Bündnisse mit den jeweiligen Herrschern Russlands und Chinas eingingen. Doch jetzt dehnte sich Russland im hohen Norden aus. Der Kosakenführer Wassili Pojarkow war wohl der erste, der mit etwa 130 Mann den Jingqili Jiang (heute russisch: Seja) in China erreichte und ihm flußabwärts bis zum Heilong Jiang (russisch: Amur) folgte. Man schrieb das Jahr 1644, ausgerechnet das Jahr, in dem wiederum eine Dynastie ihre Herrschaft über ganz China errichtete, deren Stammhaus einer ethnischen Minderheit angehörte, die mandschurische Qing-Dynastie. Die Heimat der Mandschu war just der äußerste Nordosten Chinas, wo immer häufiger russische „Entdecker“ auftauchten.

Als Pojarkow 1646 von seinen Erkundungen nach Jakutsk zurückkehrte, konnte er von den idealen Kolonisationsbedingungen im Amur-Gebiet berichten, das über reiche natürliche Ressourcen verfügte, aber sehr dünn besiedelt war. Seine Leute hatten unter den tungusischen Ureinwohnern – sozusagen präventiv – gebrandschatzt, gemordet, vergewaltigt und gefangene Männer zu Frondiensten gezwungen. Lange vor den Opiumkriegen (1839–1842 und 1856–1860) machte China hier erste Erfahrungen mit dem Kolonialismus. Doch die Mandschu nahmen, auch nachdem es zwischen 1650 und 1653 zu mehreren militärischen Zusammenstößen gekommen war, die Bedrohung an der Nordostgrenze nicht ernst. Die chinesische Armee vertrieb die Eindringlinge und zog sich wieder aus dem Gebiet zurück. So konnten in den folgenden drei Jahrzehnten erneut Kosaken ins Amur-Gebiet einsickern und am Nordufer befestigte Siedlungen errichten. Erst 1685 und 1686 schlug die chinesische Armee unter General Sabsu die Kosaken, schleifte die Festung Yakesa und stellte das Gebiet unter militärische Kontrolle.

Die Regierung der Qing-Dynastie hatte inzwischen erkannt, dass es sich bei den Russen nicht um irgendein Stammesvolk aus den nördlichen Wäldern handelte, sondern um Vertreter eines großen Reiches. Also akzeptierten sie den russischen Wunsch nach Verhandlungen über die Festlegung einer Grenze zwischen beiden Staaten. Delegationen beider Seiten trafen sich 1689 in Nertschinsk. Eine direkte sprachliche Verständigung war nicht möglich. Es wurde, dank zweier Jesuiten in der chinesischen Delegation, Tomás Pereira und Jean-François Gerbillon, auf Latein verhandelt. So entstand nach zwei Wochen auch das Vertragsdokument in lateinischer Sprache, von dem die Delegationen jeweils eine mandschurische und eine russische Übersetzung anfertigten. Danach sollten der Ergun (russisch: Argun) bis zum Zusammenfluss mit der Schilka, danach die Gorbiza, ein linksseitiger Nebenfluss des Amur bis zur Quelle, die chinesisch-russische Grenze bilden. Von dort aus sollte sie dem Kamm des Äußeren Hinggan-Gebirges (russisch: Stanowoi-

Gebirge) bis zum Ochotskischen Meer folgen. Über ein kleines Küstengebiet am Nordhang des Stanowoi sollte in späteren Verhandlungen entschieden werden.

Gezerre um die Mongolei

Obwohl es Russland gelang, sein Vordringen in das Gebiet zwischen Baikalsee und Ergun implizit völkerrechtlich zu legalisieren, bestätigte der Vertrag doch die Zugehörigkeit des gesamten Amur- und Ussuri-Gebietes sowie der Insel Kuye (russisch: Sachalin) zu China. Die historische Bedeutung des Vertrags liegt darin, dass China durch die Unterzeichnung erstmals überhaupt in seiner Geschichte die Existenz eines weiteren souveränen Staates auf der Welt anerkannte und somit völkerrechtlich und außenpolitisch in die Neuzeit eintrat. In den Folgeverträgen von Burinsk (1727) und Kjachta (1728) wurde auch die Nordgrenze zwischen China und Russland festgelegt. Sie entspricht in etwa der heutigen russisch-mongolischen Grenze sowie der Grenze von Tuwa zu fünf anderen Föderationssubjekten Russlands. Damit entstand die Grundlage für den nun bald florierenden chinesisch-russischen Handel, der weitgehend über die Grenzorte Kjachta und Altan Bulag (heute im Staat Mongolei) abgewickelt wurde.

Es sollte 130 Jahre dauern, bis das zaristische Russland im Fernen Osten eine Änderung dieser Grenzen erzwang. China war inzwischen von inneren Krisen und europäischem Kolonialismus, insbesondere den Opiumkriegen, geschwächt, während Russland, das nicht in der Lage war, Kolonien in Übersee zu erobern, weiter kontinental expandierte. China vermochte es nicht, seine nördlichen und westlichen Grenzen militärisch zu verteidigen und verlor so in den erzwungenen Vertragswerken von Aigun (1858), Peking (1860), Tschugutschak (1864) und St. Petersburg (1881) 790 000 Quadratkilometer seines Territoriums im Nordosten (heute die Regionen Amur, Birobidschan, Chabarowsk, Primorje und Sachalin) und weitere 850 000 im äußersten Westen (heute Teil Kasachstans und Kirgisiens).

Schließlich ging die marode Qing-Dynastie 1911 unter, und aus der Xinhai-Revolution entstand 1912 die Republik China. Diese Wirren nutzend, erklärte die Äußere Mongolei unter russischem Einfluss ihre Unabhängigkeit von China, und das Reich konnte sich auch nicht wehren, als Russland ihr 1914 das Urjanchai-Gebiet (heute Republik Tuwa) wegnahm. Im Vertrag von Kjachta 1915 wurden Äußere Mongolei und Urjanchai zwar wieder der chinesischen Oberhoheit (Suzeränität) unterstellt und ab 1918/1919 auch tatsächlich wieder von China kontrolliert – China nutzte die relative Schwäche Russlands infolge der Oktoberrevolution 1917 –, aber das war nur ein kurzes Intermezzo. Bereits 1919 vertrieb die Rote Armee die chinesischen Truppen aus Urjanchai, 1921 erklärte die Mongolei erneut ihre Unabhängigkeit. Beides wird heute von der Volksrepublik China völkerrechtlich anerkannt. Schaut man jedoch auf eine Karte der „Republik China“, wie sie bis heute auf Taiwan verbreitet wird, findet man den Staat Mongolei und die russische Republik Tuwa dort beide als chinesisches Territorium verzeichnet.

Sowjetisches Unverständnis

„Die Geschützsalven der Oktoberrevolution brachten uns den Marxismus-Leninismus“, hatte Mao Zedong 1949 gesagt. Die Auswirkungen der russischen Revolution auf China waren in der Tat enorm. Japan und Russland bekriegten sich



zwischen 1904 und 1905 noch auf chinesischem Boden. Es war ein typischer Kolonialkrieg, bei dem es um Nordostchina (Mandschurei) als Einflusszone ging. Das Zarenreich erlitt eine bittere Niederlage. 1917 kam eine Regierung an die Macht, deren Chef, Lenin, die Befreiung der Kolonialvölker propagierte und für Gleichberechtigung in den internationalen Beziehungen eintrat. Das war etwas völlig Neues und verschaffte dem jungen Sowjetstaat in China ein ungeheures Ansehen. Zunächst bei Sun Yat-sen, der ab 1919 die Nationale Volkspartei, die Guomindang, nach dem Vorbild der Partei der Bolschewiki organisierte. Dann aber auch bei jungen, fortschrittlichen Intellektuellen, die sich nicht nur für die Form, sondern auch für den Inhalt dieses neuen europäischen Phänomens interessierten.

„Kommunismus“ war eine Idee, die mit bestimmten Strömungen der chinesischen Geistesgeschichte verknüpft werden konnte. Aber „Marxismus“? „Vor der Oktoberrevolution waren den Chinesen nicht nur Lenin und Stalin, sondern auch Marx und Engels unbekannt“, sagte Mao ganz richtig, der zu dem kleinen Kreis Intellektueller gehörte, die 1921 in Shanghai die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) gründeten. Ihre Anführer, die selbst nicht teilnehmen konnten, waren Li Dazhao und Chen Duxiu. Dafür nahmen, neben den zwölf chinesischen Delegierten, mit Maring (Henk Sneevliet) und Nikolski (Wladimir A. Neumann) zwei Delegierte der Komintern (KI) am Gründungsparteitag teil. Doch auch auf seiten der Guomindang gab es zahlreiche sowjetische Berater, vor allem in militärischen Fragen. Michail Borodin übte als KI-Vertreter bei der Volkspartei Druck aus, der schließlich zur ersten Einheitsfront zwischen ihr und der KP des Landes führte. Galen (Wassili Blücher) lehrte als Vertreter der Roten Armee an der Whampoa-Militärakademie.

Bis 1945 sollte die sich hier schon abzeichnende Zweigleisigkeit in der China-Politik – sowohl des sowjetischen Staates wie auch der Partei – anhalten. Aus sowjetischer Sicht waren die Bedingungen für eine sozialistische Revolution in China nicht gegeben. Deswegen sollten die Kommunisten am besten bei den bürgerlichen Revolutionären, also in der Guomindang, mitarbeiten und dort den fortschrittlichsten Flügel bilden. Man erwartete, dass die junge und kleine KP Chinas als KI-Mitglied gehorchte. Doch 1924 starb Lenin, 1925 übernahm Tschiang Kai Schek die Führung in der Volkspartei und richtete sie 1927 im Zuge des Weißen Terrors stramm rechts aus. Nach der Einnahme Shanghais ließ er im April 1927 mehr als 12 000 Kommunisten massakrieren, danach über ein Jahr hinweg im ganzen Land mindestens 300 000. Schätzungen, die die ländlichen Regionen mit einbeziehen, gehen sogar in die Millionen. Borodin und Galen ließ er allerdings unversehrt in die Sowjetunion zurückkehren. Mao zog die Schlussfolgerungen und begann einen Partisanenkrieg gegen die Guomindang. Ab 1935 führte er effektiv auch die KPCh an; offiziell übernahm er 1943 den Vorsitz. Von dieser Zeit an wurden Weisungen aus Moskau in der Regel ignoriert und die KI-Delegierten – am Langen Marsch nahm z. B. Otto Braun teil – hatten wenig Einfluss. Dass es 1936 noch einmal zu einer Einheitsfront mit der Guomindang kam, war durch die Aggression Japans bedingt, der eine Fortsetzung des Bürgerkrieges nur nützlich gewesen wäre.

Die Sowjetunion verfolgte unter Stalin in der Außenpolitik zunehmend nationale Interessen. Hinzu kam das völlige Unverständnis der Lage in China. Maos Politik, die sich stärker

auf die Bauern stützte und die Städte vom Land aus einkreisen wollte, wurde mit ideologischen Argumenten abgelehnt. Reste eurozentrischer Arroganz gegenüber den chinesischen Genossen, von denen man in KPdSU und KI Gehorsam und nicht eigene Ideen erwartete, kamen hinzu.

Dabei war es gerade das Profil, das die KPCh im anti-japanischen Widerstandskrieg entwickeln konnte, das ihr Ansehen in der Bevölkerung massiv steigerte, ihr den massenhaften Zulauf städtischer Intellektueller sicherte und schließlich, Mitte der 1940er Jahre die gesamtgesellschaftliche Hegemonie in fast allen Bereichen einbrachte. Wer sehen konnte und China kannte, wusste, dass in dem Land die Kommunisten den Zweiten Weltkrieg gewonnen hatten.

Doch schon im Mai 1945 hatte Stalin gesagt, dass er Tschiang Kai Schek für die Persönlichkeit halte, die China einigen könne und er der KPCh keine Chancen gebe. Also schloss die Sowjetunion am 14. August 1945, dem Tag der Kapitulation Japans, mit der von der Volkspartei gestellten Regierung einen „Freundschafts- und Beistandspakt“. Dabei konnte die Sowjetunion ihre Stärke als Siegermacht des Krieges ausspielen und die chinesische Regierung zwingen, alle Sonderrechte und Privilegien in der Mandschurei, die man im russisch-japanischen Krieg verloren hatte, wieder zu gewähren. Zwar gab die Rote Armee die Waffen, die sie in Nordostchina bei der Kapitulation Japans hatte erbeuten können an Truppen der KPCh weiter, jedoch hielt sie weiter an ihrer Unterstützung der Nationalregierung fest. Der sowjetische Botschafter in Nanjing, Nikolai Roschtschin, folgte im Januar 1949 sogar der Verlegung der Nationalregierung nach Guangzhou (Kanton) – was schon als Vorbereitung auf die geplante Flucht nach Taiwan interpretiert werden kann – während der US-amerikanische Botschafter John L. Stuart in Nanjing blieb, um mit den Kommunisten zu verhandeln. Nanjing wurde am 23. April 1949 befreit.

Bündnisse und Entzweiung

Als am 1. Oktober 1949 die Volksrepublik China ausgerufen wurde, hatten die diplomatischen Beziehungen, die tags darauf mit der UdSSR aufgenommen wurden, bereits eine belastete Vorgeschichte. Die Sowjetunion vertrat zwar eine fortschrittliche Ideologie und war deutlich anders mit China umgegangen als andere europäische Mächte. Jedoch hatte sich sofort nach dem Krieg gezeigt, dass ihr Antikolonialismus im eigenen Fall (Mandschurei), nicht so ernst gemeint war, wie die Chinesen gehofft hatten. Außerdem hatte die KPCh nicht mit Hilfe der Sowjetunion, sondern ohne, zum Teil sogar gegen sie, den Bürgerkrieg und damit die Revolution gewonnen. Doch Stalin gestand seinen Fehler ein: „Wir waren ein Hindernis für euch, und ich bedaure dies sehr“ soll er zu Liu Shaoqi während dessen Besuch in Moskau im Juli 1949 gesagt haben.

Für China gab es sowieso keine Alternative. Die USA hatten es nicht geschafft, sich von Tschiang Kai Schek zu trennen, obwohl es im State Departement durchaus Kräfte gab, die seiner mehr als überdrüssig waren. In der Logik des Kalten Krieges konnte es nur zwei Lager geben und so verbündete sich China mit der UdSSR. Mao gab die Parole „zu einer Seite neigen“ aus und fuhr im Dezember 1949 zu seiner ersten Auslandsreise nach Moskau, wo am 14. Februar 1950 ein Freundschafts- und Beistandspakt geschlossen wurde. Die Sowjetunion gab Millionenkredite und schickte Tausende Experten nach China, die beim Aufbau und bei der Moderni-



sierung des zerstörten und stark unterentwickelten Landes helfen sollten.

Doch schon der Koreakrieg in den Jahren 1950 bis 1953 störte die Harmonie. Als eine Niederlage Nordkoreas und damit ein Vorrücken von US-Truppen an seine Grenzen drohte, schickte China eine Armee von Volksfreiwilligen und erreichte unter schweren Verlusten ein Patt gegen die UN-Truppen unter amerikanischer Führung. Stalin hatte ein direktes Eingreifen der Sowjetunion abgelehnt, China aber schon frühzeitig gedrängt, sich zu engagieren. Panzer und andere Waffen, die die Sowjetunion lieferte, mussten allerdings auf Heller und Pfennig bezahlt werden. Noch höher war ein anderer Preis. Die USA, die bis dahin dem abgewrackten Guomindang-Regime, das auf die chinesische Insel Taiwan geflohen war, relativ gleichgültig gegenüberstanden hatten, schickten nun ihre 7. Flotte in die Taiwan-Straße zwischen der Insel und dem Festland und schlossen zum Ende des Koreakrieges einen militärischen Beistandsvertrag mit der Regierung der sogenannten „Republik China“. Damit war eine Wiedervereinigung Chinas für lange Zeit unmöglich geworden. In der chinesischen Führung war der Unmut groß: Erst durfte man für Russen und Koreaner die Kartoffeln aus dem Feuer holen, opferte dabei 200 000 Soldaten, musste für halbwegs brauchbare Waffen auch noch zahlen, und dann war das Ergebnis eine nationale Katastrophe, die unabhsehbare Verlängerung der Spaltung des eigenen Landes.

Die chinesische Revolution, die aus dem antijapanischen Widerstandskrieg hervorgegangen war, hatte ebenso starke nationale wie soziale Züge. So kann es nicht verwundern, dass auch Chinas Außenpolitik immer deutlicher nationalen Interessen folgte. Für teure internationalistische Abenteuer wie den Koreakrieg war kein Platz mehr. Die chinesische Außenpolitik begann immer stärker von der sowjetischen abzuweichen. Dies zeigte sich erstmals während der Konferenz asiatischer und afrikanischer Staaten in Bandung 1955, auf der begrifflich die „Dritte Welt“ und mit ihr die „Bewegung der Blockfreien“ entstand. China hatte sich hier stark engagiert, die Sowjetunion war gar nicht eingeladen worden. Unter Führung von Zhou Enlai formulierte man nun eine eigene Außenpolitik, die fünf Prinzipien (territoriale Integrität, Aggressionsverzicht, Einmischungsverzicht, Gleichheit und gegenseitiger Nutzen, friedliche Koexistenz), die noch um das „Recht aller Völker, sich für ein eigenes politisches und ökonomisches System zu entscheiden“ ergänzt wurden.

Teil II:

Von tiefer Entzweigung zu einer gemeinsamen Kritik der Expansionsbestrebungen von USA und NATO

Die selbständige Außenpolitik Chinas, besonders seine Beteiligung an der Bewegung der Blockfreien, war das erste Anzeichen dafür, dass es einen Sonderweg gehen würde. Auch wenn man in den 1950er Jahren noch die Führungsrolle der Sowjetunion zumindest verbal anerkannte, mangelte es der chinesischen Seite nicht an Selbstbewusstsein. Mao war als marxistischer Theoretiker, als erfolgreicher Militärstrategie und als Gründer der Volksrepublik bereits damals eine legendäre Persönlichkeit. Seine politische Agenda bestand im Kern aus zwei Sätzen: „Das chinesische Volk ist aufgestanden“ und „Rebellion ist gerechtfertigt“. Der erste

Satz war das Motto der Staatsgründung gewesen. Nie mehr sollte China „der kranke Mann Asiens“ sein, nie mehr sollte es unter Kolonialismus, Aggression und aufgezwungenen, ungleichen Verträgen zu leiden haben. Der zweite Satz stammte aus einer Rede im Dezember 1939, war aber bis zur Kulturrevolution nicht publiziert worden. Er stand für eine Traditionslinie der Partei, die im Antikonfuzianismus der „Bewegung des 4. Mai“ 1919 und in einem emanzipatorischen Verständnis des Marxismus wurzelte. Beide Sätze waren mit einer Unterordnung unter die Sowjetunion bzw. die KPdSU in keiner Weise vereinbar.

Die Kritik von KPdSU-Chef Nikita Chruschtschow an Stalin auf dem XX. Parteitag 1956 vertiefte den Riss. Aus chinesischer Sicht gab es an Stalin viel zu kritisieren, vor allem im Hinblick auf sein Verhalten während der chinesischen Revolution. Aber die Form der Kritik erschien der KPCh-Führung unwürdig, ihr Inhalt flach und ihre Funktion schädlich für die gemeinsame Sache.

China hatte schon in den 1950er Jahren um Unterstützung beim Bau einer eigenen Atombombe gebeten, war aber von Moskau vertröstet und hingehalten worden. Statt dessen schlug Chruschtschow 1958 die Stationierung sowjetischer Atomwaffen und den Bau von U-Boot-Stützpunkten auf chinesischem Boden vor, was von Mao abgelehnt wurde – ausländische Truppen auf chinesischem Boden hatte man lange genug gehabt.

Ebenfalls 1958 wurde in China eine Kampagne beschleunigter Industrialisierung und Kollektivierung ausgerufen, der „Große Sprung nach vorn“. Das war eine offene Abkehr vom „sowjetischen Weg“ des Primats der Schwerindustrie. Er endete in einem Desaster, und mitten in der größten Krise, einer gigantischen Hungerkatastrophe, rief Chruschtschow 1960 alle sowjetischen Experten zurück. Auch wenn das keine großen ökonomischen Auswirkungen hatte, trug es doch massiv zur Verschlechterung der Beziehungen bei.

Im Mai 1962 kam es in der Ili-Region des Uigurischen Autonomen Gebiets Xinjiang zu einem Zwischenfall: Etwa 60 000 Menschen, überwiegend Kasachen und Uiguren, wollten plötzlich dauerhaft in die UdSSR übersiedeln. Zu diesem Zweck legten sie Personalpapiere der Sowjetunion vor, die vom Konsulat in Gulja ausgestellt worden waren. Am Grenzübergang kam es zu Verzögerungen und Gerangel, nach sowjetischen Angaben auch zu Schüssen. Zwei Offiziere der Volksbefreiungsarmee (VBA), ein Uigure und ein Tatare, entpuppten sich als Organisatoren der Migrationsbewegung und liefen ebenfalls über. China beschuldigte den sowjetischen Geheimdienst KGB der Mitwirkung.

Dann überschritt im Oktober 1962 die indische Armee in Südosttibet die nicht anerkannte McMahon-Linie* und drang nach China ein. Die VBA schlug sie zurück und demonstrierte in einem kurzen Grenzkrieg, dass China den Streit mit Indien zwar friedlich lösen wollte, weitere militärische Provokationen aber nicht bereit war hinzunehmen. In diesem Zwist kritisierte die Sowjetunion China als Hauptverantwortlichen. Dieser Vorwurf war sachlich offenkundig falsch, entsprach aber der westlichen Medienkampagne, die das arme, demokratische Indien als Opfer des bösen, kommunistischen „Rotchina“ darstellte. Das wurde von Peking als extrem unsolidarisch empfunden. Verbunden mit der Tatsache, dass die Inder über die modernen Waffen verfügten, die die Sowjetunion sich geweigert hatte, an China zu liefern, war es möglicherweise der endgültige Bruchpunkt.



Im Februar 1963 machte das Zentralkomitee (ZK) der KPdSU dem der KPCh noch einmal den Vorschlag für ein Gipfeltreffen, auf dem eine Aussprache stattfinden könne. Die Chinesen reagierten vorsichtig zustimmend, woraufhin das ZK der KPdSU ihnen am 30. März 1963 einen Brief schrieb, in dem es seine Positionen darlegte. Das ZK der KPCh antwortete am 14. Juni mit einem „Vorschlag zur Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“. Da die Sowjets den Text nicht publizierten, verbreitete die chinesische Botschaft in Moskau ihn in russischer Übersetzung. Darauf reagierte die sowjetische Seite am 14. Juli mit einem „Offenen Brief an alle Parteiorganisationen und alle Kommunisten der Sowjetunion“, der den vorläufigen Endpunkt der Parteibeziehungen markierte. Von September 1963 bis Juli 1964 publizierte die KPCh noch neun Kommentare zu diesem offenen Brief (u. a. „Zur Stalin-Frage“, „Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden“), die zusammen mit dem ursprünglichen „Vorschlag“ als „Polemik über die Generallinie“ bekannt geworden sind. Damit war die Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung vollzogen, und die Beziehungen beider Staaten schienen auf dem Tiefpunkt angelangt.

Die Feindschaft

Doch der Tiefpunkt war noch lange nicht erreicht. Auch wenn China, vor allem seit Beginn der Kulturrevolution 1966, sich stärker auf sich selbst konzentrierte, setzte es seine Außenpolitik fort und radikalisierte sie zum Teil noch: „US-Imperialismus“ und „Sowjetrevisionismus“ wurden jetzt immer häufiger in einem Atemzug genannt und als schlimmste Feinde der Menschheit, insbesondere der Völker des Trikont geißelt. In der Sowjetunion verschärfte sich die innenpolitische Lage: Leonid Breschnew setzte im Oktober 1964 Chruschtschow ab und entwickelte die „Doktrin der begrenzten Souveränität“, wonach ein einzelnes sozialistisches Land sich nur im Rahmen aller sozialistischen Länder entwickeln kann. Die Warschauer Vertragsstaaten intervenierten 1968 in der Tschechoslowakei. In diesem Zusammenhang erhob China erstmals den Vorwurf des „Sozialimperialismus“. Die chinesische Führung sah die Sowjetunion zunehmend als Hauptbedrohung an, während die USA, die sich im Vietnamkrieg verzettelten, als „Supermacht auf dem absteigenden Ast“ immer weniger gefürchtet wurden.

1969 kam es dann an den Grenzflüssen Heilong Jiang (Amur) und Ussuri tatsächlich zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen chinesischen und sowjetischen Truppen. Vordergründig ging es um die Kontrolle über einige Inseln, deren Zugehörigkeit umstritten war – heute hat Russland anerkannt, dass sie zu China gehören –, in Wirklichkeit kamen die Zwischenfälle beiden Seiten sehr gelegen. Die Sowjets konnten einmal mehr die Chinesen als kriegslüsterne Abenteurer darstellen und selbst ihre Entspannungspolitik mit den USA voranbringen. Peking hingegen fand seine Theorie des „Sozialimperialismus“ belegt und begann, die Kremführung als „neue Zaren“ zu bezeichnen. So ist es auch nicht verwunderlich, dass die Frage nach der Schuld an den Zusammenstößen bis heute nicht eindeutig beantwortet werden kann.

Die Normalisierung der Beziehungen zu den USA war eine logische und vor allem realpolitische Konsequenz der Entwicklung. Präsident Richard Nixon besuchte das Land im Februar 1972. Sein Sicherheitsberater Henry Kissinger hatte

diese erste Version eines „strategischen Dreiecks“ konzipiert. Mit der „chinesischen Karte“ wollte man die Sowjetunion zu Zugeständnissen, vor allem im Bereich der Abrüstung bewegen. Ansonsten war China aus der Sicht der Amerikaner damals ökonomisch und militärisch weitgehend irrelevant. Einzig Chinas Sitz als Vetomacht im Sicherheitsrat der UNO, der 1972 endlich von der Republik auf die Volksrepublik China transferiert werden konnte, gab der Dreiecks-metapher (USA – Sowjetunion – China) einen Sinn. China versprach sich von den USA Schutz vor einem befürchteten sowjetischen Angriff. Rückblickend muss man sich fragen, wie es damals – bei allem Verständnis für die chinesische Verärgerung angesichts des Verhaltens der sowjetischen Führung – zu einer derart krassen Fehleinschätzung kommen konnte. Die Phase der Außenpolitik, in der man mit den schlimmsten Reaktionären im Westen kooperierte (Strauß, Pinochet, Schah Pahlavi) und die fragwürdigsten „Befreiungsbewegungen“ in Afrika unterstützte (FNLA und UNITA in Angola, RENAMO in Moçambique), wenn sie nur radikal anti-sowjetisch waren, hielt noch weit über Maos Tod im Jahr 1976 an. Eine Nebenbemerkung Maos im Gespräch mit dem sambischen Präsidenten Kenneth Kaunda 1974 wurde von seinem Nachfolger Hua Guofeng 1977 zur sogenannten Drei-Welten-Theorie erhoben. Danach sollte sich die „dritte Welt“ mit der „zweiten Welt“ (Europa, Japan, Australien) verbünden, um die Vorherrschaft der „ersten Welt“ (die „Supermächte“) abzuschütteln. Die Kriegsgefahr ginge in erster Linie vom Streben der beiden Supermächte nach Vorherrschaft aus, wobei die gefährlichere, aggressivere jetzt die Sowjetunion sei.

Dieser Irrweg der chinesischen Außenpolitik führte schließlich im Februar 1979 zu einem kurzen Krieg mit Vietnam, das im Jahr zuvor einen Freundschaftsvertrag mit der UdSSR geschlossen hatte. Der Angriff wurde als „Strafexpedition“ deklariert, da vietnamesische Truppen geholfen hatten, das blutige Regime der „Roten Khmer“ in Kambodscha zu stürzen, mit dem China verbündet war. China erreichte zwar seine vorher formulierten Kriegsziele und zog seine Truppen planmäßig wieder hinter die eigene Grenze zurück, aber es erreichte keine Veränderung der Situation in Kambodscha. Vor allem hatte es etwa doppelt so viele Todesopfer zu beklagen wie die kriegserfahrenen Vietnamesen, die von der Sowjetunion mit modernen Kampfgeräten unterstützt wurden. Die Waffenlieferungen an islamistische Mudschaheddin nach der sowjetischen Intervention in Afghanistan im Dezember 1979 und dieser unnötige Feldzug Chinas gegen Vietnam für eine falsche Sache waren die Tiefpunkte in den chinesisch-sowjetischen Beziehungen und auch die der Außenpolitik Pekings. Der Krieg gegen Vietnam wird heute in China kaum noch erwähnt, ja meistens schamvoll verschwiegen.

Die Wiederannäherung

Markierte das Jahr 1979 mit Vietnam und Afghanistan die Talsohle der chinesisch-sowjetischen Beziehungen, so erlebte es mit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen gewissermaßen auch den Gipfel im Verhältnis zwischen China und den USA. Der „strategischen Partnerschaft“, die Alexander Haig China 1981 vorschlug, begegnete man in Peking, trotz in Aussicht gestellter Waffenlieferungen, mit Zurückhaltung.

Die fortdauernde amerikanische Unterstützung Taiwans, der erste Handelskrieg mit den USA 1983 und vor allem der



chinesische Eindruck, dass seit Ronald Reagans Präsidentschaft 1981 die USA wieder stärker und offensiver, die Sowjetunion hingegen nach Breschnews Tod 1982 eher schwächer und defensiver wurden, führten zu einer Neuorientierung Pekings. Von 1982 an verzichtete man auf den Revisionsvorwurf und nahm Verhandlungen mit der UdSSR auf. Die Wirtschaftsbeziehungen entwickelten sich langsam, aber stetig, und an den von China benannten Hindernissen für eine Normalisierung – sowjetische Truppen in der Mongolei, in Afghanistan und an der gemeinsamen Grenze; vietnamesische Einsatzkräfte in Kambodscha – wurde gearbeitet.

1986 kündigte der neue Staatschef Michail Gorbatschow erste Reduzierungen der Streitkräfte an, die in den Folgejahren auch umgesetzt wurden. Bis 1989 waren alle Hindernisse beseitigt, und die Verhandlungen über den Verlauf der gemeinsamen Grenze machten gute Fortschritte. Bei Gorbatschows Peking-Besuch im gleichen Jahr war die chinesische Regierung wegen der Tiananmen-Proteste nur eingeschränkt handlungs- und zurechnungsfähig. Das kehrte sich zwei Jahre später um: Präsident Jiang Zemin besuchte im Mai 1991 Moskau und traf dort in einer zerfallenden Sowjetunion einen angeschlagenen Gorbatschow. Jiangs Angebot, die enge Kooperation der 1950er Jahre wiederaufzunehmen, ging ins Leere.

Vom Neubeginn bis heute

Der Zusammenbruch der Sowjetunion hatte für China keine schwerwiegenden Konsequenzen. Zwar wurde Gorbatschow intern als „Verräter am Sozialismus“ gesehen, aber die ideologische Distanz der letzten Jahrzehnte wirkte noch nach, und Parallelen wurden nicht gezogen. Die Krise des Jahres 1989 war überwunden und das eigene System konsolidiert. Sukzessive nahm man also mit allen Nachfolgestaaten diplomatische Beziehungen auf, wobei dem Verhältnis zur Russischen Föderation die größte Aufmerksamkeit gewidmet wurde.

Während in den 1990er Jahren mit Boris Jelzin als Staatschef Russlands Wirtschaft eine schwere Krise durchmachte, begann in China der rasante Aufschwung, der durch immer weitergehende Reformen und den Ausbau der „sozialistischen Marktwirtschaft“ angetrieben wurde. Erst nach der Jahrtausendwende, Wladimir Putin war nun an der Macht, konnte Russland seine Wirtschaft durch staatliche Regulierungsmaßnahmen konsolidieren. Moskaus ökonomische Erfolge stützten sich vor allem auf Energiewirtschaft und Rohstoffexporte (Gas und Öl). China setzte hingegen auf den Export von Fertigprodukten und wurde zur „Werkbank der Welt“.

Mit Jiang Zemin als Generalsekretär des ZK der KPCh (1989 – 2002) stand ein Politiker an der Spitze, der in der Sowjetunion studiert hatte und fließend Russisch sprach. Im Dezember 1992 besuchte Jelzin Peking. Trotz seines un diplomatischen Auftretens konnten die auf beiden Seiten vorhandenen Vorbehalte abgebaut werden. Im Januar 1994 schlug Jelzin Jiang eine „konstruktive Partnerschaft“ vor, die bei Jjiangs Moskau-Besuch im September auch schriftlich fixiert wurde. Gleichzeitig einigte man sich darauf, die Zielprogrammierung der strategischen Nuklearwaffen nicht mehr gegeneinander zu richten. Nicht zuletzt die Erweiterungspolitik der NATO führte dazu, dass die Westorientierung der russischen Außenpolitik in der frühen Jelzin-Zeit nun aufgegeben wurde und China wie Russland die USA

zunehmend als Hegemonialmacht einschätzten, die nach globaler Dominanz strebte.

Bei Jelzins China-Besuch im April 1996 entwickelte man eine „strategische Partnerschaft“ zur Bewahrung von Frieden und Stabilität in einer „multipolaren Welt“. Diese Tendenz fand ihren Ausdruck in der Gründung einer Organisation, die zunächst „Shanghai-Five-Gruppe“ genannt wurde. Am 26. April unterzeichneten die Präsidenten Chinas, Russlands, Kasachstans, Kirgisiens und Tadschikistans den „Vertrag für die Vertiefung des militärischen Vertrauens in den Grenzgebieten“. Aus den Shanghai Five wurde 2001, nach Aufnahme Usbekistans, die „Shanghai Organisation für Zusammenarbeit“ (SOZ).

In den gemeinsamen Erklärungen anlässlich chinesisch-russischer Staatsbesuche 1997 bis 1999 wurde die NATO-Expansionspolitik immer deutlicher kritisiert. Wenn die Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad 1999 Peking vor einem Bündnis mit Russland warnen sollte, dann war sie definitiv das falsche Signal. Unmittelbar danach kontaktierte die chinesische Führung den Kreml, und bereits im Juli 2001 konnte – inzwischen mit Putin – ein Freundschafts- und Kooperationsvertrag geschlossen werden. Der 11. September 2001 unterbrach diese kontinuierliche Entwicklung kurzzeitig. Russland und China erklärten ihre Solidarität mit den USA, zumal beide schon eigene Erfahrungen mit islamistischem Terrorismus hatten. Russland leistete sogar logistische Hilfestellung bei der Intervention in Afghanistan. Zeitweise gab es US-amerikanische Militärbasen in Tadschikistan, Usbekistan und Kirgisien (die letzte, die Manas Air Base in Kirgisien, wird dieses Jahr geschlossen), die als „Etappe“ für die Interventionstruppen dienten. Nebenbei wünschten sich die USA mehr Einfluss in Mittelasien, das sie mit einem stabilisierten, westlich orientierten Afghanistan gern aus der Einzwängung zwischen Russland und China „befreit“ hätten. Doch so unrealistisch wie diese Perspektive, so kurz war die Auflockerung des „strategischen Dreiecks“. Mit dem Angriffskrieg gegen den Irak im März 2003 zeigten die USA, dass ihnen das Völkerrecht egal war, und bereits im Mai verurteilten Russland und China gemeinsam Unilateralismus und Machtpolitik. Seitdem entwickelt sich die politische, ökonomische und militärische Zusammenarbeit bilateral zwischen beiden Staaten und multilateral zwischen den SOZ-Staaten kontinuierlich und ohne weitere Störungen.

Die Perspektiven

Ökonomisch ergänzen sich Russland und China: China bezieht aus Russland vor allem Rohstoffe (Gas und Öl) und Militärtechnologie, Russland aus China vor allem Konsumgüter. Als gemeinsame sicherheitspolitische Herausforderungen werden „islamistischer Terrorismus“, Drogenhandel und die Einflussnahme der USA in Mittelasien angesehen. Auch wenn aus der SOZ wohl keine „Gegen-NATO“ werden wird, ist sie für die Staaten Mittelasiens attraktiv, da die enge Partnerschaft mit den beiden großen Nachbarn die einzige Gewähr für regionale Stabilität bietet. China respektiert dabei, dass Russland historisch bedingt engere Beziehungen zu diesen Ländern pflegt.

Potentielle Konflikte zwischen Russland und China sind selbst langfristig kaum auszumachen. Einzig die traditionell freundschaftlichen Beziehungen Russlands mit Indien und Vietnam könnten im Fall von Grenzkonflikten beider Länder



mit China zu einem Problem werden. Doch Pekings Streit mit Indien ist im Kern anachronistisch und seine Lösung überfällig. Gerade Narendra Modi, der neue hindu-nationalistische Ministerpräsident Indiens, wäre in der Lage, hier endlich auf die großzügigen Angebote Chinas einzugehen. Im Fall von Vietnam haben die USA bereits die Gunst der Stunde erkannt und versuchen sich als Schutzmacht des ehemaligen Kriegsgegners aufzuspielen. Ob Vietnam das auf Dauer akzeptiert und wie Russland darauf reagieren wird, ist noch nicht auszumachen.

In außenpolitischen Fragen, die weder die bilateralen noch die SOZ-Beziehungen betreffen, werden Russland und China aus praktischen Gründen auch in Zukunft eine gewisse Distanz halten: Für China ist die Unverletzlichkeit staatlicher territorialer Integrität ein Grundpfeiler seiner Außenpolitik. So hat es weder Kosovo, Südossetien und Abchasien diplomatisch anerkannt, noch hat es die Rückholung der Krim durch sein Abstimmungsverhalten in der UNO sanktioniert. Russland wird in den Territorialfragen Chinas Neutralität bewahren. Das betrifft im Streit um Gebietsansprüche im Süd- und im Ostchinesischen Meer nicht nur Vietnam, sondern auch Japan, das für Russland ein wichtiger ökonomischer Partner ist.

In der Gesamtsicht sind diese Einschränkungen aber bedeutungslos. Das russisch-chinesische Verhältnis hat ein solides Fundament von Gemeinsamkeiten. Es könnte mittelfristig zum entscheidenden Faktor eines neuen „strategischen Gleichgewichts“ mit USA/NATO werden. Das entspräche nicht deren Vorstellung einer „neuen Weltordnung“. Für die Völker der Welt hätte es aber große Vorteile: weniger Kriege und mehr Spielraum für unabhängige Politik.

* Anmerkung

Die Linie reicht vom Himalaya über 550 Meilen von Bhutan im Westen bis zum Bogen des Flusses Yarlung Zangbo (in Indien: Brahmaputra) im Osten. Sie wurde 1914 auf der Simla-Konferenz zwischen Großbritannien und der tibetischen Lokalregierung festgelegt und überließ 90 000 Quadratkilometer Südost-Tibets dem britischen Kolonialreich. Der Delegierte der chinesischen Zentralregierung verließ die Konferenz unter Protest und verweigerte seine Zustimmung. Deswegen trat das Abkommen völkerrechtlich nie in Kraft. Das neu „erworbene“ Gebiet wurde de facto aber noch bis 1951 von der tibetischen Regierung in Lhasa verwaltet. Dann vertrieben indische Truppen den tibetischen Gouverneur und seine Beamten.

Nach Redaktionsschluss

Wandel chinesisch

Von Erhard Crome

Deutschland ist für China sechstgrößter Außenhandelspartner mit einem Umsatz von 162 Milliarden US-Dollar bzw. 141 Milliarden Euro (2013), China der wichtigste Partner Deutschlands außerhalb der EU, vor den USA mit einem Umsatz in Höhe von 137 Milliarden Euro. Dies war Hintergrund für den Besuch des chinesischen Ministerpräsidenten Li Keqiang im Oktober in Berlin. Es fanden umfangreiche Regierungskonsultationen statt, zu denen eine Reihe Minister angereist war – Deutschland ist das einzige Land, mit dem China einen solchen Mechanismus vereinbart hat. Und es war das dritte Gipfeltreffen in diesem Jahr, nach der Visite des chinesischen Präsidenten Xi Jinping im März und dem Besuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in China im Juli 2014. Während des jetzigen Berlin-Besuches wurden Verträge im Umfang von 18 Milliarden US-Dollar unterzeichnet und es wurde ein Innovationsprogramm unterzeichnet, das aus 110 Einzelvereinbarungen besteht. Anschließend reiste Li nach Moskau und am 16. und 17. Oktober zum zehnten Gipfeltreffen des Asien-Europa-Treffens (Asem) nach Mailand, das alle zwei Jahre abwechselnd in Asien und Europa stattfindet und als informelles Dialogforum zur Förderung der Zusammenarbeit in Wirtschaft, Politik, Bildung, Kultur und Umwelt dient. Daran nahmen 49 Staaten teil, als „asiatische“ auch Australien und Neuseeland, sowie die EU-Kommission und das Sekretariat der ASEAN.

Alle drei Treffen in Europa dienten dem Frieden sowie der Entwicklung der Zusammenarbeit. China hat – so das Fazit in Peking – damit einen gewachsenen Beitrag zur Regelung strittiger Fragen und zur Stärkung der internationalen Sicherheit in Eurasien geleistet.

Eine aktivere Außenpolitik

Mit dieser Reise hat China verdeutlicht, die bisher in aller Regel geübte außenpolitische Zurückhaltung zugunsten einer aktiveren internationalen Politik aufzugeben. Der Russland-Besuch Lis war strategisch bedeutsam. Beide Regierungen unterzeichneten den Vertrag zur Lieferung russischen Erdgases über die „Ost-Route“ aus Sibirien nach China mit einem Umfang von 400 Milliarden US-Dollar, nachdem Firmen beider Länder die Vereinbarungen im Mai 2014 vorbereitet hatten. Im Umfang von 500 Millionen US-Dollar finanziert China den russischen Mobilfunk-Anbieter MegaFon. Die chinesische Zentralbank hat der russischen eine Kreditlinie (Währungsswap) in Höhe von 150 Milliarden Yuan (das sind umgerechnet 24,4 Milliarden US-Dollar) und mit einer Laufzeit von zunächst drei Jahren eingeräumt. Die chinesische Export-Import-Bank hat jenen russischen Banken spezielle Kreditlinien eröffnet, die vom Westen mit Sanktionen belegt wurden. Dies ist eine für Russland wesentliche Unterstützung, den westlichen Sanktionsdruck zu neutralisieren und eine Kreditklemme für die russische Wirtschaft zu verhindern.

Mit chinesischer Zurückhaltung hieß es dazu, China trage dazu bei, den Russland durch die Sanktionen entstandenen



Schaden zu verringern, sehe sich aber nicht in der Lage, diesen völlig auszugleichen. Zugleich ist dies ein weiterer Schritt zur Internationalisierung des Yuan, auf dem Wege, ihn zur kommenden Reservewährung des 21. Jahrhunderts zu machen. Dazu hieß es, das trage dazu bei, dass die BRICS-Staaten – der Zusammenarbeitsmechanismus zwischen Brasilien, Russland, Indien, China und Südafrika – mehr Einfluss auf die bisher westlich dominierten internationalen Finanzbeziehungen nehmen. Während des BRICS-Gipfels in Fortaleza (Brasilien) im Juli 2014 hatten die fünf sogenannten Schwellenländer eine gemeinsame Entwicklungsbank und einen Reservefonds gegründet, die ihren Sitz in Shanghai haben werden und praktisch das System von Weltbank und Internationalem Währungsfonds spiegeln, mit der Besonderheit: sie sind vom Westen unabhängig. Am Rande des BRICS-Gipfels, an dem als Gast auch die argentinische Präsidentin Cristina Fernández de Kirchner teilnahm, hatte China schon Argentinien eine spezielle Kreditlinie in Höhe von elf Milliarden US-Dollar eingeräumt, damit das Land trotz der Machenschaften der US-amerikanischen Hedge-Fonds zahlungsfähig bleibt.

Die Vereinbarungen mit Russland sind ein weiterer Schritt Chinas, den Druck der USA und der EU auf den Rest der Welt mittels Finanzinstrumenten zu mildern. Weitere Abkommen schlossen China und Russland über Zusammenarbeit im Flugzeugbau, bei Weltraumprojekten und bei der Erweiterung des chinesischen Navigations-Satellitensystems BeiDou, das zu einer Alternative zum US-amerikanischen GPS-System ausgebaut wird. In Moskau betonten beide Seiten, ihre Beziehungen befinden sich auf einem „Allzeit-Hoch“.

Die jetzige Führung mit Präsident Xi Jinping und Ministerpräsident Li Keqiang setzt auf eine aktivere Außenpolitik Chinas.¹ Dabei werden fünf Dimensionen unterschieden: Erstens die „Großmächte-Diplomatie“. Dazu werden die Beziehungen zu den USA gerechnet, die auf gegenseitiger Achtung beruhen und als „Win-Win-Zusammenarbeit“ gestaltet werden sollen, aber auch die Beziehungen zu Russland und zur EU. Aus chinesischer Sicht spielen die EU und China nicht nur als Großmächte eine wichtige Rolle, wenn es um den Weltfrieden geht, sondern auch als zwei große Zivilisationen, die den Fortschritt in der Welt vorangebracht haben. Zweite Dimension ist die Nachbarschaftspolitik: Hier geht es vor allem um die friedliche und gedeihliche Entwicklung Eurasiens, in deren Zentrum die „Seidenstraße des 21. Jahrhunderts“ steht, zu Lande – Endpunkt in Europa ist Düsseldorf – und auf dem Seeweg.

Dritter Schwerpunkt sind die „Entwicklungsländer“, denen sich China weiter zugehörig fühlt. Ihrem Selbstverständnis nach zielt die chinesische Politik auf die „gemeinsame Entwicklung“ aller Staaten und Länder, eine Win-Win-Zusammenarbeit und die Zurückdrängung von Hegemonial- und Machtpolitik. In diesem Sinne sieht sich China selbst nicht als imperiale Macht in Konkurrenz zu anderen, sondern als Macht, die imperiale Politik bekämpft und zurückzudrängen bestrebt ist. Da China sich nach wie vor als sozialistisches Land ansieht, nehmen die Auseinandersetzungen innerhalb des Weltsystems auch Züge von Systemauseinandersetzung an.

Hinzu kommen viertens die multilaterale Diplomatie, hier insbesondere die Beziehungen in der UNO, in der G-20-Gruppe, der Shanghai-Organisation und der BRICS-Gruppe, sowie fünftens die gesellschaftliche Diplomatie der nicht-

staatlichen Organisationen. Zu den Kernbegriffen der derzeitigen außenpolitischen und gesellschaftspolitischen Debatten in China gehört der vom „Chinesischen Traum“: der Aufstieg Chinas in einer friedlichen Welt, in der der Frieden Chinas und der der Welt sich gegenseitig bedingen.

Innere Entwicklung für alle

Die rasante wirtschaftliche Entwicklung Chinas ist bekannt. Das Bruttoinlandsprodukt hat sich von etwa 2 000 Milliarden US-Dollar im Jahre 2004 auf über 10 000 Milliarden 2014 (Schätzung) verfünffacht. Der Außenhandel hat sich in den vergangenen zwölf Jahren verzehnfacht und liegt bei über 4 000 Milliarden US-Dollar, bei einem Handelsbilanzüberschuss von 260 Milliarden US-Dollar (2013). Die Devisenreserven Chinas erreichten 2013 eine Höhe von 3 800 Milliarden US-Dollar. Das Pro-Kopf-Einkommen der Volksrepublik wird vom IWF auf 9 844 US-Dollar geschätzt (2013); das der USA lag bei 53 101, das in Deutschland betrug 44 999 US-Dollar. Damit liegt China noch immer weit von den „entwickelten“ Ländern des Westens entfernt. Für seine Stellung als Faktor der internationalen Politik und der Weltwirtschaft ist jedoch das Gesamtvolumen entscheidend – eines Landes mit 1,36 Milliarden Einwohnern.

Diese Entwicklung hatte einen hohen Preis. Das Land sieht sich mit massiven ökologischen Problemen konfrontiert. Auch wenn die Mehrheit der Bevölkerung, das ganze Land Nutznießer des wirtschaftlichen Aufstiegs ist, die soziale Differenzierung hat sich deutlich verschärft. Die 20 Prozent mit dem höchsten Einkommen im Lande verfügten im Jahre 1990 über etwa 39 Prozent des Gesamteinkommens des Landes, 2006 über 80 Prozent. Professor Cheng Enfu wies auf der schon zitierten Konferenz darauf hin, dass die Konzentration der Verfügung über das Eigentum im Lande in China höher ist als in den USA.

Vor diesem Hintergrund versteht sich die Linie des Präsidenten und Generalsekretärs der KP Chinas, Xi Jinping, den „Kampf gegen die Korruption“ zu führen, als Bekräftigung des sozialistischen Charakters der chinesischen Gesellschaft und der Politik der Partei. Das zu Beginn der Reformära vom damals entscheidenden Deng Xiaoping gegebene Wort, die Marktentscheidungen frei zu geben, damit erst einige, dann viele und schließlich alle wohlhabend werden, ist nicht vergessen; auch dass der Kapitalismus Mittel zum Zweck der Entwicklung der Produktivkräfte ist, nicht Zweck an sich.

Insofern wird jetzt, zum Teil wieder unter Rückgriff auf Mao Zedong, von Seiten der offiziellen Politik der Partei betont, Sozialismus meine, dass die Volksmassen teilhaben müssen am wirtschaftlichen Aufschwung – und da der Kapitalismus dies nicht von sich aus kann, muss die Politik dafür sorgen. „Das Volk soll Anteil an den Früchten der Reform und der Entwicklung haben. Wir müssen unsere Kraft darauf lenken, die duale Struktur von Stadt und Land aufzubrechen, die Mechanismen der Verteilung des Nationaleinkommens zu verbessern und die soziale Ungerechtigkeit Schritt für Schritt zu beseitigen.“² Ein besseres Regieren des Landes müsse auf dem Konzept beruhen, für das Volk zu arbeiten. Die Entwicklung eines Kaderstamms der Partei, „der nicht korrumpierbar ist und gewissenhaft arbeitet im Interesse des Volkes ist die wichtigste Voraussetzung dafür, den Chinesischen Traum des 21. Jahrhunderts zu realisieren.“³ Dafür brauche es zugleich eine stete Rückbindung der Politik an



die Erwartungen und Wünsche der Menschen, um gesellschaftliche Katastrophen, wie den „Großen Sprung nach vorn“ oder die „Große Kulturrevolution“ zu vermeiden. Es bleibt ein Konzept, das auf „harmonische Entwicklung“ zielt.

Mit der wirtschaftlichen Entwicklung ist in China eine Kapitalistenklasse entstanden. Nach allem, was wir aus der Geschichte wissen, greift eine solche eines Tages nach der Macht – in aller Regel mit hochtrabenden Losungen von „Freiheit“ und „Demokratie“. Die aber liegt in den Händen der Kommunistischen Partei, die das Land als die Bürokratie regiert, die die Gesamtinteressen des riesigen Landes zu vertreten sich bemüht. Indem sie auf das Gesellschaftsverständnis des Sozialismus, einschließlich Mao Zedong, wieder stärker zurückgreift und die mit dem Aufstieg entstandenen inneren Widersprüche im Sinne der arbeitenden Menschen, der Arbeiter und Bauern zu lösen versucht, behält sie die Initiative in der Hand. Sie will der Kapitalistenklasse weder Zeit noch Raum lassen, von einer „Klasse an sich“ zu einer „Klasse für sich“ (Karl Marx) zu werden. Die aktivere Außenpolitik entspricht nicht nur der neuen Stellung Chinas in der Welt, sondern korrespondiert zugleich mit dieser inneren Politik.

Anmerkungen:

- 1 Die Darstellung folgt hier Xie Xiaoguang, Zhao Mingyuan: On Xi Jinping's Important Thinking of China's Diplomatic Strategy. In: Reader zur Konferenz: „Socialism, the Inevitable Outcome of Mankind“. Peking, 13./14. Oktober 2014, S. 229 – 232.
- 2 Zhu Youzhi: Four Transitions That Must Be Realized in Performing Mass Work. In: Reader zur Konferenz: „Mao Zedong and the Mass Line“. Xiangtan, 16. Oktober 2014, S. 14.
- 3 Wang Liqiang: Mass Line and the People's Age. In: Ebenda, S. 19.



Notizen





Notizen



Impressum

DIE LINKE International wird herausgegeben vom Bereich Internationale Politik der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN und erscheint in unregelmäßigen Abständen.

Redaktion: Helmut Ettinger (V. i. S. d. P. Andreas Günther)

Telefon: (030) 24 009 300, Fax: 24 009 425

E-Mail: fip@die-linke.de, Web-Site: <http://die-linke.de>

Redaktionsschluss: 29. September 2014

Besonderer Dank für Unterstützung bei der Herstellung dieses Heftes gilt Hilde Ettinger und Uta Wegner.

Gestaltung: Jörg Rückmann

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung des jeweiligen Autors, nicht der Redaktion wieder. Ausdrücklich erbeten sind Meinungen, Wünsche und Vorschläge an die Redaktion.

